



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

30. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 26. Januar 2018, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt	Eva-Maria Kröger, DIE LINKE 16
	Martina Tegtmeier, SPD 17
	Dr. Matthias Manthei, BMV 18
	Nikolaus Kramer, AfD 19
Änderung der Tagesordnung 3	B e s c h l u s s 23
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Wirtschaftliche Entwicklung durch Landesmarketing voranbringen – Drucksache 7/1593 – 3	Antrag der Fraktion DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern wieder zur Nummer 1 im Kinder- und Jugendtourismus machen – Drucksache 7/1588 – 23
Dietmar Eifler, CDU 3, 11	Henning Foerster, DIE LINKE 23, 30
Minister Lorenz Caffier 4	Minister Harry Glawe 24
Dirk Lerche, AfD 5	Thomas de Jesus Fernandes, AfD 26
Jochen Schulte, SPD 8	Nadine Julitz, SPD 27
Henning Foerster, DIE LINKE 9	Bernhard Wildt, BMV 27
Bernhard Wildt, BMV 10	Wolfgang Waldmüller, CDU 28
B e s c h l u s s 12	B e s c h l u s s 32
Antrag der Fraktion der AfD Durchsetzung einer negativen Wohnsitzauflage für Schwerin – Drucksache 7/1575 – 12	Antrag der Fraktion der BMV Angriffe gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes erfassen und auswerten – Drucksache 7/1596 – 32
Dirk Lerche, AfD 12	
Minister Lorenz Caffier 14	

Dr. Matthias Manthei, BMV	32, 38	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Minister Lorenz Caffier	33, 36	Schutzkonzept für gemeinschaftlich genutzte	
Jens-Holger Schneider, AfD	35	Unterkünfte ausländischer Flüchtlinge vorlegen	
Martina Tegtmeyer, SPD	35, 36, 38	– Drucksache 7/1585 –	60
Christel Weißig, BMV	36		
Peter Ritter, DIE LINKE	36	Karen Larisch, DIE LINKE	60, 65
Marc Reinhardt, CDU	37	Minister Lorenz Caffier	61
		Nikolaus Kramer, AfD	63, 68
		Dr. Matthias Manthei, BMV	65
		B e s c h l u s s	69, 92
Antrag der Fraktion der AfD			
Mut zur Wahrheit – Betreuungsrealität			
von unbegleiteten minderjährigen			
Ausländern offenlegen			
– Drucksache 7/1576 –	39	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
		Lehrermangel beheben –	
Horst Förster, AfD	39, 45, 48	Ausbildungsbedingungen für	
Minister Lorenz Caffier	41	künftige Lehrkräfte verbessern	
Karen Larisch, DIE LINKE	42, 48	– Drucksache 7/1589 –	69
Maika Friemann-Jennert, CDU	43		
Dr. Matthias Manthei, BMV	44	Simone Oldenburg, DIE LINKE	69, 79
Nadine Julitz, SPD	45	Andreas Butzki, SPD	71
Peter Ritter, DIE LINKE	48	Stephan J. Reuken, AfD	73
B e s c h l u s s	48	Marc Reinhardt, CDU	74
		Bernhard Wildt, BMV	75
Persönliche Bemerkung gemäß		Ministerin Birgit Hesse	76
§ 88 GO LT durch den Abgeordneten		Jörg Kröger, AfD	78
Jens-Holger Schneider, Fraktion der AfD	48	Torsten Renz, CDU	81
		B e s c h l u s s	82
Antrag der Fraktion DIE LINKE			
Mitbestimmungsrechte achten – in		Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Dialog über Beschäftigungsperspektiven		Namensgebung der Universität	
für die Zusteller des Nordkuriers eintreten		Greifswald respektieren	
– Drucksache 7/1587 –	49	– Drucksache 7/1663 –	82
Henning Foerster, DIE LINKE	49, 52	Karsten Kolbe, DIE LINKE	82, 89
Minister Harry Glawe	50	Dr. Gunter Jess, AfD	84, 90
Thomas Krüger, SPD	50	Dirk Stamer, SPD	86
Bernhard Wildt, BMV	51	Dr. Matthias Manthei, BMV	87
Marc Reinhardt, CDU	51	Beate Schlupp, CDU	87
		B e s c h l u s s	91
Antrag der Fraktion der AfD		Persönliche Bemerkung gemäß	
Mut zur Wahrheit – Bildungsstand und		§ 88 GO LT durch den Abgeordneten	
Sprachausbildung der Migranten validieren		Lorenz Caffier, Fraktion der CDU	91
– Drucksache 7/1577 –	53		
Jens-Holger Schneider, AfD	53	Nächste Sitzung	
Minister Lorenz Caffier	55	Mittwoch, 14. März 2018	91
Karen Larisch, DIE LINKE	56		
Maika Friemann-Jennert, CDU	57		
Dr. Matthias Manthei, BMV	58		
Nadine Julitz, SPD	58		
Jörg Kröger, AfD	59		
B e s c h l u s s	60		

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 30. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Die Beratung des Tagesordnungspunktes 34 entfällt, da der Antragsteller die Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 unserer Geschäftsordnung zurückgezogen hat.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Wirtschaftliche Entwicklung durch Landesmarketing voranbringen, Drucksache 7/1593.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Wirtschaftliche Entwicklung durch
Landesmarketing voranbringen
– Drucksache 7/1593 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen guten Morgen von mir an dieser Stelle! Die Vereinigung der Unternehmensverbände stellte am 2. Januar 2018 ihren Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns vor.

(Marc Reinhardt, CDU: Ein Kernthema.)

Die Lage ist demnach insgesamt gut, aber der niedrige Anteil am verarbeitenden Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern trübt die positiven Aussichten etwas.

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Mit Industrie-arbeitsplätzen ist Mecklenburg-Vorpommern unterdurchschnittlich gesegnet. Industrieskeptiker könnten jetzt sagen, dass das auch positive Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt haben kann. Denken Sie an die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007! Das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg schrumpfte damals um 6 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern hielten sich die Verluste mit knapp 1,3 Prozent deutlich geringer. Das hört sich erst einmal ganz beruhigend an, ich denke allerdings, dass Angst ein schlechter Ratgeber für einen wirtschaftlichen Aufholprozess ist, denn zwar treffen Konjunkturkrisen Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich weniger stark, umgekehrt profitiert Mecklenburg-Vorpommern aber von guten Konjunkturlagen ebenfalls weniger stark. Das sehen wir aktuell, wenn wir unsere Entwicklungen mit dem bundesdeutschen Durchschnitt vergleichen. Wir schließen langsamer zum bundesdeutschen Durchschnitt auf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum ist das so? In Mecklenburg-Vorpommern gibt es nur 43 Industrie-arbeitsplätze auf 1.000 Einwohner. Von einer guten Exportsituation zum Beispiel spüren wir deswegen in Meck-

lenburg-Vorpommern etwas weniger als im Rest der Republik. Allein das macht deutlich, wir brauchen mehr Industrie-arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern.

Der erste Industriekongress der Industrie- und Handelskammern und der Vereinigung der Unternehmensverbände am 22. November, meine sehr verehrten Damen und Herren, hatte das Ziel, Mecklenburg-Vorpommern als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen. Wir brauchen eine Ansiedlungsoffensive, einschließlich eines Industriemarketings. Ein solches Industriemarketing sollte aber nicht nur von den Wirtschaftsbotschaftern, Initiativen des Wirtschaftsministeriums oder den Kammern und der Vereinigung der Unternehmensverbände getragen werden. Eine Ansiedlungsoffensive muss in aller Breite werblich greifen.

Arbeitgeberverbandspräsident Thomas Lambusch sagte deshalb vollkommen zu Recht, dass die Werbung um Investoren auf das nun wieder von der Ministerpräsidentin geführte Landesmarketing ausstrahlen müsse. Ohne Frage, das Landesmarketing ist ein kreativer Vermarkter des Profils unseres Landes. Die Ideen des Landesmarketings sorgen durchaus auch deutschlandweit für Aufsehen. Aber die Signale aus der Wirtschaft zeigen ebenfalls, Mecklenburg-Vorpommern ist mehr als nur ein Land zum Leben. Das Land zum Leben muss ebenso als attraktiver Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden. Wir sind auch ein Land zum Arbeiten, zum Investieren. Hier gibt es noch Potenzial zur Nachjustierung. Das Land zum Leben muss ebenfalls als attraktiver Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden.

Eine Ansiedlung in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, lohnt sich. Aber sie lohnt sich nicht nur vorrangig deswegen, weil wir eine einzigartige Natur haben oder unsere Studentinnen und Studenten hier oben im Norden ohne den Stress einer Massen-Uni studieren. Damit zu werben, reicht nicht. Wir müssen Investoren als Zielgruppe des Landesmarketings besser erschließen. Mit dem Landesmarketing können wir hier mehr tun. Mecklenburg-Vorpommern hat eine hafennahe Infrastruktur, gut ausgebaute Gewerbegebiete. Wir haben weiche Infrastrukturvorteile wie ein bundesweit überdurchschnittliches Kitaangebot, attraktive Wohnumfelder inmitten einer einzigartigen Naturlandschaft und zahlreiche Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Das sind wichtige Faktoren für eine Standortentscheidung und mit denen muss die Zielgruppe potenzieller Investoren zukünftig besser als aktuell erschlossen werden. Dafür werben wir mit dem vorliegenden Antrag. Ich freue mich nun auf eine interessante Debatte. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 150 Minuten vorzusehen.

(Torsten Renz, CDU: Jawoll.)

Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat vonseiten der Landesregierung der Minister für Inneres und Europa in Vertretung der Ministerpräsidentin.

(Torsten Renz, CDU: Das ist gut.)

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich wurde von der Ministerpräsidentin gebeten, ihre Rede stellvertretend am heutigen Tag für sie zu halten, weil sie bekanntermaßen wie auch Herr Kokert in den Koalitionsverhandlungen in Berlin sitzt. Wir hoffen, dass sie möglichst viel für das Land Mecklenburg-Vorpommern erreichen. Insofern müssen Sie,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Thomas Krüger, SPD: Genau.)

insofern müssen Sie heute mit mir vorliebnehmen.

An der Stelle

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Andreas Butzki, SPD: Jaja, jaja!)

werbe ich auch gleich dafür ...

Wie Sie sehen, bin ich eine „Er“-Form und bin hier sozusagen als Mann stellvertretend.

Ich werbe an der Stelle gleich dafür, dass der eine oder andere Kollege von uns heute auch an den Verhandlungsgruppen in Berlin teilnimmt, und um Verständnis dafür, je mehr Kollegen wir in die Verhandlungsgruppen entsenden können, desto mehr erreichen wir auch für das Parlament. Deswegen bitte ich einfach um Verständnis, dass das eine etwas ungewöhnliche Situation ist. Die Bitte geht natürlich in erster Linie an unsere Kolleginnen und Kollegen in den Oppositionsfraktionen. Aber ich glaube, es ist guter politischer Stil, dass man dieses in dem Fall auch respektiert. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Was kriege ich dafür?)

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank an die Koalitionsfraktionen für den hier vorliegenden Antrag. Frau Ministerpräsidentin Schwesig hat es in ihrer Regierungserklärung vom Juli 2017 sehr klargemacht, Sie hat es bei vielen Gelegenheiten in den letzten Monaten immer wieder deutlich gemacht: Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land zum Leben und zum Arbeiten sein. Unsere wichtigste Aufgabe besteht deshalb auch in Zukunft darin, Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich voranzubringen. Wir müssen uns wirtschaftlich noch breiter aufstellen, damit Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden, und zwar gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsbedingungen, denn trotz aller Fortschritte in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt hat unser Land immer noch Rückstand. Die Wirtschaftskraft und die Einkommen sind niedriger, Arbeitslosigkeit und Armutsrisiko sind höher als anderswo.

Wir sind lange vor allem als sympathisches Tourismusland wahrgenommen worden und natürlich wollen und sollen wir in jedem Fall diese Stärke bewahren. Mit unserer Ostseeküste, mit den Seen, mit einer wunderbaren Natur punktet unser Land seit Jahrzehnten, und natürlich auch mit dem landestypischen Merkmal, dem Strandkorb – schöne Bilder, starke Botschaften, die uns sehr geholfen haben in den zurückliegenden Jahren. Wahr ist aber auch, das erfolgreich aufgebaute Image im Tourismus überlagert zuweilen die Stärken und Potenziale, die unser Land in der Wirtschaft hat.

Über das Thema, was wir im Tourismus tun müssen, ist gestern sehr ausgiebig diskutiert worden, damit wir dieses Markenzeichen weiter in vorderster Front halten können. Strandkorb ist und wird auch in Zukunft wichtig bleiben, aber Strandkorb allein reicht nicht. Die Landesregierung und die Ministerpräsidentin wissen, wir können in vielen Bereichen an positive Entwicklungen anknüpfen, es gibt gute Grundlagen. Wir haben starke Wirtschaftszweige bei uns im Land: die erneuerbaren Energien, die Gesundheitswirtschaft, die maritime Industrie, das Handwerk und zum Beispiel auch die Automobil-, Luftfahrt- und Raumfahrtzulieferungsindustrie oder die wachsende Branche der Kreativwirtschaft. Wir brauchen sie alle, denn sie bringen Ideen einerseits und Innovationen andererseits mit sich. Sie machen unser Land attraktiv und lebenswert, modern und mit klarem Bewusstsein für unsere Traditionen. Sie stärken das Image unseres Landes. Unser Ziel und das der Ministerpräsidentin ist, dass wir als ein Land wahrgenommen werden, in dem man nicht nur zwei oder drei Wochen sehr gut Urlaub machen kann, sondern als ein Land, in dem man arbeiten und davon gut leben kann, und das an 365 Tagen im Jahr.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung ist fest davon überzeugt, ein gutes Bild, ein gutes Image unseres Landes ist eine der wichtigsten Bedingungen dafür, dass wir weiter gut vorankommen, denn es ist unbestritten, unser Land steht in einem harten Wettbewerb zu anderen Regionen, zu anderen Bundesländern, ein Wettbewerb um die besten Köpfe, um die besten Ideen. Eine gute Außendarstellung ist deshalb mit Blick auf die Wirtschaft eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass noch mehr Unternehmerinnen und Unternehmer sagen, in Mecklenburg-Vorpommern sehe ich sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten, da investiere ich. Das ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass noch mehr Menschen sagen, ja, wir wollen da leben, in Mecklenburg-Vorpommern gründen wir eine Familie, hier haben wir eine gute Zukunft. Nur dann werden die guten Fachkräfte, die wir brauchen, bei uns im Land bleiben beziehungsweise zu uns kommen.

Erfolgreich nach außen für unser Land zu werben, das ist eine Aufgabe, die wir gerade mit Blick auf die Wirtschaft gemeinsam mit vielen Partnern angehen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Industrieinitiative, die die IHKs gemeinsam mit den Unternehmensverbänden Ende 2017 mit der klaren Botschaft auf den Weg gebracht haben, Industrie passt sehr gut zu Mecklenburg-Vorpommern. Industrie, das sind gute Unternehmen, die nachhaltig und verantwortungsbewusst wirtschaften. Industrie geht dabei innovative Wege und bietet Perspektiven für Auszubildende einerseits und Fachkräfte andererseits, also Zukunft für unser Land.

Das ist ein starker Impuls. Er richtet sich an Unternehmen und Investoren, wo wir denen anderswo sagen, Mecklenburg-Vorpommern ist heute ein moderner Wirtschaftsstandort mit leistungsstarker Infrastruktur. Wir bieten moderne und gut erschlossene Gewerbeflächen, auch in den Seehäfen unseres Landes, direkt an der Kaikante. Wir sind ein investorenfreundliches Land. Bei uns spüren die Unternehmen, dass für die Landesregierung das wichtigste politische Ziel ist, die Wirtschaft zu stärken, damit gute Arbeitsplätze entstehen. Wir sind für Investoren das Land der kurzen Wege und schnellen Genehmigungsverfahren. Gemeinsam mit unserem Landesmarketing eröffnen sich durch Initiativen wie die Industriekampagne die Chancen, Fachkräfte anzusprechen, die

Mecklenburg-Vorpommern vielleicht mit schönem Urlaub verbinden, aber nicht mit der Chance auf hochwertige Industriearbeit, mit den Möglichkeiten, hier gut zu leben und zu arbeiten.

Unsere Landesmarketingkampagne will genau das sagen: Unser Land bietet noch immer sehr viel Freiraum, Freiraum, Neues anzufangen, Freiraum für Kreativität und Innovationsgeist. Hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern kann man etwas bewegen und erreichen, leichter als anderswo. Nach außen mit Überzeugung zu werben, das setzt ein gutes Selbstbewusstsein voraus. Deshalb richtet sich die Aussage „Land zum Leben“ gleichzeitig an die Menschen hier bei uns im Land, an die Unternehmen: Seid mutig, traut euch auch etwas zu! Zeigt, wie gut ihr seid, dass es sich lohnt, in Mecklenburg-Vorpommern zu arbeiten und zu leben,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass hier etwas möglich ist! Wir wissen, es liegt uns im Norden nicht so, viel darüber zu reden, wie gut wir selbst sind, aber ich meine, an der Stelle wäre das falsche Bescheidenheit. Hier sollten wir noch offensiver auf unsere Stärken hinweisen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für unsere Stärken zu werben auf allen Ebenen, das wollen wir gemeinsam voranbringen, nach außen und nach innen. Auch deshalb hat die Ministerpräsidentin sich gemeinsam mit dem Finanzminister dazu entschlossen, das Landesmarketing zurück in die Staatskanzlei zu holen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, so nennt man das, ja?!)

Landesmarketing ist aus unserer Sicht eine zentrale Aufgabe für die Landesregierung, eine koordinierende, übergreifende, für die wir uns in Zukunft noch breiter aufstellen werden. Die Leitidee „Land zum Leben“ weiterzuentwickeln, das heißt, Mecklenburg-Vorpommern selbstbewusst, sympathisch und weltoffen zu präsentieren in seiner ganzen Vielfalt als Land zum Arbeiten, zum Studieren, zum Forschen, zum Investieren und zum Genießen. Das ist das Land zum Leben. Das bringen wir mit dem Landesmarketing voran, das entwickeln wir weiter.

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Ministerpräsidentin und ich bedanken uns für den Antrag und für Ihre Unterstützung auf diesem Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Was für eine inhaltsschwere Rede! –
Marc Reinhardt, CDU: Wegweisend! –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
wegweisend. Wir hätten alle noch Schilder
hochhalten müssen. Das ist albern.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Kollegen Abgeordnete! Werte Gäste im Saal

(Jochen Schulte, SPD: Das ist
der Chef des Landesmarketings.)

und liebe Landsleute in unserem Land!

(Thomas Krüger, SPD:
„Liebes Mikro“ haben Sie vergessen. –
Peter Ritter, DIE LINKE: „Liebes Mikro“!)

Nachdem ich nun gestern lernen musste, dass es den Regierungsparteien bei ihrem Antrag „Unterstützung der regionalen Entwicklungspolitik – Die Vorbereitung M-V auf die Reform der Strukturfonds vorantreiben“ gar nicht darum ging, dass die Landesregierung knallhart für die Interessen unseres Landes verhandeln soll, sondern ein Loblied auf das ausufernde Bürokratie- und Steuergeldvernichtungsmonster EU zu singen, war ich nun gespannt, was die wahre Intention Ihres Antrages ist.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Aber die Begründungen von Herrn Eifler gingen in die richtige Richtung und die fanden auch bei mir Anklang.

(Andreas Butzki, SPD: Lob! Lob!)

In Punkt 1 sollen wir feststellen, dass die Idee „Land zum Leben“ des Landesmarketings es in den letzten drei Jahren geschafft hat, die zuvor stark auf den Tourismus zentrierte Binnen- und Außenwahrnehmung des Landes M-V um weitere wichtige Aspekte zu ergänzen. Die letzte und einzige Evaluation zum Landesmarketing bescheinigt keinen Erfolg, auch wenn es als Erfolg verkauft wird. Die Mehrheit der befragten Deutschen sieht M-V als Urlaubs-, Agrar- und Gesundheitsland.

(Torsten Renz, CDU:
Deswegen auch der Antrag. –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Sehr wenige sehen das Land als Wohn-, Wissenschafts-, Wirtschafts- oder Arbeitsort.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt nicht.
Wohnstandort auf jeden Fall.)

Die Studie ist von 2014.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Haben Sie eine neue, die noch nicht veröffentlicht wurde? Sie gehen ja davon aus, wir sollen hier feststellen, dass in den letzten drei Jahren viel mehr geschafft wurde.

(Andreas Butzki, SPD: Ja.)

Gibt es denn eine neue Studie?

(Egbert Liskow, CDU: Jawoll.)

Haben Sie dieses Geheimpapier?

(Andreas Butzki, SPD, und
Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Ja, das haben wir.)

Soso!

Also so kann ich Punkt 1 hier nicht mittragen. Mittragen kann ich, dass die Slogans „MV tut gut.“ und „Land zum Leben“ einen Wiedererkennungseffekt haben und unser Land überhaupt erst mal bekannt gemacht haben oder bekannter gemacht haben.

Der zweite Teil – Aufforderung, wirtschaftliche Erfolge zu propagieren, um bestimmte Zielgruppen zu begeistern und ins Land zu locken. Die Zielgruppen sind auch definiert: „Familien“, „Rückkehrer“, „Fach- und Führungskräfte“, „Gründer“ und „Kreative“. Die einzigen Personen, die in den letzten Jahren massiv hierhergelockt worden sind, sind unqualifizierte Ausländer, die man staatlich alimentiert.

(Andreas Butzki, SPD: Oh, oh, oh, oh! –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

Die realen wirtschaftlichen Erfolge sind begrenzt – das gehört auch mit zur Wahrheit –,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

siehe Drucksache 7/902.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Die wurden
von deutschen Panzern hergelockt.)

Wenn man sich die reale Veränderungsrate der Bruttoinlandsprodukte in der Woiwodschaft Westpommern und in Mecklenburg-Vorpommern der Jahre 2007 und 2016 anguckt, dann kommt man wieder auf den Teppich zurück, wenn ich mir anschaue, dass Mecklenburg-Vorpommern ein reales Bruttoinlandsproduktwachstum von 2007 bis 2016 bei circa 0,99 Prozent hat, wir da einige Jahre hatten, 2009 -0,7, 2010 -0,2, 2011 1,9, 2012 -0,4, 2013 0,1,

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Vorlesen kann er, ne?! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

anschließend wieder ein kleiner Aufwärtstrend mit 0,9 und 1,0 und wir aber in der Woiwodschaft Westpommern Zahlen haben von 9,2, 9,7, 6,4, auch mal schwächer, 3,9, 3,7,

(Andreas Butzki, SPD: Manche afrikanische
Staaten haben noch höhere Prozentsätze.
Sind die auch wirtschaftlich stärker?
Das ist alles Quatsch.)

dann,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

dann relativiert sich auch der zweite Punkt.

(Egbert Liskow, CDU:
Jetzt mal was Innovatives!)

Es ist ein eher langsames Wachstum, es gibt keine Besonderheiten.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Dazu muss man sagen, dass aufgrund der Niedrigzinspolitik die Kreditaufnahme immens ist und Investitionen

und Auftragslage gerade ihr Optimum erreicht haben. Dies hat irgendwann auch wieder ein Ende. Erste Anzeichen der EZB wurden schon gemacht:

(Andreas Butzki, SPD: Welche?)

weniger Ankauf von Anlagen.

(Andreas Butzki, SPD: Welche denn?)

Dieses minimale Wachstum entstand auch nicht dank der Landesregierung, sondern trotz der Landesregierung.

(Andreas Butzki, SPD: Trotz der AfD! –
Thomas Krüger, SPD: Womit begründen
Sie das? Vor allem, wo sind die
Alternativen der Alternative? –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die Arbeits-,

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

die Arbeits-...

(Thomas Krüger, SPD:
Ach, keine Antwort, okay. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn wir Mecklenburg-Vorpommern vermarkten wollen, dann müssen wir keine Schummelpackung bilden, sondern müssen sagen, die Arbeitslosenzahlen sind hoch. Hinzu kommen die gesamten herausgerechneten Arbeitslosen, und zwar per ...

(Dietmar Eifler, CDU: Die sind ständig
gesunken, die sind so niedrig wie
noch nie in diesem Land!)

Ja, wenn man die Personen in Weiterbildungs- und Fördermaßnahmen, die 1-Euro-Jobber, die Personen, die fremdvermittelt werden, temporär und dauerhaft kranke Personen, Arbeitssuchende über 58 Jahre, die länger als ein Jahr arbeitslos sind,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Und dann?)

Schüler, Studenten, Schulabgänger, die eine Ausbildungsstelle suchen,

(Thomas Krüger, SPD:
Schüler und Kranke auch?!)

beziehungsweise Personen, die sich um andere Familienmitglieder nach Paragraph 10 SGB III kümmern,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

wenn man die alle dazurechnet,

(Andreas Butzki, SPD: Wir haben
11.000 Lehrstellen und 9.000 Bewerber.
Gestern aufgepasst?)

dann kommt man auf ein anderes Bild.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Arbeitsverhältnisse: ...

(Andreas Butzki, SPD: Gestern Mittag aufgepasst oder wieder geschlafen? – Glocke der Vizepräsidentin)

Bei den Arbeitsverhältnissen: Es entstehen immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse. Es gibt mehr Ruheständler in der Arbeitswelt, Leiharbeit ist seit Jahren nicht gesunken, immer mehr befristete Verträge, Minijobs nicht gesunken, eine hohe Zahl ausländischer Arbeitnehmer im Gastgewerbe,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

und die niedrigsten Löhne in der BRD. Das muss man dann den Leuten aber auch sagen, wenn man Werbung machen will.

Der dritte Antragsteil, die Begründung des Antrages. Der Antrag zielt auf die IHK-Veranstaltung ab, wo die IHK-Vertreter von vielen weichen Standortfaktoren, Lebensqualität und so weiter, geredet haben.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Es ist gemein und hart, dies zu sagen, aber das sind die Stimmen der Verzweiflung.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Kennzahlen zur Bewertung des Erfolgs: Wenn wir mal unsere Kampagne sehen, Kampagne „Land zum Leben“, bei YouTube: Oh, toller Platz! 136.000 Klicks für die Hymne „Land zum Leben“, vom 18.06.2015.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Gebe ich bekannt. Aber wahrscheinlich zu wenig beworben, weil sonst hätte das Lied vielleicht mehr Klicks.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das ist das einzige gute Video.

(Tilo Gundlack, SPD: Was erzählen Sie denn eigentlich für einen Dünnschiss?)

Zweites,

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

zweiter Platz: „Willkommen im Land zum Leben“,

(Tilo Gundlack, SPD: Gab es da Glyphosat heute Morgen, oder was?!)

2.741 Klicks, am 28.10.2016 veröffentlicht.

(Tilo Gundlack, SPD: Oh Mann, du!)

Das dürften sich überwiegend Personen aus M-V angesehen haben.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Kommen wir nun,

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Thomas Krüger, SPD)

kommen wir nun zu Sachen, die wir machen müssen, um für uns zu werben,

(Tilo Gundlack, SPD: Nicht, dass Sie hinterher aussagen, das habe ich gar nicht geschrieben, sondern das war unser Mitarbeiter!)

und zwar die harten Standortfaktoren ändern.

(Andreas Butzki, SPD: Vorschlag! – Thomas Krüger, SPD: Wie denn?)

Die Standortfaktoren ...

(Andreas Butzki, SPD: Welche denn? – Thomas Krüger, SPD: Welche? Wie?)

Die bei der IHK. Ich darf hier leider nichts hochhalten,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

aber die IHK-Hefte sind Ihnen wahrscheinlich auch bekannt,

(Andreas Butzki, SPD: Na, erzählen!)

und das ...

(Andreas Butzki, SPD: Sie kennen das doch aus dem Kopf.)

Ja.

(Andreas Butzki, SPD: Na, dann los!)

Qualität des Breitbandnetzes, Zustand und Ausbau des Straßennetzes allgemein, Verfügbarkeit qualifizierten Personals,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Fachkräfte, Verkehrsnetz, Straße für den Güterverkehr, Dauer der Planungs- und Genehmigungsverfahren – da sind wir gut –, Attraktivität des Nordens im Bundesvergleich gut. Aber zur Verfügbarkeit qualifizierten Personals/Fachkräften zählt auch die Qualität der Schulen,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, eine Fachkraft steht ja gerade am Rednerpult.)

der Berufsschulen.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, die absolute Fachkraft.)

Zurzeit ist die Wahrheit: In der Qualität des Breitbandnetzes belegt Deutschland Platz 26 weltweit und M-V ist ganz hinten in der Bundesrepublik.

Zustand und Ausbau des Straßennetzes: weite Wege, kaputte A 20, kaputte Dorfstraßen.

(Tilo Gundlack, SPD: Kaputte Rede.)

Verfügbarkeit von Fachkräften: Abwanderung, niedrige Löhne, mittelmäßige Bildung in M-V.

(Tilo Gundlack, SPD:
Das sieht man ja bei Ihnen, ja. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Andreas Butzki, SPD)

Technische Universität Wismar: weiter heruntergefahren,

(Tilo Gundlack, SPD: Hä?)

Bildungslehrgänge in Rostock damals gestrichen.

(Tilo Gundlack, SPD: Was erzählen
Sie da für einen Quatsch?)

Natürlich.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir haben auf dem Parlamentarischen Abend der Inge-
nieurkammer doch gehört, was los ist. Die versuchen
jetzt, in Eigeninitiative ein bisschen was auf die Beine zu
stellen.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, haben Sie da
richtig zugehört oder waren Sie nur dabei?)

Ich habe da zugehört.

(Tilo Gundlack, SPD:
Jaja, scheint nicht so!)

Die Dauer der Planungs- und Genehmigungsverfahren,
das ist die Attraktivität hier im Bundesvergleich,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Das ist ein Scheiß!)

aber ansonsten ist von den harten Standortfaktoren nicht
viel zu sehen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ja, und wenn wir das Ganze als Werbung verkaufen
wollen, dann kann ich hier nicht mitgehen.

(Andreas Butzki, SPD: Das haben wir
schon gehört! Das haben wir schon gehört!)

Das Einzige ist, wir können Sachen auf den Weg bringen
und den Leuten sagen, okay, wir bemühen uns,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wir haben erkannt, was wir zu tun haben. Wir nehmen
jetzt Geld in die Hand für gewisse Sachen und können
sagen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

in einigen Jahren wird M-V noch erfolgreicher sein.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Wahnsinnsrede!
Vergessen Sie nicht zu klatschen bei der Rede! –
Thomas Krüger, SPD: Tolle Alternativen!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für
die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Andreas Butzki, SPD: Die Rede kannst du
kaum toppen. Das wird sehr schwierig jetzt.)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn ich
eben zwischendurch zwischen den Reihen der Kollegen
wechseln musste, um andere Dinge zu besprechen,
möchte ich hier nicht den Eindruck erweckt haben wollen,
dass ich Ihnen nicht zugehört habe bei den Redebeiträ-
gen. Deswegen will ich vor allem das, was der Innenmi-
nister in seiner Funktion als stellvertretender Ministerprä-
sidentin ...

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD, DIE LINKE und BMV –
Andreas Butzki, SPD: Oha!)

Das ist einfach nur so fest im Kopf jetzt, dass es eine
Ministerpräsidentin ist und kein Ministerpräsident! Das ist
halt eben ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das ist gendergerechte Sprache.)

Das ist Gendergerechtigkeit, Frau Kollegin Oldenburg.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die Rede, die der Kollege Caffier eben für die Minister-
präsidentin gehalten hat, hat wesentliche Teile dessen,
was inhaltlich in dem Land entwickelt werden muss, noch
mal dargelegt. Deswegen will ich mich hier auch kurzfas-
sen und einfach eine Anregung ins Spiel bringen, die vor
dem Hintergrund steht, dass das Landesmarketing ge-
nauso wie der Bereich Außenwirtschaft in der Staats-
kanzlei angesiedelt ist.

Wenn wir wirklich die Synergieeffekte in diesem Land
heben wollen, dann müssten wir in Ruhe darüber disku-
tieren, a) wie wir – oder a) ist vielleicht der falsche Aus-
druck –, in Ruhe darüber diskutieren, wie weitere Syner-
gieeffekte, zum Beispiel zwischen der Arbeit, die die
Wirtschaftsförderung des Landes sehr erfolgreich macht,
gerade auch, was die Außenwerbung, die Außendarstel-
lung der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Perspektiven,
der wirtschaftlichen Möglichkeiten in diesem Land ge-
genüber dritten Unternehmerinnen und Unternehmern,
auch in anderen Ländern, in anderen Regionen, betrifft,
durchführt werden, wie wir das noch stärker mit dem
Landesmarketing und mit dem Bereich Außenwirtschaft
und Außenwirtschaftsdarstellung dieses Landes verknüp-
fen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute
eine Situation, wo die drei Bereiche ohnehin sehr stark
zusammenarbeiten. Da müssen wir einfach mal eine
Diskussion führen. Ob wir sie hier in diesem Plenarsaal
führen oder ob wir sie zwischen den Fraktionen in Vorbe-
reitung weiterer inhaltlicher Initiativen führen, ob wir sie in
den betreffenden Ausschüssen im Wege der Selbstbe-
fassung der jeweiligen Ausschüsse führen, will ich mal
dahingestellt sein lassen. Das eine schließt das andere
nicht aus. Die Frage für uns alle, in jedem Bereich, ist
doch, und das gilt auch für diesen Punkt, der so wichtig
ist für unser Land, für den Bereich der wirtschaftlichen
Entwicklung: Wie können wir die Potenziale, die ein klei-

nes Land mit beschränkten Ressourcen hat, bestmöglich heben?

Wir haben im Grunde drei Bereiche, die in diesem Kontext eine Rolle spielen. Das ist sowohl durch den Kollegen Eifler als auch durch Herrn Minister Caffier dargelegt worden. Diese Bereiche kooperieren und da stellt sich aus Sicht meiner Fraktion, aus meiner Sicht die Frage: Wie können die noch besser zusammengeführt werden, damit das in Zukunft noch optimaler läuft? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zunächst, Herr Lerche, dass es viele Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern gibt und auch noch viele Baustellen, ich glaube, darüber besteht kein Zweifel. Aber was Sie hier vorgetragen haben, hatte relativ wenig mit dem Antrag Landesmarketing zu tun. Beim Landesmarketing geht es nach meinem Dafürhalten darum, die Vorteile des Landes Mecklenburg-Vorpommern herauszustellen.

(Beifall Torsten Renz, CDU:
Sehr richtig! Sehr gut!)

Bei dem, was Sie hier skurrilerweise vorgetragen haben, werden wir wohl unter uns bleiben,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wenn wir das hier zur Grundlage für unser Landesmarketing machen wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und Bernhard Wildt, BMV –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Na, ich werde durchaus kritisch mit den Koalitionsfraktionen umgehen,

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:
Wir wären enttäuscht gewesen,
wenn es nicht so wäre! –
Torsten Renz, CDU: Sehr gut! –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD)

aber wie gesagt, auf die Art und Weise machen wir uns regelrecht lächerlich in der Öffentlichkeit, wenn Sie das hier so vortragen.

Grundsätzlich, meine Damen und Herren, klingt die hinter dem Antrag stehende Idee der Koalitionsfraktionen sympathisch, das ist hier schon festgestellt worden. Viele Jahre war der Strandkorb das zentrale Markenzeichen Mecklenburg-Vorpommerns und somit die Botschaft „MV tut gut.“ vor allen Dingen eine, die die Vorzüge des Urlaubslandes herausgestellt hat. Seit einigen Jahren,

konkret seit 2013, hat man die inhaltliche Leitidee „Land zum Leben“ hinzugefügt. Diese Erweiterung war durchaus sinnvoll, denn auf diesem Wege wurde endlich noch mal klar, dass man sich hierzulande nicht nur am Strand sonnen, im Meer schwimmen, Bäderarchitektur bestaunen oder historische Städte mit ihren reichhaltigen kulturellen Angeboten besichtigen kann, sondern dass unser Land auch ein Standort zum Studieren, zum Forschen, zum Investieren, zum Arbeiten und natürlich zum Leben ist.

Diese Entwicklung zu verstetigen und weiterzuentwickeln, ist auch nach unserer Auffassung sinnvoll. Die Intention Ihres Antrages teilen wir also. Inwieweit dieser allerdings tatsächlich geeignet ist, diese Dinge zu befördern, da gehen unsere Meinungen auseinander.

Um das auch mal zu illustrieren, möchte ich einige Fragen an den Anfang dieser Rede stellen.

Die erste ist: Worin besteht der praktische Mehrwert dieses Antrages?

Zweitens. Was ändert sich konkret, wenn der Landtag diesen Antrag heute beschließt?

(Tilo Gundlack, SPD: Alles.)

Und drittens. Sind die Vorgaben für die Experten beim Landesmarketing tatsächlich die richtigen?

Diese Fragen möchte ich in den kommenden Minuten für die Linksfraktion beantworten.

Worin also liegt der praktische Mehrwert dieses Antrages? Das ist schon eine schwere Frage, meine Damen und Herren, denn der Landtag soll erstens feststellen, dass das Landesmarketing läuft und funktioniert. An dieser Stelle möchte ich nur mal nachfragen, woraus die Koalitionsfraktionen die Erkenntnis ableiten, dass sich der Blick auf das Land in der Binnen- und Außenwahrnehmung in den letzten drei Jahren so maßgeblich verändert hat. Ich bin da lernfähig. Da ich keine neue Umfrage dazu kenne, sondern nur jene aus dem Jahr 2014, hätte ich im Rahmen der Aussprache gern eine Antwort auf diese Frage. Vielleicht können Sie mir neue Zahlen zur Verfügung stellen, dann kann ich meine Wissenslücken an dieser Stelle füllen, denn ohne Beleg, dass sich in den letzten drei Jahren die Binnen- und Außenwahrnehmung tatsächlich geändert haben, bleibt das nur eine Behauptung ohne Substanz.

Zweitens enthält Ihr Antrag den Wunsch, dass das Landesmarketing erfolgreich weitergeführt wird. Da frage ich mich ganz besorgt, ob es andere Pläne in der Landesregierung gibt. Will die Staatskanzlei das Landesmarketing etwa einstellen? Vermutlich nicht. Oder hat die CDU-Fraktion jetzt Angst, dass der neue alte Chef der Staatskanzlei andere Wege beschreiten könnte? Wenn das so ist, dann sagen Sie das doch einfach hier! Ansonsten kann ich nicht erkennen,

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

dass das Landesmarketing in Gefahr wäre oder nicht konsequent fortgeführt werden soll. Damit könnte man jetzt eigentlich schon fast enden, aber ich will mich natürlich auch noch zu Inhalten äußern, selbst, wenn der Antrag inhaltlich relativ dünn ist.

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs schon anklingen lassen, das Landesmarketing hat letztlich zwei Dimensionen: Zum einen geht es darum, den Menschen und insbesondere den Touristen, die zu uns kommen, zu vermitteln, Leute, passt auf, hier kann man nicht nur super Urlaub machen, hier lebt es sich auch sehr gut. Zum anderen soll das Landesmarketing natürlich auch ein Image aufbauen, das dabei hilft, dass Unternehmen Investitionsentscheidungen zugunsten Mecklenburg-Vorpommerns treffen.

Wir als Politiker können selbstverständlich den Auftrag an die Experten aus der Abteilung Landesmarketing auslösen, dass sie sich in Zukunft mehr darauf konzentrieren sollen, Fachkräfte, Gründer oder auch Kreative anzusprechen. So machen Sie das im Antrag, und das ist an dem Punkt durchaus in Ordnung. Ob die Prämissen, die Sie dabei setzen – wirtschaftliche Erfolge, positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt und ähnliche Dinge –, geeignet sind, um die gewünschten Zielgruppen so anzusprechen, dass sie den Weg zu uns finden, darüber kann man sich sicherlich unterhalten, man kann sich auch darüber streiten. Ich bin der Meinung – meine Fraktion teilt diese Auffassung –, diese Fragen sollte man erst mal mit den Fachleuten diskutieren. Aus unserer Sicht besteht heute kein erkennbarer Grund, das übers Knie zu brechen. Wir möchten gerne das Thema in den Wirtschaftsausschuss überweisen und dort noch mal mit den Kollegen vom Landesmarketing darüber diskutieren.

Meine Damen und Herren, auf dem Weg zu einem Land zum Leben gibt es nach wie vor viel zu tun. Politik kann dazu einen Beitrag leisten, die Lebensrealitäten der Leute so zu gestalten, dass unsere Fachleute vom Landesmarketing genügend Futter haben, will heißen, genügend gute Beispiele, die Leute dazu zu motivieren, den Umzugswagen zu bestellen und ihren Lebensmittelpunkt nach Mecklenburg-Vorpommern zu verlegen. Die Stichworte lauten: raus aus dem Lohnkeller, gute Arbeit, hervorragende und am besten kostenfreie Kinderbetreuung,

(Andreas Butzki, SPD: Das habe ich gestern schon alles gehört.)

ansprechende Kultur- und Freizeitangebote, attraktiver und dennoch bezahlbarer Wohnraum, gesicherte ärztliche Versorgung, guter ÖPNV und SPNV oder schnelles Internet. Wenn sich bei diesen wichtigen Themen etwas bewegt, dann lässt sich das auch werbewirksam vermarkten, dann haben wir eine reale Chance, mittel- und langfristig mehr zu sein als Deutschlands Urlaubsland Nummer eins. Geht es jedoch bei den genannten Themen zu langsam oder gar nicht voran, kann das Landesmarketing noch so gut sein, dann wird es nicht gelingen, mehr Menschen für den Arbeits- und Lebensort Mecklenburg-Vorpommern zu begeistern.

Lassen Sie uns also im Wirtschaftsausschuss mit den Marketingfachleuten reden und den Antrag gegebenenfalls noch ein Stück qualifizieren. Sollten Sie wieder einmal nicht bereit sein, diesem pragmatischen Ansinnen zu folgen, werden wir uns zu dem vorliegenden Antrag enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Vielen Dank.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern wird dem vorliegenden Antrag zustimmen. Allerdings muss ich auch sagen, im Punkt 1 stellen Sie fest, dass das Landesmarketing es in den letzten drei Jahren schon geschafft hat, das Image zu ändern. Der Vertreter der AfD, aber auch Herr Foerster haben festgestellt, dass dafür die Beweise fehlen. Das ist eine subjektive Wahrnehmung von Ihnen. Darauf will ich aber gar nicht weiter herumreiten, sondern ich möchte Ihnen nur die Empfehlung geben, alle Werbemaßnahmen, alle Imagekampagnen immer begleiten zu lassen durch Evaluierungsmaßnahmen, weil jeder, der in einem Unternehmen schon mal verantwortlich war für Werbestrategien, weiß, dass es sehr wichtig ist, dass man sofort – Herr Brade nickt –, dass man sofort wissen muss, wie schlagen die einzelnen Instrumente der Werbekampagne ein, wie ist das Feedback, nützt es überhaupt etwas oder muss man die Kampagne etwas ändern. Dafür möchte ich werben, dass Sie da direkt die entsprechenden Instrumente nutzen. Das ist vom finanziellen Aufwand her überschaubar, aber für den Erfolg einer Kampagne entscheidend.

Die Ziele, die Sie in dem zweiten Absatz Ihres Antrages nennen, teilen wir selbstverständlich alle. Ich glaube, viele haben schon vor der Regierungskoalition gewusst, dass Mecklenburg-Vorpommern auch ein Land zum Arbeiten ist, nicht nur zum Urlaubmachen. Deswegen können wir diese Ziele mittragen. Auch bei den entsprechenden Umfragen, zum Beispiel bei „Monitor“, hat sich herausgestellt, dass es das wichtigste Thema ist für die Bewohner unseres Landes, mehr Arbeitsplätze und mehr Einkommen zu erzielen und natürlich auch bessere Arbeitsbedingungen. Das Ziel ist also einheitlich so festgestellt.

Was kann man in der Kampagne noch tun, um dort besser zu werden? Ich denke, wir haben die einmalige Chance, das Image als wunderschönes Urlaubsland zu übertragen auf ein wunderschönes Arbeitsland. Das hat nicht jedes Bundesland, nicht jedes kann das so nutzen, wie wir das können. In einem Land, in dem man gerne Urlaub macht, auch noch arbeiten zu können, ist hervorragend. Mehr kann man sich nicht wünschen. Daher kommt auch dieser Spruch, arbeiten oder leben dort, wo andere Urlaub machen. Das ist ganz hervorragend, das muss man nutzen. Man sollte jetzt nicht den Tourismus verschämt verstecken und sagen, jetzt wollen wir mal was anders ausprobieren, sondern es ist eine Ergänzung. Deswegen sollte man heranziehen, dass mehrere Millionen Menschen jedes Jahr bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub machen, die bisher überhaupt nicht angesprochen werden,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

wenn es darum geht, hier zu investieren oder auch eine Arbeit zu suchen. Zum Beispiel war ich in früheren Zeiten selbst immer nur Urlauber in Mecklenburg-Vorpommern und habe vermisst, dass es überhaupt keine Angebote gibt, um sich zu informieren, wie es in anderen Gegenden durchaus möglich ist. Gerade in den südeuropäischen Ländern wird man sehr häufig angesprochen, ob man nicht investieren möchte. Dort werden Arbeitskreise für Unternehmer oder Veranstaltungen für Unternehmer

angeboten. Das gibt es hier bei uns zum Beispiel noch nicht. Das sollte man durchaus mal aufgreifen in den Urlaubsregionen, denn wir bekommen, ohne etwas dafür zu tun, zusätzlich mehrere Millionen Menschen jährlich ins Land.

Die Häfen wurden angesprochen. Die Häfen sind sehr wichtig. Es tut mir leid für Neustrelitz, dass es nicht an der Ostseeküste liegt, aber es ist tatsächlich so, dass die Häfen ein Unterscheidungsmerkmal darstellen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es gibt sehr viele Infrastrukturf lächen, Gewerbeflächen. Herr Minister hat es gesagt, die gibt es in Mecklenburg-Vorpommern, die gibt es aber ebenso in allen anderen Bundesländern. Wenn ich mich als Investor entscheiden muss, warum gehe ich genau dorthin und nicht woanders, dann suche ich nach dem Einzigartigen, nach den Alleinstellungsmerkmalen, und das sind bei uns die Häfen und damit die Nähe zum skandinavischen und osteuropäischen Raum.

Ich möchte noch ansprechen das Thema Fachkräftemangel. Es wird hier im Hause immer wieder beklagt, wir haben einen Fachkräftemangel. Ich möchte davor warnen, das immer so in den Vordergrund zu stellen. Auch die Arbeitsagenturleiter teilen diese Ansicht. Wir sollten nicht immer wieder sagen, wir haben einen Fachkräftemangel. Wenn wir mit einem süddeutschen Investor, einem süddeutschen Unternehmer sprechen und sagen, ja, wir haben Fachkräftemangel, dann versteht er darunter etwas ganz anderes, als wir darunter verstehen, denn in Süddeutschland gibt es wirklich eine Arbeitslosigkeit, die quasi null ist, da gibt es überhaupt keine Arbeitskräfte mehr, wenn man welche braucht. Das ist bei uns nicht der Fall. Wir haben temporären Fachkräftemangel, wir haben in bestimmten Berufen einen Fachkräftemangel, aber nicht so pauschal. Man kann in Mecklenburg-Vorpommern durchaus noch sehr gute Arbeitskräfte finden, auch Arbeitskräfte, die zum Beispiel gerne bereit sind, zu wechseln, weil sie dadurch mehr verdienen können. Das Entscheidende, um das Lohnniveau nach oben zu ziehen, ist, das sagte ich schon, dass der Wettbewerb in Gang kommt, dass es Firmen gibt, die besser bezahlen und bessere Arbeitsbedingungen bieten.

Normalerweise ist es immer der Aufruf der Regierung, die sagt, man soll das Land nicht schlechtreden, in diesem Fall kommt dieser Aufruf mal aus der Opposition: Reden Sie das Land nicht schlecht! Wir haben Fachkräfte und wir haben sogar sehr engagierte und gute Fachkräfte, die auf der Suche nach neuen Herausforderungen sind.

Ja, das waren die wichtigsten Punkte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

(Schriftführer Thomas Schwarz: Nicht in die Länge ziehen! Nicht in die Länge ziehen! – Minister Dr. Till Backhaus: Ja, Herr Eifler hat auch eine Gabe dafür!)

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich,

dass zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen diese Debatte geführt werden konnte.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Herr Lerche, es tut mir leid, Sie haben sicher den einen oder anderen Punkt des Antrages aufgegriffen, aber mein Eindruck war, die Überschrift haben Sie gar nicht gelesen. Sie haben es versäumt, das ist an Ihnen vorbeigegangen, denn da steht drin, dass es darum geht, mit dem Landesmarketing die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Vielleicht sollten Sie da noch mal genau hinschauen.

(Andreas Butzki, SPD: Es kommt auf das verstehende Lesen an!)

Das will ich nicht kommentieren.

Zu der Kampagne muss ich sagen, dass ich sehr dankbar bin, dass durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten, durch Lorenz Caffier, noch mal die Situation ins Bewusstsein gerufen worden ist und deutlich wurde, welche Unternehmen hier im Land erfolgreich für die wirtschaftliche Entwicklung aktiv sind. Unternehmerverbände und die Kammern machen uns darauf aufmerksam, dass das Land für Industrieansiedlungen bestens geeignet ist, und wir greifen diesen Gedanken auf.

Dann, Herr Foerster, komme ich auf Ihren Antrag noch mal zurück. Ich verstehe Ihre Antragsüberweisung in den Wirtschaftsausschuss und freue mich auf die interessante Beratung. Herr Schulte hat in seiner Rede auch angedeutet, dass es sehr wohl geboten ist, sich damit auseinanderzusetzen.

(Torsten Renz, CDU:
Wehe, wir bringen den dann nicht ein, dann ist aber was los!
Heiterkeit und Zuruf von
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir werden dem Antrag auf Überweisung in den Wirtschaftsausschuss zustimmen.

Ich möchte aber noch einen Punkt ansprechen, nämlich das Landesmarketing. Es geht nicht darum, mit dem Antrag das Landesmarketing insgesamt schlechtzureden. Im Gegenteil, aus vielen Gesprächen mit Herrn Kranz – er ist auch Gast heute hier – weiß ich um seine Kompetenz und sein Engagement für die Bewerbung dieses Landes in der Vernetzung mit vielen anderen Institutionen. Ich denke da an Invest in M-V, an Agrarmarketing, an den Tourismusverband.

Das Thema hatten wir gestern. Herr Waldmüller hat an dieser Stelle darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, wenn man bestimmte Zweige und die Wirtschaft entwickeln will, muss man das gemeinsam tun und nicht gegeneinander argumentieren und Branchen gegeneinander ausspielen. Es ist gerade hier ganz wichtig, dass wir die Vernetzung, die insgesamt da ist, nutzen, um unser Land darzustellen, um es zu bewerben, damit Investoren in unser Land kommen, um nicht nur ein Land zum Leben zu sein, sondern um ein Land zum Arbeiten, zum Leben und zum Wohlfühlen zu sein. In dem Sinne freue ich mich auf eine weitere gute Beratung im Wirtschaftsausschuss

(Marc Reinhardt, CDU: Klatschen!)

und auf Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der ...

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Ja, Simone, wir sind gar nicht
so stur, wie du immer denkst! –
Ministerin Birgit Hesse: Also, Herr Renz!)

Wir sind in der Abstimmung, Herr Renz. Das ist jetzt das letzte Mal, beim nächsten Mal gibt es einen Ordnungsruf.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Minister Dr. Till Backhaus: Na endlich!)

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/1593 in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. –

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh, Henning, eine Runde Sekt! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Ministerin Birgit Hesse)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/1593 einstimmig in den Wirtschaftsausschuss überwiesen worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weiter so! Weiter so! –
Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktion der SPD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weiter so! Weiter so! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

der Fraktion der AfD – Durchsetzung einer negativen ...

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie nicht bereit sind, hier zuzuhören, und es dringenden Gesprächsbedarf gibt, können wir die Sitzung gerne für eine halbe Stunde unterbrechen,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, wir wissen das.)

und wenn dann der Redebedarf gestillt ist, können wir mit der Sitzung fortfahren.

Offensichtlich ist der Redebedarf doch nicht so dringend, sodass ich jetzt erneut die Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Durchsetzung einer negativen Wohnsitzauflage für Schwerin, Drucksache 7/1575, aufrufen kann.

**Antrag der Fraktion der AfD
Durchsetzung einer negativen
Wohnsitzauflage für Schwerin
– Drucksache 7/1575 –**

Das Wort zur Begründung für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Herr Lerche.

(Andreas Butzki, SPD:
Oh, ein Dauerredner! Mit
seiner blauen Mappe wieder. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Abgeordnete! Werte Gäste im Saal!

(Andreas Butzki, SPD: „Liebe
leere Stühle“ hat er vergessen.)

Liebe Landsleute im Lande! In unserem Antrag auf Drucksache 7/1575 fordern wir die Landesregierung auf, aufgrund der Entwicklungen im Bereich der Binnenmigration künftig von der Wohnsitzregelung in Paragraph 12a Absatz 4 Aufenthaltsgesetz gezielt und lageangepasst Gebrauch zu machen – und bezogen auf den letzten Antrag eben: damit wir auch überall in Mecklenburg-Vorpommern das Land zum Leben sind.

Was bedeutet dies konkret? Nach Paragraph 12a Absatz 4 Aufenthaltsgesetz kann ein Ausländer, welcher der Verpflichtung nach Paragraph 12a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz unterliegt, zur Vermeidung von sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung für maximal drei Jahre verpflichtet werden, seinen Wohnsitz nicht an einem bestimmten Ort zu nehmen, insbesondere, wenn zu erwarten ist, dass der Ausländer Deutsch dort nicht als wesentliche Verkehrssprache nutzen wird.

Die Gefahr sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung besteht hinsichtlich der Stadt Schwerin bereits angesichts der Vielzahl von Flüchtlingen, die ihren Wohnsitz in Schwerin innehaben. Laut Aussagen des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Schwerin beherbergt die Stadt gegenwärtig ungefähr 20 Prozent aller Flüchtlinge des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Bei den noch zu erwartenden Flüchtlingen ist die Gefahr soziokultureller Segregation groß, weil sie bereits gefestigte Strukturen der jeweiligen Heimatnation vorfinden, die eine Partizipation und Teilhabe in der aufnehmenden Gesellschaft aus verschiedenen Gründen erschweren.

Diese möchte ich anhand folgender Sozialstrukturdaten der Stadt Schwerin, die aus einer Kleinen Anfrage meines Kollegen Thomas de Jesus Fernandes auf Drucksache 7/1276 hervorgehen, näher erläutern. Im Stadtteil Neu Zippendorf stieg der Migrantenanteil von 2015 bis 2017 von 14,8 Prozent auf 20,8 Prozent und im Stadtteil Mueßer Holz im selben Zeitraum von 13,8 Prozent auf 24,6 Prozent.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Dies befördert verstärkte Segregationstendenzen, indem immer mehr Altbewohner – in Anführungsstrichen – versuchen wegzuziehen. Es verbleiben ältere Bewohner, sozial Schwache, diese schotten sich zumeist gegenüber den neuen Migranten ab.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum eigentlich?)

Ja, ist so.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, warum? Nicht „Ist so“! Warum
ist das so? Nicht „Ist so“! Warum? –
Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

oder durch die kulturelle und familiäre Nähe bestimmter Stadtteile Schwerins, befördern wir soziokulturelle Segregation, verbunden mit einer Gettoisierung und Entfremdung unserer Landeshauptstadt, so, wie wir sie kennen und lieben. Dieser Gefahr werden wir von der AfD-Fraktion uns konsequent entgegenstellen.

Später.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Später?
Ach, später! – Tilo Gundlack, SPD:
Ah! Wann ist denn später bei Ihnen?)

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Bei dem schon hohen Anteil der Migranten besteht für neu hinziehende Personen

Die Stadt Schwerin mit ihren knapp 99.000 Einwohnern zählt mit Stichtag zum 30.11.2017 nach Angaben des Ausländerzentralregisters 7.292 ausländische Staatsangehörige. Wir haben insgesamt 2.041 Personen in der Stadt, die als Asylberechtigte, Flüchtlinge oder subsidiär Schutzbedürftige anerkannt sind. Zwar ist die Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent (Stand Oktober 2014) auf 8,7 Prozent (Stand Oktober 2017) zurückgegangen, jedoch wird im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 vom Jobcenter Schwerin Folgendes angemerkt, Zitatbeginn:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Früher oder später.)

weder die Notwendigkeit noch der Anreiz, eventuell bereits vorhandene Deutschkenntnisse einzusetzen und durch Übung zu vertiefen. Im Einzelhandel und bei den Dienstleistern vor Ort werden verstärkt die verschiedenen Sprachen und Dialekte der Hinzugezogenen wahrgenommen.

„Mit dem Rückgang des Kundenpotenzials nimmt der Anteil von Kunden mit marktfernen Integrationsprognosen zu. Gleichzeitig ändert sich die Kundenstruktur dahingehend, dass ein immer größer werdender Anteil der Kunden Migrations- bzw. Flucht- und Asylhintergrund hat.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, mit den Dialekten ist es schwierig,
das habe ich auch gemerkt. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ein hoher Anteil der Arbeitslosen hat Qualifizierungsdefizite (ohne Berufsabschluss, Ungelernte). Es bedarf eines immer höheren Aufwandes, das Kundenpotenzial auf die vorhandenen Chancen des Arbeitsmarktes auszurichten. Die Zahl der Zugänge aus Erwerbstätigkeit geht wesentlich stärker zurück als die Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit.“ Zitatende.

Wenn dann noch der ab März 2018 rechtlich wieder mögliche Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten Realität wird, kann davon ausgegangen werden, dass die Zuzüge in die bereits stark nachgefragten Stadtteile erfolgen und damit der Bevölkerungsanteil der Migranten unverhältnismäßig weiter ansteigen wird.

Des Weiteren sind drei wesentliche Zahlen für die Sozialstruktur Schwerins alarmierend. Die gegenwärtige SGB-II-Quote liegt bei 17 Prozent, das heißt, zumindest jeder Sechste in Schwerin. Die gegenwärtige Kinderarmutsquote – Kinder unter 15 Jahren im Sozialgesetzbuch II – liegt bei 26,3 Prozent, das heißt, zumindest jedes vierte Kind. Und von den insgesamt 9.061 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Sozialgesetzbuch II haben 2.796 einen Migrationshintergrund, das heißt, fast jeder Dritte von den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

In der uns nun vorliegenden Anzahl der leerstehenden Wohnungen für die Jahre 2014 und 2016 haben wir im Gesamtüberblick einen Rückgang des Wohnungsbestandes um knapp 14 Prozent zu verzeichnen. Demnach gab es im Stadtteil Neu Zippendorf 2016 nur noch 272 leerstehende Wohnungen, Tendenz fallend. Nach der Festnahme des Terrorverdächtigen Yamen A. führten wir am 13.11.2017 ein von der AfD-Fraktion organisiertes Treffen zur aktuellen Lage der Integration in Neu Zippendorf mit unterschiedlichsten Akteuren und Interessenvertretern durch. Dort wurde uns von der Wohnungsgesellschaft Schwerin mitgeteilt, dass der Bestand an freien 1-, 2- und 5-Raum-Wohnungen gleich null ist.

Nach meiner Einschätzung sprechen diese Zahlen Bände. Die Stadt Schwerin und das Jobcenter sind, um eine adäquate Qualifizierung und Betreuung für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt erreichen zu können, an der Belastungsgrenze. Dabei erweist sich die – bezogen auf die Gesamtbevölkerung und die Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Stadt Schwerin als zusätzliches Hindernis für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Handeln wir deshalb jetzt!

Neben dem Wunsch der Flüchtlinge nach Anmietung einer eigenen Wohnung prägt die Wohnsitznahme die räumliche Nähe zu Verwandten. Was passiert jetzt, wenn dies nicht mehr möglich ist? Soweit ein Zuzugsverbot nur auf einzelne Stadtteile Schwerins beschränkt würde, wäre eine Verdrängung in die nicht unter das Zuzugsverbot fallenden Stadtteile zu befürchten, sodass auch dort eine soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung der Migranten einträte,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Yamen A. war kein Einzelfall,

diese unter sich blieben und sie Deutsch nicht als wesentliche Verkehrssprache nutzen würden.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Meine Damen und Herren, unter Annahme weiterer Zuzüge durch die Binnenmigration, sei es durch die räumliche Nähe zur Metropole Hamburg

sondern die Spitze des Eisberges, der den Namen Parallelgesellschaft trägt und durch ein „Wir schaffen das“ in unserer Landeshauptstadt getragen worden ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Als Lokalpatriot und Stadtvertreter Schwerins möchte ich den sozialen Frieden und inneren Zusammenhalt meiner Heimatstadt nicht weiter in Gefahr sehen. Als Landtagsabgeordneter möchte ich nicht – wie im Fall Salzgitter, wo die negative Wohnsitzauflage durch den Innenminister zu spät erlassen worden ist – vor einem finanziellen Scherbenhaufen stehen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Lerche, ich habe Ihnen eine halbe Minute länger gegeben und schalte jetzt das Mikrofon ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Lieber Kollege Lerche, Sie haben mal wieder unterschiedliche Begrifflichkeiten durcheinandergeworfen, Sie haben Zahlen durcheinandergeworfen. Sie müssen das schon ertragen, dass man auch das eine oder andere richtigstellt. 20 Prozent der Flüchtlinge in Schwerin untergebracht –

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Fachkräftepotenzial im Landtag!)

also es tut mir leid, im Gegenteil, Schwerin hat sogar einen Verrechnungsfaktor, weil es Stern Buchholz mit als Außenstelle/Aufnahmeeinrichtung hat, die ihnen weniger zuweist.

(Dirk Friedriszik, SPD: Genau.)

Und jetzt sage ich Ihnen mal, sozialen Unfrieden stiften Sie, indem Sie hier mit Begrifflichkeiten und Zahlen umherhantieren, die so nicht stimmen. Deswegen ist das eher,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

eher die Gefahr, die ich sehe. Ich gehe in meiner Rede auf die Dinge noch mal ein.

Sie haben, wie gesagt, den Antrag gestellt, von der Wohnsitzregelung im Paragraphen 12a Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes Gebrauch zu machen und für die Landeshauptstadt einen Erlass zu erwirken, der ein Verfahren und Regelungen zu einer Zuzugsbeschränkung für Schwerin erlässt. Dabei sind Sie gerade am Ende Ihrer Rede auf die Entstehung von sozialen Brennpunkten eingegangen und darauf, dass durch einen hohen Anteil an Flüchtlingen und Migranten in diesem Gebiet für neu hinzuziehende Personen kein Anreiz bestünde, Deutsch zu lernen oder zu vertiefen.

Lieber Herr Lerche, meine Kollegen von der AfD, dies ist nichts weiter als ein bürokratischer Versuch einer Sympombekämpfung, etwas, was Sie anderen ja im Übrigen gerne immer selbst vorwerfen oder unterstellen. Aber

durch Ihren Vorschlag werden doch keine Integrationsherausforderungen gelöst. Im Übrigen sehe ich persönlich die Gefahr in dem Ausmaß, wie Sie es beschreiben, nicht. Stattdessen hilft das Land – und hier jetzt auf Schwerin bezogen insbesondere auch die Stadt – denjenigen bei der Bewältigung der im Antrag erwähnten Probleme. Doch hierauf komme ich noch zu sprechen.

Zunächst ist für mich besonders wichtig, dass wir mit der Begrifflichkeit sauber umgehen und nicht in der schon schwierigen, komplexen Lage der Bevölkerung noch falsche Begriffe und falsche Zahlen vermitteln. In Punkt 1 Ihres Antrages sprechen Sie richtigerweise noch von „Asylberechtigten“, Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und sogenannten „subsidiär Schutzberechtigten“. Beim eigentlichen Kernpunkt Ihres Antrages – Sie warnen vor soziokultureller Segregation und einer Gettoisierung – sprechen Sie aber schon wieder von „Flüchtlingen und Migranten“,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

schmeißen also die Begrifflichkeiten in einen Topf und schüren damit letztendlich eben Ängste.

Warum ist die Trennung dieser Begrifflichkeiten denn so wichtig? Asylbewerber unterfallen nicht der Wohnsitzregelung – das sollten Sie oder Ihr Redenschreiber wissen, das ist das Aufenthaltsgesetz –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der hat nicht die richtige Rede gefunden zum Abschreiben.)

sondern haben auf der Grundlage des Asylgesetzes eine grundsätzliche Verpflichtung zum Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung oder später in den Unterkünften, die ihnen zugewiesen werden. Die entsprechende Zuweisung an die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt nach einem Verteilungsschlüssel, auf den wir uns gemeinsam mit den Landesverbänden verständigt haben, der sich eben nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Landkreise und kreisfreien Städte zur Einwohnerzahl des Landes ergibt. Dazu gibt es noch die eine oder andere Verrechnung für die Landkreise beziehungsweise Städte – in dem Fall Schwerin beziehungsweise Ludwigslust-Parchim –, die durch die Erstaufnahmeeinrichtungen besondere Faktoren erhalten, die die Belastungen, die sie durch die Erstaufnahmeeinrichtungen haben, berücksichtigen.

Wir reden aber im Zusammenhang mit den aufenthaltsrechtlichen Wohnsitzregelungen von anerkannt Schutzberechtigten und somit im Falle von Schwerin nicht von 7.000 „Flüchtlingen und Migranten“, wie Sie es pauschal im Antrag betiteln, sondern eben nur von den rund 2.000 Personen, die Sie hier noch mal erwähnt haben.

Sie fordern nun, den Paragraphen 12a Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes anzuwenden. Der Gesetzgeber geht von einer Prognoseentscheidung der Ausländerbehörde aus, ob die Gefahr sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung besteht. Wichtig dabei ist die Frage, ob ein Betroffener weitgehend ohne Kontakt zur Aufnahmegesellschaft lebt. Das ist hier nicht gegeben. Bei den von Ihnen beschriebenen Gettos gibt es sicherlich in Deutschland das eine oder andere Gebiet, wo man aufpassen muss, ob man über viele Jahrzehnte die richtige Entscheidung getroffen hat, aber das trifft nun nicht für unser Land und gleich gar nicht für Schwerin zu, zumal

bei uns bisher keine Zahlen vorliegen, die die von Ihnen beschriebenen Gefahren mit sich bringen.

Auf dem Dreesch hatten nach der Wiedervereinigung zunächst Spätaussiedler eine Wohnung gefunden. Nun finden dort anerkannte Flüchtlinge eine Aufnahme. Das ist an sich doch völlig in Ordnung. Natürlich, auch das wird keiner bestreiten, läuft das nicht immer vollkommen reibungslos ab, weder in Schwerin noch in anderen Regionen, aber das gehört dazu, dass wir bei so einer Frage auch mit Problemen umgehen müssen. So leben auf dem Dreesch überproportional viele Personen und Familien mit geringen Einkommen. Dass sich das auch auf das soziale Gefüge vor Ort auswirkt, liegt natürlich auf der Hand, das darf man nicht negieren. Trotzdem ist der Dreesch eben absolut keine No-go-Area. Stadt und Zivilgesellschaft in Schwerin sind auf dem Dreesch außerordentlich aktiv und haben in den zurückliegenden Jahren viel getan, um genau diesen sozialen Zusammenhalt in unterschiedlichen Formen gestalten zu können. Auch wird Deutsch – jedenfalls, wenn ich auf dem Dreesch unterwegs bin – nicht als Verkehrssprache abgelöst, dafür ist die Herkunft der zugezogenen Menschen viel zu unterschiedlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig! –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ganz wichtiger Punkt.)

Auf dem Dreesch wird Vietnamesisch, Russisch, Arabisch oder Persisch gesprochen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Sächsisch.)

übergeordnete Sprache ist aber immer noch Deutsch.

Wenn Sie Sächsisch als Migrationshintergrund ansehen, Kollege Ritter,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

dann gebe ich Ihnen natürlich recht, auch Sächsisch wird auf dem Großen Dreesch gesprochen.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Da sprechen ja zwei Einheimische miteinander.)

Hinzu kommt, dass unter Anerkannten auch viele Familien mit schulpflichtigen Kindern oder Kindern, die in die Kita gehen, sind, wodurch automatisch natürlich ein ganz anderer Zugang zur Aufnahmegesellschaft besteht. Von einer Segregation, auch sprachlich, kann hier aus unserer Sicht nicht ansatzweise die Rede sein. Deshalb sehe ich die Anwendbarkeit des Paragraphen 12a Absatz 4 Aufenthaltsgesetz nach wie vor für Schwerin als problematisch oder, anders ausgedrückt, als in der jetzigen Situation nicht notwendig an.

Die Ausländerbehörde könnte so etwas auch schlicht nicht begründen, zumal bei der Anwendung dieser Bestimmung in jedem Einzelfall eine umfangreiche und sehr zeitintensive Prüfung nötig wäre. Ihr Antrag ist also nicht ansatzweise dazu geeignet, Probleme zu lösen, die ich in der von Ihnen stark überzeichneten Form so auch nicht sehe. Stattdessen schüren Sie Ängste vor sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Aber wir wissen ja, dass bei Ihnen – diplomatisch gesprochen – ein Problem mit jeglichen Fremden herrscht, seien sie Deutsche oder Ausländer.

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Sie wollen selbst unseren deutschen Fußballweltmeister Boateng nicht als Nachbarn haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Meine Damen und Herren, nun möchte ich noch mal auf die Unterstützung des Landes für die Kommunen zurückkommen. Hier wird gemeinsam bereits vieles getan. Bei den Asylbewerbern und Duldungsinhabern erstatten wir als Land den Landkreisen und kreisfreien Städten grundsätzlich die notwendigen Aufwendungen für die Aufnahme und Unterbringung. Neben den Leistungen zum Lebensunterhalt werden auch Unterkunftskosten erstattet. Für die Schaffung und Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften können die erforderlichen Investitionen vom Land getragen werden. Hier werden nicht Pauschalbeträge wie in anderen Bundesländern gewährt, sondern es findet eine Spitzabrechnung, also Komplettabrechnung statt. Bei anerkannten Schutzberechtigten werden darüber hinaus die Unterkunfts- und Heizungskosten erstattet. Die Beratungen zum SGB-Gesetzentwurf des Sozialministeriums haben gerade erst abschließend stattgefunden, sodass Kostenerstattungen hierfür nun nach den tatsächlich getätigten Auszahlungen erfolgen können.

Um die Integration der betroffenen Personen weiter voranzubringen, werden auch Bildungs- und Teilhabeleistungen grundsätzlich über das AG-SGB II erstattet. Zudem erhält Schwerin auch aus den Integrationshilfen des Bundes noch bis 2018 Zuweisungen und es werden die Sachaufwendungen der Kommunen für unbegleitete minderjährige Ausländer über den Kommunalen Sozialverband erstattet.

Abschließend möchte ich als der für das FAG zuständige Minister noch einmal hervorheben, dass Schwerin natürlich vom Einwohnerzuwachs durch das ebenfalls erst am Mittwoch abschließend beratene, angepasste FAG auch profitiert. Bei den Beratungen zum Doppelhaushalt haben wir ja vereinbart, dass die durch den Zuzug zu verzeichnenden Mehreinnahmen nicht auf die vereinbarten Konsolidierungsziele angerechnet werden. Diese Einnahmen stehen Schwerin somit für Kita, Schulen, Straßen, für Integration zur Verfügung, und das ist auch richtig und gut so. Und wenn weitere Belastungen oder zusätzliche Maßnahmen in der Stadt notwendig sind, wird sich das Land auch in Zukunft seiner Verantwortung nicht entziehen und mit der Kommune gemeinsam über mögliche Unterstützung reden.

Meine Damen und Herren, unterm Strich lässt sich also sagen, es geht um einen wesentlich kleineren Personenkreis, als im Antrag mit der Begrifflichkeit „Flüchtlinge und Migranten“ suggeriert wird.

Zweitens. Dementsprechend sind die dargestellten Gefahren in Schwerin auch vollkommen überzeichnet dargestellt.

Drittens. Die AfD schlägt mit ihrem Antrag ein Herumdoktern an den Symptomen der Zuwanderung vor.

Viertens. Wir als Landesregierung unterstützen die Kommunen aber bereits umfassend bei der Bewältigung der eigentlichen Herausforderungen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Na ja, na ja!)

gerade auch bei der Integration. Dadurch erreichen wir viel mehr als über eine Zuzugsbeschränkung für bestimmte Kommunen.

Und ich will an der Stelle wiederum ganz herzlich allen, die zur Integration mit beitragen, gerade im Ehrenamt, dass wir im Land eine Integration durchführen können mit den vielen ehrenamtlichen Helfern, ganz herzlich Dank sagen.

Ich empfehle dem Parlament jedenfalls, diesen Antrag abzulehnen. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei Herrn Minister Caffier bedanken für etliche Klarstellungen in seiner Rede. Herzlichen Dank, Herr Minister!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Grundsätzlich möchte ich meinen Redebeitrag gerne unter eine Art Titel stellen, nämlich den Titel „Integration im Quartier erfolgreich gestalten“, denn nicht nur in Schwerin, sondern in vielen Kommunen deutschlandweit wird erwartet, dass sich neue ZuwanderInnen nach Verlassen der Gemeinschaftsunterkünfte in wenigen beziehungsweise ganz bestimmten Quartieren einer Stadt konzentrieren könnten. Sie suchen natürlich die Nähe zu ihrer Community, wie man so schön sagt, beziehungsweise zu migrantischen Infrastrukturen, und zudem – auch darauf wurde hier schon eingegangen – sind sie natürlich darauf angewiesen, dass preiswerter Wohnraum zur Verfügung steht. Daraus können sich durchaus sogenannte soziale Brennpunkte entwickeln.

Klar ist, Kommunen müssen Wohn- und Lebensraum zur Verfügung stellen und natürlich auch die weitere Versorgung gewährleisten. Aufgaben der Integration und Teilhabe stehen an, da viele Geflüchtete längerfristig in Deutschland bleiben werden. Dabei stellen die schwankenden Zuwanderungszahlen und die daraus resultierenden Unsicherheiten die Kommunen natürlich vor zentrale Planungsprobleme. Integration erfordert also längerfristige Angebote und entsprechende Weichenstellungen zu einer erfolgreichen Eingliederung in die städtische Gesellschaft. Der Spruch „Integration entscheidet sich vor Ort“ trifft dabei zu.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist richtig.)

Dabei muss Integration eine wechselseitige Aufgabe sein von Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft. Für uns ist dabei ganz besonders relevant, wie die sozialräumliche Begleitung und Integration erfolgt.

In anderen Bundesländern gibt es mittlerweile Studien, die ihren Blick auf die verschiedenen städtebaulichen Programme richten, allen voran das Programm „Soziale

Stadt“. Diese Studien fragen: Wie lassen sich solche Programme auf die neuen Integrationsaufgaben einstellen? Diverse Forschungsarbeiten betrachten Quartierstypologien und verdeutlichen die Relevanz des nachbarschaftlichen Kontexts für die Entwicklung sozialer Netze und der längerfristigen Integration. Die Quartiersebene als Ort der Integration gewinnt also an Bedeutung, das heißt, die Kraft sozialraumorientierter Ansätze muss neu betrachtet werden, ebenso bestehende Förderprogramme.

Diese Ansätze sind nachhaltig, nach vorne gerichtet, sie sind vorurteilsfrei und humanistisch. Auch an diesem Antrag der AfD merkt man ein weiteres Mal, dass sie weder nachhaltig, nach vorne gerichtet noch vorurteilsfrei agieren möchte. Denn mit Wohnsitzauflagen, so sagen Sie, wollen Sie angeblich die Bildung integrationshinderlicher Parallelgesellschaften vermeiden. Man geht also davon aus, es gebe eine große Anzahl von Geflüchteten und demnach eine sogenannte Verdichtung ethnischer Gruppen in bestimmten Stadtteilen. Die Zahlen hat Herr Minister schon korrigiert.

Zur Wohnsitzauflage, die man aus unserer Sicht mit großer Vorsicht genießen muss, möchte ich folgende Punkte anmerken:

Erstens. Generell gilt, nicht immer entspricht diese befürchtete oder aber auch gefühlte oder behauptete Verdichtung der Realität.

Zweitens. Die negative Wohnsitzauflage soll dort angewendet werden, wo sozialintegrative Kapazitäten und die Aufnahmefähigkeit eines Ortes überfordert sind. Doch an welchen Kriterien macht man fest, ob sozialintegrative Kapazitäten überfordert sind und der betreffende Ort seine wie auch immer zu bewertende Aufnahmefähigkeit erreicht hat? Welche Kriterien sind dies? Herkunft der Zugezogenen? Das Vorhandensein von Arbeit und Geld? Sprachkenntnisse? Glaubensrichtungen? Wären Geflüchtete, die selbstständig für ihren Lebensunterhalt sorgen können, von einer negativen Wohnsitzauflage ausgenommen? Oder würde dann ihre Herkunft oder aber ihre Sprache einen entsprechenden Wohnsitz untersagen? Die Festlegung solcher Kriterien führt unweigerlich zu Diskriminierungen.

Drittens. Zugangssperren und Wohnsitzauflagen senden folgende Botschaft: Flüchtlinge wären allein aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer Sprache beziehungsweise aufgrund ihres Status eine Belastung oder gar eine Gefahr für die Gesellschaft und sich selbst. Sie werden als Problem dargestellt, das es einzudämmen gilt. Maßnahmen dieser Art und die ihnen zugrundeliegenden Haltungen bedienen Ressentiments in der Bevölkerung und laufen einer inklusiven Gesellschaft zuwider.

Viertens. Mehrsprachigkeit wird grundlegend als defizitär dargestellt. Immer wieder wird auf die sogenannten sprachlichen Barrieren verwiesen. Dabei ist es völlig normal und menschlich, dass neu zugezogene Menschen sich vor allem mit anderen Menschen umgeben, mit denen sie sich gut verständigen können. Betrachtet man den Ansatz des sogenannten begleiteten Ankommens, dann kann Hilfe durch Muttersprache sogar integrationsfördernd sein, ohne dabei die Bedeutung des Deutschlernens zu negieren. Aber dafür müsste man sich mit modernen inklusiven Konzepten auseinandersetzen,

und dass das die AfD nicht beherrscht, haben Sie heute ein weiteres Mal bewiesen.

Fünftens. Man kann und darf nicht davon ausgehen, dass Geflüchtete eine homogene Gruppe wären. Allein diese Annahme ist bereits diskriminierend. Das Denken in Kulturkreisen ist kleingeistig, fehlerbehaftet und widerspricht allen Erkenntnissen von Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsräten und auch Wissenschaft.

Unser erstes Fazit: Die Sperre stigmatisiert schutzsuchende Menschen und auch die betroffenen Orte. Geflüchteten muss das Recht gewährt sein, ihren Aufenthalt zu wählen und sich frei zu bewegen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Nun zu unseren Lösungsvorschlägen: Schwerin und andere Städte stehen vor der Herausforderung, die neu Zugezogenen in die lokale Gesellschaft zu integrieren, das ist keine Frage, und die aus diesem Umstand resultierenden Maßnahmen müssen andere sein als Zuzugssperren. Dort, wo viele Geflüchtete leben, müssen die vorhandenen finanziellen Mittel eingesetzt werden, um Kindergartenplätze zu schaffen, Schulen entsprechend auszustatten, Beratungsstellen zu stärken, Stellen für Sozialarbeiter/-innen einzurichten, Vereine und Initiativen bei ihrer Integrationsarbeit vor Ort zu unterstützen. Orte der Begegnung müssen geschaffen werden und Projekte der Quartiers- und Gemeinwesenarbeit sind zu fördern. Bezahlbarer Wohnraum ist natürlich ebenso wichtig.

Das Land sollte sich eher darauf konzentrieren, zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die Integrationsarbeit der Kommunen zu unterstützen. Uns ist klar, Integration erfordert längerfristige Angebote und entsprechende Weichenstellungen. Aufnahmequartiere, wie es so heißt, und ihre Infrastrukturen müssen gefördert werden, eine kleinräumliche, quartiersbezogene Steuerung ist wichtig. Die Ansätze des Urban Governance helfen hier weiter, vor allem im Kontext von Flucht und Asyl. Quartiere müssen also neu verstanden werden als Ankunftsorte, sie sind als Nachbarschaften Orte des Kennenlernens, des guten Ankommens. Für diese Leistungen brauchen die Kommunen auch eine aufgabengerechte Finanzausstattung.

Aber – auch da muss ich Ihnen ein Stück weit widersprechen, Herr Caffier – die Stadt Schwerin ist letztes Jahr auf 3 Millionen Euro Mehraufwendungen sitzen geblieben. Diese Mittel wurden eben nicht erstattet vom Land, und das ist natürlich ein Problem, weil dann wird die Kommune kaum zusätzliche Mittel für ein modernes, inklusives Quartiersmanagement aufwenden, wenn schon die grundlegenden Kosten, die entstehen, nicht erstattet werden.

Deshalb möchten wir alle den Menschen natürlich nicht vorwerfen, dass sie aus einer ehemaligen Kaserne auf dem Dorf in die Stadt ziehen, wo sie auch ihre Leute um sich haben, wo es noch günstigen, sprich KdU-fähigen Wohnraum gibt. Wir würden es doch nicht anders machen! Integration findet im Quartier statt, dafür braucht es Strukturen, neue Ansätze und eben auch dringend mehr Förderung, mehr Unterstützung des Landes den Kommunen gegenüber. Was man allerdings nicht braucht, das sind Zuzugssperren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeyer.

Martina Tegtmeyer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass der Antrag der AfD-Fraktion sich nicht darum dreht, wirklich für eine gelungene Integration hier in Schwerin zu werben,

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

ist spätestens beim ersten Beitrag von Herrn Lerche zum ersten Tagesordnungspunkt ziemlich deutlich geworden mit seinen verächtlichen Äußerungen gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die aus Fluchtgründen ursprünglich zu uns gekommen sind.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Also die Sorge um eine gelungene Integration ist meines Erachtens vollkommen vorgeschoben.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Herr Minister hat wesentliche Ausführungen gemacht. Auch vieles, was Frau Kröger eben gesagt hat, kann ich vollkommen unterstützen.

Es bleibt noch einmal festzustellen, die Zahl der Menschen, die hier in Schwerin integriert werden müssen, ist, wenn man sich vergleichbar große Städte anguckt, gering. Sie ist gering. Warum das so ist, hat der Minister gesagt. Wegen Stern Buchholz wird nach Schwerin selbst weniger zugewiesen als in andere vergleichbar große Städte. Und wenn Sie sich das Verhältnis in Osnabrück – das haben Sie ja, glaube ich, hier angeführt – mal anschauen, ist das vollkommen anders, als es hier in Schwerin der Fall ist.

Natürlich ist es immer schwierig, wenn in bestimmten Stadtteilen eine Aggregation stattfindet und dort ganz viele Zuzügler untergebracht werden, aber das hat Frau Kröger auch schon richtig gesagt, wo der Wohnraum vorhanden ist, muss man ihn selbstverständlich auch nutzen. Die Wohnungsgesellschaft hat das sicherlich gefreut, dass der Wohnleerstand massiv reduziert werden konnte.

Ende 2018 läuft die individuelle Wohnsitzauflage, wie wir sie heute noch kennen – und der Minister hat das ja unterschieden – teilweise ab, sodass die ARGE zum Beispiel genau vom Gegenteil von dem ausgeht, was Herr Lerche hier vorgetragen hat, dass dann eher eine Abwanderung stattfindet, in die Ballungszentren nämlich, und nicht umgekehrt aus den Ballungszentren hier nach Schwerin Asylberechtigte oder vielmehr Menschen, also Migranten, hier zuziehen, sondern die Ballungszentren sind einfach anziehender. Deswegen wurde die Wohnsitzauflage ja überhaupt eingeführt, damit eben nicht alle Geflüchteten, die einen Aufenthaltsstatus in Deutschland erhalten, sich auf die Ballungszentren konzentrieren. Das ist doch ursprünglich genau andersherum gelaufen.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Zurzeit wird sehr stark diskutiert – bei den Koalitionsgesprächen oder in Bezug auf die Koalitionsgespräche –, die böse SPD, die will jetzt ja noch mehr Nachzug ermöglichen für besondere Härtefälle. Aber auch das ist doch wohl klar, es geht um Härtefälle, und dort, wo die-

ser Zuzug zugelassen werden soll, gehen wir davon aus, dass das den sozialen Frieden fördert, und nicht umgekehrt. Ganz im Gegenteil, dort, wo es sinnvoll ist, Familienzusammenführungen zuzulassen, wird der soziale Frieden eher gestärkt als geschwächt.

(Horst Förster, AfD: Warum dann begrenzen, wenn das so ist? – Zurufe von Dr. Gunter Jess, AfD, und Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich möchte nichts wiederholen, was schon richtig gesagt worden ist, aber da ich meine ersten Lebensjahre in einer Gemeinde verbracht habe, die in der Nähe einer Stadt in einer Kleinstadt lag, die sehr viel mit Migration zu tun hatte, möchte ich mit Erlaubnis der Präsidentin – und ich benenne meine Quellen – aus einem Artikel der „Welt am Sonntag“ kurz zitieren. Der ist schon sehr alt, aber trotz alledem ist er sehr bemerkenswert. Der lautet: „In Ostwestfalen, wo Spektakuläres rar ist, ragt sie mit ihren Einwohnern aus fünfzig Nationen heraus; weshalb eine Broschüre der Stadtmarketing-Initiative sie als ‚Provokation im ländlich-strukturierten Kreis ...‘ definiert. Man könnte sie auch bezeichnen als beispiellos überschaubares Labor, in dem sich zeigen lässt, wie Integration funktioniert, dieser gespenstisch unscharfe Prozess, um den jede Zuwanderungsdebatte kreist.“

Die Rede ist hier von Espelkamp im Kreis Minden-Lübbecke, eine Stadt von ungefähr 30.000 Einwohnern.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Allein in einem Zeitraum, der hier auch beschrieben wurde, von 1987 bis 1990 zogen 4.205 in der Regel Russlanddeutsche dorthin, und ich denke mal, da ...

(Horst Förster, AfD: Die haben aber nicht die Koranschule besucht. Das können Sie doch gar nicht vergleichen! – Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Eben.)

Natürlich kann man das nicht vergleichen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

ich habe das hier trotz alledem für sehr sinnvoll erachtet, das mal vorzutragen. Es ist ja auch eine andere Zeit gewesen.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Aus meiner Lebenserfahrung habe ich auch noch mitgenommen, wie unbeliebt allein deutsche Flüchtlinge in Deutschland waren. Meine Eltern sind selbst Flüchtlinge gewesen, und auch die sind nicht gerne aufgenommen worden.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Zeitkontext! Mann, Mann, Mann!)

Damals hat die Bundesrepublik auch sehr, sehr große Anstrengungen gemacht, Siedlungsprogramme und, und, und, damit diese Menschen Fuß fassen konnten in Deutschland.

(Zurufe von Horst Förster, AfD, und Jens-Holger Schneider, AfD)

Das ist natürlich auch kein Vergleich in Ihrem Sinne, aber ich glaube nicht, dass wir unter der Last der Flüchtlinge, die wir aufgenommen haben und die einen Aufenthaltsstatus bei uns erhalten haben, zusammenbrechen – in der Bundesrepublik Deutschland nicht und hier in Schwerin schon mal gleich gar nicht.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Da fragen Sie mal die Leute vor Ort da! Da fragen Sie mal die Leute vor Ort! Hören Sie sich das mal an!)

Ich denke, man wird damit sehr gut zurecht kommen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Mann, Mann, Mann!)

Möglicherweise sind noch mehr Anstrengungen nötig, weil immer da, wo viele Menschen auf einem Haufen sind, kommt es natürlich auch zu Problemlagen. Denen müssen wir uns stellen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Und wie?)

aber mit Ihrem Antrag hier kommen wir keinen Schritt weiter zu einer besseren Integration. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die BMV-Fraktion wird den Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Die AfD will, dass sich keine Flüchtlinge – also sich rechtmäßig in Deutschland aufhaltende Ausländer – mehr in Schwerin aufhalten beziehungsweise dass sie nicht mehr nach Schwerin ziehen dürfen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Zusätzlich! Zusätzlich!)

Wer das fordert, muss auch die Frage beantworten: Wo sollen denn diese Flüchtlinge hin?

(Dirk Lerche, AfD: Da, wo sie waren. In Neubrandenburg, bei euch in Greifswald ... – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Damit ist die Frage schon beantwortet. Die AfD will die Probleme nicht lösen, sie will sie verschieben.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Jawoll!)

Die AfD möchte die Gemeinden dieses Landes gegeneinander aufbringen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV)

sie will Unfrieden in diesem Land stiften.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV)

Es ist für mich ganz schwer nachvollziehbar, wie man so einen dümmlichen Antrag hier stellen kann,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und BMV –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

weil man muss mal so deutlich sagen, auch die BMV beklagt nach wie vor die illegale Zuwanderung, wir reden hier aber über rechtmäßig sich aufhaltende Personen in Deutschland, die rechtmäßig nach dem Aufenthaltsgesetz behandelt werden müssen. Manchmal hat man den Eindruck, der Landtag ist für den einen oder anderen eine erweiterte Schweriner Stadtvertretung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV
und Andreas Butzki, SPD)

Gerade ich als vorpommerscher Abgeordneter frage mich eigentlich immer,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Wo sind unsere Stadtvertreter?
Wo sind unsere Stadtvertreter?)

ob wir hier nicht die Interessen des gesamten Landes vertreten müssen. Und die AfD will natürlich, wenn die Flüchtlinge nicht nach Schwerin zuziehen dürfen, mit Sicherheit auch nicht, dass sie in der Nähe bleiben. Das heißt, sie sollen weit weg. Man muss befürchten, sie wollen, dass sie nach Vorpommern sollen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein, es
soll konsequent zurückgeführt werden. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ah, konsequent
zurückführen! Das ist doch der Punkt.)

Zwei Punkte sind zu beachten bei dieser negativen Wohnsitzauflage, einmal die Frage, ob zu befürchten ist, dass der Ausländer Deutsch nicht mehr als wesentliche Verkehrssprache benutzen wird. Ich bin nun ja auch jede Woche in Schwerin, ich hatte bisher hier in der Stadt keine Probleme, mich auf Deutsch zu verständigen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Der zweite Punkt: Der Arbeitsmarkt ist zu berücksichtigen. Ich weiß nicht, ob die Zahlen hier bewusst falsch vorgetragen wurden vom Antragsteller. Ich will mal die realen, und zwar die aktuellen Zahlen vorbringen: Arbeitslosigkeit in Greifswald Dezember 2017 10,1 Prozent,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Wir reden nicht von Greifswald.)

Neubrandenburg 10,2 Prozent, Stralsund 10 Prozent und, jetzt kommt es, Schwerin 6,8 Prozent. Wo ist das Problem?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das Problem sitzt da.)

Also, um jetzt mal abschließend noch darauf zurückzukommen: Was wir bräuchten, ist eine nüchterne Analyse, kein Aktionismus aufgrund von Einzelvorfällen. Der Antrag greift viel zu kurz. Anträge, die auf reinen Gefühlen, wie hier einer Überfremdung, beruhen, mögen vielleicht

auf Facebook, aber auch nur hier in Schwerin, ein paar Klatscher bringen, haben jedoch in einer seriösen Landtagsdebatte nichts verloren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
CDU, BMV und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht anwesend.)

Doch.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegen Abgeordnete! Mit unserem Antrag zur Durchsetzung einer negativen Wohnsitzauflage, sprich Zugangsstopp für Schwerin, verfolgen wir den Ansatz einer guten Balance zwischen Repression und Prävention zugunsten des sozialen Friedens zwischen altingesessenen Bürgern.

Genau das ist eben nicht unser Ansinnen, Herr Manthei, wie Sie gerade sagten, dass wir die Gemeinden gegeneinander ausspielen wollen,

(Martina Tegtmeier, SPD:
Sie doch nicht!)

sondern worum es in unserem Antrag geht, scheint von den hier vorne stehenden Rednern augenscheinlich niemand so richtig verstanden zu haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Sie sind die
Einzigen, die es wirklich verstehen. –
Patrick Dahlemann, SPD: Das ist immer
verrückt, wenn alle anderen einen nicht
verstehen. – Andreas Butzki, SPD:
Machen Sie mal den Erklärbar!)

Da bin ich dabei. Da bin ich dabei.

Es geht gar nicht darum, Herr Manthei,

(Christel Weißig, BMV: Dr. Manthei!)

es geht gar nicht darum, Schutzbedürftigen den Status abzusprechen, und es geht auch gar nicht darum zu sagen, ihr dürft euch nicht in Schwerin bewegen. Es geht darum, dass hier Gefahren, wie wir sie auch an anderen Brennpunkten, in anderen vergleichbaren Städten kennen – und darauf komme ich im Rahmen der Debatte zurück –, dass diese Gefahren im Vorfeld eingedämmt werden und nicht erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Caffier, ich danke Ihnen für Ihre Zahlen, muss aber doch von mir beziehungsweise von Herrn Lerche weisen, dass er mit falschen Zahlen gearbeitet hätte oder gar ein Lügner sei,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

denn Herr Lerche bezieht sich auf einen Artikel in der „Schweriner Volkszeitung“

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE:

Ja, die Lügenpresse! Lügenpresse! – Tilo Gundlack, SPD: Ich denke, Sie stehen nicht so auf Zeitungen? – Patrick Dahlemann, SPD: Wenigstens haben Sie das Zitat diesmal angegeben. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

am 9. November 2017,

(Andreas Butzki, SPD: Sonst hätten ihr schon wieder Ärger gekriegt.)

dort spricht nämlich Herr Ruhl von genau diesen 20 Prozent,

(Dirk Lerche, AfD: Sozialdezernent in Schwerin!)

die Herr Lerche genannt hat.

(Andreas Butzki, SPD: Vielleicht sollten wir mal eine Schulung mit den Referenten machen.)

Und Sie haben natürlich recht, Herr Minister, mit den Begrifflichkeiten. Natürlich hätten wir jetzt auch sieben Begrifflichkeiten verwenden können, GFK-Flüchtlinge, subsidiär Schutzbedürftige oder, oder. Wir haben uns für unseren Antrag aber bewusst zu dieser Form entschieden, weil ja sonst auch in diesem Hause immer verallgemeinert wird. Da haben wir gedacht, wir passen uns dem doch einfach mal an!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Andreas Butzki, SPD: Na, na, na!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Abgeordneter Kramer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Manthei?

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Nikolaus Kramer, AfD: Am Ende meines Redebeitrages gern, Herr Dr. Manthei.

(Andreas Butzki, SPD: Man soll nie „nie“ und nie „immer“ sagen.)

Der Minister sprach davon, Symptome bekämpfen zu wollen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wenn man keine Ahnung hat, sollte man den Mund halten. – Andreas Butzki, SPD: Aber Sie haben die, absolut top. Sie sind der absolute Experte!)

Können wir davon ausgehen, dass das ein Versprechen gewesen ist, Herr Innenminister, dass Sie jetzt endlich das Problem angehen wollen und sich im Bund dafür einsetzen wollen, dass die Grenzen gesichert werden?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig! – Peter Ritter, DIE LINKE: Die Symptome liegen woanders, lieber Kollege. Da haben wir am Mittwoch drüber gesprochen.)

Frau Kröger ist leider nicht da, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Krieg und Hunger, das sind die Symptome für Flucht.)

aber Sie können Frau Kröger das bitte gern ausrichten oder sie kann es dann gerne auch im Protokoll nachlesen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Frau Kröger wirft uns vor, wir könnten nicht vorurteilsfrei in eine Debatte gehen. Also die einzige Fraktion in diesem Hause, die überhaupt nicht vorurteilsfrei mit uns umgehen kann, das ist eher Ihre Fraktion als die unsrige,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht! Zu Recht!)

weil Sie uns immer alle über einen Kamm scheren

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und von uns allen immer verlangen, abverlangen, dass wir also ...

(Thomas Krüger, SPD: Vielleicht haben Sie dafür ja gesorgt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sich zum Beispiel von Arppe zu distanzieren, was Sie bis heute immer noch nicht gemacht haben. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Zum Beispiel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, zum Beispiel. Was wollen Sie denn dann noch von mir? – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Frau Kröger sprach davon,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass wir Verfahren und Regelungen nicht auf bestimmte Symptome beschränken wollen. Das haben wir doch aber extra offengelassen in unserem Antrag. Unser Antrag spricht von einem „lageangepassten“ Gebrauch auf eine Zeit von drei Jahren beschränkt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir wollen doch nur, dass geltendes Recht umgesetzt wird, nicht mehr und nicht weniger.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Innenminister ist also ein Rechtsbrecher.)

Das habe ich überhaupt nicht gesagt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber das ist die logische Schlussfolgerung.)

Nein, das ist sie überhaupt nicht. Das ist das, was Sie uns ...

(Thomas Krüger, SPD: Dann sollten Sie mal Anzeige erstatten.)

Das ist das, was Sie uns vorwerfen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie fordern, dass Recht umgesetzt wird. Das heißt, es wird nicht umgesetzt. – Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Frau Tegtmeier,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

zu Ihnen ganz kurz: Binnenmigration ist nämlich das Problem. Sie haben offensichtlich die Residenzpflicht mit der Wohnsitzauflage verwechselt, Frau Tegtmeier. Also Ihr Beitrag, der war nun gar nicht zum Thema, um das mal so zu sagen.

(Andreas Butzki, SPD: Aber Ihrer!)

Ja, und ich komme jetzt wieder zur Wohnsitzauflage zurück,

(Andreas Butzki, SPD: Wir sind in Schwerin.)

das war nur eine kurze Erwiderung auf Ihre Ausführungen.

(Andreas Butzki, SPD: Ich habe nicht geredet. – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Auf Ihre Ausführungen,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

liebe Kollegen, die hier gesprochen haben.

(Andreas Butzki, SPD: Aha!)

Aber Sie legen auch jedes Wort auf die Goldwaage. Das finde ich ganz hervorragend.

(Andreas Butzki, SPD:
Ja, man muss auch hinhören.)

Hervorragend!

(Torsten Renz, CDU: Nach der Rede von Herrn Grimm müssen wir das ja auch tun. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ich schließe mich jedenfalls den sachlichen Ausführungen meines Kollegen Herrn Lerche an,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Tilo Gundlack, SPD: Grimms Märchen. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

möchte jedoch ergänzend den Blick

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

auf zwei vergleichsweise große Städte, wie Frau Tegtmeier es doch von uns forderte, richten.

Im letzten Jahr hat die Stadt Cottbus gleich zweimal einen Zuzugsstopp für Flüchtlinge beim Land Brandenburg beantragt. Dieses Vorhaben prallte sogleich auch zweimal an der rot-roten Landesregierung ab. Im Januar schockierten zwei Messerattacken von jungen Syrern gegen Deutsche die Menschen in Cottbus.

(Patrick Dahlemann, SPD: Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern!)

Am 18. Januar 2018 gab es hierzu einen Artikel in der „Welt“ mit der Überschrift, ich zitiere: „Cottbus wird allein-

gelassen“. Darin kommt der brandenburgische CDU-Landtagsabgeordnete Michael Schierack zu Wort. Ich bitte, Frau Präsidentin, zitieren zu dürfen,

(Zuruf von Erwin SELLERING, SPD)

und hier sollte Frau Kröger auch noch mal ganz genau zuhören,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

denn Frau Kröger sprach ja auch als Lösungsansatz von mehr Sozialarbeitern, von mehr Polizei, von mehr Quartierbüros. Der Herr Schierack sagt: „Mehr Polizei werde nicht helfen. Man brauche Möglichkeiten, Flüchtlinge des Ortes zu verweisen und sie dann auch in einem weiteren Prozess abzuschieben.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

„Die Stadt sei bei den Flüchtlingen schon lange an ihren Grenzen angekommen,“

(Thomas Krüger, SPD: Ach, darum gehts!)

„sie sei mit 240 Millionen Euro hoch verschuldet und liege in einer strukturschwachen Region. Gebraucht würden Wohnungen, Sozialarbeiter, Betreuer.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also doch!)

„Das koste Geld. Cottbus wird alleingelassen“, Zitatende Michael Schierack.

Ja, und wessen Geld kostet das? Unser aller Geld, das Steuergeld!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er fordert, dass wir mehr Sozialarbeiter brauchen, Frau Kröger hat das genauso gefordert.)

Sie versuchen einfach nur,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich soll ihr sagen, sie soll nicht solche Forderungen stellen, Sie zitieren ihn ...)

auf dieser Grundlage versuchen Sie nur, Posten zu schaffen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also Sie wissen nicht, was Sie reden!)

um Ihre Klientel zu befriedigen und in Lohn und Brot zu bringen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist der Hintergrund Ihrer Asylpolitik, Herr Ritter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Anhand dieses Beispiels sieht man, was passieren kann, wenn man nicht rechtzeitig politisch agiert und vom rechtlich zur Verfügung stehenden Rahmen nicht lageangepasst Gebrauch macht. Wer vorgestern die „Tagesthemen“ in der ARD geschaut hat, konnte sehen, dass auch durch den Druck selbstbewusster Bürger auf der Straße in Cottbus nun endlich gehandelt wird,

(Thomas Krüger, SPD: Wir reden über Schwerin immer noch, ja?)

übrigens mit Ihrer Regierungsbeteiligung. Der Landesregierung blieb nichts anderes mehr übrig, als nach der Eskalation der von mir eben genannten Konflikte in Cottbus die negative Wohnsitzauflage anzuwenden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Alles Nazis, ne? – Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Schwerin! – Jens-Holger Schneider, AfD: Darum geht es!)

Zweites Beispiel:

(Thomas Krüger, SPD: Sie reden über irgendwelche Beispiele. Sie reden ja nicht über Schwerin die ganze Zeit. Reden Sie doch mal über Schwerin!)

Für die Stadt Salzgitter musste der Innenminister Niedersachsens bereits per Runderlass

(Thomas Krüger, SPD: Salzgitter, Cottbus ... Mensch, wir reden über Schwerin!)

vom 09.10.2017 von der negativen Wohnsitzauflage

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

nach Paragraph 12a Absatz 4 Aufenthaltsgesetz Gebrauch machen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Die Gefahr sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung wird hier als gegeben angesehen. Für diese Erkenntnis wurden das aktuelle Migrationsgeschehen sowie die soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Struktur mit einbezogen. Hierzu hat die Stadt Salzgitter 16 statistische Kennzahlen zur Sozialstruktur vorgelegt und bewertet.

Und jetzt kommen wir auf Schwerin, Herr Krüger: Unter Einbeziehung des statistischen Jahresberichtes des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 2017, dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 des Jobcenters Schwerin und einer Kleinen Anfrage meines geschätzten Kollegen de Jesus Fernandes auf der Drucksache 7/1276 haben wir nun 12 dieser 16 Zahlen eruiert und vergleichen können. Im Vergleich zu Salzgitter hat die Stadt Schwerin rund 10.000 Einwohner weniger. Die Zahl – und jetzt, Herr Innenminister, muss ich mal zur Aufklärung beitragen –, die Zahl ausländischer Staatsangehöriger macht in Schwerin 7,5 Prozent aus, während in Salzgitter die Personen mit Migrationshintergrund mit 36,1 Prozent angegeben werden. An dieser Stelle tritt schon die erste Schwierigkeit im Vergleich auf. Man darf Äpfel und Birnen nicht miteinander vergleichen.

(Marc Reinhardt, CDU: Doch, man kann Unterschiede und Gemeinsamkeiten feststellen.)

Der Ausländeranteil ist nicht der Prozentzahl der Personen mit Migrationshintergrund gleichzusetzen. Das sind Zahlen, die wir aus der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage haben, also wir arbeiten hier mit Zahlen des

Innenministeriums, und der Innenminister wirft uns vor, wir würden falsche Zahlen nennen. Finde den Fehler!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vergleicht man die Ausländeranteile von Salzgitter und Schwerin nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes jedoch, dann liegt Salzgitter bei 12,7 Prozent und Schwerin bei 8,7 Prozent. Das sind die Zahlen aus dem Jahr 2015. Aktuellere Zahlen sollte die Landesregierung in jedem Fall nachliefern, wenn sie sich ihrer Verantwortung bewusst wird.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr richtig!)

Was will ich nun mit diesem statistischen Kurzausschnitt zum Ausdruck bringen?

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Die Antwort bekommen Sie jetzt.

Erstens haben wir in unserer Anfrage nach Äpfeln (Personen mit Migrationshintergrund) gefragt und Birnen (Personen mit Ausländeranteil) erhalten.

(Marc Reinhardt, CDU: Sie fragen nach Obst, ja?)

Zweitens ist die Bevölkerungsstruktur wichtig zur Einschätzung einer negativen Wohnsitzauflage, weil sie eben genau das Integrationsmilieu abbildet, was in seiner Struktur nicht eklatant von Salzgitter abweicht.

Wo wir im Vergleich abweichen, und zwar mit noch bedenklicheren Zahlen, da sind folgende Aspekte zu nennen: Die Sozialgesetzbuch-II-Quote in Schwerin ist um fast 2 Prozent höher als in Salzgitter. Die Kinderarmutsquote in Schwerin ist um fast 30 Prozent höher als in Salzgitter.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Hört, hört! – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Der Wohnraum im gesamten und in Problemstadtteilen ist um 1.000 Wohneinheiten geringer als in Salzgitter.

Frau Tegtmeier, das hatte Herr Lerche vorhin auch schon gesagt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich bin in Neu Zippendorf gewesen bei dem Treffen, und die Dame der Schweriner Wohnungsgesellschaft hat gesagt, wir haben keine 1-Raum-, 2-Raum- und 5-Raum-Wohnungen mehr. Der Wohnraum ist schlichtweg einfach nicht mehr da. Ich weiß nicht, mit welchen Zahlen Sie arbeiten.

(Martina Tegtmeier, SPD: Welche Zuzüge haben Sie denn aktuell nach Schwerin? Welche Daten ergeben sich denn da konkret?)

Der Innenminister Niedersachsens hat sich also zu einer negativen Wohnsitzauflage für Salzgitter schon bei niedrigeren Zahlen als den von mir für Schwerin genannten durchgerungen.

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Oh, damit hätte ich jetzt so schnell nicht gerechnet.

Handeln wir repressiv mit dem Zuzugsstopp für Schwerin zum Wohle aller! Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Ach, das ist eine Floskel, die ich nie bringen wollte, und jetzt bringe ich Sie.

(Zuruf von Erwin Sellering, SPD)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1575. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1575 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Mecklenburg-Vorpommern wieder zur Nummer 1 im Kinder- und Jugendtourismus machen, Drucksache 7/1588.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Mecklenburg-Vorpommern wieder
zur Nummer 1 im Kinder- und
Jugendtourismus machen
– Drucksache 7/1588 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gern wird hier und anderenorts betont, wie wichtig der Tourismus im Allgemeinen und der Kinder- und Jugendtourismus im Speziellen für ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern sind. Es sind insbesondere die Vertreter der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, die immerfort betonen, dass die Besucher von heute die möglichen Touristen von morgen seien.

Das ist alles nicht falsch, aber damit die Rechnung am Ende des Tages aufgeht, braucht es mehr als solche Allgemeinplätze. Deswegen haben wir das Thema noch einmal auf die Tagesordnung einer Landtagssitzung gesetzt, wohl wissend, dass sich das Interesse schon bei der Befassung mit den Änderungsanträgen zum Haushalt in Grenzen hielt. Nun ist es aber nicht unser Auftrag, die Regierung und ihre Mehrheit im Parlament zu bespaßen, sondern wir sollen sie kontrollieren und alternative Vorschläge zur Diskussion stellen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und genau das machen wir mit dieser neuerlichen Initiative.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

An den Anfang einer Einbringungsrede gehört natürlich eine Bestandsaufnahme. Wie steht es also um den Kinder-

und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern? Unzweifelhaft spielt er mit seinen circa 2,2 Millionen Übernachtungen in den mehr als 150 Einrichtungen nach wie vor eine wichtige Rolle. Viele Tausend Betten und ein engagiertes Personal sorgen für ein vielfältiges Angebot und eine gute Betreuung. Es gibt Jugendherbergen, Hostels, Schullandheime und gemeinnützige Übernachtungsstätten.

Ist also alles in Ordnung? Mitnichten. Seit 2005 sind die Kapazitäten deutlich zurückgegangen. Beispielfür für die vielen Einrichtungen, die seitdem die Segel streichen mussten, möchte ich einige nennen: Schullandheim Peetsch (31 Plätze), Schullandheim Bremerhagen (60 Plätze), Jugendherberge Dahmen (131 Plätze), Ferienzentrum am Plätlinsee (78 Plätze), Gästehaus Boiensdorf (30 Plätze), Hofgut Bisdamitz (45 Plätze), Jugendherberge Bad Doberan – da war ich selbst noch zu meiner Schulzeit – (66 Plätze), Jugendschiff Rostock (70 Plätze), Naturoase Schönhof (86 Plätze), Schullandheim Dabel (60 Plätze), Schullandheim Plau am See (34 Plätze). Ich könnte jetzt die gesamte Zeit, die mir für meine Einbringungsrede zur Verfügung steht, darauf verwenden, die Namen der geschlossenen Einrichtungen zu verlesen. Die mir vorliegende Liste umfasst insgesamt aktuell 55 Einrichtungen mit insgesamt 4.238 Betten.

Wenn man zu den Gründen für die Aufgabe beziehungsweise Schließung der Einrichtungen recherchiert, dann finden sich im Wesentlichen folgende Dinge: Aufgabe wegen überhöhter Miet- und Pachtanforderungen, Aufgabe wegen fehlender Investitionsmittel für Sanierungen, Aufgabe wegen baulicher Mängel, zu kleine Einrichtungen, um dauerhaft einen wirtschaftlichen Betrieb sicherzustellen, fehlende Investitionsmittel für An-, Um- und Ausbau und so weiter und so fort.

Gemessen an der Gesamtkapazität von rund 22.000 Betten in diesem Bereich ist zwischenzeitlich beinahe jedes fünfte Bett weggefallen. Wenn anderenorts neue Angebote im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus entstehen, dann sind das oft Hostels ohne spezielles pädagogisches Konzept. Man kann sich also trefflich darüber streiten, ob man in solchen Fällen von einer Kompensation sprechen sollte.

Meine Fraktion, das ist Ihnen bekannt, hat bereits 2015 hier im Landtag auf das leise Sterben von Kinder- und Jugendübernachtungsstätten hingewiesen und ein neues Strategiekonzept für den Kinder- und Jugendtourismus gefordert. Wir wollten schon damals die Anzahl der Häuser ebenso wie die notwendigen baulichen und qualitativen Investitionen erfassen und daraus abgeleitet schauen, wie eine sinnvolle Förderkulisse für dieses sehr spezielle touristische Angebot aussehen kann. Uns ging es darum, dass Strukturen möglichst erhalten bleiben, war doch Mecklenburg-Vorpommern einst Vorreiter in Sachen Kinder- und Jugendreisen.

1999 wurde die Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ gegründet, die den Austausch und die Vernetzung der Einrichtungen sichergestellt und sich darüber hinaus um Weiterbildungen und Qualifizierungen der Mitarbeiter gekümmert hat. Sie war außerdem Initiator des 2003 erstmalig deutschlandweit eingeführten Qualitätsmanagements für Kinder- und Jugendreisen, abgekürzt QMJ, was dann bundesweit übernommen wurde.

Herr Glawe, klingelt es da bei Ihnen?

(Minister Harry Glawe: Haben Sie mich angerufen, oder was? – Peter Ritter, DIE LINKE: Geweckt.)

Wenn ich mich recht entsinne, sind das alles Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die Qualität nach einheitlichen Standards zu sichern. Und worüber reden wir heute wieder, haben wir gestern geredet im Zusammenhang mit Tourismus? Nicht über Masse, sondern über die Notwendigkeit, Qualität abzuliefern.

(Minister Harry Glawe: Genau.)

Um dem Thema Kinder- und Jugendtourismus die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, fanden früher auch Kinder- und Jugendtourismustage statt. Sie waren gleichzeitig Netzwerktreffen und Impulsgeber für notwendige Veränderungen. Der dritte Jugendtourismustag 2012 war allerdings der letzte dieser Art. Die viele Jahre als Aushängeschild fungierende Arbeitsgemeinschaft gibt es nicht mehr, lediglich ein freier Mitarbeiter Qualitätsmanagement kümmert sich, soweit möglich, noch auf Honorarbasis um das Thema. Jahrelang erfolgreiche Strukturen sind also kaputtgegangen.

Was haben die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und CDU getan? Nicht viel, möchte ich meinen, aber immerhin haben sie eine Untersuchung zum Zustand der Kinder- und Jugendeinrichtungen in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse seit 2016 vorliegen. Die zeigten bereits sehr deutlich, wo sprichwörtlich die Säge klemmt. Nur noch vier von zehn Einrichtungen sind aktuell QMJ-zertifiziert. Angesichts steigender Ansprüche und einem immer härter werdenden Wettbewerb ist Qualität, wie wir gestern von vielen Rednern gehört haben, aber ein wesentliches Auswahlkriterium für den Zielort einer möglichen Reise. Das gilt ebenso für Klassenfahrten, Vereinsreisen oder Ferienzeiten.

Auch das Thema „Vernetzung und Zusammenarbeit“ taucht in besagter Studie auf. Festgestellt wird, dass beides dringend verbesserungswürdig ist. Wenn es noch einer Begründung für unsere heutige Initiative bedarf, dann haben Sie diese hier. Nehmen Sie doch einfach das Votum der Fachleute, die Sie selbst beauftragt haben, wenn Ihnen der Absender des heutigen Antrages nicht gefällt! Lassen Sie uns im Ausschuss weitergehend und gern mit den Fachleuten weiter am Thema arbeiten, lassen Sie uns Ihre eigene Studie noch einmal auswerten und qualifizieren Sie doch als SPD und CDU gern unseren Antrag, wenn Sie meinen, dass er in der vorliegenden Form nicht oder zu wenig bei der Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen in diesem Bereich hilft!

Ein Stück weit mussten Sie die geschilderten Realitäten ja inzwischen auch anerkennen, also haben Sie mal flugs 100.000 Euro über Ihren Strategiefonds ausgelobt. Ich spare mir an dieser Stelle jetzt einen lauwarmen Aufguss der Generaldebatte zum Strategiefonds an sich. Ich hoffe allerdings, dass sich damit Ihre Überlegungen, etwas für den Kinder- und Jugendtourismus zu tun, nicht für die nächsten Jahre erschöpft haben. Zu tun gibt es vieles, deshalb wollen wir mit unserem Antrag noch einmal einen Startschuss für die notwendige Debatte zur Zukunft des Kinder- und Jugendtourismus im Land geben. Wir wollen nicht, dass die Untersuchungen aus den Ministerien von 2016 jetzt wieder in den Schubladen des Ministeriums verstauben, deshalb greifen wir die Ergebnisse der Untersuchung auf und fordern ganz konkret:

1. eine projektunabhängige Vollzeitstelle beim Tourismusverband einzurichten, die sich wieder ausschließlich um die Entwicklungsfelder Vernetzung, Weiterbildung und Qualitätsmanagement kümmert,
2. den baulichen Investitionsbedarf zu ermitteln, und das ebenso wie die finanziellen Bedarfe, die sich mit dem Thema qualitative Weiterentwicklung und Zertifizierung verbinden,
3. bei den Lehrerinnen und Lehrern im Land dafür zu werben, auch nach der Primarstufe, also 1 bis 4, und darüber hinaus, dann also 5 bis 7, dafür zu werben, im eigenen Land Klassenfahrten in Betracht zu ziehen,
4. die Verwaltungsvorschrift für Wandertage und Schulfahrten regelmäßig auch unter dem Gesichtspunkt möglicher Hemmnisse für den Kinder- und Jugendtourismus zu überprüfen und
5. beginnend mit diesem Jahr wieder regelmäßig einen Kinder- und Jugendtourismustag durchzuführen.

Ich will der Aussprache nicht vorgreifen, aber bereits zum Ende meiner Einbringungsrede noch einmal dafür werben und es dann auch gleich förmlich beantragen, den Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Zeigen Sie noch einmal Größe und lassen Sie uns das Thema gemeinsam anschauen, im Sinne der Sache, der Beschäftigten in den Einrichtungen und natürlich vor allen Dingen im Sinne unserer jüngsten Besucherinnen und Besucher! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Tourismus auch.)

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mecklenburg-Vorpommern wieder zur Nummer eins im Kinder- und Jugendtourismus zu machen, ist natürlich ein hehres Ziel. Ich will nur vorwegstellen, wir sind weiterhin die Nummer eins in Deutschland, deutlich vor allen anderen Bundesländern. So weit, Herr Foerster, vielleicht zu der Frage, wie sieht es hier in Zukunft aus.

Ich will darauf hinweisen, dass wir uns im Jahr 2016 auf Initiative der LINKEN darauf geeinigt haben, dass wir darüber nachdenken, wie wir insgesamt die Fragen von Kinder- und Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern begleiten wollen. Deswegen haben wir die Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse liegen weitestgehend vor.

Wir dürfen ...

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Ja, und was wird nun daraus?)

Ich will nur sagen, wir sind auf Ihre Anregung eingegangen. Das hätten Sie auch sagen können, und nicht von „Bespaßen“ und „Kontrolle“ und was Sie da alles so erzählen, sprechen müssen. Das ist hochinteressant. Wir wollen Sie nicht bespaßen, das haben wir nicht vor. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern weiterhin im Konzert der Tourismusbranche, ob als beliebtestes Urlaubsland oder beim Kinder- und Jugendtourismus, weiter eine entscheidende Rolle spielt.

Sie haben zu Recht festgestellt, dass wir noch 22.000 Betten in diesem Bereich haben und dass einige Schullandheime geschlossen werden mussten. Warum wurden die geschlossen? Weil sie betriebswirtschaftlich nicht mehr die Einnahmen erzielt haben, dass man davon das Personal bezahlen konnte, dass Investitionen getätigt werden konnten et cetera. Das ist auch eine gewisse Marktberreinigung, die stattfindet,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: So ist es.)

ob wir es nun wollen oder nicht, oder ob Sie als LINKE noch dafürsprechen. Am Ende ist es eine Frage, die der Träger oder auch Landkreise, Gemeinden oder private Träger für sich entscheiden.

Andererseits will ich darauf hinweisen, Sie haben es vorhin schon gesagt, dass im Strategiefonds jährlich fünf Jahre lang 500.000 Euro für Investitionen et cetera bereitgestellt werden. Das will ich nicht als eine Bespaßung auslegen, sondern als ein Angebot, in dem Bereich auch andere Förderungen mit zu begleiten, da, wo Eigenanteile oder Lücken bei der Finanzierung entstehen. Ich glaube, das ist eher ein Angebot.

Zweitens will ich feststellen, dass wir in dem Bereich dafür gesorgt haben, dass mittlerweile das Bildungsministerium einen Klassenfahrterlass im Herbst vorigen Jahres auf den Weg gebracht hat.

(Andreas Butzki, SPD: Genau so.)

Wir werden sehen, wie sich die Dinge im Jahre 2018 entwickeln. Ich gebe Ihnen in gewisser Weise recht, dass wir da gucken müssen, dass wir gerade im Primarbereich darauf Wert legen, dass Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse im Land Mecklenburg-Vorpommern die Angebote wahrnehmen können. Wir haben 15.000 Exemplare an die Schulämter weitergegeben und die können sie an die circa 650 Schulen, glaube ich, haben wir, oder so ungefähr, im Land weitergeben, um Klassenfahrten zu finanzieren und damit Belegungen in diesem Bereich der Kinder- und Jugendreisen für Mecklenburg-Vorpommern möglich zu machen.

Wir haben außerdem festzustellen, dass andere Bundesländer mittlerweile gerade Kinder- und Jugendreisen auf ihr jeweiliges Bundesland beschränken. Andererseits kennen Sie die demografische Entwicklung. Die Geburtenzahlen gehen zwar nach oben, sind aber in den letzten Jahren eher eingebrochen. Von daher ist auch in dieser Frage eine gewisse Zahl an Kindern, an Schülern und Jugendlichen nicht da, die diese Angebote wahrnehmen können.

Sie haben völlig recht, die Kinder und Jugendlichen, die heute Urlaub machen in Mecklenburg-Vorpommern oder Klassenfahrten nutzen, sind die zukünftigen Urlauber für

morgen. An diesem Satz ist alles richtig. Ich verstehe deshalb Ihre Kritik nicht, denn da, wo man als Kind war, fährt man auch als Erwachsener, denke ich,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das wollte ich nicht kritisieren.)

gerne wieder hin. Man fährt auch in andere Regionen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich habe kritisiert, dass Sie nichts unternommen haben, um das zu untersetzen.)

Aber, Herr Foerster, ein bisschen mehr Sachlichkeit, denke ich, können wir hier gebrauchen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir müssen auch feststellen, dass viele Jugendliche heute Städtereisen bevorzugen. Das ist eine Situation, die wir gerade ab der 5., 6., 7., 8. Klasse feststellen. Bei den Jungen und Mädchen, die im Primarbereich von der 1. bis zur 4. Klasse Klassenfahrten nutzen, wird die Landschaft, das Erholen, aber auch der pädagogische Ansatz, der in den Schullandheimen oder in den jeweiligen Regionen und bei den Anbietern zur Verfügung steht, gerne genutzt.

Meine Damen und Herren, wir haben dafür zu sorgen, dass der Katalog „Auf nach Meck-Pomm“ überall bekannt wird. Ich habe Ihnen gesagt, 15.000 Exemplare sind gedruckt. Wir halten das Angebot für sehr gut und glauben, dass damit eine intensive Information an alle Schulen, an die jeweiligen Klassen und an die Eltern geht.

Meine Damen und Herren, zur Interpretation des Tourismusverbandes kann man nur sagen, der Tourismusverband hat sich der Frage, sich Kindern und Jugendlichen zuzuwenden, in den letzten Jahren sehr angenommen. Von daher kann ich keinen Qualitätsverlust beim Tourismusverband erkennen. Die Zertifizierung, das Zertifizierungssystem muss verbessert werden. Wir brauchen das Aushängeschild, dass diese Einrichtungen durch die Bundesebene ausgezeichnet werden und hervorragende Angebote für Kinder- und Jugendreisen darstellen.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir insgesamt sagen können, dass wir bei dem Klassenfahrterlass darauf achten werden, dass er flexibel gestaltet wird, dass wir zusagen, wenn noch Änderungsbedarfe entstehen, können wir die einer Evaluierung unterziehen. Wenn Änderungsbedarfe entstehen, wird die Landesregierung – ich glaube, ich spreche auch für meine Kollegin Birgit Hesse – das sehr gerne begleiten. Interministeriell arbeiten wir in dieser Frage hervorragend zusammen.

Von daher, Herr Foerster, glaube ich nicht, dass Ihr Antrag weiter im Wirtschaftsausschuss behandelt werden muss. Die Regierung arbeitet bereits und wir haben Ihre Anregungen aufgenommen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Forderungen der LINKEN durch die Regierung sehr ernst genommen und umgesetzt werden. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Abgeordnete! Der zu behandelnde Antrag der LINKEN klingt rein inhaltlich ganz vernünftig. Die Kinder und Jugendlichen unseres Landes sind unsere Zukunft, das wissen auch wir. Investitionen in diese sind immer gut. Die Bedeutung, welche diese Altersgruppe politisch für uns ausmacht, ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings ist fraglich, wieso hier wieder eine neue Stelle geschaffen werden soll und nicht vorhandenes Know-how genutzt werden kann, um sich dort besser zu vernetzen, um das Segment weiter nach vorne zu bringen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Weil der nur 15 Stunden Zeit hat, der da noch da ist, um sich um das Thema zu kümmern.)

Wir haben heute schon mal über das Landesmarketing gesprochen. Ich denke, auch das könnte ein Aufgabenfeld sein, was das Marketing mit bewältigen kann.

Dann haben wir gehört, dass DIE LINKE sich dafür einsetzt, dass mehr bundeslandinterne Klassenfahrten gemacht werden. Das begrüßen wir natürlich, weil es geht hier um Heimatverbundenheit und um Identität und es geht auch darum, dass unsere Kinder unser Bundesland kennenlernen. Das heißt sich allerdings so ein bisschen mit Ihren anderen Positionen, weil Sie eigentlich ein Globalisierungsfreund sind und immer das große Weltoffene haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das eine tun, ohne das andere zu lassen.)

Sollen die Kinder jetzt aus Ihrer Sicht keine Fernreisen mehr machen?

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das ist doch Unsinn! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja ein Unsinn, was Sie
da wieder erzählen! Mein Gott!)

Das ist natürlich schade.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Das Nächste, was ich leider vermisst habe,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

weil Sie ja sonst inhaltlich immer gut ausführen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ein Schwachsinn!
Wenn ich jetzt unparlamentarisch
wäre, würde ich jetzt Schwachsinn sagen!)

ist die Kurabgabe. Genau dort steht die Familienfreundlichkeit auf dem Spiel, meine Damen und Herren, wenn man überlegt, die Kurabgaben neu zu regeln und bisher familienfreundliche Regelungen, insbesondere durch Freistellung oder Reduzierung von Kindern und Jugendlichen bei Kurabgaben, zu reduzieren oder abzuschaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Darin sehen wir eine Gefahr, gerade für den familienfreundlichen Urlaub in unserem Land.

Da wir ohnehin ein tourismusgeprägtes und touristisch starkes Land sind, sollte auch der Kinder- und Jugendtourismus gut dastehen und von entscheidender Bedeutung für die Politik sein. Herr Glawe hat bereits ausgeführt, dass wir im Kinder- und Jugendtourismus auf Platz eins sind. Vielen Dank, Herr Glawe.

Natürlich ist im Antrag ..., natürlich, wie es im Antrag heißt, können die Kinder und Jugendlichen den Tourismus von morgen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, was nun? –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Natürlich, wie es im Antrag heißt, können die Kinder und Jugendlichen die Touristen von morgen bei uns werden. Jedoch ist es viel wichtiger, bestimmte Werte von Gemeinschaft, regionaler Bindung, Kameradschaft sowie Verbundenheit zur eigenen Region und dem eigenen Land zu entwickeln. Diese können bei Aufenthalten, wie zum Beispiel bei Klassenfahrten, im eigenen Bundesland entstehen oder vorgebracht werden.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Auch die Abstimmung von bildenden geografischen Inhalten und späteren Besuchen direkt vor Ort kann eine solche Verbundenheit zur eigenen Region, zur eigenen Herkunft und damit das Verständnis der eigenen Identität erhöhen. Wir können schließlich alle stolz auf unser schönes Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sein.

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

Fraglich, wie gesagt, beim vorliegenden Antrag ist jedoch, ob wir hierfür wirklich eine neue Stelle schaffen müssen oder ob wir andere Stellen mit diesen Aufgaben betrauen können, zumal ich nicht glaube, dass eine neue Stelle die verschwundenen Herbergsplätze, die Sie angesprochen haben, wiederherstellen kann. Wenn die Bereitschaft zu diesem Thema bei allen Beteiligten erweckt wird und sie für regionale Projekte motiviert werden, haben wir einen Mehrwert, der keiner neuen Stelle im Land bedarf. Das Geld ist das Geld unserer Steuerzahler und das vergessen wir natürlich nicht. Ebenfalls nicht zu vergessen ist, wer kein Geld in der Tasche hat, kann auch nicht reisen, meine Damen und Herren.

Die Absicht des Antrags ist durchaus lobenswert, allerdings benötigt man dafür keine, wie gesagt, extra eingerichtete Stelle. Aus diesem Grund können wir dem Antrag nicht in Gänze zustimmen. Einer Überweisung würden wir zustimmen. Sollte der Antrag nicht überwiesen werden, möchten wir gerne eine Einzelabstimmung. –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir nicht.)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den großen Wurf in Sachen Tourismuskonzept haben Sie, Herr Foerster, gestern schon angekündigt und heute beschränken wir uns dann auf ein Teilgebiet und eine Zielgruppe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, step by step.)

Wie bereits gestern in der Debatte zum Tourismus ausgeführt wurde, warten wir auf das Landestourismuskonzept. Ich bin mir sicher, dass in dem zu erwartenden Papier der Kinder- und Jugendtourismus einen Stellenwert einnehmen wird, der der Bedeutung des Themas umfassend gerecht wird. Ein Zeichen dafür ist, dass der Kinder- und Jugendtourismus auch dieses Jahr wieder auf der ITB vertreten sein wird.

Sie haben bereits während der Haushaltsberatungen einen Versuch unternommen, die durch Sie geforderte Personalstelle unter Punkt II.1 durch eine Landesfinanzierung zu untermauern. Schon damals hat das Wirtschaftsministerium darauf hingewiesen, dass es bereits eine Erhöhung der Mittel für den Landestourismusverband gab und dieser in der Lage sein müsste, den Kinder- und Jugendtourismus ausreichend zu bearbeiten, da dieser bereits intensiv vom Land gefördert wird.

Was machen wir mit dem Seniorentourismus? Angesichts der demografischen Entwicklung gibt es sicherlich auch hier eine Begründung für eine Extrastelle. Wir finden sicherlich noch weitere Beispiele.

Zusätzlich möchte ich darauf hinweisen, dass Klassenfahrten bereits deutschlandweit als schulische Ausbildung betrachtet und entsprechend durchgeführt werden, ganz getreu nach dem Motto: „Die jungen Besucher von heute sind die Touristen von morgen.“ Das gilt natürlich deutschlandweit und das Bildungsministerium, wie unser Wirtschaftsminister gerade ausgeführt hat, arbeitet dort mit dem Wirtschaftsministerium zusammen und mit anderen Ländern. Sie sehen also, wir vernachlässigen niemanden.

Lassen Sie uns auf den Entwurf des Landestourismuskonzepts warten und dann gerne eine breite Diskussion im entsprechenden Ausschuss über dieses wichtige Thema führen. Wir freuen uns darauf und lehnen Ihren vorgegriffenen Antrag heute ab. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Für die Fraktion BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Vielen Dank.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern wird dem Antrag nicht zustimmen, weil wir einige Fragen haben, die wir im Detail erst mal noch klären müssten, aber wir sehen das Thema schon als wichtig an und würden deswegen einer Verweisung in den Ausschuss zustimmen, möchten gerne weiter im Ausschuss diskutieren, wie wir dort vorankommen.

Das Thema Jugendtourismus ist in der Tat sehr wichtig. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, das sind natürlich die Gäste von morgen. Ich selbst kann das bestätigen. Wir haben viele Urlauber, die schon in der dritten, vierten Generation kommen. Das heißt, diejenigen, die als Kind hier an der Ostseeküste oder überhaupt in Mecklenburg-Vorpommern ihren Urlaub verbracht haben, erinnern sich oft gerne daran und kommen wieder zurück.

Ein Aspekt fehlt mir aber noch in der bisherigen Debatte, und zwar haben wir auch Tourismus aus dem Ausland oder, andersherum gesagt, unsere Jugendlichen fahren verstärkt auch in andere europäische Metropolen, zum Beispiel in der Oberstufe im Gymnasium, machen dort ihre Abschlussfahrten. Mecklenburg-Vorpommern ist aus meiner Sicht durchaus interessant für entsprechende Reisende aus anderen Ländern, denn das gibt es dort natürlich genauso, zum Beispiel in Skandinavien. Eine Stadt wie Rostock, wunderbar gelegen direkt an der Ostsee, das kann man sehr gut miteinander verbinden. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass das attraktiv ist auch für Auslandsjugendliche, die hierhin ihre Reise, ihre Abschlussfahrt zum Beispiel, machen könnten.

Dort gilt sinngemäß das Gleiche wie für die deutschen Jugendlichen. Auch junge Europäer, die unser Land kennengelernt haben als Jugendliche, gerade auch in der Gemeinschaft ihrer Schulklasse, kommen vielleicht später als Erwachsene wieder. Das ist genau ein Segment, was immer wieder angesprochen wird, was uns noch sehr stark fehlt. Wir haben überwiegend deutsche Touristen in Mecklenburg-Vorpommern und noch viel zu wenige Urlauber aus anderen europäischen Ländern, weil Mecklenburg-Vorpommern da noch sehr wenig bekannt ist. Das heißt, das wäre ein Schlüssel, um ein weiteres Kundensegment für den Tourismus für die Zukunft zu erschließen. Das ist zum Beispiel ein Punkt, den ich sehr gern im Wirtschaftsausschuss diskutieren würde, was man da tun kann. Die Mittel, die wir einsetzen können, sind wie immer begrenzt, aber trotzdem heißt das nicht, dass man gar nichts unternimmt und einfach nur sagt, das ist alles so in Ordnung, wie es bisher ist.

Im Übrigen muss schon untersucht werden, woran es wirklich liegt, wenn so viele Einrichtungen schließen. Ich gebe mich nicht damit zufrieden, einfach zu sagen, es gibt weniger Kinder. Es ist zwar richtig, es gibt weniger Kinder, aber man muss schon noch mal ein bisschen genauer hingucken. Auch wenn die betriebswirtschaftlichen Kennziffern so sind, dass geschlossen wird, kann man analysieren, warum es tatsächlich so ist. Wir hatten gestern im Zusammenhang mit dem Tourismus allgemein den Punkt, dass die touristischen Einrichtungen es immer schwer haben, ihren Kapitalstock zu erhalten, und das gilt ganz besonders für den Jugendtourismus,

(Beifall Henning Foerster, DIE LINKE)

weil dort die Einnahmen logischerweise geringer sind als im normalen Tourismus, denn Jugendtourismus heißt auch sparsamer Tourismus. Das ist ein Markt, in dem nur wenig Geld zu verdienen ist, und das geht auf Dauer zulasten der Investitionen.

Von daher ist es ein gutes Thema, ein zukunftsträchtiges Thema. Ich freue mich darauf, wenn wir das im Ausschuss beraten können, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Foerster, in der Tat, wir haben das Thema schon öfter gehabt, 2013 und auch im Zuge der Verhandlungen zum Doppelhaushalt, als Sie für den Landestourismusverband 70.000 Euro zur Einrichtung einer Vollzeitstelle forderten. Alle Anträge, auch die Anträge im Ausschuss, wurden abgelehnt und, das vorweg, wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Interessante Haltung für den
Chef des Tourismusverbandes.)

Na, Moment! Lassen Sie! Ich komme schon auf Sie zu. Bleiben Sie mal ganz ruhig!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, vorsorglich! Vorsorglich!)

Nicht immer so böß!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Bernhard Wildt, BMV)

In einem aber gebe ich Ihnen recht, Herr Foerster, ich gebe Ihnen recht in einigen Dingen. In der Tat gab es, verglichen die früheren Zeiten und heute, im Kinder- und Jugendtourismus schon bessere Zeiten, wenngleich, wie Herr Glawe gesagt hat, wir trotzdem an der Spitze in Deutschland stehen. Ich möchte davor warnen, dass man mit nur fünf Spiegelgestrichen, die Sie in Ihrem Antrag hier aufzischen,

(Heiterkeit bei Henning Foerster, DIE LINKE:
Wenn ich zehn gemacht hätte,
hätten Sie zugestimmt?)

denkt, dass damit der Stein des Weisen gefunden ist. Die Herausforderungen sind, denke ich, ein bisschen komplexer, als der Antrag glauben macht.

Die Übernachtungszahlen, wir haben schon darüber gesprochen, im Kinder- und Jugendtourismus haben sich in den vergangenen Jahren stabilisiert auf einem Wert von etwa 875.000. Die haben sich eingependelt. Diese Strukturbereinigungen, die stattgefunden haben, mussten sein.

Ich will aber noch darauf eingehen, Herr Wildt, so, wie Sie gesagt haben, es ist nicht nur die Demografie, es gibt auch noch andere Gründe dafür. Darauf will ich eingehen. Vorangegangen war jedoch nach Jahren des Wachstums eine Stagnation, ein leichter Rückgang, und der korrespondiert mit der demografischen Entwicklung in unserem Land. Weniger Kinder, weniger Schüler, weniger Jugendliche bedeuten Rückgänge. Das wirkt sich auf soziale Strukturen und Netzwerke aus und das bedeutet Rückgänge für den Jugendtourismus in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich möchte heute über zwei Perspektiven den Jugendtourismus betreffend sprechen. Die eine beinhaltet die Nachfrage aus anderen Ländern, die andere unsere Binnennachfrage. Beginnen wir mit dem Letzteren, mit der Binnennachfrage. Wie gestaltet sich diese nun? Die Rückgänge haben etwas mit demografischer Entwicklung zu tun, aber auch das Reiseverhalten hat sich verändert. Vor allem Metropolen erfreuen sich größerer Beliebtheit als früher. Der Wettbewerb hat sich auch in diesem Sinne verschärft und deswegen spielt Qualität – der Antrag deutet das ja an, Herr Foerster – eine große Rolle. Was der Antragstext leider unterschlägt, ist, wir sind da natürlich bereits aktiv. Mit dem Qualitätsmanagement Kinder- und Jugendtourismus und Familienland Mecklenburg-Vorpommern werden die Hausaufgaben selbstverständlich gemacht.

Die leichten Rückgänge, wir reden von minus 0,5 Prozent bei den Ankünften, haben aber nicht nur etwas mit Demografie und Qualität zu tun, sie rühren teilweise auch deutlich aus veränderten Klassenfahrterlassen. Auch das deutet der Antrag an, aber unterschlägt dann wieder einiges. Aber auch ohne Ihren immer wieder eingeforderten ständigen Bericht über Verwaltungsvorschriften lassen sich Verwaltungsvorschriften nachbessern. Die CDU-Fraktion setzt da weiter auf die sehr, sehr konstruktiven Gespräche mit der Bildungsministerin. Infolge solcher Gespräche beinhaltet der neue Schulfahrterlass nun verbesserte Voraussetzungen,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das stimmt.)

was die erweiterte Anzahl und Dauer genehmigungsfähiger Schulfahrten an staatlichen Schulen anbetrifft.

Bei den Wandertagen ist Kritik von Lehrern an uns herangetragen worden. Beklagt werden eingeschränkte Kostenbudgets für abrechenbare Auslagen der Lehrer oder Begleitpersonen. Fraglich scheint aktuell zu sein, inwieweit die staatlichen Schulen zur Durchführung von Schulwanderungen und Schulfahrten hinreichend veranlasst werden oder ob dies gegebenenfalls allein im Ermessen der Schule und der Lehrer liegt. Wir wissen, die Reise Teilnehmer sind nicht die Reiseentscheider. Deswegen sprechen wir von verordneten Reisen. Hier besteht noch Aufklärungsbedarf.

Das gilt auch für andere Stellschrauben, an denen wir drehen können. Ich nenne Ihnen beispielsweise die Initiativen des Bildungsministeriums im Kontext mit Ganztagschulen, wo es darum geht, durch freie Träger Ersatz- und Ergänzungsangebote zum formalen Schulbereich zu konstruieren. Uns muss daran gelegen sein, den Stellenwert des außerschulischen Lernens im Rahmen von Schulfahrten, Schulwanderungen und Exkursionen im Schulbetrieb zu erhöhen. Hier geht es um verlässliche Angebote. Das ist wichtig. Es müssen planbare Nachfragen seitens der Schulen sein. Wie gesagt, wir setzen hier auf die bewährte Zusammenarbeit mit Frau Hesse.

Meine Damen und Herren, zudem hat der Tourismusverband einen Katalog, Sie kennen den Katalog –

(Der Abgeordnete Henning Foerster
hält einen Katalog hoch.)

sehen Sie, ich habe ihn hier liegen – „Auf nach Meck-Pomm“ mit mehr als 60 Angeboten für Klassen- und

Jugendreisen 2018/2019, erstellt und an Schulleiter in unserem Land verschickt. Auflage, Herr Glawe hat es gesagt, sind 15.000. Wichtig ist, dass wir hier die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Jugendreisemarkt und dem sonstigen touristischen Reisemarkt weiter im Blick behalten. Auf die stärkere Nachfrage von Reisegruppen gegenüber Einzelreisenden bin ich bereits eingegangen.

Meine Damen und Herren, ich denke, in der Summe können wir hinsichtlich der Binnennachfrage nach Jugendreisen in Mecklenburg-Vorpommern optimistischer als bisher in die Zukunft blicken. Das ist schon deswegen gut, weil sich über 50 Prozent der Übernachtungen aus unserem Bundesland generieren. Das zeigt auch die Untersuchung des Wirtschaftsministeriums von 2016.

Was der vorliegende Antrag aber unterschlägt, ist, es gibt nicht nur eine Binnennachfrage, es gibt auch eine Nachfrage aus anderen Bundesländern, ebenso 50 Prozent. Nachfrageveränderungen resultieren hier aus ganz ähnlichen Gründen wie bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, beispielsweise demografische Aspekte. Leider haben auch andere Bundesländer ihre Klassenfahrterlasse einschneidend verändert. Aus finanziellen Gründen sind zum Beispiel nur noch Klassenfahrten innerhalb der eigenen Landesgrenzen möglich. Damit sind wichtige Quellmärkte für Mecklenburg-Vorpommern weggefallen. Das ist betrüblich, in der Tat. Ich plädiere dafür, dass wir unsere Einflussmöglichkeiten, die wir haben, geltend machen. Sehr optimistisch bin ich hinsichtlich der Einflussnahme auf die Klassenfahrterlasse anderer Bundesländer zugunsten von Mecklenburg-Vorpommern eher nicht. Das muss man ehrlicherweise sagen.

Was wir aber machen können und auch gemacht haben, ist, wir haben den Jugendreisekatalog auch an Tausende ausgewählte Adressen außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns verschickt und wir werden auf der ITB – Sie haben darauf hingewiesen – wieder einen Landesstand in der Jugendreisehalle haben und neue Zielgruppen ansprechen. Der Tourismusverband arbeitet aktuell eine jugendtouristische Plattform aus und der Kinder- und Jugendtourismus wird über mehrere Tage hinweg auf der bedeutendsten Tourismusplattform überhaupt präsent sein. Darauf müssen wir uns mit aller Kraft konzentrieren. Hierzu werden Sie sicherlich auch im Wirtschaftsausschuss am 1. März vom Geschäftsführer des Verbandes informiert werden.

Meine Damen und Herren, der Antragsteller, DIE LINKE, thematisiert heute aber nicht nur die Qualität und den Klassenfahrterlass des Landes. Eingefordert wird auch eine, sagen wir, Lobbystelle Kinder- und Jugendtourismus. Das wird den bestehenden Herausforderungen aber, Herr Foerster – ohne das jetzt böse zu meinen –, in keinster Weise gerecht. Der Tourismusverband ist eine Marketingorganisation. Die hier bereits dargestellten Zusammenhänge und Abhängigkeiten liegen außerhalb der Zuständigkeit einer Marketingorganisation, die für Image und für Vertriebsförderung zuständig ist. Deswegen geht die Initiative in diesen Punkten wie auch in den anderen Punkten einfach fehl.

Und wenn ich auch von den Lösungsvorschlägen der LINKEN nicht überzeugt bin, glaube ich, der Anlass des Antrags hat in jeder Hinsicht aber doch eine Berechtigung, das ist überhaupt keine Frage, wenn es darum geht, Kinder- und Jugendreisen in Mecklenburg-Vorpom-

mern zu stärken. Ich teile nur Ihre Meinung nicht über die Ansätze, die Sie in dem Antrag mit ausführen, deswegen werden wir das auch ablehnen. Das Einrichten der geforderten Personalstelle kann nicht das Ziel sein, um den in der Tat bestehenden Handlungsbedarf zur Förderung der Kinder- und Jugendreisen in Mecklenburg-Vorpommern zu erfüllen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Niemand braucht diesbezüglich an den Dienstleistungen des Tourismusverbandes zu zweifeln, ob es um die Werbemaßnahmen oder das Qualitätsmanagement geht. Es müssen vielmehr – und das hatte ich ausgeführt – abschließend die sozial- und bildungspolitischen Stellschrauben mit der Ministerin für Bildung, aber auch mit dem Sozialministerium, wo wir eine gute Zusammenarbeit haben und wo auch schon Lösungen auf dem Weg sind, festgezogen werden. Dann kann man neu justieren, um das erforderliche Nachfragepotenzial für die Zielgruppen zu generieren. Deswegen lassen Sie uns dranbleiben an dem Thema, Herr Foerster. Ich gehe davon aus, dass Sie in Ihrer abschließenden Rede das alles trotzdem infrage stellen werden und Ihren Ansatz als den richtigen bezeichnen werden. Davon gehe ich aus. Ich will Ihnen aber einen Ball insofern zuwerfen,

(Tilo Gundlack, SPD: Wasserball. –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Medizinball.)

dass wir zwar Ihren Antrag aufgrund dessen, dass es komplett die falschen Ansätze sind, das hatte ich gerade in meinen Ausführungen erklärt, ablehnen, aber ich würde Ihnen den Vorschlag machen – ich habe auch mit unserem Koalitionspartner schon gesprochen, mit dem Wirtschaftsminister und auch mit dem Ausschussvorsitzenden –, dass wir das Thema,

(Marc Reinhardt, CDU: Wolfgang! –
Torsten Renz, CDU: So, Wolfgang!)

dass wir das Thema, ...

(Andreas Butzki, SPD:
Auf die Uhr gucken!)

Entschuldigung.

... dass wir das Thema im Wirtschaftsausschuss aufsetzen. Wir laden den Geschäftsführer des Deutschen Jugendherbergswerks von Mecklenburg-Vorpommern ein, der uns aus seiner Sicht die Dinge darlegt, dann haben wir vielleicht eine einheitliche Basis und können aufgrund dieser weitermachen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Bernhard Wildt, BMV –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Foerster.

(Andreas Butzki, SPD: Du wirst noch
zum Vielquatscher, gestern und heute!)

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst in Richtung der AfD, Herr de Jesus Fernandes: Wir reden heute hier über Kinder- und Jugendtourismus und Sie haben die Kurtaxe ins Gespräch gebracht. Da will ich nur mal sagen, Kinder- und Jugendtourismus ist kein Familienurlaub und die Kurtaxe fällt, jedenfalls nach meinen Informationen, erst ab 18 Jahren an. Insofern passt das nicht so unbedingt zu dem heutigen Thema.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zweitens. Wenn Sie uns hier vorwerfen, dass wir dafür Werbung machen wollen, dass mehr Schulklassen ihre Fahrten wieder im eigenen Land planen,

(Heiterkeit bei Horst Förster, AfD:
Kein Vorwurf! Belobigung! –

Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und dann andersrum sagen, das würde nicht dazu passen, dass wir sonst Globalisierungsbefürworter sind – was auch immer Sie mit diesem Wort am Ende meinen –, dann frage ich Sie: Kennen Sie überhaupt die Richtlinie, die es gibt, zur Durchführung von Schulwanderungen und Schulfahrten

(Andreas Butzki, SPD:
Das glaube ich nicht.)

an öffentlichen und allgemeinbildenden sowie beruflichen Schulen?

(Minister Dr. Till Backhaus:
Kennt er nicht. Kennt er nicht.)

Darin steht ganz genau, über welche Zielgruppe wir hier reden: Primarstufe 1 bis 4 nur innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ja.)

Orientierungsstufe 5 bis 6 Norddeutschland, und in der 7. Klasse das gesamte Bundesgebiet. Danach reden wir über Fahrten, die darüber hinausgehen können, beispielsweise in andere Länder. Insofern war das wieder mal ein Beitrag mit x: nix!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Jetzt zu Dingen, die seitens der Koalition und auch von der BMV hier angeführt worden sind: Einige Dinge, die Herr Glawe vorgetragen hat, hat sein Sprecher bereits kundgetan, als wir das Thema im Rahmen eines Wochenendgespräches im vergangenen Herbst für die Medien aufgearbeitet haben. Er hat seinerzeit versichert, dass der Kinder- und Jugendtourismus selbstverständlich wichtig für die touristische Entwicklung des Landes ist und man vor diesem Hintergrund weiter um diese Zielgruppe wirbt. Seinerzeit hat er auch schon auf den mir bekannten Katalog des Tourismusverbandes mit den 60 Angeboten für Klassen- und Jugendreisen 2018/2019 verwiesen ebenso wie auf die 15.000 Exemplare, die hier zur Sprache gekommen sind. Allerdings hat er auch eine interministerielle Arbeitsgruppe „Kinder- und Jugendreisen“ erwähnt, die damit beauftragt sei, Ideen für die künftige Entwicklung zu erarbeiten. Dazu habe ich hier heute nichts gehört. Sie

haben zwar mehrfach die gute interministerielle Zusammenarbeit zwischen Ihrem Ressort und dem von Frau Hesse gelobt, allerdings, was da für Ideen diskutiert werden, war hier leider nicht Thema.

Ich bin da, und das müssen Sie mir an der Stelle vielleicht auch mal verzeihen, ein bisschen skeptisch. Ich habe gestern Beispiele dafür geliefert, dass selbst beschlossene Koalitionsanträge, die vier Jahre in der Pipeline sind, ihre Wirkung verfehlt haben und sich Herr Waldmüller gestern erneut eine Imagekampagne, in dem Fall für den Hotel- und Gastrobereich, gewünscht hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jetzt aber unter seinem Namen.)

Ja, gut. Das wäre dann auch mal interessant.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Nicht ablenken lassen!)

Ach, Herr Renz,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

machen Sie sich keine Sorgen! Ich weiß schon, wie ich mit meinem Kollegen Ritter umgehen muss.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Also was ist eigentlich das Problem, über das wir heute reden? Ich habe es gesagt, diese Arbeitsgemeinschaft „Junges Land für Junge Leute“ war damals ein Vorbild auch für andere Bundesländer. Das heißt, andere wollten dahin kommen, wo Mecklenburg-Vorpommern schon war. Deswegen kommen aus meiner Sicht zwei Dinge infrage, warum das Thema nach meinem Empfinden ein bisschen stiefmütterlich behandelt wird. Entweder fehlt dem Kinder- und Jugendtourismus inzwischen ein wenig die Lobby in der Branche – das wäre mit Blick auf das, was hier alle zu Recht angeführt haben, und zwar, dass die jungen Gäste von heute die Touristen von morgen sind, sehr bedauerlich und eigentlich auch nicht nachvollziehbar – oder es liegt daran, dass es sich um ein erfolgreiches Baby meines ehemaligen Kollegen und heutigen Bildungsministers Helmut Holter handelt. Das wäre aus politisch-taktischen Erwägungen nachvollziehbar, aber dennoch kurzfristig und auch ein Stück kleinkariert. Falls ich mit beiden Möglichkeiten falsch liegen sollte, können Sie ja hier noch für Aufklärung sorgen.

Ich möchte gern, weil die von uns geforderte Vollzeitstelle hier von mehreren Rednern angesprochen worden ist, noch mal erklären, was sich hinter dem Begriff „Arbeitsgemeinschaft“ verbirgt. Das mag für manche ein bisschen altbacken klingen, heute bildet man ja eher eine Taskforce oder ähnliche Gremien.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Denjenigen, die bislang weniger Berührungspunkte mit dem Thema hatten, will ich das gern noch einmal erklären. Zum einen haben die Kolleginnen und Kollegen dieser Arbeitsgemeinschaft sich damals um die Akquise und um die Umsetzung von Projekten gekümmert, aber sie waren vor allen Dingen auch eins: Sie waren Helfer und Ansprechpartner für die bestehenden Einrichtungen.

gen. Sie haben beispielsweise dabei geholfen, wenn es neue Gesetze oder Richtlinien gab, diese korrekt in Anwendung zu bringen. Sie haben Weiterbildungsseminare für die Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen organisiert. Sie haben sich um den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen unterschiedlichen Einrichtungen gekümmert. Sie haben Einrichtungen auf die Zertifizierung vorbereitet und natürlich haben sie da auch Überzeugungsarbeit leisten müssen. Sie waren Treiber für neue Ideen und sie haben sichergestellt, dass wir am Ende tatsächlich über Qualität reden konnten. Kurz gesagt: Diese Arbeitsgemeinschaft war für die Einrichtungen gleichermaßen Dienstleister und kurzer Draht zum zuständigen Ministerium. Ich glaube, manches, was sie geleistet hat, ist objektiv gar nicht messbar, sondern dem persönlichen Engagement der seinerzeit tätigen Kolleginnen und Kollegen geschuldet.

Und weil es hier angesprochen worden ist, auch eine Bemerkung zum Deutschen Jugendherbergswerk. Ich nehme diesen mir zugeworfenen Ball sehr gerne auf, Herr Kollege Waldmüller, aber ich möchte darauf hinweisen, dass es neben dem Deutschen Jugendherbergswerk noch viele andere Kinder- und Jugendübernachtungsstätten gibt.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Die decken 40 Prozent der Gäste,
40 Prozent der Gäste decken die ab.)

Das Deutsche Jugendherbergswerk, Herr Waldmüller, das wissen Sie auch, hat professionelle Strukturen. Gemeinnützige Einrichtungen gibt es auch und gerade die brauchen Unterstützung in der eben geschilderten Form.

Auch die Landesregierung ist sich offenbar nicht ganz so sicher gewesen, wie es jetzt tatsächlich um die Situation des Kinder- und Jugendtourismus, insbesondere mit seinen unterschiedlichen Übernachtungsstätten, hier bestellt ist, und hat – das haben Sie angesprochen – eine Studie zur Untersuchung eben jener mit touristischer Ausrichtung in Mecklenburg-Vorpommern hervorgebracht. Ich muss mich schon fragen, ob es dieses Papier jemals gegeben hätte, wenn wir Ihnen als Linksfraktion mit dem Thema nicht immer und immer wieder auf den Keks gegangen wären.

Fest steht jedoch, und das haben Sie auch einräumen müssen, dass längst nicht alles in Butter ist. Herr Glawe, mit Blick auf anstehende Ausschussberatungen hätte ich noch ein paar Fragen, die können Sie vielleicht mitnehmen und dann dort beantworten: Was ist denn nun eigentlich mit den Erkenntnissen aus der angesprochenen Studie passiert, die Sie selbst in Auftrag gegeben haben, bezahlt haben

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und sie hoffentlich nicht nur abgeheftet und in irgendeinem Panzerschrank in Ihrem Ministerium abgelegt haben, in der Hoffnung, dass wir nun endlich Ruhe geben mögen? Seit 2016 ist jedenfalls nach unserer Wahrnehmung nicht allzu viel passiert,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und das, obwohl konkrete Handlungsfelder angesprochen worden sind, die einen Fingerzeig dafür bieten, wie man wieder in die Erfolgsspur zurückfinden kann.

Ich will einige Stichworte gerne nennen:

Zum einen geht es um das Herausstellen des Alleinstellungsmerkmals und ein gutes Marketing. Über Marketing hat auch der Kollege Waldmüller gesprochen. Da wäre jetzt die Frage: Wenn Sie das 2016 festgestellt haben, wir leben im Jahr 2018, was ist denn nun marketingtechnisch seitdem passiert?

Da wäre zweitens die Notwendigkeit, sich von möglicherweise veralteten Vertriebs- und Marketingstrukturen zu verabschieden. Haben Sie in dieser Richtung Weiterbildungen für die in den Einrichtungen tätigen Kolleginnen und Kollegen angeboten oder gibt es irgendeine Art von inhaltlichem und finanziellem Anreiz für eine moderne, einheitliche Marketingstrategie? Mir ist nichts bekannt. Aber vielleicht nehmen Sie das noch mal mit für unsere angekündigten Beratungen zu dem Thema.

Drittens wären da steigende Qualitätsansprüche und notwendige Zertifizierungen. Herr Waldmüller hat zwar gesagt in der Debatte, dass weiterhin zertifiziert wird, aber, ich sprach es in der Einbringung schon an, nur noch vier von zehn Einrichtungen verfügen heute über eine Zertifizierung. Eine Qualitätsoffensive sieht nach meiner Auffassung dann doch etwas anders aus.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Weiterhin haben wir über die Frage eines jahrelangen Investitionsstaus gesprochen. Da muss man die Frage stellen: Wissen Sie als Ministerium eigentlich, wie hoch der Investitionsbedarf in den Kinder- und Jugendunterkünften ist? Und wenn Sie das wissen, was tun Sie, um beispielsweise ein Förderprogramm in dieser Richtung aufzulegen? Herr Wildt hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es gerade im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus etwas schwieriger ist, ich sage mal, satte Gewinne zu erwirtschaften, weil natürlich klar ist, das Ganze muss für diejenigen, die wir ansprechen wollen, auch bezahlbar sein. Deswegen sind da sicherlich nicht solche Margen zu erreichen wie in anderen touristischen Bereichen. Insofern wäre auch die Frage, was kann man auf der Förderseite noch tun, interessant.

Ich hatte hier noch einen zugegebenermaßen ziemlich bösen Spruch, den lasse ich jetzt aufgrund der Debatte doch weg.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da müssen wir mal gucken. Hau ihn raus!)

Es haben sich alle sachlich hier geäußert, dann möchte ich an der Stelle auch Sachlichkeit wahren.

(Andreas Butzki, SPD:
Die Arbeitsmarktpolitik fehlt noch! –
Harry Glawe, CDU: Nur Mut! –
Torsten Renz, CDU: Nicht provozieren
lassen, nur weitermachen!)

Nur Mut, also gut, dann werde ich mal kontrolliert bleiben.

(Torsten Renz, CDU: Sehr schön. –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Na gut, lassen wir das jetzt an der Stelle.

Es ist angekündigt worden, dass das ganze Thema den Ausschuss noch mal befassen wird.

Letzte Bemerkung: Herr Waldmüller, Sie haben das Thema Schulfahrtenerschluss angesprochen. Da will ich nur darauf hinweisen, dass, ich meine, in einer der letzten Sitzungen des Bildungsausschusses ein paar Probleme, die es da mit dieser Stichtagsregelung gibt, aufgeworfen worden sind,

(Andreas Butzki, SPD:
Nur von einer Abgeordneten. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

und da warten wir auch inzwischen schon wieder ein paar Tage auf die zugesagten Antworten aus dem Ministerium.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, die Arbeit macht im Bildungsausschuss.)

Also nehmen Sie das bitte ernst, weil das ist auch so eine Stellschraube, wo man, denke ich, noch mal was positiv im Sinne der Sache wuppen könnte.

Ich habe dafür geworben, mache das hier noch mal, das Thema zu überweisen, weil wenn Sie selbst sagen, wir wollen im Ausschuss darüber reden, dann gibt es eigentlich kein schlüssiges Argument, es nicht zu tun. Scheiden tut manchmal weh, überweisen nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Andreas Butzki, SPD: Aber die Karteikarten sind passend zum Hemd. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Seit wann sind wir kleinkariert?)

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der BMV und der Fraktion der AfD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Ziffer I, die Ziffer II.1 sowie die Ziffern II.2 bis 5 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der AfD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und BMV abgelehnt.

Wer der Ziffer II.1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588 zuzustimmen wünscht, den bitte

ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer II.1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen aller anderen vertretenen Fraktionen abgelehnt.

Wer in Ziffer II den Nummern 2 bis 5 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind in der Ziffer II die Nummern 2 bis 5 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1588 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der AfD und Gegenstimmen von SPD, CDU und BMV abgelehnt.

Meine Damen und Herren, seitens der Fraktion DIE LINKE ist eine Sondersitzung des Ältestenrates beantragt worden. Hiermit berufe ich den Ältestenrat ein. Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten, das wäre bis 11.52 Uhr.

Unterbrechung: 11.37 Uhr

Wiederbeginn: 11.53 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion der BMV – Angriffe gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes erfassen und auswerten, Drucksache 7/1596.

**Antrag der Fraktion der BMV
Angriffe gegen Mitarbeiter des öffentlichen
Dienstes erfassen und auswerten
– Drucksache 7/1596 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Angriffe auf Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind ein aktuelles Thema. Fortwährend wird in den Medien darüber berichtet. Wir wollen mit unserem Antrag den Blick auf die Opfer richten.

Ich zitiere: „Spucken, Pöbeln, Drohen, Alltag auf dem Amt“, Zitatende. So lautete eine Überschrift des NDR im vergangenen Jahr. Und es ließen sich beliebig weitere Überschriften. Es ist ein Dauerthema in den Medien, wenn darüber berichtet wird, dass immer öfter Beschäftigte im öffentlichen Dienst angegriffen und beleidigt werden.

Beispiel Jobcenter, 4. Dezember 2017: Ein Sachbearbeiter des Jobcenters in Hattingen wird mit einem Messer angegriffen. Dem Täter waren zuvor die Sozialleistungen gekürzt worden. Beispiel Sozialamt: Am selben Tag rastete ein Asylbewerber in Alsdorf im Sozialamt aus. Die Polizei musste Pfefferspray einsetzen. Die Polizeibeamten und der Behördenmitarbeiter trugen Augenreizungen davon. Beispiel Ordnungsamt: Am 15. September 2017 wurde ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes in Wismar mit einem Pkw angefahren, nachdem er zuvor ein Knöllchen

verteilt hatte. Und noch ein Beispiel eines Ordnungsamtes aus Mecklenburg-Vorpommern: Im März 2017 reagierte das Amt Crivitz auf verbale Angriffe nebst Bedrohung durch einen sogenannten Reichsbürger und installierte daraufhin Alarmknöpfe im Ordnungsamt.

Das sind natürlich nur einige Beispiele der letzten Zeit, bei denen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes verbal oder tätlich angegriffen wurden. Und das sind auch nur öffentlich bekannt gewordene Fälle. Wer weiß, wie hoch die Dunkelziffer ist?! Man könnte diese Liste beliebig fortsetzen, aber ich gehe davon aus, dass niemand hier im Hause die bestehenden Probleme bestreiten wird. Auch die Landesregierung selbst bestreitet die Probleme nicht. Diese Arbeitnehmer sind im Staatsdienst Opfer von Gewalt und anderen Angriffen geworden.

Laut einer Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage kann staatliches Handeln dazu führen, dass Mitarbeiter im öffentlichen Dienst Opfer von Drohungen, Beleidigungen bis hin zu Gewalteinwirkungen werden. Insbesondere Tätigkeiten mit direktem Bürgerkontakt seien laut unserer Landesregierung mit einem erhöhten Sicherheitsrisiko verbunden. Die Landesregierung führt in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auch aus, welche Behörden besonders gefährdet sind, zum Beispiel Ausländerbehörden, Sozialämter, Arbeitsagenturen, Jobcenter, das Landesamt für innere Verwaltung, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Aufsichtsführende im Bereich Landwirtschaft und Umwelt und das Landesamt für Gesundheit und Soziales.

Unser Antrag begehrt, Angriffe gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu erfassen und natürlich im Ergebnis auszuwerten, denn Ziel des Antrages wird es dann sein, natürlich zu prüfen, wie wir die Mitarbeiter des Landes noch mehr schützen können.

Derzeit ist die Situation so, dass die Landesregierung Angriffe gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht systematisch und umfassend erfasst. Es werden nur einzelne Personengruppen erfasst, wie etwa die Polizeivollzugsbeamten, Rettungskräfte, Vollzugsbeamte des Zolls, der Justizvollzugsanstalten und sonstige Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen. Diese Erfassung erfolgt auch nicht umfassend, so, wie wir das im Antrag fordern, sondern nur anhand der Kriterien der polizeilichen Kriminalstatistik. Daten etwa zu Tatverdächtigen seien nicht automatisiert abrufbar, antwortete die Landesregierung ebenfalls auf meine Kleine Anfrage.

Es ist Aufgabe des Staates, wie jedes Arbeitgebers, seine Beschäftigten gegen Gefahren für Leben und Gesundheit zu schützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV
und Jens-Holger Schneider, AfD)

Dazu muss erstens ermittelt werden, welche Gefährdung mit der Arbeit verbunden ist, und zweitens müssen entsprechend der Gefährdung Maßnahmen des Arbeitsschutzes eingeleitet werden.

Die Landesregierung hält nach eigener Auskunft zahlreiche Behörden für besonders gefährdet. Sie erklärt sogar, der Widerstand gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im weiteren Sinne nähme zu. Trotzdem – und das ist das eigentlich für mich Überraschende gewesen –

verfügt sie nicht über umfassende statistische Zahlen. Wir wollen das ändern. Wir wollen, dass ein Lagebild zu der Gefährdung aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes erstellt wird. Dazu ist es notwendig, dass alle Angriffe gegen Mitarbeiter des Landes, der Landkreise, der kreisfreien Städte, der großen kreisangehörigen Städte, der Ämter sowie der amtsfreien Gemeinden erfasst und ausgewertet werden.

Zu diesem Zweck muss die Landesregierung ein für die betroffenen Mitarbeiter verpflichtendes Meldeverfahren entwickeln. Denkbar ist beispielsweise ein Verfahren mit standardisierten Berichtsbögen, ein Verfahren, das es schon gibt, das schon angewandt wird bei den Reichsbürgerfällen. Diese Bögen sollten Informationen zur Tat, zum Täter und zum Opfer enthalten sowie gegebenenfalls das Aktenzeichen einer Strafanzeige. Aber auch die Behörde samt der vorhandenen und im Notfall gegebenenfalls genutzten Sicherheitsmaßnahmen sollten in diesem Zusammenhang ermittelt werden.

Das differenzierte Lagebild soll dazu beitragen, das Sicherheitsrisiko für bestimmte Personengruppen fundiert einzuschätzen. Die Auswertung zielt darauf ab, gegebenenfalls die Sicherheitsmaßnahmen für Behördenmitarbeiter zu erhöhen. Die Erfassung sollte aufgrund des behördlichen Mehraufwandes zunächst auf ein Jahr beschränkt und je nach hinreichenden Ergebnissen dann bei Bedarf verlängert werden.

Letztlich weise ich noch darauf hin, dass eine solche Maßnahme bereits vom Deutschen Beamtenbund gefordert wurde, auch hiernach ist eine zentrale Erfassung aller Angriffe notwendig.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich höre und sehe dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Innenminister. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Herr Dr. Manthei, sicherlich sind wir uns einig, dass Gewalt gegenüber Mitarbeitern in öffentlichen Verwaltungen, egal, auf welcher Ebene, unverträglich ist. Leider hat es in Teilen der Gesellschaft in der Tat eine Verrohung gegeben oder findet eine Verrohung statt, die Einschränkungen des eigenen Handelns und Tuns als staatliche Gängelei betrachten oder als was auch immer. Eine fehlende Einsicht in die Notwendigkeit staatlichen Handelns findet statt. Das Ich steht im Mittelpunkt. Wir haben festzustellen, dass es eine gewisse Ellenbogenmentalität gibt. Es wird nicht eingesehen, warum von der Gemeinschaft für die Gemeinschaft gemachte Gesetze einzuhalten sind. Und wenn man es einfordert, kommt es im Zweifelsfall noch zu Tötlichkeiten, egal, auf welcher Ebene. Insoweit kann ich Ihrem Punkt 1 durchaus grundsätzlich gewisse Sympathien abgewinnen beziehungsweise mitgehen.

Natürlich stehe ich, stehen wir, die Landesregierung, auch Land und Kommunen als Arbeitgeber in der Pflicht, genau zu analysieren, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes – und darüber reden wir ja hier in der Frage – erforderlich sind. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind zu schützen. Dies dient nicht zuletzt der Aufrechterhaltung des staatlichen Handelns und der staatlichen Ordnung.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wenn ich Ihren Antrag aber richtig verstehe, scheinen Sie bei Ihrer Forderung die Landesregierung bei der Gefährdungsbeurteilung in der Pflicht zu sehen, obwohl die Organisationshoheit und die Personalverantwortung in vielen Fällen nicht in der Hoheit der Landesregierung liegen. Dies gilt insbesondere für die kommunale Ebene. Hier handelt es sich um eigenständige Selbstverwaltungskörperschaften und nicht um nachgeordnete Geschäftsbereiche. Organisationshoheit und die Verantwortung für die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen in der jeweiligen Ebene: Landräte, Bürgermeister, Ämterverwaltung.

Als Landesregierung können wir hier lediglich Empfehlungen aussprechen. Das tun wir auch mit Broschüren, wie „Beschäftigte vor Übergriffen schützen – Eine Handreichung für Behördenleiter, Geschäftsführer sowie Personalverantwortliche“, „Gewalt am Arbeitsplatz – Wie Sie sich vor Übergriffen Ihrer Kunden schützen“. Dementsprechend sind in den Landkreisen und kreisfreien Städten auch weitestgehend Dienstanweisungen erlassen worden. Beispielfähig für im Kommunalbereich ergriffene Maßnahmen seien hier genannt der Einsatz von Sicherheitsfirmen, die Installation von Sicherheitsschaltungen und von Alarmsystemen, der Einsatz von Videoüberwachung. Auch darüber muss man reden, inwiefern dieser erweitert wird. Das ist ja auch immer ein sehr umstrittenes Thema, aber im Rahmen der Sicherheit, glaube ich, sollte es dort keine Schranken geben, sondern die Möglichkeit, alles, was der Sicherheit dient, einzuführen.

In den der Landesregierung unterstehenden Behörden haben wir solche oder ähnliche Maßnahmen ergriffen, wie Sie bereits kurz erwähnt haben. Mit Ihrer Kleinen Anfrage haben wir Ihnen dazu geantwortet auf der Drucksache 7/679 vom 25. Juli des vergangenen Jahres. In derselben Antwort haben wir im Übrigen auch die unterschiedlichen Sicherheitsrisiken für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst analysiert und festgestellt, dass Gründe und Tatmotive sowie die jeweiligen Gegenmaßnahmen stark variieren. Deshalb ist es auch angebracht, eine Analyse und Gegensteuerung auf den jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu beschränken. Es gibt also ganz unterschiedliche Gefährdungssituationen und dementsprechend auch unterschiedliche Systeme als Rahmensicherheitskonzepte.

In Punkt 2 fordern Sie nun die systematische Erfassung der Angriffe gegen Mitarbeiter des Landes, der Landkreise, kreisfreien Städte und so weiter, Sie haben es hier ausgeführt. Ich mache es kurz: Das können wir nicht bewerkstelligen und werden wir auch nicht bewerkstelligen. Man stelle sich einmal vor, dass Krankenhäuser, Ärzte, Pflegepersonal, Feuerwehrleute, Mitarbeiter in Ausländerbehörden, Sozialämtern, Arbeitsagenturen, Jobcentern und so weiter und so fort Berichtspflichten nachkommen. Laut Ihrer Angabe wollen Sie in der Begrün-

dung Angaben zur Tat, zum Täter, zum Opfer haben, zur Behörde, das polizeiliche Aktenzeichen einer Strafanzeige abfragen und so weiter. Dann frage ich mich, warum wir auf der einen Seite über Abschaffung von Bürokratie reden und auf der anderen Seite zusätzliche Maßnahmen einführen, denn jede Straftat, die vorkommt, muss sowieso zur Anzeige gebracht und dementsprechend erfasst werden. Bei der Aufgabenerfüllung der betroffenen Einheiten kann ich aber nicht sehen, wie das realisiert werden soll. Die betroffenen Mitarbeiter müssten zusätzlich zu ihren ohnehin schon umfangreichen Aufgaben und Berichtspflichten jetzt noch mehr Daten erheben, das Ganze müsste auch noch ausgewertet werden. Die gewonnenen Erkenntnisse würden in keinem Verhältnis zu dem damit verbundenen Aufwand stehen, denn die eigentlichen Übergriffe werden erfasst durch Strafanzeigen und dementsprechend behandelt.

Es ist nicht so, dass sich niemand dieses Problems bewusst ist. Dafür gibt es die polizeiliche und die öffentliche Berichterstattung. Gegenmaßnahmen werden, wie schon aufgezählt, bereits in allen Bereichen getroffen. Die polizeiliche Kriminalstatistik erfasst die Daten und unsere Aufgabe ist es, gemeinsam Vorsorge dafür zu treffen, dass sich diese Übergriffe minimieren. Wir haben als Politik die Aufgabe, die gesellschaftliche Verrohung ein Stück zurückzudrängen und deswegen hier und dort möglicherweise restriktivere Maßnahmen einzuführen als eine Erfassung. Damit lösen wir die Problematik nicht.

Ich bin klar dafür, wie es gerade heute auf dem Verkehrssicherheitstag diskutiert wird, dass natürlich das Fotografieren von Einsatzkräften und deren Veröffentlichung auf Facebook unter Strafe gestellt wird.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr richtig!)

Wo kommen wir denn hin, wenn man bei schweren Verkehrsunfällen praktisch noch eine Liveberichterstattung macht?!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, AfD und Ralf Borschke, BMV)

Das sind Dinge, worüber wir reden müssen und die dann tatsächlich auch die Mitarbeiter schützen, die im Einsatz sind, und zwar unabhängig davon, ob es der Feuerwehrmann, Sanitäter oder Polizist ist. Diese führen staatliches Handeln durch, sie wollen Menschen retten. Dort müssen wir handeln, da müssen wir uns auch als Politik durchsetzen sowie den Rahmen und die Gesetzgebung dafür schaffen und nicht nur den erhobenen Zeigefinger. Das scheint in vielen Fällen nicht immer zu helfen.

Deswegen sagen wir ganz klar, ja, wir müssen alles dafür tun, dass auf allen Ebenen diejenigen, die für andere da sind, auch geschützt werden in der Ausübung ihres Amtes. Aber eine zusätzliche flächendeckende Erfassung von solchen führt, glaube ich, nicht zur eigentlichen Begründung Ihres Antrages, die Sie im Punkt 1 durchaus berechtigt anführen. Wir haben als Politik die Verpflichtung, so viel Vorsorge zu treffen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ruhe ihren Job ausüben können. Das wollen wir auch tun. Mit einer Erfassung würden wir das nicht unbedingt verbessern. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schneider.

(Der Abgeordnete Jens-Holger Schneider stellt das Rednerpult ein.)

Jens-Holger Schneider, AfD: Das dürfte so passen.

Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Liebe Landsleute! Es ist nicht zu leugnen, dass wir in Zeiten wachsender Entfremdung leben. Laut MV-Monitor 2017 gaben 62 Prozent der Bürger an, dass sich der Zusammenhalt in der Gesellschaft verschlechtert hat, ein in jüngster Zeit beispielloser Abfall von 17 Prozentpunkten.

Diese Erosion des Zusammengehörigkeitsgefühls bedroht das Vertrauen in Behörden und deren Mitarbeiter. Sie sind es, die die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates direkt am Menschen beweisen müssen. Wie einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion zu entnehmen ist, nahm die Gewalt gegen die Repräsentanten des Staates in den letzten Jahren zu. Die erfassten Fälle von verbalen und tätlichen Angriffen gegenüber Polizisten und Rettungskräften als auch gegenüber Zoll-, JVA- und Vollstreckungsbeamten erreichten im Jahre 2016 Höchstwerte in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Zahlen habe ich entnommen der Landtagsdrucksache 7/431, Seite 2 folgende.

Meine Fraktion hat im vergangenen Jahr verschiedene Ausländerbehörden besucht. Wir haben mit eigenen Augen gesehen, wie im Zuge der Migrationskrise neue Schutzmaßnahmen ergriffen werden mussten, auch das Innenministerium hat dies bestätigt. Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, zitiere ich: „Im Landesamt für innere Verwaltung ... wurden ... verschiedene Schutzmaßnahmen ergriffen: Einsatz von Wachpersonal, Infoveranstaltung mit der Polizei für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erstaufnahme über die Bürogestaltung, Umbau von Büros nach Empfehlungen der Polizei, Planung von Umbaumaßnahmen der Sprechzimmer.“ Zitatende.

Es stellt sich die Frage, inwieweit diese und andere Maßnahmen, die auch in weiteren Behörden umgesetzt wurden, effektiv den Schutz der Mitarbeiter verbessert haben. Der uns heute vorliegende Antrag will genau hierfür sensibilisieren. Das ist schon deshalb wichtig, weil die Landesregierung sich nicht in der Lage sah, entsprechende Daten umfassend zu erheben.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund des knapp von mir zitierten Vertrauensverlustes in der Gesellschaft sind es häufig Mitarbeiter von staatlichen Behörden, die in prekäre Sicherheitslagen gebracht werden. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit. Ihr Schutz muss Priorität haben, damit der Staat als Hüter unseres Sozial- und Ordnungswesens funktionieren kann. Mut zur Wahrheit heißt also die Direktive dieses Antrages, der den Geist der AfD atmet. Meine Fraktion wird diesem Ansinnen selbstverständlich zustimmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Abgeordnete Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Dr. Manthei, als ich Ihren Antrag gelesen habe, kam mir das zunächst so vor, als wäre das jetzt ein Verlegenheitsantrag, und ich will Ihnen das auch gleich begründen, denn man kann diese Kleine Anfrage, die diesem Antrag ja auch zugrunde liegt oder mit zugrunde liegt, so oder so lesen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Als ich die Kleine Anfrage und die Antworten darauf gelesen habe, habe ich gedacht, in diesem Bereich besteht wirklich eine sehr hohe Sensibilität. Man hat das Problem erkannt, schon seit längerer Zeit, man hat erkannt, dass es auch einen Aufwuchs gibt, und man hat sich konsequenterweise darangemacht, Maßnahmen zu ergreifen, um hier den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu helfen, sie also in den Blick zu nehmen. Das haben Sie Ihrem Antrag oder Ihrer Antragsbegründung vorangestellt, Sie wollten die betroffenen Personen in den Blick nehmen. Das geht aber aus dem Antragsinhalt nicht hervor, denn noch keine Statistik hat auch nur eine einzige Straftat verhindert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

Ich glaube, es ist wesentlich hilfreicher, Konsequenzen zu ziehen, auch wenn man noch nicht eine ausgefeilte Statistik dazu hat, gegen die ich, ehrlich gesagt, gar nichts hätte, wobei mir der Erhebungsaufwand zu groß ist. Der Innenminister hat noch nicht mal abschließend aufgezählt, was da alles mit dranhängt, gerade im kommunalen Bereich. Da sind ja auch viele Aufgaben privatisiert, dann hat man kommunale Unternehmen in privater Trägerschaft, Zweckverbände und so weiter, die bestimmte Aufgaben mit Bürgerkontakten ausführen. Also der Rattenschwanz ist noch viel länger, der Aufwand ist noch viel größer, als es hier den Anschein hatte, deswegen rechnet sich der Aufwand für die Erkenntnisse nachher nicht wirklich. Es wäre auch eine Frage der Konnexität in diesem Zusammenhang zu klären.

Ich glaube, wir sollten weitermachen, die Hilfe, die Hilfsangebote zu verstärken. Der Minister hat schon auf ein Falblatt und eine Broschüre hingewiesen, das steht auch in dieser Kleinen Anfrage als Antwort drin, und ich glaube, wir können in Bezug auf die Opferhilfe noch ein bisschen mehr erreichen. Ich finde, das ist wesentlich wichtiger, als hier eine Statistik zu erheben oder mehr statistische Erhebungen zu machen in diesem Zusammenhang, denn ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Kollegin Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Weißig?

Martina Tegtmeier, SPD: Ja, wenn ich den Satz beendet habe, gern.

... es ist wichtiger, den Menschen, die betroffen sind, wirklich zu helfen und Hilfsangebote zu haben, damit sie das Erlebte auch verkraften können, denn die besten Konzepte schützen natürlich nicht vor allen Übergriffen.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Stellen Sie Ihre Frage bitte, Frau Weißig!

Christel Weißig, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es gibt ein Krankenhaus, das führt eine freiwillige Liste – und die ist freiwillig – über die Übergriffe, die dem Personal zuteilwerden. Es ist nicht wenig, es ist viel. Da hat man aber aufgegeben, die Liste weiterzuführen, weil die Leute sagen und das Personal sagt, das bringt sowieso nichts, wir können die Liste abgeben.

(Ministerin Birgit Hesse: Frage!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete, bitte stellen Sie Ihre Frage!

Christel Weißig, BMV: Wie stehen Sie dazu, dass dem nicht nachgegangen wird, sodass die Leute aufgeben und sagen, wir führen keine Liste mehr? Wie würden Sie das beurteilen?

Martina Tegtmeier, SPD: Also wären dort Straftatbestände dokumentiert und zur Anzeige gebracht worden, gehe ich davon aus, dass diese auch geahndet und verfolgt werden. Ich kenne diese Liste nicht, aber Sie haben selbst gesagt, diese freiwillige Erfassung bedeutet schon sehr viel Aufwand, und Sie wollen das einführen mit Ihrem Antrag, dass jede eventuell betroffene Person einschätzt von sich aus, was das hier eine Straftat, was das keine, was diese verbale Entgleisung schon eine Straftat oder nicht. Das zu dokumentieren nach bestimmten Kriterien, ist ein sehr, sehr hoher Aufwand, und Straftaten anzuzeigen, dazu ist sowieso jeder angehalten.

Christel Weißig, BMV: Ja.

Martina Tegtmeier, SPD: Damit habe ich auch begründet, warum wir den Antrag an dieser Stelle ablehnen werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Ministerin Birgit Hesse)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es hat noch mal ums Wort gebeten der Minister. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Ich mache das ganz kurz, Frau Weißig, weil ich diesen Fall kenne. Wenn 95 Prozent dieser Fälle nicht zur Anzeige gebracht worden sind, nutzt mir auch die beste Statistik nichts in dem ganz konkreten Fall,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig!)

und das ist die Grundaussage. Wir können nur vorgehen gegen etwas, was zur Anzeige gebracht wird, mal abgesehen davon, dass es ein ganz anderer Träger gewesen ist, das Krankenhaus, wo wir sowieso keine Verordnung aussprechen können. – Danke schön.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Ich will nur noch mal darauf aufmerksam machen, auch bei so einer kurzen Replik bitte ich Sie, die normale Rede an das Präsidium zu verwenden.

(Minister Lorenz Caffier: Sorry!)

Jetzt hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der BMV-Fraktion! Der vorliegende Antrag ist etwas unglücklich formuliert. Er soll auf ein reales Problem aufmerksam machen, es soll erfasst und es soll ausgewertet werden. Aber aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion ist es zunächst wichtiger, dass sich dieser Landtag mit aller Deutlichkeit gegen jegliche Gewalt im Allgemeinen, gegen verbale und körperliche Attacken gegen Brandschützer, Sanitäter, Notärzte und andere zivile Einsatzkräfte und insbesondere gegen die Beschäftigten im Bereich des öffentlichen Dienstes im Einzelnen ausspricht. Das fehlt in Ihrem Antrag. Das wäre für mich Punkt 1 gewesen: Der Landtag spricht sich dagegen aus. Ich habe überlegt, ob ich dazu einen Änderungsantrag mache, aber das hätte den Antrag insgesamt nicht besser gemacht. Deswegen stelle ich das an den Anfang: Dieser Landtag spricht sich deutlich gegen Gewalt aus,

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

in jeder Form, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, DIE LINKE, BMV und Marc Reinhardt, CDU)

Soweit dürfte doch Einigkeit bestehen über Fraktionsgrenzen hinweg.

Wenn wir uns dann mit der Thematik im Einzelnen beschäftigen, werden wir sehen, dass Teile der Politik in diesen Situationen härtere Strafen fordern. Unser Innenminister verweist zu Recht darauf, dass die Bundespolitik 2017 für einen Katalog mit strengeren Maßregelungen gesorgt hat, Stichwort „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches und zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“. Für mich ist das auch nur ein Stück Symbolpolitik, weil schon frühere Strafverschärfungen bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte keinerlei Wirkung gezeigt haben, denn diese Tätergruppe handelt in der Regel irrational.

Auch der Bundesgesetzgeber selbst hat hier Zweifel angemeldet. Die nachhaltige Wirkung dieses Gesetzes hänge davon ab, ob, ich zitiere, „durch die Strafverschärfung bzw. das Signal des Gesetzgebers potentielle Täter abgeschreckt und damit präventive Erwägungen zum Tragen kommen werden“, Zitatende.

Insofern erweist sich das Problem von Angriffen beziehungsweise von Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes im Kern als ein Vollzugsproblem. Das Problem liegt nämlich nicht darin, dass etwa ein Polizist auf Streife einer alkoholisierten Person begegnet, sondern darin, dass er vielleicht allein auf Streife geht. Es fehlt generell an Personal – das ist das entscheidende Problem –, das vor Ort die Täter als Verdächtige feststellen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion wird den vorliegenden Antrag aus folgenden Gründen ablehnen:

Erstens setzt der Antrag Unkenntnis und Untätigkeit der Landesregierung voraus. Er soll sie gewissermaßen zum Jagen zwingen.

Nun bin ich der Letzte, der die Landesregierung permanent und immer verteidigt, an dieser Stelle muss ich es dann aber mal tun, weil die Feststellung oder die Intention des Antrages unzutreffend ist. Ich zitiere aus der Drucksache 7/679. Dort heißt es: „Die Landesregierung wird weiterhin darauf hinwirken, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes angemessen zu schützen und bei Bedarf den Schutz im jeweiligen Bereich auch noch zu verbessern.“ Zitatende.

Lieber Kollege Innenminister, ich habe aus Ihrem Haus aufgrund eigener Erfahrungen selten eine so detaillierte und fundierte Antwort zu einer Kleinen Anfrage gelesen wie die Antwort auf die Kleine Anfrage zum Schutz von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes des Kollegen Manthei. Hier wurden nicht Aktivitäten vorgetäuscht, hier wurden Aktivitäten abgerechnet, und zwar zu den verschiedensten Fachbereichen, zu unterschiedlichsten Verwaltungsebenen, zu unterschiedlichsten Gefährdungssituationen. In dieser Antwort verweist die Landesregierung zutreffend auf den Zusammenhang zwischen Mitarbeiterschutz und polizeilicher Kriminalprävention.

Und hier wird es dann ein bisschen eng für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der BMV-Fraktion. Also noch mal: Zusammenhang zwischen Mitarbeiterschutz und polizeilicher Kriminalprävention, denn ich erinnere mich an die letzten Haushaltsberatungen im Innenausschuss. Da haben Sie die Förderung von Projekten der Kriminalitätsvorbeugung abgelehnt beziehungsweise sich der Stimme enthalten. Also dem eigenen Tun folgen nicht die richtigen Forderungen.

Zweitens werden wir den Antrag ablehnen, weil das geforderte Meldeverfahren unausgegoren und kontraproduktiv ist. Das reicht von Definitionsfragen über Konnexitätsprobleme bis hin zur Kosten-Nutzen-Relation: Hält dieser Berichtsbogen nicht zuletzt von entsprechenden Meldungen ab? Schaffen wir hier nicht ein neues Bürokratiemonster, was sozusagen auch die Betroffenen davon abbringt, entsprechend zu reagieren? So wird auf diesem Weg möglicherweise eine Vor-Ort-Verantwortung für notwendige Schutzkonzepte nicht mehr wahrgenommen und stattdessen der Landesregierung die Verantwortung zugeschoben. Das wäre der falsche Weg.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gut, diese Frage öffentlich zu thematisieren, es ist notwendig, gegen verbale, nonverbale und körperliche Gewalt zu appellieren, und es ist möglich, diese Probleme bei Bedarf bereichsspezifisch in den Fachausschüssen vertieft zu hinterfragen. Der vorliegende Antrag hilft aber bei der Debatte um diese Frage nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung außerhalb dieses Tagesordnungspunktes, da es meine letzte Rede ist – auf dieser Landtagssitzung, keine Sorge!

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Sebastian Ehlers, CDU: Oh, Gott sei Dank!)

Auf dieser Landtagssitzung, keine Sorge!

(Andreas Butzki, SPD: Wir haben
schon einen Schreck bekommen. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Nein, ich will ehrlichen Herzens einmal die Gelegenheit nutzen, um mich von dieser Stelle aus bei unseren beiden Vizepräsidentinnen zu bedanken für ihre,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV)

für ihre Arbeit, die sie in den letzten Wochen hier geleistet haben,

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

nicht nur, mit uns im Plenum fertig zu werden, das ist schon allein eine große Herausforderung, sondern unseren Landtag auch in der Öffentlichkeit zu repräsentieren. Also Dank und Anerkennung und bleiben Sie mir schön gesund! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön für die Anerkennung. Ich nehme an, das wird meine Kollegin Frau Schlupp auch erreichen. Wir geben uns Mühe.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das reicht nicht.)

Okay, aber jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Kollege Abgeordnete Reinhardt.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Marc Reinhardt, CDU: Immer mit der Ruhe, Herr Butzki!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Ritter, es kommt sicherlich selten vor, dass ich mich nicht nur der Rede des Innenministers und meiner geschätzten Kollegin Frau Tegmeier, sondern auch Ihrer Rede fast vorbehaltlos anschließen kann.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, sehen Sie! – Heiterkeit und
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Insofern, glaube ich, wurde vieles Richtige schon gesagt.

(Andreas Butzki, SPD:
Aber es gab keinen Beifall.)

Nee, das muss ja jetzt auch noch nicht sein.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Was uns, glaube ich, auch eint, Herr Dr. Manthei, ist, dass es ein wichtiges und nach wie vor ein sehr aktuelles Thema ist. Angriffe und Behinderungen haben zugenommen. Ich selbst kenne das als Feuerwehrmann, keine Angriffe, aber auch hier sehen wir bei Einsätzen oft, wenn es mitten in der Stadt ist, wie schnell doch – das ist ja auch die menschliche Natur, man ist neugierig, was passiert da in der nächsten Straße – oft nachrückende Einheiten ziemlich stark behindert werden, und wir kennen das aus medialen Berichterstattungen, da bleibt es nicht nur bei Behinderungen, es geht bis hin zu Beschimpfungen und sogar körperlichen Auseinander-

setzungen. Deshalb haben wir das auch in der letzten Legislaturperiode immer schon auf dem Schirm gehabt. Ich will daran erinnern, die CDU-Fraktion hatte dazu mal eine Aktuelle Stunde angeregt und thematisiert.

Wir haben schon gehört ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Da wart ihr auch wieder die Väter.)

Ja, es ist wie immer, Herr Butzki. Danke, dass Sie ...

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD:
Man soll nie „nie“ und nie „immer“ sagen.)

Ja, ich danke da sehr für Ihre Unterstützung, Herr Kollege Butzki.

Wir haben dann gehört, die Bundesgesetzgebung – Herr Ritter hat gerade darauf hingewiesen – wurde im letzten Jahr dazu verstärkt. Ich will auch an die Bundesregierung erinnern, die hat hier Aktionstage gegen Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes durchgeführt, und das ist, glaube ich, das Anliegen, was uns alle stärker beschäftigen muss. Wir müssen das in das Bewusstsein der Menschen rücken. Es gibt ja jetzt sogar schon Clips im Fernsehen dazu. Wer sich an den mit dem Handy erinnert, wo man versucht anzurufen, da ist man zunächst ein wenig geschockt, aber auch solche Sachen bringen das gerade ins Bewusstsein der Menschen. Und das ist, glaube ich, das ganz Wichtige, dass wir das vermehrt tun.

Das Thema ist bei allen Fraktionen hier gut aufgehoben und auch im Bewusstsein. Ich glaube aber auch, Herr Dr. Manthei, dass dadurch, dass wir neue Statistiken oder Erhebungen anfordern, wir nicht wirklich dazu kommen, bei diesem Thema irgendwie Herr der Lage zu werden. Deshalb lassen Sie uns weiter dafür werben, dass so etwas geächtet wird und auch nicht passiert, dass die Leute vielleicht durch eine Art Selbstregulierung bei solchen Einsätzen einschreiten und diejenigen daran hindern, die Einsatzkräfte zu behindern. Dann, glaube ich, haben wir alle eine ganze Menge erreicht. Ihren Antrag werden wir deshalb auch ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion BMV hat noch einmal das Wort Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal sehe ich es positiv, dass alle Fraktionen der Meinung sind, hier gibt es ein Problem, das muss auch debattiert werden im Landtag. Was zu tun ist, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen.

Ich möchte kurz eingehen auf einige Vorredner, zunächst kurz zum Herrn Innenminister. Ich war etwas verwundert, weil Sie die Zuständigkeit des Innenministeriums bestritten haben. Vielleicht können Sie gleich etwas dazu sagen. Ich habe natürlich auch überlegt, wie das rechtlich ist, und mir ist bewusst, dass die kommunalen Körperschaften selbstständige Einheiten sind. Ich war allerdings ausgegangen von Ihrem Erlass bezüglich der Reichsbürger, also offensichtlich ist es möglich, einen Erlass zu

machen. Daher habe ich auch die Formulierung übernommen: Bürgermeister, Landkreise, Oberbürgermeister und so weiter und so fort, um den gesamten öffentlichen Bereich abzudecken. Aber vielleicht können Sie das ja noch mal aufklären, warum das bei den Reichsbürgern geht und jetzt nicht geht.

Dann wurde zweimal das Beispiel der Feuerwehrleute angesprochen. Gerade die Feuerwehrleute, meine ich, sind diejenigen, wo uns als BMV-Fraktion jedenfalls sehr wohl interessieren würde, wie viele Angriffe es tatsächlich gab. Gerade bei den Feuerwehrleuten, die, meine ich, um die Silvesterzeit wieder ganz groß im Fokus standen, wäre es interessant.

Es ist auch nicht Sache der BMV-Fraktion, hier irgendwie Panik zu schüren, und daher glaube ich, was den Aufwand angeht, dass jetzt nicht täglich Hunderte Berichtsbögen auszufüllen sind. Da sollte man auch ein bisschen die Kirche im Dorf lassen.

Ein entscheidender Punkt ist – auch zu Ihnen, Herr Innenminister –, es geht uns genau darum, eben nicht nur Straftaten zu erfassen, sondern generell Angriffe auf Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Daher reicht die bestehende Situation definitiv nicht aus.

Dann kurz zu Frau Tegtmeier: Selbstverständlich haben Sie recht, Statistik kann keine Straftaten verhindern. Das ist natürlich richtig. Auf der anderen Seite ist genauso richtig, dass ohne Gefahrenanalyse keine Schutzmaßnahmen möglich sind. Und wenn die Regierung nun selbst sagt, sie weiß nicht genau, wie die Situation der Angriffe ist, dann ist es eigentlich naheliegend, dass man sagt, ich muss die Situation analysieren. Wir haben nicht ohne Grund diesen Antrag befristet, dass wir sagen, wir machen es erst mal zwölf Monate und gucken, wie sich das entwickelt.

Sie haben noch einen Punkt gesagt, dem ich auch sehr zustimme. Sie haben gesagt, es geht entscheidend darum, den Betroffenen zu helfen. Aber das ist natürlich genau der Punkt unseres Antrages, das ist genau das, worauf wir hinauswollen, dass wir den Blick auf die Opfer, die Betroffenen richten wollen, und die werden im Moment nicht ausreichend erfasst.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie ...

Dr. Matthias Manthei, BMV: Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... eine Zwischenfrage der Abgeordneten Tegtmeier?

Martina Tegtmeier, SPD: Vielen Dank.

Herr Dr. Manthei, ich hatte gesagt, die Lesart ist offensichtlich sehr unterschiedlich. Ich hatte den Eindruck, dass die Behördenleitungen sensibilisiert sind und eine Gefährdungseinschätzung sehr wohl machen. Hatten Sie dazu jetzt eine gegenteilige Auffassung oder eine gegenteilige Erkenntnis aus der Antwort auf die Kleine Anfrage?

Dr. Matthias Manthei, BMV: Nein. Selbstverständlich nimmt jeder Behördenleiter seine Aufgabe wahr und guckt natürlich, ob Gefährdungen für seine Mitarbeiter vorliegen. Aber was uns fehlt als Land, um auch zu han-

deln als Landtag, ist eine landesweite zentrale systematische Erfassung, und die gibt es definitiv nicht. Das kann auch der einzelne Behördenleiter vor Ort gar nicht sicherstellen. Die wissen einfach nicht, was gemeldet wird und was nicht.

Also das ist noch mal der entscheidende Punkt: Wir wollen das Augenmerk nicht auf die Täter legen, wir wollen uns den Opfern zuwenden. Das ist auch so ein Unterschied zu den Reichsbürgerfällen. Ich habe mir diese Berichtsbögen, die das Innenministerium entworfen hat für die Reichsbürgerfälle, angesehen, was da eigentlich abgefragt wird. Da geht es hauptsächlich um die Täter, sage ich mal. Klar, man will wissen, wie viele Reichsbürger es gibt, was die so machen. Aber mir geht es auch um die Opfer, dass man sensibilisiert ist. Die Mitarbeiter sollen wissen, dass sie keineswegs so etwas dulden müssen.

Ich weiß nicht mehr, wer es gesagt hat, einer der Vorredner meinte, dass es dazu führt, Angriffe nicht zu melden. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, erst dadurch erreichen wir eine vollständige statistische Erfassung, indem tatsächlich eine Berichtspflicht besteht, denn die Behördenmitarbeiter, das ist mir selbstverständlich bewusst, haben natürlich genug zu tun. Aber hier geht es doch um ihren Schutz, und da glaube ich schon, dass jeder Mitarbeiter mit dem größten Engagement und ohne Ärger den Bogen dann auch kurz ausfüllt. Dieser Bogen ist eine Hilfe, mit dem man fix die Fragen beantworten kann.

Ich will auch nicht sagen – ich weiß nicht, Her Ritter hat es, glaube ich, gesagt –, das will ich definitiv nicht behaupten, dass hier gar nichts getan wird. Das liegt mir völlig fern. Es gibt Broschüren, Deeskalationstraining und so weiter, aber es ist nun mal die Realität, dass alle Maßnahmen bisher definitiv nicht ausreichen. Verlässliche Daten sind eben notwendig, um hier Maßnahmen zu ergreifen.

Gewerkschaften und Beamtenbünde beklagen diesen Umstand, dass es nicht genügend statistische Erfassung gibt. Statistik kann natürlich die Missstände nicht ändern, aber sie kann den Betroffenen eine Stimme geben und uns Informationen zur Verfügung stellen, denn nicht alle Vorfälle finden sich in den Medien wieder, was ich schon eingangs sagte.

Als Beispiel möchte ich den Deutschen Beamtenbund und die „Jugend NRW“ nennen, welche eine Netzseite ins Leben gerufen haben unter dem Namen: angegriffen.info. Hier können Unfälle gemeldet werden. Allein im laufenden Monat 2018 finden sich Einträge für jeden Tag.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir nach Beratung der Ansicht sind, wir wollen etwas erreichen mit unserem Antrag. Wir werden versuchen, im Innenausschuss dieses Thema noch mal auf die Tagesordnung zu bringen, und würden daher den Antrag für die heutige Sitzung zurückziehen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Da der Antrag zurückgezogen ist, brauchen wir auch keine Abstimmung vorzunehmen.

Wie zu Beginn der Sitzung heute mitgeteilt, entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 34.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Mut zur Wahrheit – Betreuungsrealität von unbegleiteten minderjährigen Ausländern offenlegen, Drucksache 7/1576.

**Antrag der Fraktion der AfD
Mut zur Wahrheit – Betreuungsrealität
von unbegleiteten minderjährigen
Ausländern offenlegen
– Drucksache 7/1576 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Förster für die Fraktion der AfD.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Werte Gäste!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Die vergleichsweise hohe Straffälligkeit von unbegleiteten minderjährigen Ausländern ist zu einem großen Problem geworden. Dies gilt vor allem für jugendliche Migranten aus Nordafrika und dem arabischen Raum, die durch kriminelle Handlungen auffallen. Es hilft überhaupt nicht, die Augen vor diesen Realitäten zu verschließen und so zu tun, als ob wir es nur mit schutz- und hilfsbedürftigen Jugendlichen zu tun hätten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So hat das Bundeskriminalamt bereits 2016 von der großen Sorge hinsichtlich dieses Personenkreises berichtet und ausgeführt, dass es sich vielfach um entwurzelte Jugendliche handele, die bereits in ihrer Heimat als Straßenkinder das kriminelle Handwerk gelernt hätten und sich hier entsprechend verhielten.

Der Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes äußerte sich im Januar dieses Jahres im „Deutschlandfunk“ zum Problem krimineller Jugendlicher/unbegleiteter Jugendlicher und führte aus, es seien Einzelfälle, aber diese hätten eine verheerende Wirkung. Neben einem anderen Betreuungssystem müsse man auch darüber reden, ob solche Personen, die häufig von ihren Eltern vorgeschickt würden, nicht abgeschoben werden könnten. Es sei immer schwieriger, Sozialarbeiter zu finden, die bereit seien, solche Jugendlichen zu betreuen.

Ist die Situation bei uns ähnlich oder entwickelt sie sich da hin? Das wollen wir wissen, das ist unter anderem die Zielrichtung unseres Antrags. In diesem Zusammenhang wird nunmehr das gefordert, was die AfD schon immer gefordert hat, nämlich eine Altersbestimmung, um sich erst einmal Klarheit zu verschaffen, ob wir es tatsächlich mit einem Kind, einem Jugendlichen oder einem Erwachsenen zu tun haben, weil dies für den Umgang mit diesem Personenkreis von entscheidender Bedeutung ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es kann nicht sein, dass sich junge Männer mit Bärten erfolgreich als Kinder ausgeben. Hierzu wird in der FAZ eindringlich ein Beispiel geschildert, Zitat anfang: „Er

hatte Bartwuchs, trug Anzüge und Parfum. Er war zwar nicht sehr groß, aber doch ein ausgewachsener Mann.“

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

„In der Schule war allen klar, dass er nicht zwölf Jahre alt ist. ... Die Oberschule“ in Berlin „war seine sechste Station. ... Die Polizei kannte“ ihn. „Er hatte fast hundert Einträge. Darunter gewerblichen Drogenhandel und Körperverletzung. Polizisten kamen auch an die Schule. Ob er wirklich zwölf Jahre alt sei? Die Lehrer: Natürlich nicht. ... Als er im Krankenhaus war, hätte man eine ... Altersbestimmung machen können. Hätte.“ Hätte, es geschah aber nicht. „Das Jugendamt, so heißt es, war nur dann hilfreich, wenn es um Schulmaterialien ging.“ Zitatende.

Es mag sein, dass sich dieser Fall in Bayern so nicht abgespielt hätte. Für Berlin und die meisten anderen Regionen der Republik dürfte er aber die Realität durchaus nah abgebildet haben. Jedenfalls liegen unverdächtige Berichte vor, so auch aus Hamburg, die die ganze Hilflosigkeit der Behörden vor diesem Problem belegen. In einem Dossier des LKA Hamburg heißt es, Zitatfang: „Rund ein Viertel der 115 bekannten schwerkriminellen jugendlichen Intensivtäter in Hamburg sind unbegleitete junge Flüchtlinge. ... Brennpunkte“ hätten „sich laut Polizei auf St. Pauli und in St. Georg herausgebildet. Eine Abschiebung der Kinder und Jugendlichen in ihre Heimatländer wird als“ nahezu „unmöglich“ eingestuft.“ Zitatende.

Das ist inzwischen auch unserem Innenminister übel aufgestoßen, sodass er sich eine AfD-Forderung zu eigen machte und äußerte, so ein Zitat: „Vor allem syrische Jugendliche sind leider allzu oft an ... Gewalttaten beteiligt. Wir müssen endlich Möglichkeiten schaffen, dieses Verhalten“ entsprechend zu sanktionieren.

Es ist zu registrieren, dass die Altparteien dazu übergehen, sich von der skandalösen Leichtfertigkeit im Umgang mit den unbegleiteten minderjährigen Ausländern zu verabschieden. Die Fraktion der AfD nimmt zur Kenntnis, dass in den Ausschüssen medizinische Fragen zu Altersbestimmungen endlich auf den Tisch kommen. Das war nicht immer so. Man sieht jetzt offenbar Handlungsbedarf. Ich darf an die von uns angestoßene Debatte vor einem Jahr erinnern. Das kann ich natürlich jetzt hier nicht aus eigener Erkenntnis sagen, aber es steht hier so und wird wohl stimmen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Frau Tegtmeier soll damals geäußert haben, dass natürlich ganz genau hingeguckt würde. Fast ein Jahr später, unter anderem nach dem Mord in Kandel, stimmt nun auch die SPD einer Anhörung in den Ausschüssen zu, um sich über medizinische Verfahren zur Altersbestimmung zu informieren. Uns reicht das selbstverständlich nicht. Wir fordern einen detaillierten Bericht zur Betreuungssituation. Bereits über Kleine Anfragen hatten wir angestoßen, die Zahl der Betreuer und die Kosten zu erheben. Genau das wollte die Landesregierung dann auch tun. Das Ergebnis fiel sehr dürftig aus. Von acht Jugendämtern hatten nur zwei die angefragten Personalkosten liefern können. Damit können wir uns nicht zufriedengeben.

Selbst wenn man das Wohl der unbegleiteten Ausländer in den Vordergrund stellt, es geht auch um Kosten, die

pro Person auf rund 5.250 Euro im Monat veranschlagt werden. Nach einer Auskunft der Bundesregierung von Februar 2017 kosten über 60.000 junge Migranten Deutschland rund 4 Milliarden Euro im Jahr, die der Steuerzahler aufzubringen hat. Die Bürger unseres Landes haben im Jahr 2016 insgesamt 35 Millionen Euro für diesen Personenkreis ausgegeben, Ausgaben für weitere Integrationsbemühungen nicht eingeschlossen. Auch hier muss Transparenz geschaffen und aufgelistet werden, welche Kosten für welche Aktivitäten der Betreuung stehen.

Um das Thema Altersfeststellung in unserem Land ordentlich diskutieren zu können, fordern wir in dem von uns beantragten Bericht eine Auflistung aller seit 2015 in Mecklenburg-Vorpommern stattgefundenen Alterseinschätzungen. Diese sollen dabei nach Dokumentenfeststellung, qualifizierter Inaugenscheinnahme und ärztlicher Untersuchungen differenziert werden. Die Problematik der unbegleiteten jugendlichen Migranten ist inzwischen so offenkundig, dass ein Wegsehen oder Schönreden nicht mehr möglich ist. Je brennender ein Problem ist, umso mehr ist Transparenz gefordert. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, zu wissen, inwieweit die Integrationsbemühungen in diesem Bereich Erfolg versprechend sind und inwieweit diese Bemühungen bei einer bestimmten Klientel aussichtslos erscheinen. Deshalb ist auch eine Auflistung aller Kosten überfällig.

Es ist eine Tragödie, wenn junge Menschen von ihren Familien getrennt werden. Es ist auch eine Tragödie, allerdings anderer Art, wenn junge Männer von ihrer Familie, die ihnen Schlepper bezahlt, vorgeschickt werden, damit die Familie später nachkommen kann. Deshalb unterstützen wir den Städte- und Gemeindetag, der für Minderjährige mit Angehörigen aus sicheren Drittstaaten eine Familienzusammenführung in den Herkunftsländern fordert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Daher soll in einem Lagebericht auch der Aufenthaltsstatus aller unbegleiteten jugendlichen Migranten erfasst werden. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, hier Mut zur Wahrheit zu haben und die Fakten auf den Tisch zu legen. Ohne Informationen über die Betreuungsrealität der unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Mecklenburg-Vorpommern werden eine gute Politik und notwendige Korrekturen verhindert.

Zum Schluss noch eins: Die offenkundige Hilflosigkeit der Behörden gegenüber kriminellen jugendlichen Migranten ist auch deshalb verheerend, weil dadurch die Akzeptanz derer, die schon lange bei uns sind und sich hier eingelebt haben, sowie derer, die wirklich integrationsfähig und integrationswillig sind, einen nachhaltigen Schaden nimmt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Ich eröffne die Aussprache.

In Vertretung der Sozialministerin erhält das Wort der Innenminister. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag der AfD, der die aktuelle Betreuungssituation von unbegleiteten minderjährigen Ausländern thematisiert und deren Betreuungskosten hinterfragt, unterstellt gleichzeitig einen intransparenten Umgang mit diesen Informationen. Gern möchte ich Ihnen getreu dem Motto „Mut zur Wahrheit“ darstellen, wie die gesetzliche Vorgehensweise in Deutschland zu dieser Frage geregelt ist.

Kinder und Jugendliche, die aus ihren Herkunftsländern allein nach Deutschland kommen, gehören zu den besonders schutzbedürftigen Menschen. Es sind junge Menschen, die häufig Schreckliches erlebt haben und möglicherweise psychisch und physisch stark belastet oder hoch traumatisiert sind. Sie kommen in ein fremdes Land, dessen Landessprache sie nicht sprechen können, und müssen sich dort auf sich gestellt zurechtfinden. In Deutschland sind anknüpfend an die internationalen Rechtsvorschriften, insbesondere an die UN-Kinderrechtskonvention, bei Einreise von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Kindeswohls im Rahmen des staatlichen Wächteramtes auf der Grundlage des Achten Buches Sozialgesetzbuch, SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, darzustellen und auch umzusetzen. Insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe, die anstatt der Eltern nun das Kindeswohl der unbegleiteten ausländischen Kinder und Jugendlichen gewährleistet, ist in besonderem Maße gefordert, die notwendigen Weichen für eine gelingende Integration zu stellen.

Das, meine Damen und Herren, ist die Gesetzeslage, und die ist auch richtig so. Maßnahmen, Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe haben die Aufgabe, sie von Anfang an zu schützen, und sollen von vornherein Gefahren und Risiken im Sinne einer wirkungsvollen Prävention abwenden.

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete der AfD, ich möchte es mir nicht nehmen lassen, die Begrifflichkeit, es sei nur oberflächlich geklärt, welche Kinder und Jugendlichen hier betreut werden, anzusprechen. Zum 1. November 2015 sind Änderungen des SGB VIII in Kraft getreten. Der neu eingeführte Paragraph 42f SGB VIII sieht als Regelverfahren die Altersfeststellung über Ausweise, über Ausweispapiere oder hilfsweise mittels einer qualifizierten Inaugenscheinnahme vor. Die qualifizierte Inaugenscheinnahme wird von Fachkräften der Jugendämter in Mecklenburg-Vorpommern im Vieraugenprinzip durchgeführt. Sollten dennoch Zweifel am Alter Minderjähriger vorliegen, müssen sich unbegleitete ausländische Minderjährige einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Dies wurde in Einzelfällen auch in M-V praktiziert.

In Mecklenburg-Vorpommern leben mit Stand zum 12.01.2017 genau 842 unbegleitete ausländische Minderjährige und junge Volljährige in Einrichtungen der freien Jugendhilfe. Gemäß Paragraph 49 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz ist die Identität einer Ausländerin oder eines Ausländers durch erkennungsdienstliche Maßnahmen zu sichern. Alle unbegleiteten ausländischen Minderjährigen und jungen Volljährige sind erkennungsdienstlich in unserem Land behandelt – wir können ja hier nur über unser Land sprechen –, also Ed-Behandlung, wie es heißt. Hierzu gibt es einen Erlass vom Juli 2017 des Ministeriums für Inneres und Europa in Abstimmung mit dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung und den örtlichen Trä-

gern der öffentlichen Jugendhilfe des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Auf der 122. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter im April 2017 wurden die Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen umfangreich überarbeitet und aktualisiert. Diese Handlungsempfehlungen sind neben dem SGB VIII eine Arbeitsgrundlage nicht nur für die Fachkräfte in unserem Land. Ich möchte ganz ausdrücklich betonen, die Fachkräfte der Jugendhilfe arbeiten mit hoher fachlicher Kompetenz, mit Engagement und setzen die Regelungen des SGB VIII entsprechend um. Es ist ihnen gegenüber eine Unterstellung, die Identitäten, der Aufenthaltsstatus beziehungsweise die Herkunft seien nur oberflächlich geklärt.

Darüber hinaus legt die Bundesregierung jährlich einen Bericht zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung, Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher gemäß Paragraph 42e SGB VIII vor. Es ist ein umfangreicher Report, der in allen Bundesländern insbesondere von den Jugendämtern erarbeitet wird. Auf diesen 155 Seiten werden unter anderem Ziele und Umsetzungen des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher, aber auch Asylverfahren sowie Angebote und Maßnahmen detailliert herausgearbeitet. Nach Paragraph 41 SGB VIII hat auch ein junger Volljähriger ein Recht auf Hilfe für eine Persönlichkeitsentwicklung und für eine eigenverantwortliche Lebensführung, wenn und solange die Hilfe aufgrund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist. Die Hilfe kann in der Regel bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt werden.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Junge Menschen im Übergang zum Erwachsenenalter brauchen nicht weniger, sondern mehr, vor allem zielgerichtete Unterstützung, um eigenverantwortlich handeln und später ein selbstständiges Leben führen zu können. Hier zu sparen, wird unterm Strich nicht teurer, sondern verbaut auch die Zukunft vieler junger Menschen. Tausende unbegleitete ausländische Minderjährige haben bereits den Weg in ein selbstständiges Leben und eine Ausbildung geschafft. Sie waren dabei aber nicht allein, sondern sind zusammen mit einem starken Jugendamt, mit starker Jugendhilfe und vielen, vielen ehrenamtlichen Helfern diesen Schritt gegangen. Dafür war und ist professionelle pädagogische und mitunter psychosoziale Unterstützung nötig.

Ich möchte Ihnen noch einmal vor Augen führen, viele der allein eingereisten jungen Menschen haben in ihren Heimatländern und auf der Flucht Erfahrungen von Gewalt, Entbehrung und Tod gehabt, die ihre psychische und soziale Entwicklung heute maßgeblich beeinflussen. Diese jungen Menschen in ihrer individuellen psychischen Not zu unterstützen, ihnen Hilfe anzubieten und ihre Potenziale zu fördern, ist eine grundlegende Aufgabe unserer demokratischen Gesellschaft und aus unserer Sicht die einzige Chance, langfristig ein friedliches Miteinander zu gewähren. Wenn wir uns damit von der AfD unterscheiden, dann ist das so.

Ich möchte hinzufügen, dass alle Kinder besondere Rechte haben. Diese sind festgeschrieben in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Dazu gehört auch das Recht auf ein Zuhause, auf Bildung, auf Ge-

sundheit und auf eine gewaltfreie Erziehung. Deshalb sage ich ausdrücklich, die Feststellung, die der Landtag mit dem vorliegenden Antrag treffen soll, wird nicht geteilt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Im Gegenteil: Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Betreuungssituation der unbegleiteten minderjährigen Ausländer Gefahren sozialer Spannungen in sich birgt. Die Grundlage für die Unterbringung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen ist und bleibt das SGB VIII. Eine Kindeswohlorientierte Unterbringung gehört ausdrücklich zu den Standards, die im SGB VIII vorgesehen sind. Aus den benannten Gründen empfehlen wir dem Parlament, den Antrag abzulehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer wieder erstaunt, wie Sie die Tatsachen verdrehen. Kriminalität unter Jugendlichen – ja, sie ist vergleichsweise hoch, aber Jugendkriminalität ist auch eine andere Jugendkriminalität. Waren Sie eigentlich mal in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe, wo ausschließlich deutsche Kinder waren? Da finden Sie genauso viel Jugendkriminalität. Es ist unglaublich, dass Sie das hier nutzen, um wieder zu hetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Nadine Julitz, SPD)

Ich bin froh, dass nicht Sie entscheiden, was mit Straftätern passiert.

Jetzt kommen wir auch mal zu Ihrem Mut zur Wahrheit. Die soziale Spannung in der Gesellschaft erzeugen nämlich Ihre völlig an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen. Wer die letzte Bundestagssitzung in der vergangenen Woche verfolgt hat, dem mussten sich alle Haare sträuben. Roman Reusch stempelte minderjährige Geflüchtete prinzipiell als Betrüger ab, die sich eine sichere Luxusunterbringung erschleichen, Martinichert denunzierte Flüchtlingsheime als Hotspot der Kriminalität, Sie schwafeln von Erziehungspresse, von Meinungskartell, gar vom Raub der Grundrechte, und Gottfried Curio nimmt den Mord von Kandel – das haben Sie eben auch getan – zum Anlass, Ihren antimuslimischen Rassismus als Ausdruck des Schutzes der Rechte von Frauen und Mädchen darzustellen. Schämen Sie sich für diese verlogene Wahrheit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Intransparenz ins Feld zu werfen, macht Sie auch noch geradezu lächerlich.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Auf Drucksache 7/1110, die auch der Innenminister ansprach – das ist die Anfrage von Herrn Kramer und Herrn Professor Weber –, erklärt Ihnen die Landesregierung, dass die Betreuung und Finanzierung über die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach dem SGB VIII weisungsfrei als Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung erfüllt wird. Alles, was Sie wissen wollen und wissen müssen, sollten Sie in den Landkreisen erfragen, und alles, was Sie ändern wollen in der Jugendhilfe, das müssen Sie auch bei den Landkreisen beantragen. Die einzige Wahrheit ist, dass Sie nicht ausreichend Kreistagsmitglieder in den Landkreisen haben, um genau dies zu tun. Die Wahrheit ist auch, dass Sie, ...

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Nein, ich beantworte keine Frage.

... dass Sie nicht ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete, trotzdem müssen Sie warten, bis ich zumindest danach gefragt habe, ob Sie das tun wollen.

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

Aber Sie hat schon gesagt, nein. Dann setzen Sie sich wieder hin, Herr Kramer!

Karen Larisch, DIE LINKE: Die Wahrheit ist auch, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihre wenigen Kommunalvertreter dahin gehend auszubilden, dass diese in den notwendigen Ausschüssen die Anfragen stellen und dann auch die Antworten erhalten. Mut zur Wahrheit wäre, dies endlich zuzugeben.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Warten wir 2019 ab!)

Sie suggerieren mit Ihrem Antrag den Menschen, dass Mecklenburg-Vorpommern die Identität und Herkunft der umA nicht kennt. Genauso verdrehen Sie Ihre Wahrheit.

Ihren Antrag, den haben Sie veröffentlicht, die Antwort der Landesregierung auf Ihre Kleine Anfrage, Punkt 3 nämlich, haben Sie nicht veröffentlicht. Punkt 3 enthält eine Tabelle mit allen Herkunftsländern und der Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. In Punkt 7 antwortet Ihnen die Landesregierung tabellarisch sogar, in welchen Landkreisen, wie viele, aus welchen Herkunftsländern unbetreute, minderjährige Geflüchtete leben. Auch diese Wahrheit haben Sie nicht veröffentlicht.

Die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage Ihres ehemaligen Abgeordneten Herrn Komning auf Drucksache 7/882 hat gar 31 Seiten. Auf 31 Seiten hat die Landesregierung Ihnen jeden einzelnen Menschen mit Fluchthintergrund in diesem Land aufgezählt. Sind Sie nicht in der Lage, 31 Seiten zu lesen? Das ist ja mal eine Wahrheit!

(Peter Ritter, DIE LINKE: 31 Seiten
abschreiben, das können sie, aber lesen!)

Sie unterstellen eine Rundumversorgung in einem Sprachduktus,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Das war ja nur ein Mitarbeiter.)

dass mir wahrheitsgemäß wahrhaftig schlecht wird. Die Landesregierung hat Ihnen wiederum in der Anfrage 7/1110 erklärt, was mit Vollendung des 18. Lebensjahres aufenthaltsrechtlich passiert. Den Mut, diese Wahrheit öffentlich anzusprechen, den haben Sie auch nicht.

Da also Ihr Mut zur Wahrheit da endet, wo die Tatsachen und Infos Ihnen nicht passen, schenke ich Ihnen mal ein wenig von unserer Courage: Die Wahrheit ist, Kinder und Jugendliche unterliegen dem besonderen Schutz des Staates und der Gesellschaft. Die Wahrheit ist, mit einem Klick auf die Internetseiten der Landkreise können Sie die Kosten der Betreuung exakt ansehen. Die Wahrheit ist, Sie sind nicht mutig. Mutig ist, wer sich der Diskussion mit den Menschen auf der Straße stellt, ohne zu hetzen. Mutig ist, wer sich um traumatisierte Kinder und Jugendliche kümmert. Mutig ist, wer der Hetze gegen geflüchtete Kinder und Jugendliche täglich widerspricht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Und mutig ist, wer jugendlichen Straftätern würdevoll und rechtsstaatlich begegnet.

Feige hingegen ist, wer Kindern und Jugendlichen Hände abhacken, sie aufhängen, vergasen, Buchenwald, Auschwitz, verbrennen wünscht.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Was ist denn das?)

Feige ist, wer diese Kommentare auf Facebook-Profilen, auf Presseseiten und auf Fraktionsseiten stehen lässt, ihnen nicht widerspricht und sie nicht anzeigt. Feige ist, wer Menschen auffordert, die Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Ausländer und Ausländerinnen zu übernehmen, um deren Abschiebung in die Herkunftsländer zu erwirken. Dies tun Abgeordnete Ihrer Fraktion gemeinsam mit der Identitären Bewegung.

Sie, werte Herren der AfD-Fraktion, sind erwachsene Männer, alles erwachsene Männer, und der Mut zur Wahrheit ist, Ihnen zu sagen, dass Sie erbärmlich und feige auf Schwächere verbal einhämmern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Nadine Julitz, SPD)

Mut zur Wahrheit ist, Ihnen zu sagen, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen uneingeschränkt und ohne Wertung für alle gilt,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und zwar in dem Land, in dem sich Kinder und Jugendliche aufhalten. Alle Kinder und Jugendlichen dieser Welt verdienen das. Und die Wahrheit ist, dass wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der chilenische Neurobiologe und Soziologe Humberto Maturana hat Anfang der 1980er-Jahre erkenntnistheoretisch weitreichende Überlegungen zur Beschaffenheit sozialer Systeme entwickelt. Kurz gesagt kam er als Konstruktivist in der Weiterentwicklung der allgemeinen Systemtheorie zu dem Schluss, dass unsere Wahrnehmung die systeminterne Konstruktion einer systemexternen Welt darstellt. Die persönliche Wahrnehmung kann somit nicht das Abbild einer Realität produzieren, welche unabhängig vom Individuum besteht, sondern ist immer die Realität des Einzelnen auf Basis seiner eigenen Sinnesreize und seiner Gedächtnisleistungen.

Wenn Sie in Ihrem Antrag also vom Mut zur Wahrheit sprechen, dann meinen Sie damit Ihre ganz eigene konstruierte AfD-Wahrheit, in deren geistigen Umgebung Sie leben. Auf gar keinen Fall ist diese Wahrheit, zu der Sie den Landtag zur Beschlussfassung auffordern, eine generalisierungsfähige, an die wir uns als CDU-Fraktion anschließen werden. Ihr Antrag fußt größtenteils auf Stammtischunterstellungen und Annahmen, die nicht haltbar sind und für die Sie keinerlei Rechenschaft ablegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nicht den Eindruck, dass die Betreuung – ich wiederhole: die Betreuung – unbegleiteter und jugendlicher Ausländer soziale Spannungen in Mecklenburg-Vorpommern hervorruft.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wie bitte?)

Im Gegenteil: Bei der Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer wendet das Land konsequent die Regelungen des VIII. Sozialgesetzbuches an. Die gewährten Leistungen sind gesetzlich geregelte Leistungen der Jugendhilfe. Der Gesetzgeber verpflichtet die Länder und die Kommunen förmlich dazu, die am Kindeswohl ausgerichtete und an den üblichen Standards der Jugendhilfe orientierte Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer zu gewährleisten. Diese Unterbringung ist bedarfsgerecht. Von einer womöglich übertriebenen Rundumversorgung, wie Sie es in Ihrem Antrag suggerieren, kann nicht die Rede sein.

Zu den landesinternen Regelungen hat der Innenminister bereits ausgeführt. Ebenso wird Ihnen hoffentlich nicht entgangen sein, dass unbegleitete Minderjährige besonders schutzbedürftig sind, weil sie oftmals noch Kinder sind. Für sie gelten bei der Asylantragstellung sowie bei der Bearbeitung besondere Regeln. In der sozialstaatlich konstituierten Bundesrepublik ist das eine Frage des Schutzes Minderjähriger sowie der Achtung menschenwürdiger Asylverfahren.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

In Ziffer I Ihres Antrages unterstellen Sie dem deutschen Asylverfahren des Weiteren, dass die Identität und das Alter nur oberflächlich festgestellt werden. Ich glaube eher, Sie sehen in jedem Flüchtling einen potenziellen Straftäter. Dem ist gewiss nicht so. Außerdem warne ich eindringlich davor, mit diesem Thema bestimmte gesellschaftliche Gruppen zu stigmatisieren. Die öffentliche Debatte, die Sie in Ihrer Antragsbegründung initiieren möchten, führt ins Leere, da sich Mecklenburg-Vorpommern in einem zu einhundert Prozent rechtlich gesi-

cherten und präzisen Asylverfahren für Minderjährige bewegt. Vielleicht ist es Ihnen möglich, Ihr konstruiertes Wahrheitsempfinden dahin gehend zu erweitern?!

Unbegleitete Minderjährige, die nach dem 1. November 2015 nach Deutschland eingereist sind, werden zunächst durch das vor Ort zuständige Jugendamt in Obhut genommen. Dazu gibt es eine gesetzlich geregelte Verpflichtung. Mir als integrationspolitische Sprecherin ist es wichtig, dass wir diesem Auftrag nachkommen und auf die Wirksamkeit des Prüfverfahrens effektiv achten. Gerade in besonderen Einzelfällen, wenn es um Straffälligkeit von umA geht, müssen wir dieses Verfahren gegebenenfalls besonders vertiefen, etwa, um das Alter zu bestimmen.

Im Bereich unbegleiteter minderjähriger Ausländer ließen sich in der Tat Defizite bei der korrekten Altersangabe erkennen. Das haben wir längst erkannt, und von daher kann man die Altersfeststellung, insbesondere bei Straftätern oder Intensivstraftätern, für ein wichtiges Instrument halten, wie beispielsweise BKA-Chef Holger Münch. Wir benötigen in diesem Zusammenhang einheitliche bundesweite medizinische Standards zur Altersfeststellung. Von der neuen Bundesregierung erwarte ich diesbezüglich neue Impulse.

Im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme werden minderjährige und unbegleitete Ausländer bei einer geeigneten Person, in einer Pflegefamilie oder in einer geeigneten Einrichtung untergebracht. Im Zuge dieses Verfahrens findet ebenfalls das sogenannte Erstscreening statt, selbstverständlich auch in Mecklenburg-Vorpommern. Es stellt neben der allgemeinen Prüfung des Gesundheitszustandes auch das Alter der Minderjährigen fest, und dies gewiss nicht oberflächlich.

Die dafür verwendeten Methoden reichen von einer Altersschätzung über körperliche Untersuchungen bis hin zu radiologischen Untersuchungen der Handwurzel, des Gebisses und des Schlüsselbeins. Ein Team von Fachkräften entscheidet im Einzelfall, welche Maßnahmen und Leistungen der Jugendhilfe für das jeweilige Kind oder den Jugendlichen sozialpädagogisch notwendig sind. Im Übrigen spielt es keine Rolle, ob es sich um ein Kind oder einen Jugendlichen mit oder ohne Migrationshintergrund handelt. Ihrem Antrag werden wir somit nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Nadine Julitz, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir werden im Ergebnis den Antrag ablehnen, wollen aber das Thema auf jeden Fall weiter behandeln, denn es gibt im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer eine Menge Klärungsbedarf. Deshalb sind wir der Meinung, dass diese Themen angesprochen werden müssen, aber zuvor in den Ausschüssen.

Anders als Sie, Frau Larisch, es gesagt haben, ist es tatsächlich ein Problem – jetzt ist sie nicht mehr da, vielleicht hört sie ja zu –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Macht sie!)

dass die Identitäten grundsätzlich bei der illegalen Einreise naturgemäß nicht hinreichend geklärt werden. Ich hatte schon mal in einer Rede erwähnt, dass ich selbst persönliche Erfahrungen als Familienrichter damit hatte, weil ich derjenige war, der die Vormunde für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer bestellt hat. Es war tatsächlich so, dass ich am Anfang noch den Elan hatte und versucht habe herauszufinden, wie denn nun der Betroffene tatsächlich heißt. Das habe ich dann irgendwann aufgegeben. Ich habe immer wieder nachgefragt bei den Ausländerbehörden. Am Ende haben wir uns so geeinigt, dass wir einfach den Namen verwenden, den er selber irgendwann bei der Erstaufnahme angegeben hat, oft auch noch ohne Dolmetscher, um wenigstens erst mal eine Identität für Mecklenburg-Vorpommern zu haben. Das ist tatsächlich ein großes Problem. Ich habe in der Anhörung oft festgestellt, dass der Betroffene gesagt hat, nein, ich heiße eigentlich ganz anders, als es im Antrag steht, und dann hat man lange gefeilscht, wie er denn nun eigentlich heißt.

Ich möchte vor allem das Thema der Altersfeststellung ansprechen. Das hat ja auch medial eine sehr große Aufmerksamkeit errungen. Wir haben deshalb als BMV-Fraktion bereits einen Antrag im Innen- und Sozialausschuss gestellt. Wir möchten dafür eine Sachverständigenanhörung durchführen. Ich halte es für wichtig, bevor wir Forderungen zur Altersfeststellung aufstellen, dass die erst mal informieren, was überhaupt geht, weil das nämlich nicht so einfach ist. Ich habe mich ein bisschen erkundigt. Es gibt auch innerhalb der Mediziner unterschiedliche Auffassungen, welche Methoden man anwenden sollte oder auch nicht. Es gibt unterschiedliche Methoden. Fakt ist jedenfalls, Sie werden nie einen genauen Geburtstag bekommen, Sie werden immer nur einen gewissen Spielraum bekommen, plus/minus. Es wird eine spannende Frage sein, wie groß dieser Spielraum ist, um in den Grenzfällen dann wirklich eine Volljährigkeit feststellen zu können oder auch nicht.

So weit es mir mein Innenausschussvorsitzender in einer der letzten Sitzungen angekündigt hat, wird der Sozialausschuss für den Antrag federführend sein. Dort ist wohl signalisiert worden, dass dem Antrag auch zugestimmt werden soll. Dann wird es ja auch möglich sein, vielleicht noch weitere Sachverständige, zum Beispiel aus den Jugendämtern, dazuzunehmen, um sich über dieses Thema zu informieren, weil es eben nicht nur ein medizinisches Thema ist, sondern auch ein finanzielles und sehr aufwendiges Thema.

Keinesfalls, das kann ich jetzt schon sagen, werde ich jedenfalls fordern, dass man bei allen unbegleiteten minderjährigen Ausländern das Alter medizinisch feststellt. Das ist einfach Unsinn. Wenn ein Kleinkind ankommt – das habe ich selber erlebt –, offensichtlich ein Vier-, Fünf- oder Sechsjähriger, muss ich den nicht medizinisch behandeln lassen, um sein Alter festzustellen. Es geht nur um die Zweifelsfälle, und da müssen wir mal sehen, was überhaupt medizinisch möglich ist. So möchten wir, dass dieses Thema in den Ausschüssen weiter behandelt wird, um eventuelle Forderungen für Altersfeststellungen in dem Bereich ableiten zu können.

Im Übrigen werden einige Punkte in dem Antrag angesprochen, die mittels Kleiner Anfragen festgestellt werden können, zum Beispiel die Übersicht über die Altersfeststellung. Das kann man auch so. Ich glaube, Herr Innenminister hat in seiner Rede schon erwähnt, dass es

da einige Fälle gab. Ich selber habe auch noch mal angefragt, und wir als BMV-Fraktion haben eine Kleine Anfrage zum Thema „Datenlage bei medizinischen Altersfeststellungen“ laufen. Ich denke, die Antwort müsste in der nächsten Zeit eingehen, sodass wir wissen, wie überhaupt die Situation ist. Ich glaube, der Innenminister hat gerade keine konkrete Zahl genannt. Sie sagten, es gab einige Feststellungen. Es wäre mal spannend zu wissen, wie viele medizinische Feststellungen es tatsächlich gab und welche Verfahren angewandt wurden.

(Minister Lorenz Caffier: Sozialministerium.)

Ja, Sozialministerium, richtig. Das Sozialministerium ist ja heute nicht mehr da.

Jedenfalls würde mich auch interessieren, welche Institute diese Altersfeststellung durchgeführt haben.

Darüber hinaus haben wir als BMV-Fraktion noch eine Kleine Anfrage speziell zu den radiologischen Untersuchungen zur Altersfeststellung gestellt. Gerade die radiologischen Untersuchungen sind auch Thema in den öffentlichen Diskussionen gewesen, ob man insbesondere diese Art der medizinischen Untersuchung durchführen sollte. Zu den Finanzmitteln verweise ich auf eine Kleine Anfrage unserer Abgeordneten Christel Weißig, die bereits zu den aufgewendeten Finanzmitteln für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer gefragt hatte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unterstellungen, Mutmaßungen, Verallgemeinerungen – ob das jetzt besonders mutig ist, na, ich weiß nicht. Ich sage, nein, es ist nicht mutig, vor allem macht es die Aussagen deswegen nicht wahrer. Der Minister hat über die gesetzlichen Grundlagen, nach denen unbegleitete minderjährige Ausländer betreut werden, ausführlich berichtet. Das ist die Wahrheit und nicht Ihre Behauptung, denn als Leistungen der Jugendhilfe sind die Versorgung, Unterbringung und Betreuung klar geregelt.

Woher die soziale Spannung rührt, geht aus dem Antrag nicht hervor. Ich konnte es auch aus dem Redebeitrag immer noch nicht ganz raus hören. Es wird weiter mit Behauptungen gearbeitet. Identitäten, Alter, Herkunft – Sie hauen alles durcheinander. Am Ende haben wir klar rausgehört, es geht um die Altersfeststellung, die jetzt schon möglich ist. Das haben wir auch vom Minister gehört. Wenn es Zweifel gibt, ist es möglich. Kinder und Jugendliche werden genauso wie Erwachsene erwerbsdienstlich gleichbehandelt.

Der Antrag schreibt im Satz 2: „Die intransparenten Kosten für die Betreuung von Personen“ und so weiter. Meine Damen und Herren, wir reden hier über Kinder und Jugendliche, die zum Teil – der Minister hat es gesagt – Grausames erlebt und gesehen haben. In Deutschland kaufen Eltern ihren Kindern durchaus einen neuen Wellensittich, damit die Kinder nicht mit dem Tod in Berührung kommen. Und in Ihrem Antrag schreiben Sie von „personenintransparenten Kosten“. Sie widersprechen sich, wenn Sie von den intransparenten Kosten für die

Betreuung sprechen, aber gleichzeitig sagen, dass die Kinder und Jugendlichen auf der Straße Straftaten begehen. Das passt doch nicht zusammen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Hä?)

Der Minister hat es gesagt: Alle Kinder haben besondere Rechte. Die Neiddebatten auf Kosten von Kindern und Jugendlichen teilen wir auf keinen Fall und lehnen Ihren Antrag ab.

Sie haben von Anfragen in den Ämtern gesprochen. Ich habe selbst in der Ausländerbehörde gearbeitet. Wenn Sie die Behörden vernünftig arbeiten lassen würden und nicht ständig seitenweise Fragen stellen würden, dann würden wir in den Ämtern auch vernünftig ...

(Jens-Holger Schneider, AfD: Das ist unser demokratisches Recht als Opposition.)

Nein, Sie haben das Recht, Anfragen zu stellen, das ist wohl richtig, das ist wahr.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein, wir haben das Recht. Natürlich haben wir das Recht.)

Natürlich haben Sie das Recht, das habe ich doch gesagt.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Also!)

Sie haben das Recht, dass Sie Anfragen stellen können.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Selbstverständlich! –

Tilo Gundlack, SPD: Zuhören bildet auch, Herr Schneider! Sie müssen zuhören!)

Ich kann Ihnen sagen, dass Mitarbeiter in den Behörden sitzen – wenn Sie mir zuhören wollen –, die ihrer Arbeit nachgehen wollen, aber seitenweise Anfragen bekommen, die doppelt gestellt werden, wo am Ende nichts dabei rauskommt. Das sind Sachen, die Sie alle – das hat Frau Larisch gesagt – online lesen können, und sie werden immer wieder gestellt und gefragt. Gleichzeitig stellen Sie Behauptungen auf,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Beispiel!)

dass in den Ämtern nicht vernünftig gearbeitet wird.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Beispiele!)

Das weise ich zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Jeannine Rösler, DIE LINKE – Jens-Holger Schneider, AfD: Beispiele!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zunächst zu Herrn Innenminister: Es geht ja nicht darum, hier in einen Wettbewerb einzusteigen, welche Anfragen man noch stellen könnte, welche gestellt worden sind

und inwieweit etwas beantwortet ist, uns geht es darum, in diesem Bereich einen umfassenden Überblick zu erlangen, was hier wirklich konkret ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Bereich der Altersfeststellungen ist einiges offen und es kann sinnvoll sein, auch aufgrund der Ereignisse, die sich zugetragen haben, die man nicht leugnen kann, zu fragen, wo wirklich konkrete Altersfeststellungen getroffen worden sind und wo man sich begnügt hat. Sie sagen selbst, eine ernsthafte Altersfeststellung sei nur in Einzelfällen geschehen.

(Thomas Krüger, SPD: Da, wo Zweifel sind.)

Eine Statistik würde sicherlich Anlass geben, hier näher zu prüfen und diese Altersfeststellung vielleicht noch mal im Einzelfall zu machen, natürlich nur dann, wenn dazu Anlass besteht.

(Thomas Krüger, SPD: Na, das brauchen Sie mit einem Zehnjährigen doch nicht zu tun. Das ist doch offenkundig.)

Der Kollege Manthei hat ja ein Beispiel genannt, worüber natürlich keiner sprechen muss, wenn da ein Kleinkind kommt, das ist völlig klar. Ebenfalls die Situation der Betreuer ist, denke ich, aufklärungsbedürftig, wie viel Betreuer wirklich beschäftigt sind und wie der Schlüssel ist, wie viele unbegleitete Jugendliche sie betreuen. All das wollten wir gerne wissen.

Aber es ist vielleicht vom Grundsätzlichen her viel wichtiger, wie darauf reagiert wird. Man kann uns und auch mir doch nicht unterstellen, dass wir uns den unbegleiteten kriminellen Jugendlichen, den auffälligen Jugendlichen nur ausdenken. Ich habe ausdrücklich gesagt, ich habe mich auf Auskünfte von Behörden und Stellungnahmen von Leuten bezogen, die für Sie ja auch alles Rassisten sein müssten, die ganz eindeutig belegen, dass es in diesem Bereich eine große Auffälligkeit gibt. Und dass es – ich glaube, es war Hamburg – eben Einzelfälle sind, auch das habe ich klargestellt, das ist auch für jeden, der mitdenken kann, klar, aber dass sich diese Einzelfälle dermaßen gehäuft haben und dass sie eine verheerende Wirkung haben und vor allem eine verheerende Wirkung auch bei denen, die Anhänger Ihrer sogenannten Willkommenskultur sind.

Es ist doch in hohem Maße bedenklich – ich will nicht in dieselbe Wortwahl verfallen und wie die Kollegin Larisch meint, über uns oder über mich hier herfallen zu müssen und von einem antiislamischen Rassismus spricht – und es ist genau das Problem: Wenn man ein bestimmtes Weltbild hat und einfach nicht zur Kenntnis nimmt, was von Behörden, insbesondere der Bundespolizei oder denen, die damit befasst sind, nachweislich vorgetragen wird, dass es in vielen Fällen eben nicht der arme schutzlose Jugendliche ist, sondern der Jugendliche, der natürlich aus der Sicht dieser Leute aus vernünftigen Gründen vorgeschickt wird – denn wie kommt der sonst aus dem arabischen Raum überhaupt hierher, da wird der Schlepper bezahlt und der wird vorgeschickt, damit die Familie nachkommen kann, das ist für mich völlig verständlich, wenn ich in dieser Situation wäre –, dann ist es doch legitim zu fragen, ob wir jetzt dafür wirklich die Hände ausstrecken müssen und dieses Modell unterstützen müssen.

Es ist doch ein Witz, dass im Grunde 2015 etwas geschah, was wir „die völlig unregulierte illegale Migration“ nennen. Die war zunächst hervorragend, eine Obergrenze gab es nicht. Jetzt sagen dieselben Leute, die das ursprünglich bejaht haben, das dürfe sich nie wiederholen. Das ist in sich dermaßen widersprüchlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Jedenfalls allein vom Gesichtspunkt der Aufnahmefähigkeit und unserer Fähigkeiten – auch bei denen, die es wollen, sich zu integrieren – sind irgendwo Grenzen gesetzt. Dass das natürlich sofort abgetan wird als Hetze, finde ich im Grunde ungeheuerlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dann müssen diejenigen in den Behörden, insbesondere der Vertreter des Städte- und Gemeindetages, in Ihren Augen ja ein antiislamischer Rassist sein.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Ich habe nie mit den Worten, die Sie nutzen, geredet.)

Und wer meines Erachtens völlig zu Recht die Forderung stellt, zu überprüfen und sich in den Fällen, wo die Jugendlichen nachweislich vorgeschickt worden sind, Gedanken zu machen, ob diese Kinder und Jugendlichen nicht besser aufgehoben sind in ihrem Heimatland, jedenfalls, wenn es ein sicherer Drittstaat ist, auch vom Gesichtspunkt des Wohles des Kindes her – wer von uns würde sein Kind irgendwohin vorschicken, um hinterher nachzurücken?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ja auch nicht in so einer Situation, dass Sie Ihre Kinder losschicken müssen!)

Und wissen Sie, das Verwerfliche ist, es geht ja auch schon mit der Fremdenfeindlichkeit

Das sind doch nicht solche Kinder wie die Wolfskinder in Ostpreußen damals.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was sind denn die syrischen Kinder?)

Das ist doch ein Witz, wenn Sie das alles vergleichen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Was sind denn die syrischen Kinder?)

Nein, das Problem ist doch, das, was in Ihr Weltbild nicht passt

(Karen Larisch, DIE LINKE: Stellen Sie jetzt gerade deutsche Flüchtlingskinder über andere Flüchtlingskinder?)

und was dann geschieht, das nehmen Sie einfach nicht wahr.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Das tun Sie gerade. Haben Sie Herrn Ventzki gestern zugehört?)

Wer die Dinge beim Namen nennt, ist fremdenfeindlich. Da fängt es ja auch schon mit der Begrifflichkeit an:

„Fremdenfeindlich“ würde bedeuten, dass ich den Pizzabäcker um die Ecke nicht in meinem Land haben will. Das ist natürlich ein Witz. Niemand – jedenfalls keiner mit Vernunft – hat was gegen den Pizzabäcker um die Ecke,

(Thomas Krüger, SPD: Na, na?!)

nichts gegen den türkischen Frisör um die Ecke, der sich hier seit Jahren eingelebt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Auch vor den würde ich mich schützend stellen.

(Thomas Krüger, SPD:
Ihr Professor wollte die
Kinder von jeder Förderung
ausschließen, auch vom Pizzabäcker. –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Aber ich bekenne hier, dass ich natürlich schon Vorbehalte gegen eine massenhafte Migration für Menschen aus fremden Kulturen habe, weil ich genug gesunden Menschenverstand habe zu erkennen, dass deren Integration erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ich kenne im erzkatholischen Polen keinen Vater, der einen Ehrenmord an seiner Tochter begeht oder hat begehen lassen. Das kommt nur in bestimmten Bereichen vor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich sage Ihnen, in meinem Bekanntenkreis habe ich einen Syrer, der mit einer Deutschen verheiratet ist, ein Kind hat und hier lebt. Gegen den habe ich gar nichts.

(Sebastian Ehlers, CDU:
Ach so?! Das ist ja nett.)

Aber wenn man die Dinge beim Namen nennt – noch mal –, dann ist man erstens fremdenfeindlich, dann ist man Rassist und dann kommen solche in sich völlig widersinnigen Begriffe wie „antiislamischer Rassismus“. Das muss mir Frau Larisch erst mal erklären, was das heißt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dann wird man auch ganz nah, das habe ich gestern gespürt, wenn man in dem Bereich eine etwas andere Meinung hat, dann wird man ganz nah – Zwischenrufe „braun“ und Ähnliches –, ganz nah wird man als Neonazist in diese Ecke gestellt. Haben Sie eigentlich eine Vorstellung, was das für ein mörderisches System war?

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Ja, das habe ich.)

Wagen Sie es, mich in diese Ecke zu stellen?!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Es ist peinlich und unverschämt, diese Wortwahl hier.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sagen Sie
das mal dem Kollegen Schneider,
der mit denen demonstriert!)

Ich würde nie auf die Idee kommen, Herr Ritter, Ihnen eine stalinistische Gesinnung zu unterstellen – niemals!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fragen
Sie mal! Der war auf der Straße. –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich würde Ihnen auch nicht vorwerfen, dass Sie Politoffizier waren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fragen Sie ihn!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Förster!

Horst Förster, AfD: Aber ich wehre mich ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Förster, bitte!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der, mit den Nazis demonstriert.)

Und Herr Ritter erst recht.

Also ich weiß ja nicht, ich habe schon das Mikro und trotzdem kann ich mich hier nicht durchsetzen. Ich bitte doch wirklich, die Zwischenrufe so zu beschränken, dass der Redner seine Rede einigermaßen ungestört halten kann.

Horst Förster, AfD: Ich bitte um Entschuldigung, vielleicht für meine Empörung, die ist nicht gesp...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, ja, Herr Förster?!

Jetzt muss ich bald meine Empörung artikulieren, denn, wenn ich hier das Wort ergreife, dann gebe ich zu Protokoll, was zu sagen ist. Wenn ich Ihnen dann wieder das Wort gebe, haben Sie so das Signal, dass ich am Ende dessen bin, was ich hier zu sagen beabsichtige. Dieses Ende habe ich jetzt erreicht und von daher können Sie jetzt bitte mit Ihrer Rede fortfahren.

Horst Förster, AfD: Ich bin neu hier und bin lernfähig. Ja, das nehme ich zur Kenntnis.

Also nehmen Sie es mir bitte ab, das ist keine gespielte Empörung. Ich bin über solche Einwürfe wirklich empört. Das muss ich mir nicht bieten lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Nikolaus Kramer, AfD: Bravo! –
Tilo Gundlack, SPD: Aber Ihre Kollegen.)

Da lasse ich mich auch nicht auseinanderdividieren.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Thomas Krüger, SPD)

Es gibt hier natürlich auch Kollegen und Kolleginnen, für die ist es schon so, wenn sie nur den Begriff des „deutschen Volkes“ oder „deutsch“ hören, als wenn sie von der Nessel gestochen werden.

(Thomas Krüger, SPD:
Haben wir immer gefordert.)

Das ist doch alles absurd.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist
absurd, das finde ich auch.)

Lassen Sie uns doch mal wieder auf eine Normalität
einschwenken, die da ist:

(Zurufe von Nadine Julitz, SPD,
und Martina Tegtmeyer, SPD)

Als Land in der Mitte Europas hatten wir immer Zuwan-
derung. Wir haben viele Fremde, die sich integriert ha-
ben. Das ist im Zweifel auch der Herr Caffier mit seinen
hugenottischen Vorfahren,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

das ist Herr de Maizière, das sind die Polen im Ruhrge-
biet. Gegen die hat doch kein Mensch was, jedenfalls
keiner, der ein bisschen Verstand im Kopf hat. Darum
geht es doch gar nicht.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Worum es geht, ist dies, und da wird der Wähler Ihnen
letztlich die Quittung überreichen, wenn Sie das nicht
begreifen wollen: ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also es sieht so aus,
als ob Herr Förster bereit ist, ...

Horst Förster, AfD: Aber natürlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... eine Anfrage des
Abgeordneten Ritter zuzulassen. Bitte schön, Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Schönen Dank, Herr Kollege
Förster, dass Sie das noch zulassen, weil unser Disput
zwar laut, aber nicht für alle verständlich war. Ich will Sie
daher fragen: Was halten Sie von der Tatsache, dass Ihr
Kollege Schneider – mit Ihnen zusammen nachgerückt –
gemeinsam mit Neonazis durch die Straßen dieses Lan-
des marschiert? Was halten Sie davon?

(Jens-Holger Schneider, AfD: Was?!)

Horst Förster, AfD: Dazu kann ich nichts sagen, weil mir
ein solcher Sachverhalt nicht bekannt ist.

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD –
Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD,
Tilo Gundlack, SPD, und Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat
noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete
Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsi-
dentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte auch
eine persönliche Erklärung abgeben können, aber ich
werde Ihnen jetzt sagen, warum ich das Recht habe,
mich zu empören. Ich habe das Erbe einer Holocaust-

Überlebenden angetreten und ich habe jedes Recht
dieser Welt, mich zu empören, wenn Sie rassistische
Äußerungen sagen.

Sie sprechen hier von Sprache. Haben Sie Herrn Ventzki
gestern zugehört? Ich werde Ihnen sagen, was er aus-
drücken wollte, Zitat: „Es fing nicht mit Gaskammern an.
Es fing an mit einer Politik, die von WIR gegen DIE
sprach. ... Es fing an mit der Aberkennung von Grund-
rechten. Es fing an mit brennenden Häusern. Es fing an
mit Menschen, die einfach wegschauten.“ Und es fing an
mit hasserfüllter Sprache. Zitatende. Und darum: „Mir
lebn ejbig, mir sajnen do!“. Das ist ein jiddisches Lied,
das 1943 im Ghetto Lods entstanden ist. – Vielen
Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Wissen Sie,
wie gefährlich und schäbig es ist, indem Sie
das alles relativieren, indem Sie ganz
schräge Vergleiche hier auf tun?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldun-
gen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Frak-
tion der AfD auf Drucksache 7/1576. Wer dem zuzustim-
men wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die
Gegenprobe. Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der
Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1576 bei
Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Ablehnung
aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Gemäß Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung – Per-
sönliche Bemerkungen – hat Herr Schneider, Fraktion
der AfD, den Wunsch geäußert, eine solche Erklärung
abzugeben.

Jens-Holger Schneider, AfD: Vielen Dank, Frau Präsi-
dentin! Die von Herrn Ritter aufgetane Behauptung, die
weise ich insofern zurück, als dass ich mein Engagement
bei der Mvgida in dem Moment eingestellt habe, als die
ganze Geschichte, so, wie Sie es beschrieben haben, in
eine völlig andere Richtung gegangen ist. Das bitte ich zu
berücksichtigen, okay?!

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vielen Dank.

(Tilo Gundlack, SPD:
Du bist bei der NPD mitgelaufen. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ich rede hier
von einer NPD-Demonstration.
Sollen wir mal die Bilder zeigen?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten
Damen und Herren, wenn es da noch Gesprächsbe-
darf gibt, bitte nicht hier im Plenum, sondern an an-
derer Stelle!

Und, Herr Schneider, ich habe jetzt Ihre Anmerkung als
Anrede gewertet, aber im Grunde genommen war sie es
nicht wirklich. Vielleicht beim nächsten Mal darauf ach-
ten.

(Andreas Butzki, SPD: Er ist ja neu. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Er weiß jetzt nicht, was Sie meinen.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Mitbestimmungsrechte achten – in Dialog über Beschäftigungsperspektiven für die Zusteller des Nordkuriers eintreten, Drucksache 7/1587.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Mitbestimmungsrechte achten – in
Dialog über Beschäftigungsperspektiven
für die Zusteller des Nordkuriers eintreten
– Drucksache 7/1587 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als mich kurz vor dem Jahreswechsel über meinen Kollegen Peter Ritter der Hilferuf der „Nordkurier“-Zustellerinnen und -Zusteller aus der Mecklenburgischen Schweiz erreichte, waren meine Fraktion und ich bereit, die Ärmel hochzukrempeln und den Beschäftigten im Rahmen unserer und meiner Möglichkeiten zu helfen. Ich habe also den Kontakt zur Geschäftsführung und zu den Kolleginnen und Kollegen gesucht und mich auch in der Öffentlichkeit klar positioniert. Das haben Kollegen aus SPD und CDU einschließlich des Wirtschaftsministers und vor allem auch zahlreiche Leserinnen und Leser des „Nordkuriers“ ebenso getan.

Deshalb will ich zu Beginn meiner Rede hier und heute – vielleicht etwas untypisch für einen parlamentarischen Diskurs – auch nicht darüber streiten, wer sich zuerst, am meisten oder am besten um das Thema gekümmert hat, sondern all diejenigen danken, die sich im Sinne der von Kündigung und Arbeitslosigkeit bedrohten Kolleginnen und Kollegen engagiert haben. Ich hoffe sehr, dass es uns gemeinsam gelungen ist, deutlich zu machen, dass Politiker verschiedenster Couleur in diesem Land aktuell und auch in Zukunft sehr genau hinschauen, wenn irgendwo der Eindruck entstehen sollte, dass Beschäftigte, die ihr in Paragraf 1 des Betriebsverfassungsgesetzes verbrieftes Recht auf die Wahl einer betrieblichen Interessenvertretung wahrnehmen wollen, dabei nicht nur behindert, sondern ganz real mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Neben dem konkreten Anliegen, einen Ausweg aus der verfahrenen Situation bei der Nordkurier Logistik Mecklenburgische Schweiz zu finden, war es das Ziel meiner Fraktion, mit dem Beschluss über diesen Antrag ein klares Bekenntnis des Landtags zum Paragrafen 1 des Betriebsverfassungsgesetzes und zum Recht auf Mitbestimmung herbeizuführen, und das nicht nur als Lippenbekenntnis. Meine Fraktion ist der Auffassung, dass die betriebliche Mitbestimmung tatsächlich ein hohes Gut ist und darüber hinaus auch ein wesentliches Merkmal für eine funktionierende Sozialpartnerschaft, denn der Dialog zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten dient dazu, Interessengegensätze einer gemeinschaftlichen Lösung zuzuführen. Dieser Dialog sorgt somit für einen Interessenausgleich, und zwar zum Wohle der Beschäftigten und der Unternehmen.

Wenn heutzutage in den Medien von Wahlen die Rede ist, dann werden die zwischen März und Mai 2018 bundesweit stattfindenden Betriebsratswahlen leider häufig vergessen,

und das, obwohl sich dort die gesamte Vielfalt der Unternehmen abbildet. Es gibt Ein-Mann- oder Ein-Frau-Betriebsräte in kleinen Unternehmen mit 5 bis 20 Beschäftigten und es gibt 35 Mitglieder starke Betriebsratsgremien in Großunternehmen mit 7.001 bis 9.000 Beschäftigten. Arbeitsschutz, Arbeitszeit, Sozialauswahl, Vereinbarkeit von Privat- und Erwerbsleben, betriebliche Gesundheitsförderung – die Themenpalette ist ebenfalls breit. Und oft fällt ein wichtiges Argument für die Existenz von Betriebsräten unter den Tisch. Empirische Studien belegen nämlich, dass dort, wo es Mitbestimmung durch diese Gremien gibt, die Produktivität je nach Branche und Betriebsgröße zwischen 9 und 30 Prozent steigt. Es lohnt sich also entgegen vieler Vorbehalte auch für die Arbeitgeber, betriebliche Herausforderungen im Dialog mit den Interessenvertretungen der Beschäftigten anzugehen.

Meine Damen und Herren, im konkreten Fall, auf den wir uns mit unserem Antrag beziehen, hat sich jetzt doch noch eine Perspektive für die von den Kündigungen betroffenen Kolleginnen und Kollegen ergeben. Es ist gut, dass die Geschäftsführung des „Nordkuriers“ hier eingelenkt hat. Zurückweisen möchte ich allerdings für mich persönlich – und ich denke, auch stellvertretend für die Kollegen Ritter, Reinhardt, Schulte und Krüger – den am Montag der Vorwoche im „Nordkurier“ zu lesenden Vorwurf, Politiker hätten bar jeder Sachkenntnis hier irgendetwas aufgebauscht, um sich persönlich zu profilieren, denn es waren die Zustellerinnen und Zusteller, die zu Weihnachten vor den Trümmern ihrer beruflichen Existenz standen

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

und uns, die Landespolitiker, ein Stück weit in die Pflicht genommen haben, Haltung zu zeigen und nicht immer nur abstrakt über gute Arbeit zu reden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Sie haben uns gebeten, uns auch um den konkreten Fall zu kümmern. Das haben wir getan, nicht mehr und nicht weniger.

Es mutet natürlich schon eigenartig an, wenn der „Nordkurier“ wenig später erklärt, er würde die Betriebsratsgründung unterstützen – was uneingeschränkt zu begrüßen ist –, und im gleichen Atemzug wird bekannt, dass er versucht hat, eine Kundgebung der Betroffenen gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di zu untersagen. Deshalb werden wir sehr genau hinschauen, was weiter dort passiert. Vielleicht nimmt die Geschäftsführung als erste vertrauensbildende Maßnahme mal das mehrfach geäußerte und immer wieder erneuerte Gesprächsangebot von ver.di an.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag hat nach augenblicklicher Einschätzung der Lage seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Deswegen wollte ich ihn ursprünglich an dieser Stelle zurückziehen. Da uns allerdings signalisiert worden ist, dass es auch aus anderen Fraktionen den Wunsch gibt, noch einmal etwas in der Sache zu sagen, warte ich natürlich der Fairness halber damit bis zum Ende der Debatte und bin gespannt auf die Redebeiträge der Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ums Wort hat gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Entwicklung bei der Nordkurier Logistik Mecklenburgische Schweiz GmbH hat zu etlichen Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt. Viele politische Äußerungen von Landespolitikern verschiedener Parteien haben dazu geführt, das am Ende die Geschäftsleitung deutlich festgestellt hat, dass die Kündigungen zurückgenommen werden, dass 60 Zustellerinnen und Zusteller ihre Arbeit behalten und dass man zweitens mit ver.di gesprochen hat. Ich denke, es war richtig, darauf zu reagieren, dass am 23. Dezember die Kündigungen zugestellt wurden.

Sie wissen, dass ich als Wirtschaftsminister mich angeboten habe, sozusagen zu vermitteln. Dieses Angebot hat die Gewerkschaft, aber auch der „Nordkurier“ angenommen. Mittlerweile sind die Ergebnisse bekannt. Man hat sich am Ende darauf verständigt, dass alle 60 Mitarbeiter ihre Arbeit behalten.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Man wird natürlich jetzt sehen. Dieses Gespräch wurde zwischen ver.di und der Geschäftsleitung, Herrn Schumacher, am 15. Januar geführt, relativ zielstrebig zum Ende gebracht und man hat in der Woche auch mit allen Betroffenen gesprochen.

Meine Damen und Herren, damit, glaube ich, hat die Landesregierung gezeigt, dass sie durchaus vermitteln kann, und zwar relativ geräuschlos.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, Horst Förster, AfD, und Christel Weißig, BMV –
Torsten Renz, CDU: Insbesondere der Wirtschaftsminister. Danke, Harry!)

Wir freuen uns, dass eine gütliche Lösung eingetreten ist und auch der „Nordkurier“ gesagt hat, dass man einen Betriebsrat nicht behindern wird, sondern das auch durchaus begrüßen würde. Von daher gehe ich in der Annahme weiter, dass am Ende eine Einigung zwischen beiden Seiten stattgefunden hat, und ich glaube, dass alle Politiker, die sich da in besonderer Weise zu Wort gemeldet haben, zufrieden sein können mit dem Ergebnis. Ich denke, die Dinge werden sich beruhigen und die Leser erhalten ihre Zeitungen, ihre Pakete und natürlich auch ihre Briefe. Das sind ja alles Dinge, die der „Nordkurier“ als Service anbietet.

Ich will durchaus Herrn Schumacher jetzt sagen, dass er dann, als die Diskussion begann, am Ende eingelenkt hat, um dafür zu sorgen, dass der „Nordkurier“ weiter ein wichtiges Element ist, um die politische Willensbildung mit zu begleiten, kritisch zu sein und unabhängig zu sein. Von daher will ich meine Rede jetzt beenden. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, Horst Förster, AfD, und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist doch so: Jeden Morgen stehen wir auf, wir drücken den Lichtschalter und das Licht geht an. Wir gehen zum Bäcker, es gibt frische Brötchen.

(Torsten Renz, CDU: Jeden Morgen?)

Wir gehen zum Briefkasten und da ist die Zeitung drin.

(Sebastian Ehlers, CDU: Bei Herrn Krüger gibt es jeden Morgen frische Brötchen.)

Das ist ein Umstand,

(Sebastian Ehlers, CDU:
Der muss Zeit haben!)

den wir nur deshalb erleben, weil Nacht für Nacht viele fleißige Menschen in unserem Land unterwegs sind, beispielweise im Umspannwerk oder in der Bäckerei oder eben als Zusteller. Es hat mich – und offenbar ja nicht nur mich, sondern auch andere Kollegen – sehr betroffen gemacht, zu hören, wie beim „Nordkurier“ mit den Verteilerinnen und Verteilern umgegangen worden ist. Offenbar hat Peter Ritter das Gespräch mit den Verteilerinnen und Verteilern gesucht und Herr Foerster auch. Ich habe sie auch bei mir im Wahlkreisbüro gehabt und habe mir berichten lassen, vor welchem Hintergrund die Kolleginnen und Kollegen dort einen Betriebsrat gründen wollten. Es waren wirklich aus meiner Sicht, aus meinem Gefühl heraus relativ kleine Probleme, die man gehabt hat, beispielsweise, dass die Dienstbekleidung, die sie tragen müssen, nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellt wird, sie sie also selbst kaufen mussten, obwohl sie nur Mindestlohn kriegen, also alle durch die Bank weg Mindestlohn kriegen würden. Es ging darum, dass man nachts unterwegs ist und mehr Reflektoren an der Dienstkleidung beispielsweise haben wollte, um gesehen zu werden,

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Pausenzeiten.)

Pausenzeiten, auch die Tourenpläne, also relativ kleine Probleme.

Jeder von uns, der selbst mal in einem Betriebsrat gearbeitet hat – das habe ich getan, ich habe auch auf der anderen Seite gearbeitet, mit Betriebsräten als Geschäftsführer –, der weiß, dass ein Betriebsrat ein wirklich wertvolles Instrument sein kann, um Betriebsfrieden zu halten, um die Dinge, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort an Bedürfnissen haben, letztendlich auch verwirklicht zu sehen. Ich freue mich sehr, dass es jetzt letztendlich zu einer Lösung gekommen ist. Es hat mich sehr betroffen gemacht, muss ich sagen, wie die Geschäftsleitung ursprünglich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgegangen ist. Es hieß nachher, es ging irgendwo um Umstrukturierung.

Ganz klar gesagt, das erste Mal ist man da zusammengekommen, hat einen Wahlvorstand gegründet, um einen

Betriebsrat zu wählen. Jeder, der sich damit auskennt, weiß, der Wahlvorstand ist eigentlich unkündbar. Die einzige Möglichkeit, den Betriebsrat dann noch zu verhindern, ist, den gesamten Betrieb zu schließen. Den gesamten Betrieb zu schließen, macht dann ja nur Sinn, wenn man das künftig günstiger erledigen kann. Da alle nur Mindestlohn kriegen, da die Touren weiterhin abgedeckt werden müssen, da alle Mitarbeiter nur den Mindesturlaub bekommen, ist es günstiger anders nicht zu machen. Das heißt, damit war klar, dass hier die Gründung eines Betriebsrates verhindert werden soll.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wenn jetzt der Geschäftsführer des „Nordkuriers“ sagt, dass er begrüßt, dass die Betriebsratsgründung bei der Nordkurier Mecklenburgische Schweiz passieren soll, dann sage ich, das ist gut, das werden wir beobachten. Aber es geht ja nicht nur um die Nordkurier Mecklenburgische Schweiz, sondern es geht darüber hinaus um den Gesamtkonzern. Und ich sage auch in Richtung der Menschen in diesem Land, meine Damen und Herren, organisieren Sie sich, werden Sie Mitglied einer Gewerkschaft, gründen Sie Betriebsräte, kämpfen Sie für Ihre Rechte! Ihre Rechte fallen nicht vom Himmel. Nur wenn Sie einig sind, sind Sie stark, also seien Sie einig, seien Sie stark! – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mitbürger!

Herr Foerster, ich habe Sie so verstanden, dass Sie das Thema deshalb aufgebracht haben oder daran festgehalten haben, um ein deutliches Bekenntnis des Landtages zum Betriebsverfassungsgesetz zu erhalten, und das gebe ich für unsere Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern sehr gerne. Natürlich gilt das Betriebsverfassungsgesetz auch in Mecklenburg-Vorpommern, das ist gut so. Ich muss sagen, ich war selber 20 Jahre lang Führungskraft in großen Unternehmen, habe in dieser Zeit immer mit Betriebsräten zusammengearbeitet und kann das bestätigen, dass ich da sehr, sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Die Produktivität steigt tatsächlich an, weil die Mitarbeiter über den Betriebsrat sehr gut eingebunden sind und gute Vorschläge machen können. Das ist eindeutig so, dass das über einen guten Betriebsrat funktioniert. Da gibt es natürlich auch Unterschiede, wie überall, und schwierige Konflikte. Gerade schwierige Konflikte können mit einem Betriebsrat überhaupt erst vernünftig gelöst werden – also eindeutig eine positive Rolle des Betriebsrates.

Aber dazu gehört auch, dass ein innerbetrieblicher Konflikt nicht unbedingt vollständig in der Öffentlichkeit ausgetragen werden muss. Dieser Hinweis muss schon erlaubt sein, da sollte man sich ein bisschen zurückhalten. Und es ist auch nicht unbedingt so, dass die Gewerkschaft und der Betriebsrat gleichzusetzen sind. Da lege ich sehr viel Wert drauf, dass das ganz unterschiedliche Organisationen sind. Es gibt auch Betriebsräte ohne Gewerkschaftsmitglieder. Und ich muss feststellen, dass manchmal sowohl über die Arbeitgeberverbände wie auch über die Gewerkschaften Konfliktpotenzial erst in

die Betriebe hineingetragen wird. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Also Betriebsrat ist nicht gleich Gewerkschaft.

Von daher, Herr Krüger, kann ich Ihren Aufruf zwar unterstützen, es ist sinnvoll, Betriebsräte zu gründen. Ob man dazu noch in eine Gewerkschaft eintreten möchte, das muss dann aber wirklich jeder selbst entscheiden. Das Gleiche gilt letzten Endes auch für die Unternehmer. Unternehmer, die ihre Aufgabe verantwortungsvoll ausüben wollen und in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern wirklich die besten Ergebnisse erzielen möchten, haben definitiv nichts gegen die Gründung eines Betriebsrates. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, was soll man sagen?! An sich war dieser ganze Vorfall schon ein Ding aus dem Tollhaus. Ich kann ja an ganz viele Zufälle glauben, aber ganz ehrlich, hier beim „Nordkurier“ waren es doch einige Zufälle zu viel. Wir haben das heute schon gehört, die zeitliche Nähe zur Gründung eines Betriebsrates und zu den 60 Entlassungen, dazu auch noch einen Tag vor Weihnachten, das hat doch sehr befremdlich gewirkt, kann man sagen. Man kann vieles erzählen, aber alles, was da vom „Nordkurier“ kam, hat mich nicht überzeugt.

Hinzu kommt, dass wir es dann auch mit einer tagelangen – so kann man es sagen – Sprachlosigkeit des „Nordkuriers“ zu tun hatten. Viele haben sich bemüht – Herr Foerster, weiß ich, ich auch selber –, Verantwortliche mal ans Telefon zu holen, das wäre ja schon was gewesen. Das hat nicht wirklich funktioniert. Ich hatte dann, da ich genauso wie Herr Ritter in dem Zustellbereich wohne und es in meinem persönlichen Umfeld tatsächlich ein paar dieser Zusteller gibt, relativ schnell persönlichen Kontakt mit diesen Zustellern. Einige von denen waren fast 25 Jahre dabei und man konnte aus den Gesprächen hören, die standen quasi vor dem Nichts. Wir haben es schon gehört, dort wird Mindestlohn gezahlt. Die meisten sind, oder viele, wenn sie den „Nordkurier“ austragen, um 2.00 Uhr oder um 3.00 Uhr morgens auf den Beinen und bringen uns die Zeitungen.

Es gab wenig später tatsächlich irgendwann Reaktionen vom „Nordkurier“, Herr Krüger hat es beschrieben. Es wurde mitgeteilt, es handele sich um Umstrukturierungen und es hätte Vorfälle gegeben, dass die Zeitungen und die Briefe nicht korrekt zugestellt wurden. Ich sage, das kann ja alles sein, das will ich gar nicht sagen, dass es solche Vorfälle nicht gibt, aber ich kann persönlich feststellen, den „Nordkurier“ habe ich während der ganzen Zeit immer pünktlich bekommen und genau in diesen Zeitraum sind auch, ich glaube, an die Tausend Briefe der CDU Mecklenburgische Seenplatte gefallen – wir haben nämlich zum Parteitag eingeladen –, die sind alle angekommen. Insofern kann es solche Fälle ja gegeben haben. Was man dann aber nicht machen kann als Unternehmen, man nimmt quasi die Angestellten in eine Art Sippenhaft und sagt, weil es jetzt bei Zusteller XY einen Vorfall gab, entlassen wir erst mal alle 60 Zusteller. Ich glaube, das kann man so nicht machen und das haben wir ja dann auch relativ schnell gesehen.

(Beifall Sebastian Ehlers, CDU)

Am Ende ist es so – so kann man es ja nennen –, es wurde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Es ist ganz klar aus meiner Sicht, am Ende, auch wenn man mit Beschäftigten gesprochen hat, wie die Atmosphäre im Betrieb war, hat es ganz klar darauf hingeezielt, die Betriebsratsgründung zu verhindern. Das sage ich hier ganz ungeschützt und ganz ehrlich.

Auch ich möchte mich bedanken bei allen Fraktionen und allen Abgeordneten, die hierzu beigetragen haben. Ich will mich auch beim NDR bedanken.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Hier haben wir nämlich gemerkt, was es bedeutet, die Monokulturen der Zeitungen im Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Das ist ganz klar zutage getreten. Im „Nordkurier“ habe ich zumindest wochenlang nichts darüber gelesen. Nachher diesen Entschuldigungsbrief und die Anwürfe auf die Abgeordneten, das kam dann auch wieder im „Nordkurier“. Der NDR hat hier, glaube ich, dazu beigetragen, dass wir den Kessel unter Feuer halten können, so will ich es sagen.

Ich will mich auch bei Harry Glawe ganz herzlich bedanken. Ich glaube, dass der Wirtschaftsminister nach vorne gegangen ist und gesagt hat, er vermittelt hier – das hat er ja dann auch getan –, hat wesentlich zur Lösung beigetragen.

Und ich will zum Schluss sagen – ich kann das sagen, Herr Ritter kann das bestätigen, Herr Krüger kann das auch bestätigen –, wir alle standen schon mit der einen oder anderen Geschichte im „Nordkurier“, wo er einen ganz hohen moralischen Anspruch an uns gesetzt hat – völlig zu Recht, ich will das nicht kritisieren, Frau Julitz kennt das auch. Ich will das nicht kritisieren, das werden sie weitermachen, das sollen sie auch weitermachen. Aber wenn ich diesen moralischen Anspruch habe – und ich hoffe, sie hören das heute auch –, dann muss ich dem auch selbst gerecht werden und kann nicht wie in bester Manchesterkapitalismusmanier anfangen, kurz vor Weihnachten 60 Leute zu entlassen

(Henning Foerster, DIE LINKE: Die Rede
drucke ich mir aus, Herr Reinhardt!)

und hier quasi einen Anspruch immer vor mir hertragen, dem ich am Ende nicht gerecht werden kann.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und Christel Weißig, BMV –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da möchte ich, dass der „Nordkurier“ sich daran erinnert.

Ich wünsche uns allen auch in Zukunft nicht nur mit dem NDR, auch mit dem „Nordkurier“ weiterhin eine gute Zusammenarbeit und ich freue mich nach wie vor, dass Briefe und der „Nordkurier“ rechtzeitig ankommen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst mal freue ich mich, ich habe selten so viel Einigkeit in den Auffassungen hier in diesem Saal erlebt, und ich danke dem Minister Glawe auch noch mal für die Information, dass es jetzt offenbar gelungen ist, einen Dialog zwischen der zuständigen Gewerkschaft und der Geschäftsführung in Gang zu bringen. Dann wollen wir mal hoffen, dass dieser Dialog auch ohne Ihre Vermittlung jetzt weitergeht, denn noch sind ja die angekündigten Wahlen – von zwei Betriebsräten dann zukünftig, denn da soll ja auch noch ein neues Unternehmen gegründet werden, wenn ich das richtig in Erinnerung habe – auf dem Weg.

Also ich habe bereits in der Einbringung darauf verwiesen, dass wir auch mit Blick auf die Zukunft mehr brauchen als eine solche, ich sage jetzt mal, das hat ja den Charakter einer Aussprache im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, und ich darf daran erinnern, dass wir in der letzten Wahlperiode bereits einmal über die Frage diskutiert haben, ob man und vor allem wie man Betriebsräte besser schützen kann vor diesen Dingen, die den Kolleginnen und Kollegen beim „Nordkurier“ hier widerfahren sind. Das ist ganz klar, das geht nur dann, wenn man sich noch mal darüber unterhält, ob, wie und wo das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern ist. Da ist mir auch völlig klar, dass das letztlich eine Entscheidung ist, die der Deutsche Bundestag treffen muss. Das können wir hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vielleicht im Sinne einer Initiative

(Torsten Renz, CDU: Bundesrat.)

über den Bundesrat mitanschieben, aber entscheiden müssen es dann die Abgeordneten dort.

Wenn man sich anguckt, wie die Kommentare oder die Debatten waren, als das Thema das letzte Mal dort diskutiert worden ist, hieß es aus den Reihen der CDU/CSU, ich darf das zitieren, Betriebsräte seien ein „Standortvorteil für die deutsche Wirtschaft“ und deshalb sei es „grundsätzlich sinnvoll“, Betriebsräte zu stärken. Die SPD-Redner in der dazugehörigen Debatte ergänzten, jawohl, Zitat, „mehr ... Betriebsräte braucht das Land“. Dass sich unsere Bundestagsfraktion diesbezüglich positiv geäußert hat, brauche ich wohl nicht extra zu betonen, sie war über viele Jahre der alleinige Treiber dieses Themas.

Allerdings war dem Antrag kein positives Votum beschieden, er wurde abgelehnt, und ich möchte deshalb daran erinnern, dass die Debatten über den Umgang mit den Zustellerinnen und Zustellern des „Nordkuriers“ eines zeigen: Wenn sich Kolleginnen und Kollegen entscheiden, einen Betriebsrat zu gründen, dann kann das auch hierzulande zu heftigen Auseinandersetzungen mit schweren Konsequenzen führen. Wir leben also in Mecklenburg-Vorpommern nicht auf einer Insel der Glückseligkeit, wie einige im Haus mitunter versuchen darzustellen, und wir müssen auch in Mecklenburg-Vorpommern und hier im Haus überlegen, wie wir Betriebsratswahlen erleichtern und Beschäftigte, die diese einleiten, zukünftig besser vor Willkür schützen können.

Das gilt umso mehr, weil wir wissen sollten – und für die, die es nicht wissen, will ich es noch mal vortragen –, wie viele weiße Flecken wir eigentlich mit Blick auf Betriebsräte hier in Mecklenburg-Vorpommern haben. Lediglich 33 Prozent der Beschäftigten waren vor den letzten Betriebsratswahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern in Betrieben mit Betriebsrat beschäftigt. Zum Vergleich: In Schleswig-Holstein waren es immerhin 35 Prozent, in Hamburg 55 Prozent. Natürlich hat das auch was mit unserer kleinteiligen Unternehmensstruktur zu tun, aber eben nicht nur. Deshalb habe ich schon in der letzten Wahlperiode darauf hingewiesen, dass die Fälle, in denen Betriebsratswahlen be- oder gar verhindert werden, leider bundesweit zunehmen. Ich habe Ihnen hier von spezialisierten Anwaltskanzleien berichtet und anhand von persönlichen Erfahrungen eines mir bekannten Kollegen versucht zu verdeutlichen, was diese Dinge mit Betroffenen machen können.

Deswegen will ich auch die heutige Debatte hier noch einmal nutzen, um auf drei Dinge hinzuweisen:

Erstens. Die schwierigste Phase ist die, wenn sich Beschäftigte auf den Weg machen, einen Betriebsrat zu gründen. Da droht das größte Ungemach in Form von Benachteiligungen bis hin zur Kündigung. In dieser Phase müssen die Beschäftigten besser geschützt werden.

Zweitens. Dort, wo es einen besonders hohen Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen gibt, wird eine kontinuierliche Betriebsratsarbeit sehr schwierig. Genau da bräuchte es aber besonders gute und kompetente Interessenvertretungen. Deshalb sollte man noch mal darüber nachdenken, auch befristet beschäftigte Betriebsratsmitglieder besser zu schützen. Da gibt es übrigens einen Sonderfall, wo das heute schon im Gesetz geregelt ist, nämlich bei den Auszubildenden. Das ist ja im Grunde auch nichts anderes als eine besondere Form eines befristeten Arbeitsverhältnisses.

Drittens. Medien, engagierte Arbeitsrechtler und Gewerkschaften berichten immer häufiger von Drohungen, Schikanen und Kündigungen, die engagierte Betriebsräte oder solche, die es werden wollen, ereilen. Das alles ist zwar nach aktuellem Recht, konkret nach Paragraph 119 Betriebsverfassungsgesetz, so, dass es sich um Straftaten handelt, dennoch haben diejenigen, die diese verüben, oft nichts zu befürchten. Deswegen sage ich, da stimmt was nicht und auch hier sollte Politik sich überlegen, ob man nicht doch über Gesetzesänderungen nachsteuern kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Abschluss: In den nächsten Jahren stehen die Unternehmen, kleine wie große, vor vielen Herausforderungen. Die Schlagworte diskutieren wir hier im Parlament auch immer wieder: Globalisierung, Digitalisierung et cetera. Meine Fraktion ist der Überzeugung, dass sich diese Dinge, diese Herausforderungen, viel besser mit als gegen die Belegschaften meistern lassen. Auch hier zeigen Studien ja, wie wertvoll starke Betriebsräte dabei sein können, alte und eingefahrene Bahnen zu verlassen und auch mal innovative Wege zu gehen. Die Vorteile der betrieblichen Mitbestimmung sind also bekannt und doch wird die Akzeptanz ein Stück weit brüchiger. Und ich sage es hier noch mal deutlich: Demokratie darf nicht an Werkstufen und vor Bürotüren enden!

Sehr geehrte Damen und Herren – und dabei wende ich mich jetzt besonders an die Regierungsbank und an die

Koalitionsfraktionen –, mehrere Redner haben heute am konkreten Beispiel noch einmal deutlich gemacht, dass sie die Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten ablehnen und im konkreten Fall auch bereit sind, dies öffentlich zu sagen und sich im Sinne der Betroffenen zu engagieren. Das finden wir ebenso richtig wie wichtig. Ich möchte allerdings schon jetzt ankündigen, dass wir eine Antragsinitiative ergreifen werden, die sich noch mal mit der Frage Betriebsverfassungsgesetz befasst. Dann werden wir hier die Probe aufs Exempel machen. Den vorliegenden Antrag ziehe ich wie angekündigt zurück und bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Da der Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen hat, entfällt eine Abstimmung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Mut zur Wahrheit – Bildungsstand und Sprachausbildung der Migranten validieren, Drucksache 7/1577.

**Antrag der Fraktion der AfD
Mut zur Wahrheit – Bildungsstand und
Sprachausbildung der Migranten validieren
– Drucksache 7/1577 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gäste sind auch da, die begrüße ich natürlich ebenfalls! Und liebe Landsleute!

„Denn, was man schwarz auf weiß besitzt,
kann man getrost nach Hause tragen.“

Dieses Zitat aus Goethes „Faust“ trifft leider auf die meisten Zuwanderer nicht zu. Im Gegensatz zu ihren Smartphones sind ihre Abschlusszeugnisse zusammen mit den Pässen zumeist im Mittelmeer versunken, und wenn sie doch vorgelegt werden, ist ihre Echtheit, geschweige denn ihre Vergleichbarkeit mit deutschen Abschlüssen nicht immer gesichert. Als das UN-Flüchtlingshilfswerk im Jahre 2015 Migranten in Griechenland nach ihren Bildungs- und Berufsabschlüssen befragte, gaben 86 Prozent von über 1.200 Syrern an, sie hätten Abitur, 43 Prozent sogar einen Hochschulabschluss. Hinsichtlich des Berufes oder der Beschäftigung bezeichneten sich die meisten als Studenten, Kaufleute, Privatangestellte und Techniker.

(Jörg Heydorn, SPD:
Wie sieht es denn mit Ihren
Abschlüssen aus, Herr Schneider?)

Aber auch die ganze Palette gutbürgerlicher Berufe wurde genannt.

(Jörg Heydorn, SPD: Herr Schneider,
wie ist denn das mit Ihren Abschlüssen?)

Ich habe es ja nicht angegeben, insofern trifft mich der Vorwurf gar nicht. Also ich habe es nicht erzählt, ich habe es ja offen zugegeben. Thema durch!

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Ja, genau.

Es waren wohl solche Befragungen, die viele Vertreter aus Politik und Wirtschaft zu der Aussage verleiteten, die Syrer seien gut ausgebildet. Die Wirtschaft erhoffte die Behebung des Fachkräftemangels, doch die Ernüchterung folgte sehr bald.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Niederschmetternde Ergebnisse zum Bildungsstand der Migranten kamen stückweise ans Licht. Unsere mehrmaligen Nachfragen bei der Landesregierung ergaben, dass diese solche Daten bis heute nicht erhebt – Daten, die unerlässlich sind, um einzuschätzen, wie die zugewanderten Personen auf eine Berufstätigkeit in Deutschland beziehungsweise später dann, nach Abschluss der Verfahren, in ihren Heimatländern vorbereitet werden können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)

Wir fordern deshalb in unserem Antrag die Landesregierung auf, umfassende und verlässliche Daten zu Bildungs- und Berufsabschlüssen von Asylbewerbern und Personen mit Bleiberecht zu erheben.

Liebe Bürger dieses Landes, aus Presseberichten geht hervor, dass die Sprachkurse bei Weitem nicht den gewünschten Erfolg erzielen. So meldete die „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.09.2017, dass mehr als die Hälfte der Zuwanderer bei Sprachkursen keinen Abschluss schaffen. Etwa ein Drittel erreicht das Sprachniveau A2, das noch nicht einmal für einen Helferjob ausreicht. Laut FAZ schaffen über 80 Prozent der zahlreichen Analphabeten unter den Teilnehmern von Integrationskursen nicht das für einfachste Arbeiten nötige Sprachniveau B1. Auch hier fragten wir die Landesregierung nach genauen Zahlen zu den Sprachkursen

(Christian Brade, SPD: Dünnes Eis!)

und erhielten wiederum die Antwort, dass sie solche Daten nicht erhebt. Diesbezügliche Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bieten nur sehr dürftiges Material.

Wir fordern deshalb in unserem Antrag die Landesregierung auf, die Teilnehmerzahl der in Mecklenburg-Vorpommern angebotenen Sprach- und Integrationskurse, die vom Land und vom Bund für Asylbewerber und Personen mit Bleiberecht angeboten werden, statistisch zu erfassen, ebenso die Anzahl der Kursabbrüche, die Mehrfachteilnahmen an Kursen sowie die erreichten Abschlüsse. Damit soll der Überblick über die aus verschiedenen Quellen finanzierten Bildungsangebote bewahrt werden, um gegebenenfalls korrigierend einzugreifen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wer kann denn da dagegen sein?)

Die Koalitionsfraktionen im Einklang mit der LINKEN und auch der BMV wahrscheinlich.

Angesicht der immensen Kosten, die dem Steuerzahler für die Sprach- und Integrationskurse auferlegt werden,

ist umso mehr nach dem Grund der unzureichenden Ergebnisse, ja, des massenhaften Scheiterns dieser Integrationsbemühungen zu fragen.

Meine Damen und Herren, haben Sie einmal versucht, Arabisch zu lernen?

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Sie werden nach kurzer Zeit feststellen, dass es sich hier nicht um eine Sprache wie das Französische, Spanische oder eine andere europäische Sprache handelt,

(Zuruf von Christel Weißig, BMV)

sondern dass das Arabische als Teil der afroasiatischen Sprachfamilie nach völlig anderen Prinzipien aufgebaut ist. Man kann sagen, es liegen Welten zwischen den Sprachen.

Angesichts dieses enormen Abstands überrascht Ihre Naivität, mit der Sie glauben, dass mit ein paar Crashkursen das Migrationsproblem angegangen werden kann. Es geht um Menschen, unter denen viele Analphabeten sind. Wie sollen die im Schnelldurchlauf in die grammatisch und lexikalisch völlig anders strukturierte Sprachwelt des Deutschen eingeführt werden? Allenfalls bei wenigen sprachlich hochbegabten Erwachsenen mag dies ansatzweise gelingen. Das Antrainieren einiger häufiger Alltagswendungen können nicht ein vertieftes Eindringen in die deutsche Sprache ersetzen. Dieses würde viele Jahre intensivster Bemühungen erfordern.

Leider führen diese Probleme laut Medienberichten in der Praxis oftmals zu einer Absenkung des ohnehin schon niedrigen Anforderungsniveaus, indem zum Beispiel teilweise auf den eigentlich obligatorischen schriftlichen Teil der Sprachprüfung verzichtet wird. Außerdem ist bekannt, dass die Anbieter von Kursen für Deutsch als Zweitsprache keineswegs an die hohen Maßstäbe der Sprachzertifikate des Goethe-Instituts gebunden sind. Es kommt zu sehr unterschiedlichen Anforderungen, obwohl eigentlich die Normierung der Sprachniveaus nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen gelten sollte. Dieser ist aber so allgemein gefasst, dass er einen breiten Interpretationsspielraum zulässt.

Um die Aussagekraft der Prüfungen zu garantieren, fordern wir in unserem Antrag die Landesregierung auf, die Einhaltung des Anforderungsniveaus von Sprachprüfungen für Asylbewerber und Personen mit Bleiberecht zu überprüfen. Dabei sollen die Prüfungen prinzipiell außer dem mündlichen auch einen schriftlichen Teil beinhalten.

Neben der sprachlichen, gibt es die kulturelle Kluft, deren Existenz Sie ja immer leugnen. Sofern Migranten in ihren Heimatländern zur Schule gegangen sind, haben sie diese in einer uns unbekanntem autoritären Form erlebt und können vielfach mit der bei uns üblichen Laschheit überhaupt nicht umgehen.

(Zuruf von Christel Weißig, BMV)

Medien- und Augenzeugenberichte klagen über hohe Durchfall- und Abbruchquoten, häufiges und langfristiges Fehlen im Unterricht, Unpünktlichkeit, fehlende Leistungsbereitschaft, Disziplinlosigkeiten, Betrugs- und Bestechungsversuche bei Prüfungen, Aggressivität, Drohungen bis zur Gewalt.

(Zuruf von Christel Weißig, BMV)

Dass die kulturellen, tief verwurzelten Unterschiede mit einigen Stunden eines Orientierungskurses entschärft werden könnten, an dessen Ende man einige vorher auswendig zu lernende Antworten zu Fragen auf Multiple-Choice-Basis zu beantworten hat, ist eine weitere Naivität sondergleichen. Bekanntlich hatte selbst der Terrorverdächtige Yamen A. aus Schwerin solch einen Kurs erfolgreich bestanden.

(Dietmar Eifler, CDU: Er hat ihn bestanden.)

Erfolgreich bestanden.

(Dietmar Eifler, CDU:
Andere bestehen die Prüfung nicht.)

Aufgrund der beschriebenen Probleme würde ein „Weiter so!“ zu fortgesetzter massiver Verschwendung von Steuermitteln führen. Wir beantragen deshalb, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, den Bildungsstand und die Sprachausbildung der Asylbewerber und Personen mit Bleiberecht entsprechend zu validieren.

Meine Damen und Herren, wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen, bleibt die Opposition wie so oft der Möglichkeit beraubt, durch Auswertung der nötigen Daten ihrer parlamentarischen Kontrollfunktion auch in dieser Frage nachzukommen. Wenn die Landesregierung nicht zustimmt, verschleiert sie ihre eigene scheiternde Asylpolitik. Vor dem Hintergrund darf ich Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Inneres und Europa in Vertretung für die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung.

Minister Lorenz Caffier: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch ein Antrag „Mut zur Wahrheit“!

Lieber Kollege Schneider, falls Ihnen das nicht ganz bekannt ist: Meist sind ja die, die ihren Mut besonders betonen müssen, eher ängstlich und Vorurteile pflegend unterwegs. Das scheint mir bei den Fragen auch der Fall zu sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es. So ist es. –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Aber sei es drum, ich kann Ihnen versichern, es gehört gar nicht so viel Mut dazu, den Bildungsstand und die Sprachausbildung der Migrantinnen und Migranten zu validieren. Die Erhebung von Daten zu Bildungs- und Berufsabschlüssen von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Personen mit Bleiberecht benötigt für die Umsetzung allerdings die Betrachtung rechtlicher Rahmenbedingungen und die Zuständigkeiten, und das will ich gerne wiederum einmal tun.

Zu Ziffer 1: Die allermeisten Personen mit Bleiberecht, also Personen mit Zugang zum Arbeitsmarkt, beantragen bei den Jobcentern Leistungen nach dem SGB II. Bei dieser Meldung erfolgt eine detaillierte Erfassung des bisherigen schulischen und beruflichen Werdegangs. In einigen Fällen bringen die Geflüchteten aber keine Nachweise aus ihren Heimatländern mit. Insofern sind die Angaben oft nicht überprüfbar und basieren auf Selbstauskünften. Die Jobcenter ermitteln in diesen Fällen deshalb durch entsprechende Feststellungsmaßnahmen den Kenntnisstand der Leistungsberechtigten.

Für Personen, die nicht bei den Jobcentern gemeldet sind, ist eine Erfassung von Daten zu Bildungs- und Berufsabschlüssen nicht möglich, da die Jobcenter noch im für die Leistungsgewährung notwendigen Umfang Daten erheben und speichern dürfen. Aber auch Personen, die sich noch im Asylverfahren befinden, können Kontakte zu den Arbeitsagenturen aufnehmen und sich beraten lassen. Auch in diesem Fall beruhen die bei den Arbeitsagenturen für die Beratung gespeicherten Daten häufig auf eigenen Angaben und sind nicht immer validierbar.

Die Arbeit der Arbeitsagenturen und Jobcenter und damit auch deren Datenerhebungen bestimmen sich ausschließlich nach Bundesrecht. Bei landesrechtlich geregelten Berufen ist das Verfahren so: Migrantinnen und Migranten haben die Möglichkeit, ihre im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse bei den zuständigen Stellen anerkennen zu lassen. Das sind beispielsweise das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur oder das Landesamt für Gesundheit und Soziales. Für die bundesrechtlich geregelten Berufe legt der Bund die zuständigen Stellen fest. Das wären unter anderem die IHKs oder die Handwerkskammern. Dort werden jeweils die Daten zweckbestimmt für die Anerkennungsverfahren erhoben.

Es ist somit festzustellen, dass es auf den verschiedenen Ebenen eine umfassende Erhebung der Bildungs- und Berufsabschlüsse gibt. Das liegt letztendlich im Interesse aller. Ein Großteil dieser Erhebung liegt aber nicht in der Kompetenz des Landes, daher ist der Antrag in diesem Punkt abzulehnen.

Zu den Ziffern 2 und 3: Die Forderungen aus den Ziffern 2 und 3 werde ich zusammenhängend erörtern.

Für die Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist, bedarf es keiner erweiterten Erhebung. Sie werden regelmäßig über das ganze Schuljahr statistisch erfasst. Durch die Ermittlung der Schülerzahlen und der Kurszahlen dieser Schülergruppen ist ihre Mehrfachteilnahme an den Sprachkursen ausgeschlossen. Auch die erreichten Schulabschlüsse werden dokumentiert. Für eine weitergehende statistische Differenzierung der Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache und die Erfassung der Kursabbrüche besteht kein fachlicher Grund.

Die in Mecklenburg-Vorpommern stattfindenden Sprachstandsfeststellungsprüfungen für Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache werden nach der Verordnung über die Durchführung von Feststellungsprüfungen bearbeitet. Dort sind die für alle Prüflinge gültigen Teilnahme- und Bestehensvoraussetzungen exakt festgelegt. Die Bearbeitung eines schriftlichen Teils ist ein verbindlicher Bestandteil dieser Prüfung.

Somit gibt es in den staatlichen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns keine Notwendigkeit für die vorgeschlagene Überprüfung der Einhaltung des Anforderungsniveaus in den Sprachprüfungen für Asylbewerber und Personen mit Bleiberecht.

Die Zuständigkeit für die Integrationskurse liegt ausschließlich in der Verantwortung des BMI und die berufsbezogene Deutschförderung über das Gesamtprogramm Sprache liegt ausschließlich in der Zuständigkeit des Arbeitsministeriums des Bundes. Die Zielgruppe umfasst Personen mit Bleiberechtsberechtigung und Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive. Diese kommen aktuell aus den Ländern Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia.

Sowohl die allgemeine wie die berufsbezogene Deutschsprachförderung werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordiniert und durchgeführt. Die entsprechenden Datenerhebungen werden demzufolge dort vorgenommen. Das Land fördert keine Sprachkurse mehr für Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit sogenannter individueller Bleibeperspektive in M-V. Für diese Zielgruppe stehen seit Mitte des letzten Jahres die Erstorientierungskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und das Programm „Einstieg Deutsch“ des Bundesministeriums zur Bildung und Forschung als entsprechendes Angebot bereit.

Die Sprachprüfungen des Integrationskurses und der berufsbezogenen Sprachförderung richten sich nach den einschlägigen Verordnungen dieser Kurse. So wird der Integrationskurs durch einen skalierten Sprachtest abgeschlossen. Dieser weist die Sprachkompetenzen in den Fertigkeiten Hören, Lesen, Schreiben und Sprechen auf den Stufen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen nach. Gleichermaßen werden in den Basiskursen der berufsbezogenen Sprachförderung Zertifikationsprüfungen nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen absolviert. Spezialmodule enden mit den für die Berufsankennung und den Berufszugang vorgeschriebenen Zertifikationsprüfungen.

Es ist also zusammenfassen, dass die Umsetzung der Integrationskurse, der berufsbezogenen Sprachkurse, der Erstorientierungskurse und des Programms „Einstieg Deutsch“ den Einrichtungen des Bundes obliegt. Für die geforderte Erhebung von Daten und die Einhaltung des Anforderungsniveaus von Sprachprüfungen besitzt das Land somit keine Regelungskompetenz. Die Anträge sind demzufolge und richtigerweise auch abzulehnen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Christiane Berg, CDU –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sprache hat es Ihnen ja angetan, aber manchmal verwenden Sie Sprache nicht richtig. Sprache sind nicht nur Wörter, Sprache ist nicht nur Schrift, Sprache ist auch das, was

der Empfänger versteht, und immer ist der Sender verantwortlich für das, was ankommt.

Ich erinnere an die Worte Ihres Fraktionsvorsitzenden Herrn Kramer in der Haushaltsdebatte, und ich zitiere: die „Alimentierung kulturfremder Analphabeten“ – eine Sprache, die wir in diesem Land nicht mehr nutzen sollten! Ich erinnere, dass Sie selbst, als es in dem Antrag um den Schutz von Mitarbeitenden in staatlichen Behörden ging, gegen Ausländerinnen und Ausländer gehetzt haben, weil Sie eindeutig vorhin, Herr Förster, gesagt haben, vermittelt haben, dass nur Ausländerinnen und Ausländer Behörden angreifen. Und das ist nicht so!

Sie sind auch besonders mutig, aber das denken Sie nur. In Ihrem Antrag zeigen Sie wieder einmal, dass Sie gar nichts wissen. Nicht mal die Antworten aus den Kleinen Anfragen verstehen Sie. Denn nicht nur Sie stellen Kleine Anfragen, wir stellen die auch, und da können Sie reinucken, die sind ja öffentlich. Ihr Herr Professor Weber kommentiert zum Beispiel eine Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage meiner Fraktion zur Ausbildungsduldung entweder absichtlich falsch, um die üblichen Ängste und Ressentiments zu schüren, oder deswegen falsch, weil er überhaupt keine Ahnung hat. Dort ging es um Ausbildungsduldungen. Wir haben nachgefragt, wie viele Menschen eine Ausbildungsduldung in diesem Land haben.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)

Wir haben eine Antwort darauf bekommen, die werden wir noch auswerten, aber Sie haben daraus gemacht, dass nur ein einziger geduldeter Ausländer in Mecklenburg-Vorpommern eine Ausbildung macht. Das meint Ausbildungsduldung nicht. Dem widerspricht zum Beispiel auch, dass die besten Azubis und Gesellen der letzten Jahre ganz häufig Jugendliche mit Migrationshintergrund sind. Also haben wir eine sehr gute Ausbildung. Sind Sie darauf neidisch? Neid, Neid ist nicht mutig, Neid zeugt von Feigheit!

Punkt 3 Ihres Antrages: Das Anforderungsniveau ist natürlich unterschiedlich. Der Innenminister hat Ihnen erklärt, was es alles gibt: A1, A2, B1, B2, C1 und C2. Das ist so ähnlich wie bei uns im Schulsystem. Dort gibt es die Berufsreife, dort gibt es eine Mittlere Reife und dort gibt es ein Abitur. Das ist gut, dass die Kinder entsprechend ihren Möglichkeiten, entsprechend ihren Fähigkeiten einen Schulabschluss erringen können.

Ist Ihr Mut zur Wahrheit etwa, dass Sie erwarten, dass ein Jugendlicher, der das absolut gute Zeug zur Berufsreife und einer anschließenden fundierten handwerklichen Ausbildung hat, erst mal eine Abiturprüfung ablegen muss?! Es ist sehr mutig, Jugendliche zu überfordern und damit dann auch noch öffentlich zu demütigen. Oder ist es Ihr Mut zu verdrängen, dass man in einem Kriegsland nicht gut lernen kann?! Ist es Ihr Mut, nicht zu verstehen, dass Hunger in den Herkunftsländern Bildung verhindert?! Finden Sie es mutig, Ihre eigene Wahrheit zu erfinden, obwohl Sie wissen, dass viele Schulen in den Herkunftsländern Geld kosten und dieses dort niemand hat?!

Die arabische und die persische Sprachfamilie ist eine völlig andere als unsere. Um Herrn Schneider zu antworten, ja, ich lerne gerade Arabisch und Persisch, denn ich kann nicht immer nur von anderen etwas erwarten. Und

stellen Sie sich vor, ich habe da etwas herausgefunden: In der Schriftsprache des Persischen werden die Vokale nur in der Grundschule gelehrt, danach werden sie durch Punkte und durch bestimmte Strichrichtungen einfach nur noch erlesen. Wie lange bräuchten Sie, um diese Fremdsprache zu lernen? Zwei Wochen, sechs Monate? Dann bitte ich Sie, seien Sie mutig und lernen Sie in sechs Monaten eine fremde Sprache in Wort und Schrift!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kann man.)

Seien Sie dann aber auch so mutig und begeben sich in dieselbe psychische Ausnahmesituation wie diese Menschen!

Seien Sie mutig und sagen Sie endlich die Wahrheit! Sie haben überhaupt keine Ahnung, wie die Sprachausbildung und die Integrationskurse in diesem Land laufen,

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)

weil Sie überhaupt nicht da sind, weil Sie sich nicht um Geflüchtete kümmern, weil Sie nicht mit ihnen reden und weil Sie es auch gar nicht wollen.

Beschäftigen Sie sich endlich mit dem landesweiten IQ Netzwerk Mecklenburg-Vorpommern! Das ist das Netzwerk Integration durch Qualifizierung. Abgesehen davon wollten Sie sowieso im Dezember in der Haushaltsdebatte noch alle Mittel zum Erlernen der deutschen Sprache streichen lassen. Mehr ist zu Ihrem Antrag nicht zu sagen, wir lehnen ihn ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte AfD-Fraktion, Sie scheinen sich für die Landtagsdebatten in dieser Woche intensiv mit der Wahrheit auseinandersetzen zu wollen.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ja, das ist unser Anspruch.)

Das ist ja im Grunde ein gutes Anliegen.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das ist unser Anspruch. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie fordern Mut zur Wahrheit bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern und beim Bildungsstand von Migranten. In beiden Fällen bleibt Ihr durchschaubares Wahrheitsbedürfnis allerdings im Ansatz stecken,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Oha!)

denn es ist Ihre exklusive Wahrnehmung und Sichtweise.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Oha!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind uns sicher alle einig darin, dass Bildung und Erlernen der deutschen Sprache zentrale Voraussetzungen für eine gelungene Integration sind. So steht es in der Koalitionsvereinbarung und so bildet es den Grundpfeiler der Integrationspolitik der Bundesregierung. Hier sind wir auf einem guten, jedoch ohne Frage verbesserungswürdigen Weg.

Für viele Zuwanderer, unabhängig davon, ob sie geflüchtet sind oder nicht, sind Sprachkurse oftmals die einzige Möglichkeit, Deutsch zu erlernen und zu trainieren. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge haben im Jahr 2016 deutschlandweit rund 340.000 Menschen an den sprachvermittelnden Integrationskursen teilgenommen. Weniger als die Hälfte der teilnehmenden Personen, nämlich 133.000, haben diese Kurse am Ende auch erfolgreich abgeschlossen. Diese Erfolgsquote ist sicher keine Bilanz, auf der wir uns integrationspolitisch in der Bundesrepublik ausruhen sollten. Im Gegenteil, Menschen, die zu uns kommen und hierbleiben dürfen und möchten, sollten schnellstmöglich Deutsch lernen, um für sich eine berufliche Perspektive zu entwickeln, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen oder um sich einfach im alltäglichen Leben in Deutschland zurechtzufinden. Dafür hat sich meine Fraktion immer eingesetzt.

Auf Grundlage des Aufenthaltsgesetzes sowie der Integrationskursverordnung bietet der Bund Integrationskurse an, in welchen genau diese Sprachkompetenzen vermittelt werden. An die 600 vorgesehenen Stunden für Sprachkurse schließen weitere 100 Stunden Orientierungskurs an, in denen grundlegendes Wissen über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vermittelt wird. Die Zahlen über die zu geringen erfolgreichen Abschlüsse halten uns allerdings eindringlich vor Augen, dass wir die Qualität und die Effizienz der Kurse weiter verbessern müssen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Durch gezielte individuelle und flächendeckende Angebote müssen wir dazu beitragen, mit und durch Sprache die Integration von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu fördern – in sämtlichen Bildungseinrichtungen. Länder und vor allem der für Sprachkurse zuständige Bund müssen die ausgebauten Bildungs- und Sprachkurse gemeinsam weiter verstärken, damit möglichst viele Menschen das im Aufenthaltsgesetz vorgesehene Sprachniveau B1 oder im Idealfall B2 erreichen. Etwa ein Drittel schafft regelmäßig nur das Sprachniveau A2, das oftmals nicht für den Einstieg im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt genügt.

Hier müssen wir daher dringend ansetzen, vor allem durch bundespolitische Maßnahmen, da der Bund für die Sprach- und Integrationskurse zuständig ist. Mecklenburg-Vorpommern bietet als Land keine eigenen Sprachkurse mehr an. Eigene Sprachkurse hatte das Land nur kurzzeitig als Übergangsinstrument angeboten.

Noch mal: Die Zuständigkeit liegt beim Bund. Von der neuen Bundesregierung erwarte ich daher, dass wir regelmäßige und frühzeitige Sprachstandstests in Deutschland etablieren und weitere Maßnahmen zur frühkindlichen Sprachförderung vornehmen, die gleichwertige Bildungschancen schaffen. Parallel dazu müssen wir die Menschen gezielter genau dort fördern und abholen, wo sie sich befinden, gemeinsam mit Trägern, Vereinen und

Flüchtlingslotsen vor Ort auf kommunaler Ebene. Hierzu gehört auch Sensibilität für die oftmals komplizierte Lebenssituation der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer, die sich ein neues Leben in Deutschland aufbauen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, inhaltlich wirft der Antrag der AfD einige Fragen auf. In der Begründung begeben Sie sich auf die Suche nach den Ursachen für die steigerungswürdige Effizienz der Sprach- und Integrationskurse. Als Hauptgrund geben Sie enorme strukturelle Unterschiede zwischen der deutschen und der jeweiligen Sprache der meisten Teilnehmer an.

Diese Vermutung kann empirisch so nicht geteilt werden. In einer Anfang 2017 veröffentlichten Studie des Forschungsinstitutes des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurde deutlich, dass individuelle Lernvoraussetzungen den Deutschkenntniserwerb maßgeblich beeinflussen. Dazu zählen der Bildungsstand oder auch vorherige Erfahrungen mit dem Lernen anderer Sprachen. An Sprachdifferenzen liegt es somit sicherlich nicht. Vielmehr spielt eine Rolle, ob die Kursteilnehmer weitere Möglichkeiten in ihrem persönlichen Umfeld vorfinden, erworbene Sprachkenntnisse anzuwenden.

Daneben mutmaßen Sie, dass soziokulturelle Gründe die Ursache für die unbefriedigenden Spracherfolge bei Migranten sind. Auch diese Annahme kann mit Blick auf die erwähnte Studie ganz eindeutig verneint werden. Auf den Deutschkenntniserwerb hat es nachweislich keinen Einfluss, ob der oder die Kursteilnehmer/-in einen Fluchthintergrund hatte. Geflüchtete oder Migranten aus anderen Staaten unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihres Deutschkenntniszuwachses im Integrationskurs. Somit hat die Bildungsheterogenität der Teilnehmer keinen Einfluss auf die jeweiligen Bildungs- und Spracherfolge. Diese Feststellung sollte hier auch noch einmal ganz klar betont werden.

Mit „Mut zur Wahrheit“ hat Ihre Antragsbegründung nichts zu tun. Um es zusammenzufassen: Für einen zügigen und effektiven Deutschkenntniserwerb sind eine gezielte individuelle Sprachförderung notwendig sowie eine alltagspraktische Sprachanwendung. Und, um es noch mal zu betonen, Bund und Länder müssen die Qualität und die Effizienz der angebotenen Kurse gemeinsam verbessern.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Meine Herren, neben diesen inhaltlichen Erwägungen, die eine Zustimmung zu Ihrem Antrag ausschließen, tragen Ihre Forderungen ebenso in formeller Hinsicht nicht durch. In Ziffer 1 Ihres Antrages fordern Sie, verlässliche Daten zu Bildungs- und Berufsabschlüssen von Asylbewerbern und Personen mit Bleiberecht zu erheben. Wie bereits erwähnt, bietet Mecklenburg-Vorpommern keine eigenen Sprachkurse an. Zuständig hierfür ist der Bund, der somit für die Einhaltung des Sprachniveaus in den Sprach- und Integrationskursen verantwortlich ist und darüber hinaus auch für Fragen der Evaluierung der Kurse infrage käme. Im Land wird der Bildungsstand bei Personen mit Bleiberecht in dem Moment erfasst, in dem sie sich bei der Bundesagentur arbeitslos melden, um Leistungen nach dem SGB II erhalten zu können. Für diese eingeschränkten Personenkreise führt die Bundesagentur – nicht das Land – eigene statistische Erhebungen durch.

Ihrem Antrag können wir aus diesen Gründen nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Nadine Julitz, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die BMV-Fraktion muss diesen Antrag ablehnen. Es ist mehrfach ausführlich gesagt worden: Für den Antrag ist schlicht die Landesregierung der falsche Adressat. Manchmal überlege ich schon, ob man so eine Art Zulässigkeitsprüfung für Landtagsanträge einführen sollte. Aber gut, man kann über alles reden, und das ist mir noch mal wichtig, das wollte ich kurz erwähnen.

Natürlich ist es ein Problem. Wir haben Anfang des Jahres die Meldung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gehabt über diese speziellen Integrationskurse, die Sprachkurse, und dass diese weitgehend erfolglos sind. Über 80 Prozent schaffen nicht mal die Mindestqualifikation für eine Ausbildung oder für eine Helfertätigkeit. Das ist natürlich ein gravierendes Problem.

Im Grunde drehen wir uns im Kreis, es geht immer wieder um das gleiche Problem. Dahinter steckt eine wie bei vielen Problemen ähnliche Situation, dass eben Asyl mit Einwanderung verwechselt wird, dass die Einwanderungsvorschriften, die wir haben, nicht beachtet werden,

(Beifall Horst Förster, AfD)

dass normalerweise, wenn ich normale, also legale Einwanderung habe, ich natürlich auch Sprachkenntnisse nachweisen muss. Es sind die alten Themen, die Probleme, die hier immer wieder aufgrund der illegalen Einwanderung hochkommen. Aber speziell für diese Daten, die Datenerhebung – da muss ich dem Innenminister recht geben, es war auch gleich mein erster Gedanke, weil ich einfach die Meldung des Bundesamtes von Anfang des Jahres im Kopf hatte –, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Zahlen, die alarmierenden Zahlen, und da ist ja nichts zu beschönigen, mitgeteilt, sodass wir auf diese Art und Weise mit dem Problem erst mal im Land nicht weiterkommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Julitz.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank an Herrn Minister Caffier für die ausführlichen Worte zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten. Da müssen wir gar nicht weiter drauf eingehen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Sofern Personen mit Bleiberecht ein Zeugnis haben, legen sie das vor – das kann ich auch aus ganz persönlicher Erfahrung sagen –, denn sie sind daran interessiert, dass sie einen Beruf aufnehmen können. Diese Zeugnisse werden dann eingeschickt und an entsprechender Stelle geprüft. Insofern weise ich das zurück, dass man nicht verlässliche Daten dahin gehend hat.

Die Wahrheit ist, dass Sie eigentlich gar niemanden integrieren wollen. Ich habe viele fleißige Migrantinnen kennengelernt, die ganz eifrig die deutsche Sprache erlernen wollen, um sich integrieren zu können. Ich habe viele engagierte Freiwillige kennengelernt, die helfen, die Sprache zu vermitteln.

„Mut zur Wahrheit“ – Herr Schneider, vier Jahre an der FH Güstrow, ohne Abschluss, fünf Jahre Uni Rostock, ohne Abschluss, drei Jahre Ausbildung, ohne Abschluss. Das war ein Auszug aus dem aktuellen Handbuch des Landtages.

(Zurufe von Christoph Grimm, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

Sprachliche Fähigkeiten sind wichtig, sie sind der Schlüssel zur Integration.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Fangen Sie damit jetzt an?)

Ihr Antrag trägt nicht dazu bei, wir lehnen ab.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Sollen wir damit jetzt anfangen?)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich denke, dass wir uns dahin gehend einig sind, dass die Sprache der Schlüssel für die Integration ist. Nichts anderes habe ich hier vorne heute auch gehört. Wer sich also integrieren möchte, möchte seinen Lebensunterhalt in absehbarer Zeit selbst verdienen und so die Existenzgrundlage für ein Leben in seiner neuen Heimat begründen. So sehen wir das zumindest.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wer in dieser Richtung keine Anstrengungen erkennen lässt, der wandert bewusst in unser Sozialsystem ein. Und diesen Zustand zu verstetigen, ist nicht Basis für einen gesellschaftlichen Konsens.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dieser kann nur auf Basis eines erkennbaren Willens zur Integration fußen. Das entscheidende Kriterium hierbei wird – und ich denke, auch daran besteht kein Zweifel – durch den Willen zum Erlernen der Sprache deutlich. Wer also keine ernsthaften Anstrengungen unternimmt, die Sprache seines Gastlandes erlernen zu wollen, dem unterstelle ich auch, dass er den Willen zur Integration nicht hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Christian Brade, SPD)

Und wer die Sprache nicht erlernt, dem bleibt der Arbeitsmarkt verwehrt, der wird nie seinen Lebensunterhalt selbst verdienen können.

Über diese Frage, inwieweit Menschen, insbesondere, wenn sie vielleicht nur subsidiären Schutz genießen, daraus vielleicht ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bei uns noch mal begründen wollen, wenn dieser Wille nicht erkennbar ist zur Integration, werden Politiker wahrscheinlich noch mal entscheiden müssen. Ja, die Praxis sieht jedenfalls so aus, dass dieser erste Schritt des Erlernens der Sprache schon sehr oft scheitert. Umso unverständlicher ist es, denn Bildung ist Ländersache, das betrifft die Berufsausbildung, die weitergehende Bildung der hier Ankommenden, die sich gerne qualifizieren möchten. Und schon haben wir wieder die Schnittmenge. Wir müssen sehen, dass wir also auch die Daten zum Sprach- und Bildungsstand hier haben, weil die weitergehende Bildung nicht mehr vom Bund getragen wird, sie findet hier statt, im Lande.

Insofern verstehe ich das jetzt nicht, dass man sich so sträubt und sagt, das geht uns alles nichts an, es ist nicht unsere Sache, diese Daten zu erheben,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

das wird im Bund gemacht, das wird in der Arbeitsagentur gemacht, also auch in einer Bundesagentur. Wir brauchen doch diese Daten deswegen, um die Weiterbildung effizient gestalten zu können in den Bildungseinrichtungen, in den beruflichen Schulen, im dualen System, in dem wir weltweit führend sind, und so weiter. Also ich verstehe es nicht, dass man nichts unternehmen will in dieser Angelegenheit, es sei denn, dass die Ergebnisse tatsächlich so schlecht sind, dass die Zahlen eventuell den sozialen Frieden gefährden könnten hier im Land. Denn ansonsten macht es keinen Sinn, so eine Geheimniskrämerei zu machen um diese Zahlen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Richtig!)

Ja, wie gesagt, solange wir diese Zahlen nicht haben, können wir uns auch nicht effektiv darauf vorbereiten, wie wir diesen Menschen weiterhelfen sollen in den beruflichen Schulen, was müssen wir vorhalten an Lehrkräften, an speziellen Lehrkräften und so weiter. Es können auch Hilfsangebote für Menschen mit subsidiärem Schutz davon betroffen sein, die an speziellen Kursen an den Berufsschulen so ausgebildet werden können, dass sie eine berufliche Existenz in ihrer Heimat wieder aufbauen können,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

wenn diese subsidiären Schutzzeiten abgelaufen sind und die Bedingungen dafür wieder gegeben sind, dass sie zurückkönnen. Also sie haben durchaus die Möglichkeit, dort wertvolle Glieder ihrer Gesellschaft zu werden und nicht weiter Anlass zu geben, über den sozialen Frieden hier im Lande nachzudenken.

Meine Damen und Herren, insofern denke ich, dass unser Antrag doch Sinn macht und dass Sie noch mal drüber nachdenken sollten, ihm zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1577. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1577 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 38**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Schutzkonzept für gemeinschaftlich genutzte Unterkünfte ausländischer Flüchtlinge vorlegen, Drucksache 7/1585.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Schutzkonzept für gemeinschaftlich genutzte
Unterkünfte ausländischer Flüchtlinge vorlegen
– Drucksache 7/1585 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer dort, wo viele Menschen zusammenwohnen, kommt es zu Konflikten. In Wohnungslosen-Unterkünften, in Internaten, in medizinischen Einrichtungen und auch in JVA's. In all diesen Einrichtungen werden Frauen, LSBTI und Kinder besonders geschützt. Und das tun wir nicht, weil wir diese für schwach halten, sondern das tun wir, weil wir wissen, dass diese Menschen besonders häufig Opfer von Gewalt und Diskriminierung werden. Frauen mit Behinderungen werden im Übrigen am häufigsten Opfer von Misshandlungen, und Männer sind besonders häufig Täter. Nur in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete wird darauf gesetzlich noch kein Wert gelegt. Dieses ist nach wie vor eine freiwillige Aufgabe.

Circa 4,3 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind Ausländerinnen und Ausländer. Das heißt, sie haben eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie kommen aus EU-Ländern, aus anderen europäischen, afrikanischen oder asiatischen Ländern, aus Übersee, sie arbeiten und leben hier mit ihren Familien für eine bestimmte Zeit, sie sind ausländische Studierende an unseren Hochschulen und Auszubildende in unseren Betrieben. Knapp ein Sechstel von ihnen sind Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Verfahren oder mit einer Duldung, mit subsidiärem Schutz oder Flüchtlinge nach der Flüchtlingskonvention.

Die meisten Menschen kommen aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine – aus Ländern also, in denen zumindest regional Krieg und Terror herrschen. Die Menschen kommen auch aus Ghana und Eritrea – Länder, in denen es Elend und Verfolgung gibt, oder aus Albanien und Serbien, wo noch immer ethnische und religiöse Konflikte schwelen und Menschen, die gleichgeschlechtlich leben wollen, keine Chance haben, ein normales und sicheres Leben zu führen.

Wie leben diese Menschen hier in Deutschland? Ich sage es Ihnen: Sie leben in Gemeinschaftsunterkünften – Frauen, Kinder, Jugendliche, Mädchen, Jungen, Ältere, Greise und Männer. Sie leben auf engstem Raum, denn ihnen stehen per Gesetz nur jeweils sechs Quadratmeter zu. Sie teilen sich Sanitäranlagen, Gemeinschaftsräume und Küchen. Die Wände sind dünn, die Stimmung ist angespannt. Es ist ein Mix aus Kulturen, Sprachen, Einstellungen, Ethnien und Religionen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dieser Mix enthält zwangsläufig Reibungspunkte und birgt Konfliktpotenzial. Provokationen durch Gesagtes, Handlungen oder eine andere oder konträre Lebensweise können dazu führen, dass die Stimmung schnell kippt und ohne ausreichende Rückzugsmöglichkeit eskaliert. Leidtragende in einer solchen Wohnsituation sind jene, die wehrlos und schutzlos sind. Das sind besonders Frauen, Kinder, Jugendliche, aber auch homo-, trans- und intersexuelle Menschen, denn diese sind in einigen Ländern überhaupt nicht akzeptiert.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Sie werden verfolgt oder ihnen droht für ihre Lebensweise sogar die Todesstrafe. Diese Nichtakzeptanz setzt sich in einigen Kulturen hier leider dann fort. Geflüchtete werden auch in ihrem Wohnumfeld zu Opfern von Gewalt aus eben den genannten Gründen. Es handelt sich also um besonders schutzbedürftige Personengruppen, um die müssen wir uns verstärkt kümmern.

Die Gewaltbereitschaft von Männern gegenüber Frauen und LSBTI wird als problematisch angesehen. Das hat der Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern in einem Expertengespräch im Sozialausschuss des Landtages hervorgehoben. Ebenso bestätigen der Flüchtlingsrat M-V und der Landesverband der Lesben und Schwulen Gaymeinsam e. V. die Notwendigkeit, die Personengruppen mit verbindlichen Schutzkonzepten zu schützen.

Hinzu kommen spezielle ethnische und religiöse Gruppen, die in einer ungünstigen Situation mit räumlicher Nähe und ohne ausreichende Schutz- und Rückzugsmöglichkeiten besonders häufig und heftig Zielscheibe von Übergriffen werden. Übergriffe im Wohnumfeld von gemeinschaftlich genutzten Unterkünften sind nicht selten. Das geht von Einschüchterung über Handgreiflichkeiten bis hin zu körperlicher Gewalt, Missbrauch und ja, auch Vergewaltigung.

Wir verheimlichen das nicht, weil es ist passiert – auch in Mecklenburg-Vorpommern. Aber, meine Damen und Herren, dieses darf nicht passieren! Es ist unsere – und damit meine ich uns Landespolitikerinnen und Landespolitiker –, es ist unsere oberste Verantwortung, den Menschen, für die wir den Schutzauftrag haben, einhundertprozentige Sicherheit zu geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dafür stellen wir, die Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, heute diesen Antrag. Wir fordern ein landeseinheitliches Schutzkonzept und Standards für den umfassenden Schutz von Kindern, Jugendlichen, Frauen, LSBTI sowie Angehörigen religiöser und ethnischer Gruppen in gemeinschaftlich genutzten Unterkünften sowie im Wohnumfeld für ausländische Flüchtlinge.

Das Schutzkonzept und die Standards müssen im Landesrecht verankert werden. Dafür müssen das Flüchtlingsaufnahmegesetz und die dazugehörigen Richtlinien und Verordnungen überarbeitet werden. Wir wollen, dass die Menschen menschenwürdige, schützende und fördernde Rahmenbedingungen vorfinden. Es müssen erweiterte Standards an das Personal gestellt werden,

die über bisherige Regelungen hinausgehen. Dazu gehören nachweislich, und nicht wie jetzt wünschenswert – in der Richtlinie ist das Ziffer 5.1 –, interkulturelle und sprachliche Kompetenzen, Supervisionen und Weiterbildungen zu Konfliktprävention und -bewältigung. Das Personalmanagement, interne Strukturen und externe Kooperationen müssen so ausgestaltet sein, dass Gefahren ausgeschlossen werden können, dass Übergriffen vorgebeugt wird und im Fall einer Bedrohung schnell interveniert werden kann. Der professionelle Umgang mit Gewalt und Gefährdungssituationen muss in den Fokus rücken.

Abhängig vom Träger und Betreiber der gemeinschaftlich genutzten Unterkünfte gibt es diese Schutzkonzepte in einigen Einrichtungen schon. Das ist vorbildlich. Wir dürfen die Sicherheit der Geflüchteten aber nicht von der Initiative einzelner handelnder Personen abhängig machen. Im Sinne des Schutzauftrages und der Kontrolle müssen wir ein landesweites Schutzkonzept implementieren – für alle Einrichtungen. Entsprechende finanzielle sächliche und personelle Mittel müssen den Kommunen vom Land erstattet werden. Bewohnerinnen und Bewohner sollen sich in ihrem Wohnumfeld angstfrei bewegen können. Sie müssen umfängliche qualifizierte Betreuung sowie ausreichende Rückzugsräume vorfinden.

Um dieses geschützte Wohnumfeld zu realisieren, muss auch die Unterbringung außerhalb der von mehreren Hundert Menschen bewohnten Unterkünfte möglich sein. Insbesondere die dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder in speziellen Wohngruppen mit Sicherstellung der fachlichen sozialen Betreuung und Beratung ist für die besonders schutzbedürftigen Personengruppen niedrigschwellig zu ermöglichen. Dazu gehört auch, die Frauenhäuser weiter zu stärken.

Gerade letzte Woche haben wir einen Hilferuf des Güstrower Frauenhauses auch aus der Presse vernommen. Ihnen fehlen jährlich mehr als 60.000 Euro, um ihre Arbeit auszuführen. Wie lange soll das noch so weitergehen? Die Frauenschutzhäuser sind unterfinanziert, reißen Löcher in ihre Kassen, die Gehälter sind auf dem Stand von 2004 eingefroren, es finden sich nur noch schwer qualifizierte Fachkräfte für diese Arbeit. Wir hatten einst 20 Frauenhäuser. Jetzt sind es nur noch 9. Die Frauenhäuser zu sichern, gehört selbstverständlich auch zu den Maßnahmen für mehr Schutz und Hilfe für geflüchtete Frauen und Kinder.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir hier fordern, ist nicht neu, nur verschließt die Landesregierung ihre Augen vor der Handlungsnotwendigkeit.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Bereits im Frühjahr 2016 wurde gemeinsam vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und UNICEF die Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften ins Leben gerufen. Im Rahmen der Initiative haben das Bundesfamilienministerium und UNICEF Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen herausgegeben. Diese umfassende Broschüre erweitert den Fokus auf besonders schutzbedürftige Personengruppen. Diese Mindeststandards muss sich die Landesregierung bei der Implementierung eines landesweiten Schutzkonzeptes zu eigen machen.

Mit der Verankerung dieser Mindeststandards in einem verbindlichen Schutzkonzept sollen besonders schutzbedürftige Personengruppen wie Kinder, Frauen, insbesondere allein reisende Frauen, Menschen verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten, homo- und bisexuelle Menschen, Transgender, Transsexuelle und intersexuelle Menschen

(Horst Förster, AfD: Oh Gott!)

sowie angehörige religiöser und ethnischer Gruppen mehr Schutz vorfinden. Sie brauchen ein sicheres Wohnumfeld, in dem sie vor Diskriminierungen sowie präventiv und aktiv vor Übergriffen und jeglicher Form von Gewalt geschützt werden.

Unsere Forderungen aber gehen noch weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir wollen auch eine verstärkte Wertevermittlung hinsichtlich der Gleichstellung und der Rechte von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen sowie der Vielfalt der Lebensweise und Lebensmodelle in der Gesellschaft. Darauf soll obligatorisch im Rahmen von Integrationskursen sowie durch Aufklärungsarbeit hingewirkt werden. Darüber hinaus muss die Antigewaltarbeit im Land, in den Kommunen und Einrichtungen verstärkt werden. Wir wollen, dass auf allen Ebenen Konfliktlösungsstrategien weiterentwickelt werden und dass Konfliktlotsen für den Einsatz in Unterkünften und weiteren Wohnformen für ausländische Flüchtlinge ausgebildet werden.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und CDU, wir legen Ihnen für ein akutes Problem umfassende Lösungsansätze vor. Beherzigen Sie unsere Forderungen, denn sie sind dringend erforderlich! Wir brauchen mehr Schutz für geflüchtete Frauen, für Kinder und LSBTI – jetzt!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat zunächst der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrte Frau Kollegin Larisch, zunächst erst mal entschuldige ich mich für Ihre Ausführungen gegenüber den vielen Tausenden Menschen im Land, den kommunalen Bediensteten und Sonstigen, die tagein, tagaus dafür Sorge tragen, dass die Flüchtlinge im Land vernünftig untergebracht sind, dass sie die entsprechenden Anforderungen erfüllt kriegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und Andreas Butzki, SPD)

Wenn ich Ihrem Beitrag hier zugehört habe, scheinen die alle in Zelten zu wohnen, unregelmäßig Essen zu kriegen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Darum geht es doch gar nicht, Herr Caffier.)

und keine hygienische Vorsorge, keine medizinische Vorsorge.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Also das war einfach daneben, was Sie hier ausgeführt haben. Entschuldigen Sie!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD)

Das ist ja selten, dass mir das passiert, aber wenn ich so etwas höre, dann muss ich sagen, Sie treten auch die Arbeit der einzelnen Träger im Land in den Gemeinschaftsunterkünften einfach mit Füßen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nee!)

Das haben die nicht verdient!

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Richtig!)

Meine Damen und Herren, im heutigen Antrag sprechen Sie ja nicht mehr von besonders gefährdeten Geflüchteten, wie die GRÜNEN vor etlicher Zeit noch in ihrem Antrag, sondern von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Angehörigen religiöser ethnischer Gruppen und, ich liebe ja diese Abkürzungen, LSBTI.

(Horst Förster, AfD: LSBTI!)

Auch die Begründungen der Anträge ähneln sich. Im GRÜNEN-Antrag von damals

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

heißt es doch, vor allem Frauen und Minderjährige sind in allen Phasen der Flucht einem besonderen Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Im jetzigen Antrag der LINKEN wird gefordert, dass die von mir eben aufgezählte Personengruppe ein sicheres Wohnumfeld vorfindet, in dem sie vor Diskriminierung sowie präventiv und aktiv vor Übergriffen und jeglicher Form von Gewalt geschützt werden. Und auch die Parallelen bei den hinter den Anträgen stehenden Pauschalisierungen finde ich interessant, sind es doch immer die linken und grünen Parteien, die ein durchweg unkritisches Bild von den Flüchtlingen zeichnen. Hier nun drückt sich dann aber auch die Besorgnis über das Rollenverständnis von Mann und Frau unter vielen Flüchtlingen aus.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt immer noch Parallelen zwischen beiden Anträgen: Sie sind ähnlich notwendig für Mecklenburg-Vorpommern, sie sind nämlich gar nicht notwendig!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wozu soll es denn dieses Schutzkonzept für Land und Einrichtungen geben? Gefordert werden in diesem Zusammenhang unter anderem die Schaffung von menschenwürdigen, schützenden und fördernden Rahmenbedingungen, der professionelle Umgang mit Gewalt- und Gefährdungssituationen oder alternative Wohnformen als geschützte Wohnumfelder. Was glauben Sie denn, was wir in den Gemeinschaftsunterkünften machen?! Menschenunwürdige Rahmenbedingungen schaf-

fen, Gefährdungssituationen aus dem Ruder laufen lassen, keine alternativen Wohnformen bieten?!

Hätten Sie mal bei meiner Rede vor nicht einmal zwei Jahren zum selben Thema zugehört, dann hätten Sie sich die Arbeit für Ihren Antrag sparen können! Aber ich nutze die Gelegenheit gerne dazu, noch einmal die Aktivitäten der Landesregierung, der Kommunen und der Träger aufzuführen.

Zu den Landeseinrichtungen: Hier haben wir beispielsweise mit den Maltesern, aber auch mit dem DRK und anderen umsichtige und gute Betreiber. Risikoanalysen am jeweiligen Standort werden durchgeführt und Gewaltschutzkonzepte darauf aufbauend erstellt und vorgehalten. Ziel hierbei ist natürlich die Sicherstellung von Schutz und Hilfe für Kinder, Jugendliche und Frauen vor körperlicher, sexueller oder seelischer Gewalt.

Die konzeptionelle Erarbeitung orientiert sich im Übrigen an den vom Bundesfamilienministerium und von UNICEF hierzu veröffentlichten Mindeststandards. Diese beinhalten insbesondere auch die Aspekte Personal, Personalmanagement, innere Strukturen und externe Kooperation, Umgang mit Gewalt und Gefährdungssituationen, Risikomanagement, menschenwürdige, schützende und fördernde Rahmenbedingungen sowie Monitoring und Umsetzung des Schutzkonzeptes.

Die Zielgruppe der schutzbedürftigen Personen geht aber nach der EU-Aufnahmerichtlinie über Frauen, Kinder und Jugendliche hinaus und umfasst dabei auch die in Ihrem Antrag aufgezählte Personengruppe. Maßnahmen, die wir in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Außenstellen bereits umgesetzt haben, umfassen ein sogenanntes Schutzhaus, die Trennung nach Herkunftsländern, einen Koordinator für Gewaltschutz, eine Beschwerdestelle, Erstansprechpersonen bei Vorfällen und Übergriffen, Ablauf- und Notfallpläne bei Verdacht auf Übergriffe, kinderfreundliche Orte, Supervision für alle Mitarbeiter, spezielle Angebote für Frauen, Deeskalationstrainings für alle Mitarbeiter, die Verteilung von LSBTI in enger Abstimmung mit dem LAiV auf ausgewählte Gemeinschaftsunterkünfte – alles Maßnahmen, für die Sie hier nun heute ein extra Konzept gefordert haben.

In den Kommunen greifen die Betreuungsrichtlinien und die Gemeinschaftsunterkunftsverordnung, die Sie anpassen wollen. Aber wozu? Die räumlichen, personellen und fachlichen Voraussetzungen, die regelmäßig in Gewaltschutzkonzepten vorgesehen sind, sind in diesen Landesregelungen alle enthalten.

Bei der Betreuung der Flüchtlinge deeskalieren und beruhigen die Mitarbeiter in den Einrichtungen schon, bevor es überhaupt zu Spannungen kommt. Die Mitarbeiter sind entsprechend ausgebildet und geschult. Sie erhalten Fortbildungen, tauschen sich auch über den Umgang mit Problemgruppen oder besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus. Die wissen, was sie zu tun haben. Das erreichen wir durch die Betreuungsrichtlinie, in der die fachlichen Voraussetzungen des Betreuungspersonals konkretisiert sind. Es werden fundierte pädagogische und psychologische Kenntnisse und hohe soziale Kompetenzen erwartet. Und es gehört auch bereits zu den Aufgaben der Mitarbeiter, den Flüchtlingen den Alltag in Deutschland näherzubringen. Dazu gehören Behördengänge genauso wie ein Besuch bei einem Sportverein.

Meine Damen und Herren von der Linksfraktion, ich verstehe deshalb beim besten Willen nicht, was dieser Antrag soll. Ich glaube auch nicht, dass ich Ihnen hier Neuigkeiten erzählt habe, denn alle, die Sie hier im Raum als Abgeordnete sind, erleben das vor Ort, was ich ausgeführt habe. Trotzdem kommen Sie mit diesem Antrag. Ich kann mich im Ergebnis also nur wiederholen: Diesen Antrag braucht kein Mensch!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir sind in den Flüchtlingseinrichtungen gut aufgestellt. Wir helfen den Asylbewerbern frühzeitig bei der Integration, Probleme werden gelöst, Fragen beantwortet und Hilfsbedürftigen wird geholfen.

Dass es immer mal wieder zu Problemen kommt oder das eine oder andere nicht funktioniert, ist, glaube ich, selbstverständlich. Dazu sind wir aber aufgefordert, diese Probleme zu lösen und zu regeln. Und das tun wir gemeinsam. Für die Lösung der Probleme braucht es aber Ihren Antrag nicht, sondern diese Landesregierung, die ohne großes Tamtam dann einfach eben diese Probleme mit den sie tragenden Fraktionen aufgreift. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD –
Minister Harry Glawe: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegen hier in diesem Hohen Hause! Also im Grunde hat der Innenminister mir schon fast alles vorweggenommen.

(Marc Reinhardt, CDU:
Schönes Wochenende!)

Frau Larisch, was mir in Ihrer Einbringung gefehlt hat: Sie fordern ein Schutzkonzept, benennen aber nicht mit einem einzigen Wort,

(Marc Reinhardt, CDU: Ja, das stimmt.)

weder in Ihrem Antrag noch in Ihrer Einbringungsrede, welche Religion geschützt werden soll,

(Karen Larisch, DIE LINKE: Jede Religion.)

vor wem diese Religion geschützt werden soll, wer konkret geschützt werden soll und wer vor allem vor wem geschützt werden soll. Das hat absolut gefehlt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vor Ihnen zum Beispiel!)

Nun lassen Sie mich mit meinen Ausführungen mit einem dramatischen Beispiel beginnen: Im Sommer des letzten Jahres ereignete sich in München eine schreckliche Tragödie. Der Afghane Mostafa J. stach in einer Asylunterkunft einem russischen Jungen, 5 Jahre alt, ein Messer in den Hals. Das Kind starb. Auch dessen Mutter, 47 Jahre, wurde schwer verletzt. Der Täter war ausreisepflichtig, konnte aber nicht abgeschoben werden. Die Begründung: Mostafa J. war inzwischen zum Christen-

tum übergetreten, weshalb er eine Duldung vom Freistaat Bayern erhielt, da ihm in Afghanistan angeblich der Tod gedroht hätte.

Der hier vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE spricht sich wohl aufgrund solcher Geschehnisse für ein Schutzkonzept im Wohnumfeld von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus. Die AfD-Fraktion begrüßt eine öffentliche Diskussion hierzu ausdrücklich, denn es ist eine Zumutung, dass Frauen und Kinder mit Menschen wie Mostafa J. in denselben Einrichtungen leben müssen.

Der Antrag der LINKEN spricht also echte Probleme an, doch sind die daraus abgeleiteten Forderungen leider verfehlt. Die Feststellung des Antragstextes besagt, dass in den Unterkünften wie auch im Wohnumfeld ein besonderer Schutzbedarf gesehen wird. Zumindest, was die Unterkünfte selbst angeht – und das hat auch der Herr Caffier aufgeführt –, muss dies als linke Offenbarung gegenüber den Verhältnissen angesehen werden. Immerhin war und ist es auch DIE LINKE, die der illegalen Einwanderung Tür und Tor öffnet und somit die ausufernde Gewalt erst ermöglicht hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

DIE LINKE teilt uns mit diesem Antrag mit, dass ihre eigene Grenzöffnungsrhetorik verfehlt ist. Sie erkennt an, dass viele der ins Land gelassenen Personen zu Gewalt gegen Minderheiten neigen, emanzipatorische Errungenschaften bekämpfen sowie ethnische und religiöse Konflikte in unser Land tragen. Was sonst ist also diese Feststellung dieses Antrages?

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat sich von Anfang an gegen die Gewalt von und gegenüber Flüchtlingen ausgesprochen. Anstatt dies aber nur zu beklagen, lautet unsere Frage: Woher kommt diese Gewalt, Frau Larisch? Und diese Antwort bleiben Sie – zumindest bis jetzt – uns schuldig. Unserer Lesart nach entsteht diese Gewalt gerade aus einem kulturellen und einem individuellen Kontext im Zuge der Migration selbst.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aus kultureller Sicht ist es unverantwortlich, einer Masseneinwanderung das Wort zu reden, ohne auch nur ansatzweise die Integrationsfähigkeit unseres Landes mitzudenken. Ja, die Integrationsfähigkeit hat auch in Mecklenburg-Vorpommern bereits ihre Möglichkeiten überschritten. Das sehen wir derzeit exemplarisch hier in Schwerin auf dem Großen Dreesch.

Masseneinwanderung aus islamischen Ländern fördert die Gewalt und den Wertekonflikt auf unseren Straßen. Ich erinnere hier nur an den Jahreswechsel in Schwerin, wo laut „Bild“ eine Polizistin von einem jungen Syrer, entschuldigen Sie bitte, ich zitiere, als „Schlampe“ und „Hure“ beschimpft wurde sowie unsittlich berührt worden ist.

Liebe Abgeordneten der LINKEN, ich sage es Ihnen ganz deutlich: Wer als Syrer in unser Land kommt, um Schutz bittet und sich dann so verhält, der braucht keine zum x-ten Male in Integrationskursen durchgekaute Wertevermittlung, wie Sie sie hier fordern, der braucht nur eines – die Abschiebung zurück in sein Heimatland!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber auch aus einer individuellen Perspektive heraus wird Gewalt dann wahrscheinlicher, wenn Menschen mit einer völlig falschen Erwartungshaltung in eine hoch ausdifferenzierte und arbeitsteilige Gesellschaft gelockt werden. Diesen Bildungsanforderungen entsprechen jene Personen häufig nicht. Enttäuschung, Ablehnung und Hass gegenüber unserer Gesellschaft wird so der Boden bereitet.

(Horst Förster, AfD: Genau.)

Jeder, der sich mit Statistiken über die Gewalt, insbesondere in und um Flüchtlingsheimen auseinandergesetzt hat, besitzt ein entsprechendes Problembewusstsein. Die Fraktion DIE LINKE fiel in diesem Bereich bisher nicht sonderlich auf. Umso besser, dass die Sensibilität für die negativen Folgen der Massenmigration nun auch bei Ihnen angekommen ist.

Meine Damen und Herren, sollen wir also künftig Schutzsuchende vor Schutzsuchenden schützen? Die Frage, die die LINKE heute beantworten muss, ist, warum eine Person wie der eingangs beschriebene Mostafa J. überhaupt Frauen und Kinder in diesen Einrichtungen hat attackieren können. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die überbordende illegale Migration die Kontrollfunktion des Staates und seiner Institutionen ausgehebelt hat. Das daraus erwachsene Chaos in den Einrichtungen führt zu einer schwindenden Sicherheit der dort Untergebrachten. Nur, wenn Sie dies endlich verstehen, können Sie Schutzbedürftigen helfen, in Gemeinschaftsunterkünften wahrhaft würdigen Schutz zu bieten.

DIE LINKE fordert in ihrem Antrag menschenwürdige Rahmenbedingungen in den Unterkünften. Im Umkehrschluss heißt dies wohl, dass menschenunwürdige Bedingungen vorzufinden sind. Das ist eine böswillige Unterstellung. Bevor Sie hier solch abenteuerliche Anschuldigungen gegenüber den vielen Helfern verbreiten, sollten Sie diese auch konkret benennen können.

Ich erinnere die Bürger dieses Landes gern daran, wie DIE LINKE Anfang des vergangenen Jahres noch laut kritisiert hatte, dass in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Nostorf-Horst schlimme Zustände herrschen würden. Es war dann meine Fraktion, die sich einen Vor-Ort-Termin hat geben lassen, um mit den Verantwortlichen zu sprechen. Natürlich ist dieser Ort kein Wellnesshotel. Natürlich stiegen die Polizeieinsätze in Nostorf-Horst rapide. Der Besuch zeigte uns aber, dass von menschenunwürdigen Verhältnissen überhaupt gar keine Rede sein kann. Die Bewohner werden gut versorgt, haben Internet und verfügen über ausreichend Wohnraum. Es gibt mehrere Sportplätze, einen Kindergarten und werktags medizinische Betreuung. Davon können viele Einwohner der umliegenden Dörfer nur träumen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Steuergelder unserer Bürger als eine Investition in das Menschenunwürdige zu bezeichnen, ist jedenfalls völlig realitätsfern. Lange Zeit haben Sie von Migranten ausgehender Gewalt nichts wissen wollen. Für Sie kamen Fachkräfte, Raketenforscher und Goldstücke, die uns bereichern. Wir sind die Partei, die die Gewalt im Zuge der Masseinwanderung auch gegenüber Kindern und Frauen erst enttabuisiert hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In Ihrem Antrag fordern Sie zudem, dass alternative Wohnformen zu entwickeln und zu implementieren seien. Wir haben doch alle jüngst in der Presse gelesen, wie in vielen Gemeinschaftsunterkünften zunehmend Plätze frei werden. Die Personen mit Bleiberecht ziehen vor allem in die Ballungszentren nach Schwerin und Rostock, wo sie billigen Wohnraum und soziokulturellen Anschluss finden. Nicht alternativer Wohnraum ist deshalb die Forderung der Stunde, es braucht die von uns heute Vormittag angesprochene negative Wohnsituation.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren der Linksfraktion, in Ihrem Antrag fehlt generell eine wichtige Erkenntnis. Dadurch, dass Sie nicht zwischen den wirklichen Schutzbedürftigen und Gewalttätern unterscheiden, verlieren Sie die Glaubwürdigkeit gegenüber Ihrer Hauptwählergruppe –

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

den sozial Schwachen und dem arbeitenden Volk. Der Antrag vergisst, dass es auch Deutsche sind, die Schutz begehren: alte Menschen, die ihren Stadtteil nicht wiedererkennen, Frauen, die sich nicht mehr sicher fühlen, wenn sie in bestimmten Gegenden zu bestimmten Zeiten unterwegs sind, siehe allein in Greifswald und Ueckermünde am vergangenen Wochenende. Und Sie fordern eine hundertprozentige Sicherheit, wollen uns aber erklären, dass die, die hier schon länger leben, auf eine hundertprozentige Sicherheit verzichten müssen. Das ist doch ein völliger Irrsinn.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und genau diese traurige Höherstellung des Fremden gegenüber dem Eigenen ist genau die Politik, die Sie für immer mehr Menschen unwählbar macht. Genau aus diesem Grund sind Hilfe vor Ort

(Thomas Krüger, SPD:
Genau aus diesem Grund haben
Sie 80 Prozent auch nicht gewählt.)

und die Durchsetzung des Rechtsstaates so viel humaner als eine von Ihnen noch weiter auszubauende Asylindustrie.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Würden Sie hier endlich mal in einer Analyse ehrlich zu sich selbst sein, dann würde wirklich Frauen und Kindern geholfen. DIE LINKE sollte endlich anfangen, sich der neuen sozialen Frage zu widmen.

Die klugen Worte von Herrn Werner Patzelt bringen dies auf den Punkt. Ich darf zitieren: „Ein wirklich guter Dialektiker würde die Übernutzung öffentlicher Güter als Antithese zum globalen Gerechtigkeitsstreben ernstnehmen und nach einer pragmatischen Politiksynthese von Sozial- und Nationalstaatlichkeit samt internationaler Solidarität suchen.“ Zitatende.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Genau hieran lässt sich ableiten, wo das eigentliche Problem der Linken liegt. Anstatt nach ineffizienter Klientel- und Minderheitenpolitik zu rufen, liegen die Sorgen der Bürger in ganz anderen Bereichen. Sie wollen das

wichtigste öffentliche Gut verteidigt wissen, unsere über lange Zeit errungene eigene Lebensweise, die Frieden und Wohlstand bedeutet und wirklich Schutzbedürftigen auf die Beine hilft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Denn genau diese Lebensweise ist es, die sich nicht mit zunehmender Migrantengewalt in unseren Städten trägt. Diese Lebensweise ist es, die einem Niedriglohnwettbewerb durch unqualifizierte Zuwanderung bei gleichzeitiger Neubelastung unserer Sozialkassen den Riegel vorschiebt. Internationale Solidarität mit Flüchtlingen kann nur Hilfe vor Ort heißen.

Liebe LINKE, irgendwie kommt es mir so vor, als wenn Sie in letzter Zeit nur noch schwer die Augen vor der Realität verschließen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Machen Sie ruhig so weiter, dann klappt es auch bald mit gemeinsamen Anträgen der Opposition gegen Migrantengewalt.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dieser Antrag hingegen ist eine scheinbar einfache Lösung für einen komplexeren Zusammenhang, den Sie augenscheinlich noch nicht erkannt haben. In der Hoffnung, dass Sie unsere Kritik beherzigen, werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die BMV-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Zunächst zu den Begrifflichkeiten. Vielleicht sind mir die Feinheiten der gendergerechten Sprache nicht bekannt, aber ich weiß nicht genau, was ausländische Flüchtlinge sind. Gibt es auch inländische Flüchtlinge?

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Das können Sie mir vielleicht in der Pause noch mal erklären, Frau Larisch.

Es wurden sehr viele Personen genannt, die besonders schutzbedürftig sind: Kinder, Jugendliche, Frauen, Menschen mit abweichender sexueller Orientierung oder Geschlechteridentität, religiöse und ethnische Minderheiten. Nur eine Sache wurde nicht benannt, und darauf kommt es an: Von wem geht die Bedrohung eigentlich aus? Vor wem sollen die Kinder und Jugendlichen, die Frauen, die Homosexuellen und so weiter und so fort in den Gemeinschaftsunterkünften geschützt werden?

Es wird bereits ein maßgeblicher Aufwand betrieben, um die Gemeinschaftsunterkünfte und die Asylbewerber zu schützen. Bereits jetzt wird zum Beispiel die religiöse Zugehörigkeit bei der Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes und den Gemeinschaftsunterkünften berücksichtigt. Alle Gemeinschaftsunterkünfte

werden von privaten Wachdiensten bewacht. Bei der Landespolizei wurden außerdem 100 zusätzliche Stellen geschaffen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen, so wurde es genannt. Auf meine Kleine Anfrage wurde mitgeteilt, dass diese Polizisten tätig sind in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Sie üben dort einen Präsenzdienst aus. Sie sind zuständig für das Einschreiten bei Störungen im Innenbereich. Sie unterstützen den Sicherheitsdienst und sie schreiten ein bei Störungen bei Angriffen von außen. Und wenn man dann fragt, von wem geht die Bedrohung in diesen Gemeinschaftsunterkünften aus, wäre es wahrscheinlich sinnvoller, zunächst mal die Polizisten vor Ort zu befragen. Vielleicht führen sie keine Statistiken, keine differenzierten, weil es keine Erfassungsgrundlage dafür gibt, aber sie müssten im Bilde sein, welche Probleme es gibt, denn ohne Grund wird unsere Landesregierung mit Sicherheit nicht zusätzlich 100 Polizeistellen geschaffen haben.

Aber der entscheidende Punkt – ich habe das schon angesprochen – ist eben, dass der Antrag nur die zu schützenden Personen benennt. Er benennt nicht die, vor denen geschützt werden soll, und der Antrag benennt auch nicht die Gefahren, die vermieden werden sollen. Das sind einfach, ich sage mal, Basics in der Sicherheitspolitik: Wenn ich irgendwen, irgendwas machen will, wenn ich irgendein Schutzkonzept erstellen will, irgendwelche Schutzmaßnahmen treffen will, muss ich eins machen, eine Gefährdungsanalyse. Das ist eigentlich immer der Ausgangspunkt, den ich machen muss, egal, in welchem Bereich. Das ist der erste Schritt für ein Schutzkonzept, und das fehlt hier, diese Vorbereitung. Hier wäre noch eine umfangreiche Vorbereitung notwendig gewesen für diesen Antrag, und ohne diese Angaben ist der Antrag unschlüssig und abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort die Abgeordnete Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme erst mal darauf, was ausländische Flüchtlinge sind: Das Flüchtlingsaufnahmegesetz sagt im Paragraphen 1 „ausländische Flüchtlinge“.

(Dr. Matthias Manthei, BMV: Ja.)

Denken wir an die Menschen, die vielleicht aus der Sowjetunion gekommen sind, das sind auch manchmal Geflüchtete, aber manchmal sind sie nicht ausländisch, sondern deutsch. Wer weiß das schon? Es gibt auch Binnenflüchtlinge. Lesen Sie das Flüchtlingsaufnahmegesetz, dort ist es genau definiert.

(Zuruf von Martina Tegmeier, SPD)

Trotzdem würde ich jetzt ganz gerne einmal auf die Debatte eingehen. Ich bin ein wenig erstaunt, dass hier niemand mitkriegt, was in diesem Land, in dieser Bundesrepublik insgesamt los ist.

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir haben sehr wohl, wie Sie es bezeichnen, einige neue rechtliche Rahmenbedingungen zum Schutz von Frauen geschaffen, zum Beispiel „Nein heißt Nein“. Ich denke an die Debatte, da ging es um die besagte Armlänge.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD)

Seit Jahren fordern vor allem auch deutsche Frauen von deutschen Männern, Sexismus, sexuelle Übergriffe zu thematisieren und diese endlich zu erkennen. Vielleicht können Sie mir ja mal erklären, warum halbnackte Frauen für Autoreifen, Bratwürste oder eine Autowäsche werben müssen. Das ist purer Sexismus!

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Jens-Holger Schneider, AfD: Was hat
das jetzt mit dem Thema zu tun?)

2015, die Statistik von 2015, Gewalt gegen Frauen: vorsätzliche einfache Körperverletzung 65.800, Bedrohung 16.200, gefährliche Körperverletzung 11.400, Stalking 7.900, Mord und Totschlag 331. Das alles sagt die Statistik der Polizei, das ist Frauen in deutschen Partnerschaften 2015 passiert. Und Sie sagen mir, in diesem Land gibt es kein Problem mit Gewalt gegen Frauen, gegen Kinder!

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das hat doch nichts mit dem
Tagesordnungspunkt zu tun.)

Doch, das hat etwas damit zu tun.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Doch, das hat etwas damit zu tun. Wir stellen nämlich auf gar keinen Fall ausländische Frauen höher als deutsche Frauen. Für uns sind alle Menschen gleich wichtig. Es ist überhaupt kein Geheimnis,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

es ist überhaupt kein Geheimnis, dass nach unser Überzeugung Großunterkünfte keine menschenwürdige Unterbringung sind. Es ist kein Geheimnis, dass wir als LINKE sechs Quadratmeter Wohnraum nicht für menschenwürdig erachten. Und das hat nichts damit zu tun,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Dann stellen
Sie doch mal einen entsprechenden Antrag!)

dass wir die Mitarbeitenden und Mitarbeiter in diesen Unterkünften diskreditieren wollen. Wir halten alleine das Flüchtlingsaufnahmegesetz nicht für menschenwürdig. Ich habe sehr viel auch mit Polizistinnen und Polizisten, mit Sicherheitsdiensten gesprochen, und zufällig hatte ich letztes in Güstrow einen Bundeswehrangehörigen oder ehemaligen Bundeswehrangehörigen getroffen, der jetzt in Güstrow eine Ausbildung an der Polizeischule macht, der war damals in Basepohl. Der hat mir etwas erzählt und ihm ist aufgefallen – und das ist das, was uns auch immer auffällt –, ja, Polizistinnen und Polizisten, Sicherheitsdienste tragen Uniformen. Und wovor laufen diese Menschen weg? Vor Uniformen! Es gibt ganz viele,

(Horst Förster, AfD: Sollen die
etwa im Schlafanzug rumlaufen? –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

es gibt ganz viele Polizistinnen und Polizisten, die dieses auch erkannt haben, und das ist sehr gut, und das rechnen wir auch hoch an.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich diskutiere viel mit diesen Menschen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Opfer haben Sie in Ihren Erwiderungsreden nämlich gar nicht im Blick.

Und wenn ich Herrn Kramer jetzt wieder gehört habe, wundere ich mich schon sehr, dass Sie in keinsten Weise wahrnehmen, was Frauen so gewünscht wird. Die sagen, ja, ein Täter ist ein Täter, es ist egal, welche Herkunft der Täter hat, und wenn der Täter ein Deutscher ist, dann ist häufig vielleicht die Frau schuld,

(Horst Förster, AfD: Das ist doch absurd!)

und wenn der Täter ein Ausländer ist,

(Horst Förster, AfD: Was für
ein Weltbild haben Sie?!)

wenn der Täter ein Ausländer ist, ich zitiere: „Ich hoffe, es trifft mal die Willkommens-Klatscher.“ Zitatende. Neues Zitat: „Waren es wenigstens Bahnhofs-Klatscherinnen, die zum Opfer wurden, dann hätte es ja wenigstens eine lehrreiche Nebenensenz.“ Zitatende. Neues Zitat: „Aber nur für deutsche Kinder und dieses andere Pack wieder in ihr Drecksland bringen und die Politiker gleich mit.“ Zitatende.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Soll ich wiederholen, was sonst noch so irgendwo in Facebook steht? Das Schlimmste, was ich gelesen habe, Zitanfang: „Ohne Mengele würde unsere Medizin so weit zurück sein und du eventuell in einer Nervenheilanstalt.“

Noch mal ...

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Jetzt nicht, mir ist schlecht.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete, einen Moment bitte! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kramer?

Karen Larisch, DIE LINKE: Nein.

Und jetzt möchte ich auf die Dunkelfeldstudie hinweisen, in der wieder einmal gesagt wurde, dass nicht alle Straftaten und vor allen Dingen Sexualdelikte angezeigt werden,

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Stephan J. Reuken, AfD)

denn es hat immer auch mit Demütigung zu tun.

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist aber nicht das Thema.)

Doch, genau das ist das Thema, wenn es um Schutzkonzepte geht.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Sie tun hier so, als wenn das in diesem Land nicht passiert.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wer sind denn die Täter in den Unterkünften für Sie?)

Alle.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Meine Güte noch mal! Mit Ihnen rede ich nicht. Überlegen Sie einfach, was Sie am 19.04.2015 in Güstrow getan haben, und dann können wir gerne weiterreden!

So, und jetzt reden wir einmal über die Fluchtursachen, weil Sie ja danach gefragt haben. Sie trinken Kaffee für ganz wenig Geld, Sie essen Früchte, die kommen aus Übersee, Rosen, die Sie kaufen, kommen aus Afrika und stehlen den Menschen dort das Wasser.

(Dietmar Eifler, CDU: Bei welchem Tagesordnungspunkt sind Sie denn, Frau Larisch?)

Wahrscheinlich sind sogar Ihre Jeans nicht mal fair gehandelt, und das Material in Ihren Smartphones, das sind Rohstoffe, die häufig unter gesundheitsgefährdenden harten Bedingungen und für Hungerlöhne an- und abgebaut beziehungsweise verarbeitet werden,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

es sei denn, Sie haben ein geprüftes Fairtrade-Label auf den Produkten.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Anstatt eine verantwortungsvolle Politik zu betreiben,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

wollen Abgeordnete der AfD und eventuell sogar die neue Regierung – ich hoffe, nicht – die Flüchtlinge in Großlagern unterbringen. Die AfD möchte sogar Lager vor Europas Grenzen einfach aufbauen und die Menschen dort ihrem Schicksal überlassen. Die Zustände in libyschen Lagern zum Beispiel sind laut der internationalen Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ unbeschreiblich katastrophal. Das Martyrium, aus dem die Menschen geflohen sind, setzt sich dann fort. Das ist ernsthaft Ihre Antwort auf Flucht und Migration.

Die Menschen, die es trotz aller Widrigkeiten nach Europa schaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen zu uns, um Schutz und Perspektiven zu finden.

(Horst Förster, AfD: Sollen alle kommen von dieser Welt?)

Genauso heterogen wie die Menschen in Deutschland, Frankreich, Russland und den USA sind, genauso hete-

rogen ist die Gruppe der ausländischen Flüchtlinge. Unter ihnen sind Tausende, die sich integrieren wollen, daher nicht auffallen, und natürlich auch einige Querschläger. Damit müssen wir umgehen, dazu gehören der Schutz der Menschen, die friedlich leben wollen, und die Strafverfolgung von straffällig gewordenen Personen. Übergriffe passieren immer wieder. Das wissen Sie und das thematisieren Sie auch. Ich finde es nur tatsächlich sehr, sehr merkwürdig, dass Sie dann immer wieder kommen mit der Abschiebung. Ich habe dazu tatsächlich eine ganz andere Meinung, meine Partei hat dazu auch eine andere Meinung, aber das wissen Sie ja.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit die Erstaufnahmeeinrichtungen in Nostorf-Horst und Stern Buchholz sowie über 60 Gemeinschafts- und Notunterkünfte, in denen ausländische Flüchtlinge nach Paragraph 1 Absatz 1a, d und e des Flüchtlingsaufnahmegesetzes aufgenommen und untergebracht werden. In den Unterkünften leben mehrere Tausend Frauen, Kinder und LSBTI, die in einer besonderen Wohnsituation besonderen Schutz brauchen. Aufgrund der räumlichen Bedingungen der oft mit mehreren Personen belegten Zimmer und der gemeinschaftlichen Nutzung, unter anderem von Sanitärbereichen, Küchen und Essensräumen, Innen- und Außenanlagen, kann spätestens außerhalb des individuellen Wohnbereiches der Schutz im direkten Wohnumfeld nicht immer sichergestellt werden. Besonders schutzbedürftige Personen sind daher manchmal leicht Bedrohungen im Wohnumfeld ausgesetzt und nicht ausreichend vor Übergriffen geschützt.

(Stephan J. Reuken, AfD:
Was reden Sie denn da?)

Ebenso – so wurde mehrfach berichtet – kommt es mitunter zu Konkurrenz- und neidmotivierten Auseinandersetzungen, zum Beispiel durch unterschiedliche Aufenthaltstitel. Wenn es dermaßen an die Existenz geht, und damit meine ich nicht, an eine berufliche Existenz oder einen gesellschaftlichen Status, sondern es geht um das Leben und Überleben und das Bleiben in Deutschland, dann ist das Dauerstress für die Menschen. Im Sozialausschuss wurde das mehrfach thematisiert, der Landesfrauenrat hat das thematisiert und auch die Flüchtlingsräte haben dieses immer wieder thematisiert. Die Landesregierung kann und muss konkret etwas tun, um geeignete geschützte Wohnformen zu unterstützen.

Die Gemeinschaftsunterkunftsverordnung regelt die Mindestanforderungen in Art, Größe und Ausstattung der Unterkünfte, wonach Gemeinschaftsunterkünfte nach Größe und Ausstattung menschenwürdig zu gestalten sind. Dass jeder hier einen anderen Begriff und auch ein anderes Verständnis für Menschenwürde hat, ist legitim. Insbesondere sind Gesundheit und sittliches Empfinden der Bewohner nicht zu beeinträchtigen. Dies allein scheint aber nicht zu reichen und hier muss nachgebessert werden.

Auch die Richtlinie für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung der Bewohner vom 25. September 2000 muss dringend nachgebessert werden und auf das Jahr 2018 angepasst werden. Die Anwendung des von uns landesweit verbindlichen Schutzkonzeptes kann und muss bereits in Paragraph 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes festgeschrieben werden. Die Kostenerstattung für die Aufwendungen sind in Paragraph 5 entsprechend zu regeln.

Eine verstärkte Wertevermittlung zu Rollenbildern und der Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft ist sehr wichtig. Woher sollen es denn Menschen aus patriarchalen Staaten einfach so wissen? Das muss grundlegend vermittelt werden. Aufklärungsarbeit und Kurse über die Rechte von Frauen und Mädchen sind dringend erforderlich, Konfliktlotsen müssen ausgebildet werden, qualifizierte Kinderbetreuung in den Unterkünften, und darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Frauen tatsächlich auch an den Integrationskursen teilnehmen können. Das können Sie doch nicht von der Hand weisen!

Wir haben mit Frauen geredet, mit dem Landesfrauenrat, mit den Frauen, die in Frauenrechtsorganisationen arbeiten, mit den Geflüchteten. Das sind tatsächlich Informationen, die wir aus erster Hand haben. Geflüchtete Frauen müssen, wenn es nötig ist, in den Frauenschutzhäusern auch Schutz finden können. Aber dafür müssen doch erst mal die Finanzierung ihres Aufenthaltes und die soziale Betreuung durch Fachpersonal sichergestellt werden.

Hier möchte ich noch mal auf die Hilferufe der Frauenschutzhäuser insgesamt zu sprechen kommen. Seit 2004 bekommen diese Menschen, die dort arbeiten, ein Gehalt – na ja, dazu sage ich nichts, das ist jedem bekannt, sehr, sehr wenig. Und in Güstrow – Herr Renz, Sie gucken mich an – fehlen 60.000 Euro.

(Torsten Renz, CDU:
Das stimmt nicht. Ich habe gerade Frau Oldenburg angesehen. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Mensch, sie ist auch eine Frau und auch wunderschön!

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit –
Beifall Bernhard Wildt, BMV)

Die Landesregierung muss hier ordentlich nachziehen. Stimmen Sie unserem heutigen Antrag zu und gehen Sie den entscheidenden Schritt für den Schutz geflüchteter Frauen, Kinder und LSBTI in Mecklenburg-Vorpommern! Ich beantrage im Namen meiner Fraktion eine namentliche Abstimmung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Also Frau Larisch, es ist echt unerhört, das schlägt dem Fass den Boden aus! Diese Debatte ist ja ein Ideologiekurs gewesen noch und nöcher. Sie haben nicht einmal zur Sache geredet, in der Einbringung ja, aber eben in der Aussprache nicht einmal zur Sache.

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Ich habe auf Sie reagiert.)

Das war völlig unmöglich. Was ich viel schlimmer finde, das sei Ihnen ja zugestanden, was ich viel schlimmer finde, ist die Tatsache, dass Sie, wenn Sie augenschein-

lich keine sachlichen Argumente haben, nur noch auf der persönlichen Ebene versuchen zu argumentieren

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und sich hier hinstellen und irgendwelche kruden Zitate von Facebook rezitieren, das so dastehen lassen, weil Sie mich vorhin namentlich angesprochen haben, als hätte ich das dort geschrieben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Den Eindruck hätte man aber gewinnen können. Ich habe ihn so gewonnen, und das sei auch mir zugestanden.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Ich finde das unmöglich – das hatten wir heute Vormittag schon, auch durch Sie –, dass Sie die AfD-Landtagsfraktion, dass Sie mich, die Parteimitglieder und auch die Referenten und unseren Mitarbeiterstab dafür verantwortlich machen, was irgendjemand auf irgendeiner Facebook-Seite kommentiert. Wir können nun mal nicht rund um die Uhr hinterher sein und diese Kommentare löschen. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir das regelmäßig überprüfen.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Tun Sie das?)

Natürlich. Ansonsten hätten wir ja auch das von Ihnen gestern, glaube ich, war das, angesprochene Zitat gefunden. Es wurde aber gelöscht.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Genau.)

Wie gesagt, das finde ich unerhört.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Kommen Sie mit Argumenten, dann können wir uns auf Augenhöhe begegnen,

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Gehen Sie in den Sozialausschuss,
da können Sie zuhören!)

dann können wir uns in einer vernünftigen Debatte wiederfinden!

(Karen Larisch, DIE LINKE:
Gehen Sie in den Sozialausschuss.)

Aber machen Sie endlich ein Ende mit Ihren persönlichen Anwürfen, die wirklich jenseits, unterhalb der Gürtellinie sind! Das funktioniert so nicht, so funktioniert keine Debatte hier in diesem Hohen Hause.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Richtig!)

Dann offenbaren Sie sich selbst auf die Nachfrage, als Zwischenruf, wer denn die Täter sind. Da sagen Sie: „Alle.“

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das ist doch irre, das ist doch völlig irrational, dass Sie alle ... Sie laden die ganze Welt zu uns ein, und dann sind das aber alles Täter.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wir sollen also alle vor allen, vor der gesamten Welt schützen. Völliger Irrsinn!

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Das ist mir völlig unbegreiflich. Sie fordern, dass Menschen aus patriarchischen Ländern hier umgeschult werden. Also das ist schon fast, das grenzt doch an Größenwahn zu glauben, dass Sie diese Menschen kulturell umerziehen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und vor allen Dingen, das will doch auch niemand. Wollen Sie anderen Menschen Ihre Ideologien aufzwingen?

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das funktioniert nicht, das funktioniert so nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1585 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nun den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das noch tun möchte? – Bitte.

(Die Abgeordneten Dr. Till Backhaus und Sandro Hersel werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, das aber tun möchten? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 15.23 Uhr

Wiederbeginn: 15.24 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

An der Abstimmung haben insgesamt 52 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 9 Abgeordnete, mit Nein stimmten 43 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1585 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Lehrermangel beheben – Ausbildungsbedingungen für künftige Lehrkräfte verbessern, auf Drucksache 7/1589.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Lehrermangel beheben –
Ausbildungsbedingungen für
künftige Lehrkräfte verbessern
– Drucksache 7/1589 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg für die Fraktion DIE LINKE.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hunderte offene Referendarsplätze, die Hälfte der Lehramtsstudenten bricht ihr Studium ab und in den kommenden zwölf Jahren brauchen wir über 7.000 neue Lehrerinnen und Lehrer. Ich denke, dass wir uns bis dahin einig sind.

Was muss Mecklenburg-Vorpommern jetzt tun, um Lehrkräfte zu gewinnen, um die Ausbildungsbedingungen für Lehramtsstudentinnen und -studenten zu verbessern und ihnen dann tatsächlich ein Referendariat in unserem Land zu ermöglichen? Ich glaube, auch diese Fragen sind die gleichen, die uns alle zusammen umtreiben. Allerdings denke ich, dass bei der Beantwortung der Fragen einige Meinungen auseinandergehen werden. Was mich wirklich ärgert, ist nämlich das Verhalten der Regierung gegenüber unseren Ideen und Vorschlägen. Das zeugt wirklich nicht von dem mehrfach angekündigten veränderten Umgang mit der Opposition, und es zeugt auch nicht davon,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

einfach auch mal zuzugeben, dass man mit unseren Ideen etwas anfangen kann.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Dieses reflexartige „Weg damit!“ siegt bei der Koalition immer noch darüber, wenigstens mal darüber nachzudenken.

(Marc Reinhardt, CDU: Das machen wir.)

Nein, Herr Reinhardt, das ist eben nicht so, und das werde ich jetzt belegen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Aha!)

Im Mai des vergangenen Jahres stellten wir einen Antrag, den Lehramtsstudenten ein Praktikum oder die schulpraktischen Übungen auch im ländlichen Raum zu ermöglichen, ohne dass sie dafür auch noch zur Kasse gebeten werden. Dann würden nämlich die Studierenden nicht ihre Regelstudienzeit überschreiten, ihr BAföG wäre nicht gefährdet und wir hätten eventuell auch Lehrkräfte

für den ländlichen Raum gewonnen. Die Bildungsministerin äußerte sich in ihrer Rede zu unserem damaligen Antrag, ich zitiere: „Dadurch, dass wir die Fahrtkosten übernehmen, sollen wir also junge Menschen motivieren, nicht in Rostock ein Praktikum zu machen, sondern beispielsweise in Dassow ein Praktikum zu machen. Das bezweifle ich.“ Ende des Zitats.

Im Dezember, also nur ein bisschen mehr als ein halbes Jahr später, griff die „Schweriner Volkszeitung“ unsere Intention der Fahrkostenzuschüsse auf, die natürlich auch die Intention der Studierenden war, und das Bildungsministerium kam dann zu Wort, ich zitiere: „Die Ergebnisse“ – gemeint waren da die Ergebnisse der Schulmessen – „werden dazu beitragen, dieses Angebot zukünftig noch besser zu gestalten und mehr Praktika auf dem Land zu ermöglichen.“ Ende des Zitats.

Frau Hesse, Sie haben damals hier Pirouetten gedreht, um unseren Antrag abzulehnen, und ich würde auch sagen, ziemlich selbstgerecht haben Sie unseren Antrag abgelehnt. Sie sagten weiterhin zu unserer Idee der Übernahme der Fahrtkosten, ich zitiere: „Ich habe nämlich erhebliche Zweifel, ob die Rechnung in dieser Einfachheit aufgeht.“ Ende des Zitats. Plötzlich geht nun aber diese angebliche Einfachheit, indem ein Sprecher des Bildungsministeriums mitteilte, dass die Wiedereinführung der Fahrkostenzuschüsse geprüft wird. Wo sind jetzt die Zweifel, wo sind sogar die erheblichen Zweifel?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vom Winde verweht.)

Man kann doch die Qualität eines Vorschlages nicht davon abhängig machen, ob er einfach oder kompliziert ist! Dann scheint ja die Koalition bei dieser Herangehensweise die komplizierten zu bevorzugen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ich hoffe einfach, dass wir durch diese Diskussion heute zu einem wirklichen Ergebnis kommen, im Sinne der Studierenden und im Sinne des Landes, und dass die Regierung nicht einfach wieder unsere Verbesserungen ignoriert, dass wir wenigstens im Bildungsausschuss darüber diskutieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, zu unseren vorgeschlagenen Verbesserungen gehört aber auch, dass wir die zweite Phase der Lehrerausbildung, nämlich das Referendariat, so gestalten wollen, dass wir es zum einen den tatsächlichen Notwendigkeiten einer Lehrerausbildung anpassen wollen, und zum anderen so attraktiv machen möchten, dass nicht weiterhin die Hälfte der Stellen pro Einstellungstermin unbesetzt bleibt.

Im Februar 2015 wurden 316 Stellen ausgeschrieben, von denen 166 nicht besetzt wurden. Im August 2015 wurden 232 Stellen ausgeschrieben und 101 blieben unbesetzt. Für das Schuljahr 2017/2018 waren 449 Stellen für ein Referendariat ausgeschrieben, 302 Stellen blieben unbesetzt. Das heißt, wir haben mehrere Hundert Stellen, die jetzt schon nicht besetzt sind, mehrere Hundert Stellen, die zukünftig dann fehlen werden für Lehrerinnen und Lehrer.

Gleichzeitig stellen wir aber über 700 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ein. Wir wissen, dass wir sie derzeit brauchen, vor allem auch an den beruflichen

Schulen. Diese Seiteneinsteiger sind zum Beispiel Melker, sie sind Biologen oder auch Bürokauffrau, sie haben kein pädagogisches Studium absolviert, sie haben keinen einzigen Tag in einer Schule hospitiert, sie haben noch nie vor einer Klasse gestanden, sie haben noch nie eine Arbeit, eine Klausur bewertet, geschweige denn so eine konzipiert, und sie haben auch noch nie einen Entwurf für eine Unterrichtsstunde geschrieben. Diese Frauen und Männer stellen wir ohne jegliche Vorkenntnisse ein und die sollen dann auch sofort 27 Stunden in der Woche unterrichten. Aber diejenigen, die ein fünfjähriges Lehramtsstudium gemeistert haben, die laufen, nachdem sie Praktika gemacht haben, nach schulpraktischen Übungen, was auch alles wirklich noch mehr sein müsste, erst unzählige Wochen an der Schule mit und hospitieren und hospitieren und hospitieren, bevor sie die erste Stunde überhaupt unterrichten können. Dann allerdings müssen sie auf Schlag alle Stunden eigenständig unterrichten, denn die Mentorin/der Mentor, die haben nur eine einzige Stunde in der Woche, um die Referendare zu begleiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, warum sollte heute noch jemand ein Lehramtsstudium aufnehmen? Wo liegen die Vorteile?

(Torsten Renz, CDU: Weil man
mit Kindern arbeiten möchte.)

Mit welchen Argumenten wollen wir die jungen Frauen und Männer überzeugen? Und wie gelingt es uns, wirklich mehr Referendariatsstellen zu besetzen? Das ist relativ einfach – ja, Frau Hesse –, und einfach heißt nicht einfältig.

Wir schlagen Ihnen folgende Änderungen vor: Das Referendariat muss den wirklich notwendigen Inhalten einer zukünftigen Lehrertätigkeit angepasst werden. Die Hospitationen sollen vor allem neben dem Unterricht stattfinden, um damit diese wochenlangen Kennenlernphasen zu reduzieren. Die Referendare werden mindestens bei der Hälfte ihrer Unterrichtstätigkeit, also fünf Stunden pro Woche, durch Mentoren begleitet. Es muss geprüft werden, ob die Hausarbeit abgeschafft werden kann. Wenn die Stoffkomplexplanung, die Bestandteil ist, in die Langentwürfe kommt, würden wir den Referendaren viel Arbeit abnehmen. Die beiden Langentwürfe würden sich dann, wie gesagt, um diese Stoffkomplexplanung erweitern. Die Lehrervorbereitungsdienstverordnung und die -prüfungsverordnung müssen überarbeitet werden und dann auch so überarbeitet werden, dass tatsächlich die Lehrtätigkeit gelehrt und geübt wird. Somit könnten wir in Mecklenburg-Vorpommern wirklich darüber nachdenken – ohne dass auch nur eine einzige Stunde weniger unterrichtet wird durch die Referendarinnen und Referendare, als es jetzt der Fall ist –, dass wir das Referendariat auf zwölf Monate begrenzen und damit um sechs Monate verkürzen.

Der Lehrermangel macht um die meisten Länder keinen Bogen und ich möchte verhindern, dass Sie mir jetzt sagen, das brauchen wir alles nicht, das ist Quatsch, wir müssen auch nicht darüber reden, und nachher auf dem Flur höre ich: „Mensch, da waren ja gute Ideen dabei, aber ...!“

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Da wird noch ein Kaffee
ausgegeben dabei.)

Der eine sagt, das ist der Koalitionspartner, der andere sagt, das ist der Koalitionspartner.

(Torsten Renz, CDU:
Nee, wir sagen das nicht. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich möchte Ihnen eine E-Mail vorlesen,

(Torsten Renz, CDU: Wir sagen das nicht.)

die ich vorgestern erhalten habe, damit Sie einfach darüber nachdenken: „Liebe Frau Oldenburg! Durch Zufall habe ich in der Ostsee-Zeitung über den Antrag von Ihnen und Ihrer Fraktion gelesen, in welchem Sie für eine Verkürzung des Referendariats auf zwölf Monate und die Abschaffung der Hausarbeit während des Referendariats plädieren. Als Lehramtsstudent der Universität Greifswald – ich beginne im April mit dem Staatsexamen – kann ich, auch wenn ich politisch anders verortet bin, das nur voll und ganz unterstützen und danke Ihnen herzlich für diesen Antrag.“

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

„Gerade nach einem verkorksten Studium mit modularisiertem Staatsexamen, fehlender Kommunikation zwischen Lehrprüfungsamt und der Universität, fehlendem Praxissemester und unzähligen Hausarbeiten wäre dies nun ein Argument für mich, um doch in Mecklenburg-Vorpommern zu bleiben und nicht in die ‚Heimat‘ zurückzukehren.“ Ich möchte, dass diese Worte jetzt bei Ihrer Argumentation irgendwo bei Ihnen sind, bevor Sie den Antrag wieder in Bausch und Bogen ablehnen werden. – Schönen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion der SPD hat zunächst das Wort der Abgeordnete Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es erst mal sehr gut, dass wir uns diesem Thema heute widmen. Ich hätte mir natürlich einen anderen Zeitpunkt gewünscht und nicht Freitag kurz vor Schluss, um dieses wichtige Thema zu besprechen.

(Jochen Schulte, SPD: Mittwochabend.)

Man kann es ganz einfach sagen: Gute Schule braucht gute Lehrer, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben eine schwierige Situation in Mecklenburg-Vorpommern, die darauf beruht, dass wir ein Lehrpersonalkonzept hatten und es zwischen 1995 bis 2010 kaum Neueinstellungen gab.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Entlassungen.)

Das war natürlich in den 90er-Jahren dem dramatischen Schülerrückgang zuzurechnen. Wir hatten einen Rückgang um zwei Drittel in den Geburtenzahlen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Das gab es nicht mal nach dem Dreißigjährigen Krieg, so einen Einbruch. Es wurde das Lehrpersonalkonzept beschlossen. Die Gewerkschaften, die Landesregierung, alle wollten das so. Wir hatten nur einen begrenzten Einstellungskorridor und das hat zur Folge – das LPK ist aufgehoben, wir haben jetzt Vollbeschäftigung –, die Ruhestandswelle rollt auf uns zu und wir müssen für Ersatz sorgen.

Vor zwei Jahren habe ich mich immer noch hingestellt und habe gesagt, in Deutschland werden mehr Lehrer ausgebildet, als gebraucht werden. Diese Zeiten sind vorbei. Alle ostdeutschen Länder suchen. Im letzten Jahr hatte ich eine Besprechung, auch mit Sachsen-Anhaltinern, die haben zu diesem Jahr Tausend Lehrer gebraucht. Und ich habe gestern in MDR Info einen Satz gefunden, den möchte ich gerne mal zitieren: „Sachsen ächzt unter dem Lehrermangel.“

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

„Wie lange soll das noch gehen? Vorerst scheint wenig Entspannung in Sicht. Bis zum Februar müssen 660 Stellen neu besetzt werden, wir wissen noch nicht, wie das ausgehen wird. Zum neuen Schuljahr im August brauchen wir ... 1.240 neue Lehrer, haben jedoch nur 840 Absolventen. Ob der Nachwuchs dann in Sachsen bleibt, ist dahingestellt. ... Insgesamt müssen in diesem Jahr 1.900 Lehrer eingestellt werden.“

Wir hatten am Dienstag das Lehrerforum, die Ministerin hat die Zahlen genannt. Wir haben über 400 Lehrer eingestellt, obwohl bloß 350 ausgeschrieben worden sind. Ich denke, das war für dieses Jahr ein sehr gutes Zeichen. Die Lehrgewinnung wird in den nächsten Jahren das wichtigste Thema sein oder mit das wichtigste Thema sein und alle Ideen sind da gefragt. Wir werden das sicherlich im Ausschuss oder im Plenum hier öfter diskutieren,

(Torsten Renz, CDU: Auf dem Flur.)

aber man muss auch diskutieren mit den Schulpraktikern und den Hochschulen.

Und auf Ziffer I will ich jetzt gar nicht weiter eingehen. Ich könnte es ja ein bisschen sarkastisch formulieren, es sind bahnbrechende Erkenntnisse, fast promotionswürdig, was da festgestellt worden ist, aber deswegen will ich auch nicht weiter darauf eingehen.

Ziffer II zeigt mögliche Lösungsansätze und auch aus meiner Sicht müssen schulpraktische Übungen ausgedehnt werden. Wir brauchen mehr Schulen und wir brauchen eine höhere Anzahl der schulpraktischen Übungen. Es darf aber nicht zur Überforderung kommen der Städte Rostock, Greifswald, Neubrandenburg und dem Umland und es muss eine bessere Verzahnung zwischen der ersten Phase (sprich Universität) und der zweiten Phase (Referendariat) kommen.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

Es muss also eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und dem IQ M-V geben.

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Wir hatten letztens – ich glaube, vor 14 Tagen – ein Schreiben von einem Studenten gekriegt, der Mathematik studiert. Der hat die Situation dargestellt. Vorgestern hatten wir mit ihm gesprochen, wir hatten ihn noch mal eingeladen. Er hat uns einige Dinge genannt. Deswegen sind auch intensive Gespräche mit der Hochschule geführt worden. Ich kann wieder bloß auf das Forum hinweisen am Dienstag, das wurde ja auch da thematisiert.

Die räumliche Ausweitung ist nicht in erster Linie ein Kostenfaktor. Die Ministerin hatte gesagt oder es wurde ja schon gesagt, es wird geprüft. Ich denke, es könnte relativ einfach sein mit dem Semesterticket.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Genau, das war ja mein Vorschlag.)

Wenn das für weite Strecken genutzt werden könnte, wäre das relativ einfach. Wir brauchen aber auch eine größere Anzahl von Ausbildern und wir brauchen eine größere Anzahl von Mentoren. Und wenn Sie jetzt sagen, soundso viele Stunden sollen begleitet werden, dann haben wir natürlich wieder ein Problem, wo wir die Köpfe herkriegern sollen. Die brauchen wir ja auch für den Unterricht. Also das heißt sich dann auch wieder bei den ganzen Vorschlägen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee, nee!)

Also da müssen wir noch mal ganz konsequent nachrechnen.

Ein anderer großer Vorteil ist, der wurde hier schon genannt, wenn die Lehramtsstudierenden in den ländlichen Schulstandorten sind, kann man dann auch sehen, dass es da nicht, wie immer dargestellt wird, einen großen Investitionsstau gibt. Das wird es sicherlich an einzelnen Standorten geben. Ich kann jeden in meinen Wahlkreis einladen, da sind gerade an den ländlichen Standorten – ob das Feldberg ist, Wesenberg ist, Blankensee ist – die Schulen alle saniert, alle durch den Schulträger Stadt beziehungsweise Kreis. Bei mir in der Stadt Neustrelitz ist das zwar nicht so, aber man kann auch nicht so ein abschreckendes Bild von unseren Schulen darstellen.

Bei der Kostenübernahme sehe ich aber auch ein anderes Problem. Wir haben ja nicht nur das Lehrstudium, wir haben beispielsweise Juristen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Sollen wir denn auch das alles finanzieren?

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Da kommt eins zum anderen, also müssen wir das natürlich dementsprechend überlegen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

So,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

jetzt zur Verkürzung der Referendariatszeit. Ich war im November bei einer Veranstaltung, da wurde ich von einem Schulleiter aus dem ländlichen Raum angesprochen. Ich habe gesagt, kannst du dir das vorstellen, ich

habe diesen Vorschlag mit dem Bildungsministerium diskutiert und wir reden ja öfter über solche Sachen. Du hättest mich auch kurz vorher mal ansprechen können. Und die Begründung, die jetzt nachzuvollziehen ist bei diesen 18 Monaten, ist, erst mal haben wir das Lehrerbildungsgesetz und die Lehrervorbereitungsdienstverordnung – die könnte man vielleicht ändern –, aber es gibt beispielsweise auch einen Beschluss der KMK vom 02.06.2005, der eine anderthalbjährige schulische Ausbildung vorsieht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Vorsieht!)

Das heißt, wir sind von 24 Monaten schon auf 18 Monate runtergefahren, weil wir einiges in die erste Phase gegeben haben. Sachsen hatte nur 12 Monate, seit 2017 sind sie wieder auf anderthalb Jahre gegangen, setzen diesen KMK-Beschluss um.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Nee, nee, nee, nee!)

Ich will noch mal auf ein anderes Problem hinweisen. Wenn wir auf zwölf Monate umstellen, werden wir so attraktiv für die anderen Bundesländer. Wer in Schleswig-Holstein, Brandenburg studiert, der macht die Phase bei uns und geht dann wieder zurück.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein, nein!)

Dann passiert es, dass gerade diese Studenten unseren Studenten noch die Plätze wegnehmen, weil vielleicht die Noten besser sind oder die Fachkombination. Da ist auf der einen Seite eine Chance drin, dass sie vielleicht hierbleiben,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: So viele offene Stellen! So viele offene Stellen!)

aber die größere Chance ist, dass sie eine Abkürzung machen von sechs Monaten, dann wieder in ihre Heimatregion zurückgehen, weil ja überall Lehrer gesucht werden.

Zur Seiteneinsteigerproblematik möchte ich auch bloß auf das Lehrerforum hinweisen. Es gibt immer solche und solche Meinungen. Dort haben wir in dem Falle von Herrn Todt von der IHK ein sehr positives Beispiel gekriegt, von der Schulleiterin der beruflichen Schule. Ich kenne auch negative Beispiele, aber man kann nicht alle über einen Kamm scheren. Ich denke, wir werden auf die Seiteneinsteiger nicht verzichten.

Ich will dann auch noch mal auf die Sachsen hinweisen. Wie viele Seiteneinsteiger braucht Sachsen? Allein 400 Seiteneinsteiger werden zum 1. Mai eingestellt, damit sie im neuen Schuljahr einsatzbereit sind. Für die Besetzung der Stellen im Februar werden ebenfalls Seiteneinsteiger benötigt, allerdings absolvieren über 1.000 Seiteneinsteiger in Sachsen noch keine berufsvorbereitende Lehrerqualifikation. Das ist ein großes Defizit. Das ist ein Problem, was im Prinzip alle Länder haben, und gerade für Sachsen habe ich vor einigen Wochen in der „WirtschaftsWoche“ gelesen, dass im Regionalschulbereich zur polnischen Grenze, also im Görlitzer Raum, bis zu 90 Prozent bei Neueinstellungen Seiteneinsteiger sind. Das ist eine Sache, die wir natürlich nicht haben wollen, und da müssen wir dementsprechend dagegenarbeiten.

Die Lehrgewinnung, wie gesagt, wird in den nächsten Jahren ein größeres Thema werden. Wir sind im Wettstreit mit den anderen Bundesländern. Wir haben einige Maßnahmen schon erreicht, beispielsweise die Verbeamtung bis zum 40. Lebensjahr. Die ist in Sachsen und in Berlin zum Beispiel auch ein großes Hindernis, weil da nicht verbeamtet wird. Und wir haben eine der höchsten Besoldungen, das darf man immer nicht vergessen, von allen Lehrern, was natürlich dann auch attraktiv ist für diejenigen, die den Lehrerberuf anstreben, zumal unsere Lebenshaltungskosten im Vergleich zu den anderen Bundesländern ja mit am niedrigsten sind.

Worüber wir natürlich nachdenken müssen, ist die Besoldung beim Grundschulbereich, A13, da müssen wir handeln.

(Torsten Renz, CDU: Das ist aber ein neues Thema. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Berlin hat 2017 schon eingestellt, 2019 wird Brandenburg es tun und demzufolge wird der Druck sicherlich auf uns höher werden.

Was ein ganz wichtiger Punkt ist, und damit will ich zum Schluss kommen,

(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD, und Marc Reinhardt, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

die Bewerbungsprozeduren, die bei uns im Augenblick stattfinden, sind auf der einen Seite sehr gut – Onlineplattform, schulscharfe Einstellungen, auch in den Schulen klappt das relativ gut –, aber wenn das zurückgeht und so weiter, das muss verkürzt werden, weil die Lehramtsstudierenden bewerben sich nicht nur in Mecklenburg und Vorpommern an vielen Schulstandorten, auch in anderen Bundesländern, und da muss einfach schneller gehandelt werden und die Leute müssen hier gehalten werden.

Eins kann ich jetzt sagen: Die SPD steht für Verlässlichkeit. Wir werden keine Experimente machen, das ist auch so vereinbart worden in unserer Koalitionsvereinbarung und wir werden Schritt für Schritt für Verbesserungen sorgen. Dazu zählt auch die Lehrerbildung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Mecklenburger und Vorpommern! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zeigt gute Ansätze, aber eines der Kernprobleme, das uns in diese Mangelsituation gebracht hat, kann er natürlich auch nicht heilen. Das war das zu lange Klammern am Lehrpersonalkonzept. Dieses Konzept hat sehenden Auges zu einer Überalterung der Lehrerkollegien geführt, und das mit erheblichen Folgen. Insofern muss man sagen, das Thema „Lehrermangel beheben“ heißt jetzt nur noch, den im Lande zu verantwortenden, also hausgemachten Problemen hinterherzulaufen

(Andreas Butzki, SPD: Herr Reuken, Sie haben keine Ahnung.)

und sich jeden

(Andreas Butzki, SPD: Das war ein Beschluss der Gewerkschaft.)

bietenden Strohalm

(Andreas Butzki, SPD: Die Alternative wollte man damals nicht.)

als Rettungsanker zu suchen.

(Andreas Butzki, SPD: Keine Ahnung! Was erzählen Sie denn?!)

Zum zweiten Teil des Titels, „Ausbildungsbedingungen für künftige Lehrkräfte verbessern“, macht der Antrag durchaus prüfenswerte Vorschläge, aber er betreibt Lobbyarbeit für Lehramtsstudenten. Der Obertitel „Lehrermangel beheben“ ist dem eigentlich nur aufgesetzt, kann man sagen. Welcher junge Mensch, der sich zum Lehramt berufen fühlt, wird sich von dieser Berufswahl ernsthaft abhalten lassen, wenn er hört, dass Praktika und schulpraktische Übungen unter Umständen gewisse Kosten verursachen könnten? Alle Studiengänge sind mit Kosten verbunden, auch für die Studenten, zum Teil in ganz anderen Größenordnungen. Wenn man die Lehramtsstudenten hier entlastet, dann ist das eine Ungleichbehandlung gegenüber allen anderen Studiengängen.

Was ist es also, das junge Menschen vom Ergreifen des Lehrerberufs abhält? Es ist wohl auch das, was sie vor Kurzem noch selbst aus der Schülerperspektive im Schulalltag erlebt haben, also vor allem der Stress, dem Lehrer wie in kaum einem anderen Beruf ausgesetzt sind. Mit dem Werteverfall unserer Gesellschaft schwand auch die Achtung vor der Autorität. Disziplin- und Disziplinlosigkeit vieler Schüler sind an der Tagesordnung, ohne dass dem Lehrer ausreichend Mittel dagegen zur Verfügung stehen würden.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vielmehr ist es heute der Lehrer,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vor allem die ausländischen Schüler, ne? Die sind unmöglich.)

der zum Prügelknaben geworden ist, und das bedauerlicherweise auch im wahrsten Sinne des Wortes.

Kommt noch.

(Andreas Butzki, SPD: Es kommt noch.)

Die Situation verschärft sich heute noch zunehmend durch die Inklusion stark verhaltensauffälliger Kinder in die Regelklassen sowie die Integration von Kindern, die mit von Haus aus vollkommen anderen Verhaltensmustern herangewachsen sind.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

In Großstädten ist in manchen Klassen schon kaum noch Unterricht möglich, wenn Kinder und Jugendliche mit diesem Hintergrund den hohen Anteil der Klasse bilden.

(Andreas Butzki, SPD: Wann waren Sie das letzte Mal an einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern?)

Und Lehrerinnen, das muss man auch mal sagen,

(Andreas Butzki, SPD: Wann waren Sie mal an einer Schule?)

werden dort überhaupt nicht mehr geachtet.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auch Mecklenburg-Vorpommern wird diese Entwicklung tendenziell erreichen, wenn in der Asylpolitik weiter ungehemmt geltendes Recht nicht angewandt wird.

Da haben Sie es, bitte sehr!

(Andreas Butzki, SPD: Wann waren Sie das letzte Mal an einer Schule, hier in Mecklenburg-Vorpommern?)

Ein weiteres Problem ist die Arbeitsüberlastung vieler Lehrer.

(Andreas Butzki, SPD: Ja, da würde ich jetzt auch so reden. Keine Ahnung!)

Diese führt dazu, dass Lehrer oft freiwillig in Teilzeit gehen und dementsprechend auch entlohnt werden, obwohl sie de facto fast Vollzeit arbeiten. Selbst die angeblich so langen Ferien sind zu einem erheblichen Teil mit Arbeit und Fortbildung ausgefüllt. Korrigieren von Klausuren und Klassenarbeiten, Tests und Unterrichtsvorbereitungen bis spät in die Nacht, unerträgliche Lärmpegel in manchen Klassen, überbordender bürokratischer Aufwand, Konflikte mit Eltern, Schülern und Kollegen – all das führt zu überdurchschnittlich häufigen psychosomatischen Erkrankungen. Ein Drittel der Lehrer in Deutschland leidet nach Presseberichten an dem Burn-out-Syndrom. Der Krankenstand ist also erheblich.

(Tilo Gundlack, SPD: Bei Ihrer Rede, da kriegt man auch ein Burn-out-Syndrom.)

In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern kommen noch weitere Faktoren zuungunsten des Lehrerberufes hinzu, zum Beispiel lange Fahrtwege.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auch der in der Vergangenheit immer wieder zyklische Lehrerüberschuss in manchen Fächern hat wohl Abiturienten davon abgehalten, diese Laufbahn einzuschlagen.

(Tilo Gundlack, SPD: Ach Quatsch!)

Erwähnt sei auch,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

dass das Lehramtsstudium selbst durch den unsäglichen Bologna-Prozess weniger attraktiv geworden ist. Aber zu all diesen gravierenden Themen sagt der Antrag kein Wort.

(Bernhard Wildt, BMV: Ja, warum wohl?!)

Allenfalls die Forderung nach Verkürzung und Anpassung des Referendariats an die tatsächlichen Bedarfe einer Lehrkräfteausbildung zielt in die Richtung einer substanziellen Entlastung der Auszubildenden, dürfte aber kaum zu signifikant mehr Lehramtsstudenten führen.

Da aber die Feststellungen unter Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE zutreffend sind und auch die Prüfungen der unter Ziffer II des Antrages genannten Punkte berechtigt sind, würden wir uns einer Überweisung in die Ausschüsse, so sie denn beantragt wird, nicht verweigern, ansonsten werden wir uns der Stimme enthalten. – Danke sehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir stimmen alle überein, alle Fraktionen, dass die Gewinnung von Lehrernachwuchs und das Halten der Lehrer eine unserer derzeit wichtigsten Aufgaben ist. Ich will an dieser Stelle an die letzte Legislaturperiode erinnern, auch da haben wir zu diesem Thema schon einiges getan. Gerade wir als CDU-Fraktion konnten unseren Koalitionspartner endlich überzeugen, die Lehrerverbeamtung einzuführen.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Und ich will an dieser Stelle ...

Ja, ein ganz wichtiger Punkt, den man heute gar nicht ...

(Thomas Krüger, SPD:
Das war der Bildungsminister,
der die Initiative gestartet hat. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Na, na, na! Schauen Sie mal in unser Wahlprogramm und unsere Initiativen von 2006 bis 2011, Herr Krüger, dann werden Sie den Vater und die Mutter dieses Projektes erkennen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Oh nein!)

und das ist die CDU-Fraktion.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Oh nein! Du hast aber viele
Kinder, Mensch!)

Ich wollte das hier nur noch mal erwähnen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ersetzen
Sie jetzt die Mutter, oder was?)

Ja, wer auch immer, vielleicht ist es ja auch die Hebamme.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich weiß es nicht, das kann ja alles sein, insofern kommen wir weiter, aber Spaß beiseite.

Ich will auch noch mal an das 50-Millionen-Euro-Paket erinnern, was wir in der letzten Legislaturperiode zusammen auf den Weg gebracht haben, und viele weitere Maßnahmen. Ich glaube, bis zu 60 sind es heute, die gerade dem Halten und der Gewinnung von Lehrernachwuchs dienen.

Und, sehr geehrte Frau Oldenburg, weil Sie ja gesagt haben, wir reden Ihren Antrag in Bausch und Bogen, das möchte ich mitnichten tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nur in Bausch.)

Ich möchte zumindest für uns ankündigen –

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Dann können wir ja überweisen.)

wenn ich noch mal in die Vaterrolle schlüpfen darf, Torsten Renz und ich sind ja auch die Väter des Fahrtkostenzuschusses bei den Berufsschulen, nicht vergessen –,

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja? Aha, da seid ihr aber Stiefväter.)

auch wir haben öfter darüber nachgedacht und sind in der Diskussion und meinen zumindest, dass man darüber diskutieren muss, was mit den Fahrtkostenzuschüssen ist, wenn es diese Schulpraktika gibt. Also da sind wir durchaus Gesprächsbereit und werden auch sehr offensiv auf unseren Koalitionspartner und auf Sie zugehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Die Sache mit dem Referendariat gestaltet sich naturgemäß anders. Ich weiß nicht, wenn wir uns die Bundesrepublik angucken, die meisten sind bei 18, es gibt sogar zwei Länder, ich glaube, Bayern ist bei 24 und Hessen bei 21 Monaten. Die Frage ist, Sachsen war bei 12 und ist jetzt wieder auf 18 zurückgegangen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Richtig!)

das wird ja Gründe haben. Insofern überzeugt uns dieser Ansatz zu diesem Zeitpunkt hier nicht. Wir glauben, es ist wesentlich sinnvoller, sich erst mal mit der ersten Phase der Ausbildung zu beschäftigen und dort das mit den praktischen Übungen alles besser zu verzahnen, bevor wir jetzt, nachdem wir von 24 auf 18 sind, einen Schnellschuss machen und auf 12 gehen. Deshalb lehnen wir das zu diesem Zeitpunkt ab und werden aus diesem Grund heute auch Ihren Antrag ablehnen, sind aber, das will ich ausdrücklich noch mal sagen, was die Fahrtkosten betrifft, in Zukunft Gesprächsbereit und offen für Ideen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ach!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In der Zustandsbeschreibung sind wir uns, glaube ich, alle einig, wir brauchen dringend mehr Lehrer. Das ist auch der Ministerin klar. Zumindest in bestimmten Fächern ist der Bedarf in den nächsten Jahren sehr hoch, fast in allen Fächern. Ich glaube, in Deutsch und Geschichte war der Nachholbedarf nicht ganz so groß. Wie auch immer, jedenfalls haben wir diesen Bedarf und es ist die dringendste Aufgabe der Bildungsministerin, dafür zu sorgen, dass wir diesen Bedarf auch decken können und dass der Unterrichtsausfall nicht noch größer wird, als er sowieso schon ist, denn wir sind ja jetzt auch nicht gerade im Paradies, sondern haben immer noch Unterrichtsausfall.

(Andreas Butzki, SPD:
Das gab es zu allen Zeiten.)

Insofern ist alles, was unter Ziffer I gesagt wird, natürlich richtig und das braucht man nicht mehr lange auszuwalzen.

Ziffer II, die beiden Kostenübernahmepunkte, sowohl für die Fahrt- als auch für die Unterkunftskosten, sind natürlich wichtige Punkte, denen wir uns auch anschließen können. Ich bin schon der Meinung, dass es eine ganz klare Wirkung hätte, wenn man diese Kosten übernimmt. Das ist nicht geringfügig oder nicht unbeachtlich, sondern es geht ja auch darum, dass wir die jungen Lehrer in den ländlichen Raum bringen. Also es geht nicht nur darum, den Lehrern, den Referendaren oder den Studenten zu helfen, sondern es geht auch darum, dem ländlichen Raum zu helfen, der vor enormen Herausforderungen steht, überhaupt noch Lehrer in den abgelegenen Schulstandorten zu bekommen. Deswegen muss man das vielleicht in diesem Bereich anders sehen als in anderen Studiengängen.

Ich gebe zu, dass vielleicht noch nicht die perfekte Lösung hier formuliert ist, das ist klar. So gesehen könnten wir das auch gerne noch mal beraten beziehungsweise der Antrag ist ja hier eindeutig, die Landesregierung ist nur aufgefordert, das zu prüfen. Und wenn die Landesregierung sich sogar weigert, das zu prüfen, ist das allerdings schon erhellend, muss ich sagen, und darauf sollten Sie sich nicht einlassen. Es sollte doch zumindest geprüft werden und anschließend berichtet werden. Wenn Sie dann der Meinung sind, es ist aus irgendwelchen Gründen nicht möglich, das umzusetzen, dann würde ich diese Gründe wenigstens gerne kennen, und ich glaube, Frau Oldenburg, Sie würden das auch gerne mal wissen.

Zum Referendariat, zu der Verkürzung des Referendariats, sehen wir das Ganze allerdings etwas anders, auch kritisch. Wir möchten also jetzt nicht das Loch sozusagen stopfen, indem man an der Ausbildung spart, und dass die Referendariatszeit ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber Seiteneinsteiger stelle ich unausgebildet ein, vollkommen unausgebildet.)

Da haben Sie recht, das ist ein ganz guter Hinweis. Bei den Seiteneinsteigern sehe ich das genauso kritisch, nur ich denke, man kann nicht den einen Fehler oder die eine Schwäche dadurch ausgleichen, indem man noch eine zusätzliche Schwäche ins System einbaut. Dann haben wir sozusagen auf breiter Front die Kriterien gesenkt und

die Qualitätsstandards gesenkt. Das kann ja nicht das Ziel sein.

Ich schlage deshalb vor, dass wir punktweise über den Antrag abstimmen, und zwar den Punkt II.3 separat abstimmen und dann den gesamten Rest. Zu diesem Rest würden wir wie gesagt zustimmen, Ziffer II.3 würden wir nicht zustimmen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat ums Wort gebeten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Frau Hesse, Sie haben das Wort.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zum eigentlichen Antrag komme, ein paar Sätze in Richtung AfD. Ich finde es schon ein ziemlich starkes Stück, dass Herr Reuken mit einer sehr unqualifizierten Rede sich zu diesem wichtigen Thema äußert, und mal ganz ehrlich, ich hätte erwartet, dass der Vorsitzende des Bildungsausschusses hierzu spricht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn man selbst in einer Debatte gesprochen hat, dann rauszugehen und nicht zu hören, was die übrigen Redner sagen, bei so einem Thema, das unbenommen wichtig ist. Da hat Frau Oldenburg absolut recht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich will Ihnen aber gerne mal eine etwas andere Sicht auf die Dinge schildern und auch begründen, warum wir uns so verhalten, wie wir uns jetzt verhalten, weil es keineswegs so ist, wie Frau Oldenburg hier zu suggerieren versucht, wir würden jeden Antrag ablehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Jeden nicht, aber fast.)

Wir haben es heute bereits einmal bei Herrn Foerster praktiziert. Der erste Punkt, wir reden über den Lehrbedarf. Korrekt, es ist die Herausforderung, der sich alle Bundesländer stellen müssen. Aber, und das gehört zur Wahrheit auch dazu, Mecklenburg-Vorpommern ist aufgrund der klugen Entscheidung in der letzten Legislatur Gott sei Dank im Moment in der Lage, diesen Bedarf zu decken, und das ist nicht von der Hand zu weisen.

(Thomas Krüger, SPD:
Es sind andere Länder.)

Es sind andere Länder, die erhebliche Bedarfe haben. Wir schauen einmal in Richtung Nordrhein-Westfalen, da sind über 2.000 offene Stellen, bei uns sind es in diesem Schuljahr 60. Bei über 10.000 Lehrerinnen und Lehrern an allgemeinbildenden Schulen sind das 0,6 Prozent. Jetzt kann man sagen, jede offene Stelle ist eine zu viel, korrekt, aber Gott sei Dank haben wir noch nicht die Situation, wie sie andere Bundesländer haben. Ich betone „noch nicht“,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Noch nicht!)

und ich betone, dass wir nach wie vor mit hohem Engagement daran arbeiten, dass wir diesen Bedarf auch

decken. Herr Butzki hat es zu Recht ausgeführt, wir hatten im Schuljahr 2017/2018 einen Bedarf von 360 Stellen, tatsächlich eingestellt haben wir 408. Das heißt, für das Schuljahr 2017/2018 konnten wir unseren Bedarf decken. Darauf bin ich sehr stolz. Das resultiert aus einer klugen Vorplanung der letzten Jahre und insofern auch einen großen Dank an meinen Vorgänger, der sich sehr intensiv dafür eingesetzt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Marc Reinhardt, CDU)

Ich will einfach noch mal kurz skizzieren,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Dank der Arbeitskreisarbeit.)

was wir gemacht haben.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Selbstverständlich gehört die Koalition dazu und hat das flankiert beziehungsweise begleitet. Wir haben die Referendarstellen erhöht, deutlich erhöht. 2011 haben wir 176 Referendare eingestellt, 2017 nun 367. Frau Oldenburg dreht die Medaille und sagt, ja, da sind noch offene Stellen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Ja, weil wir aber auch über Bedarf in das Referendariat gehen, weil wir also ganz viele Stellen ausschreiben, um nämlich diese 367 zu bekommen. Man kann doch nicht negieren, was das für ein Anstieg ist von 176 auf 367! Das muss man erst mal schaffen in einer Zeitspanne von wenigen Jahren, und das ist ein guter Erfolg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir haben die Lehrerwerbekampagne. Und mal ganz ehrlich, der erste Satz, den mein Kollege Helmut Holter zu mir gesagt hat, als er im Amt war, war: Ich mache jetzt vieles so, wie ihr das in Mecklenburg-Vorpommern macht.

(Martina Tegtmeier, SPD: Hört, hört! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Lehrerwerbekampagne wird weitergehen und wir werden sie auch noch fortführen, ausbauen, weil sie ein tolles Instrument ist, wie wir bundesweit werben. Wenn man sich einmal die Resonanz derjenigen anhört, die hier zu uns ins Land kommen, dann wissen wir, das ist ein Instrument, das funktioniert und womit wir viele Menschen für dieses Land gewonnen haben.

Wir haben – das ist bereits angeklungen – in der letzten Legislatur ein Paket aufgelegt, was nicht unerheblich ist, ein 50-Millionen-Euro-Paket, noch mal aufgestockt jetzt mittlerweile auf 60 Millionen, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Mal ganz ehrlich, ich glaube, andere Bereiche in der Landesregierung würden sich das wünschen, so ein Paket zu haben, und das ist richtig und gut, dass die damalige Koalition das auch beschlossen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich will einfach nur ein paar weitere Schlaglichter skizzieren, weil wir darüber schon endlos diskutiert haben, aber

ich finde es trotzdem wichtig, das immer wieder zu betonen. Wir haben eine Onlinestellenbörse. Ich möchte mal fragen, in welchen anderen Bereichen der Landesregierung wir so ein modernes Verfahren haben, wo sich Lehrerinnen und Lehrer sofort online auf Wunschschulen bewerben können. Das ist etwas Tolles und es ist auch das, was mir viele Lehrerinnen und Lehrer sagen, die sich bewerben. Das ist ein supermodernes Instrument und es ist einzigartig. Darum beneiden uns andere Bundesländer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Andreas Butzki, SPD: Genauso ist das.)

Die kommen zu uns und wollen das kopieren.

Es ist bereits gesagt worden, wir haben die Verbeamtung eingeführt, ein richtiger, wichtiger Schritt, und wir haben auch eine Untersuchung jetzt mit der Uni Rostock, wo wir uns genau angucken, warum denn einige Lehramtsstudenten abbrechen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Einige!)

Das ist auch wichtig zu sehen, warum dieser Abbruch erfolgt und wie wir gegensteuern können.

Und Stichwort „Seiteneinsteiger“. Ich finde es unfair, wie Seiteneinsteiger behandelt werden. Es wird skizziert, das wären Menschen, die keinerlei Ahnung hätten, keine Qualifikation, und einfach so losgelassen werden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber das ist so.)

Erstens, diese Seiteneinsteiger müssen eine gewisse Qualifikation haben, beispielsweise ein Studium. Es ist nicht so, dass sich jeder bewerben kann und dann auch genommen wird.

Und zweitens, es gab die Kritik daran, dass diese Seiteneinsteiger selbstverständlich einen weiteren pädagogischen Teil benötigen.

(Bernhard Wildt, BMV: Genau.)

Das haben wir auch erkannt und diese Kritik haben wir aufgenommen. Uns vorzuwerfen, wir würden Kritiken überhaupt nicht aufnehmen, ist schlichtweg falsch. Wir haben daraufhin mit dem IQ M-V eine entsprechende Weiterbildung für diese Seiteneinsteiger aufgelegt, um dem entgegenzutreten. Und mal ganz ehrlich, ich habe viele Feedbacks von Schulleitern bekommen, die gesagt haben, wir brauchen diese Seiteneinsteiger

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, aber warum denn?)

und sie sind auch eine Bereicherung,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Weil wir keine Lehrer haben.)

sie sind eine Bereicherung für den Unterricht. Das bestätigen sogar die Schülerinnen und Schüler.

Und jetzt sagen Sie, ja, weil wir keine Lehrer haben. Ich sage überhaupt nicht, dass wir nur Seiteneinsteiger haben müssen, aber ich sage, bevor Unterricht ausfällt und

wir keinen Lehrer haben, dann nehme ich doch den Seiteneinsteiger. Wen denn sonst?!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich möchte jetzt auch begründen, warum ich sage, wir müssen diesen Antrag nicht überweisen:

Erstens. Der erste Absatz, „Der Landtag stellt fest“, das sind Dinge, wo wir sagen können, ja, die kennen wir aber, dafür brauche ich keinen Beschluss.

Der zweite Punkt, der Prüfauftrag. Wir prüfen doch längst. Heute ist mein Staatssekretär an der Uni Rostock gewesen, hat sich mit dem AstA getroffen, und gemeinsam wird etwas vorbereitet, wie wir Fahrtkosten übernehmen können. An der Stelle brauche ich jetzt Ihren Antrag nicht. Wir prüfen und legen,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Den brauchten
Sie im Mai auch nicht. Da sollte gar nicht
geprüft werden, das war Blödsinn.)

wir prüfen,

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Bernhard Wildt, BMV)

wir prüfen, wir sind längst im Verfahren und ich werde dem entsprechenden Ausschuss auch einen Vorschlag vorlegen. Insofern brauche ich an dieser Stelle Ihren Antrag nicht.

Und der letzte Punkt – das ist hier schon anskizziert worden – ist das Stichwort „Referendariat“. Jeder von uns, der in einem Studium war und anschließend ein Referendariat absolviert hat, weiß, wie gut oder nicht gut man nach dem Studium ausgebildet ist für die Praxis. Ich glaube, das kann jeder bestätigen, der studiert hat und ein Zweites Staatsexamen gemacht hat. Insofern stehe ich für hohe Qualität in einem Referendariat. Ich selber habe Jura studiert und ich muss ganz ehrlich sagen, diese zwei Jahre habe ich gebraucht, um zu verstehen, wie eigentlich das Studium in die Praxis umgesetzt werden muss, denn man wird im Studium auf die Praxis eben nicht genügend vorbereitet.

(Torsten Renz, CDU:
Das ist schlecht genug.)

Das ist ein Punkt, worüber man auch mit Universitäten sprechen muss.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig!)

Dazu stehe ich und das machen wir auch. Aber ich stehe auch dafür, dass ich die ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer nach einem Zweiten Staatsexamen praxistauglich haben will, und dafür brauchen wir 18 Monate Referendariat. Ich finde dieses Argument, zu sagen, wir verkürzen auf 12 und dann haben wir sie schneller in der Schule, schwierig, weil ich möchte Qualität nach dem Referendariat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und abschließend – und das, finde ich, muss man auch der Fairness halber sagen –, wenn wir ein Referendariat auf zwölf Monate verkürzen würden, dann würden diese

sechs Monate ja nicht einfach wegfallen, sondern man müsste gleichzeitig eine sechsmonatige Praktikumszeit für die erste Phase der Ausbildung festschreiben. Unterm Strich hätte man also wenig gekonnt.

Insofern – ich hoffe, Sie konnten meiner Argumentation folgen – Lehrbedarf ja, wir tun viel, wir machen weiter und wir brauchen keine Verkürzung des Referendariats. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Kröger.

(Torsten Renz, CDU: Da muss jetzt ja auch der Zwang sprechen. Als Ausschussvorsitzender kann man ruhig mal eine Meinung öffentlich äußern, ne? – Andreas Butzki, SPD: Aber nicht so unqualifiziert wie neulich.)

Jörg Kröger, AfD: Werte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt hier in diesem Hohen Haus Leute, deren Sitze tagelang leerbleiben wegen unabwehrbarer anderer Termine. Auch mir passiert so was mal, eine halbe Stunde weg sein zu müssen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dass sich das jetzt zeitlich mit diesem Tagesordnungspunkt überschneidet, ließ sich nicht vermeiden.

(Zuruf aus dem Plenum:
Na, dann sind Sie ja vorbereitet.)

Nein, ich bin jetzt nicht mehr vorbereitet auf diesen Tagesordnungspunkt, weil ich mich vorher ausgeplant hatte. Aber ganz kurz, das, worüber wir heute reden, sind nach wie vor die Spätfolgen des viel zu lange festgehaltenen Lehrpersonalkonzepts.

(Torsten Renz, CDU: Das hatte Ihr Vorredner schon gesagt.)

Das ist richtig. Nichtsdestotrotz wissen wir – auch das hat Frau Oldenburg gesagt –, dass wir demnächst über 7.000 Lehrer benötigen. Das heißt, es werden hier rund 500 Lehrer im Jahr im Lande ausgebildet an unseren beiden Universitäten zusammen, nicht in der passenden Fachrichtung. Es wird jetzt kurzfristig in absehbarer Zeit zu Bedarfen von 700 Lehrern im Jahr kommen, also deutlich mehr, als wir hier im eigenen Lande ausbilden. Das heißt, wir müssen uns hier im Landtag ganz dringend, und ich denke, auch in einer ganz konzertierten Aktion, darüber einig werden, wie wir dem vorbauen, worauf wir sehenden Auges zuschlittern.

Unsere Fraktion hat Anträge in Vorbereitung. Die sind aber noch nicht reif,

(Tilo Gundlack, SPD: Oh, das wieder!)

dass wir damit jetzt hier vors Parlament gehen können. Seien Sie versichert, seien Sie versichert ...

(Torsten Renz, CDU: Muss da erst eine andere Landtagsfraktion Vorarbeit leisten und dann können Sie das?)

Nein, können wir nicht, nein.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Also es umfasst Maßnahmen ...

Ich gehe noch mal darauf ein: Wir haben uns im Ausschuss unterrichten lassen über die Lehrbedarfsplanung. Was uns da offeriert wurde vonseiten des Sachbearbeiters, grenzte irgendwie ein bisschen an Berechnungsmethoden, die an die Chaostheorie erinnerten. Aber das war nicht sehr praxisorientiert und nicht dazu geeignet, schnell zu Zahlen zu kommen. Also das war wirklich teilweise doch sehr langandauernd und keiner hat es am Schluss mehr verstanden, was er eigentlich wollte.

Seien Sie versichert, wir wollen ein paar vereinfachende Hinweise geben, wie wir uns das vorstellen, das System flexibler zu gestalten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und Sie müssen leider gespannt bleiben, ich komme jetzt hier nicht mit einem fertigen Konzept, weil wir haben uns nicht terminlich mit der Fraktion DIE LINKE dazu abgestimmt.

(Torsten Renz, CDU:
Hätten Sie es mal gemacht!)

Die Damen und Herren

(Thomas Krüger, SPD:
Wir haben aber schon lange keine Alternativen von Ihnen gehört.)

reden auch nicht so gerne mit uns

(Torsten Renz, CDU:
Das muss ja auch Gründe haben. –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wohl wahr!)

und deshalb müssen wir das Konzept vollständig alleine durchziehen.

(Andreas Butzki, SPD: Ooh!)

Und das werden wir auch tun.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Seien Sie gespannt, und dann bin ich gespannt, ob wir tatsächlich auch wieder erleben, dass Sie das kategorisch ablehnen, oder ob Sie sich mal dazu durchringen können,

(Andreas Butzki, SPD: Wenn das alles vernünftig durchgerechnet ist, kein Problem!)

einen Antrag von uns in die Ausschüsse zu überweisen, denn was wir vorhaben zu gestalten,

(Torsten Renz, CDU: Aber das muss dann auch schon eine entsprechende Qualität haben, sonst überweisen wir das nicht.)

das sollten wir gemeinsam machen. – Vielen Dank.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte einmal mit dem Lehrpersonal Konzept aufräumen. Das war die einzige Möglichkeit,

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

dass wir keine Entlassungen hatten bei den Lehrerinnen und Lehrern.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Das war ein ausgehandelter Vertrag zwischen den Gewerkschaften, den anderen Verbänden und dem Bildungsministerium. Es war wirklich ein Solidaritätsvertrag, und das sollten wir zu schätzen wissen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Marc Reinhardt, CDU)

Ansonsten möchte ich zu den Äußerungen von Herrn Reuken sagen, wir haben anscheinend nicht nur in vielen anderen Bereichen den Fachkräftemangel.

(Andreas Butzki, SPD: Er war in NRW, so, wie ich das gerade gelesen habe.)

Ja.

Wir brauchen, Frau Hesse, und deswegen verstehe ich die Argumentation nicht, wir brauchen 7.000 Lehrkräfte in der nächsten Zeit, sogar noch einige mehr, weil wir ja erhöhte Schülerzahlen haben.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir haben jetzt schon Schulen, zum Beispiel die in meiner Gemeinde, wo es in Fächern zeitweise keinen Unterricht gab. Und bevor Sie sagen, bevor der Unterricht ausfällt, stellen Sie lieber einen Seiteneinsteiger ein, möchte ich erst mal am allerliebsten eine ausgebildete Lehrkraft haben. Wenn ich alles damit begründe, dass ich es nicht ändern kann, weil das zu einem neuen Mangel führt, zum Beispiel beim begleiteten Unterricht der Referendare und Referendarinnen, dann beißt sich die Katze in den Schwanz. Wenn ich das und das nicht machen kann, weil dann wieder fünf Stunden fehlen, werde ich nie verbesserte Arbeitsbedingungen und nie verbesserte Ausbildungsbedingungen bekommen.

Und zum Referendariat, da möchte ich vielleicht noch mal den Widerspruch aufheben, wie das Bildungsministerium das sieht und wie es Referendare sehen. Es gibt eine Onlineplattform, ich möchte daraus zitieren: „Hallöchen an alle! Heute hatte ich erstaunlicherweise eine Zusage für Mecklenburg-Vorpommern im Kasten, obwohl ich bereits eine Absage erhalten hatte.“ Der Nächste: „Geh doch lieber woanders hin, hier ist es ziemlich furchtbar, um ehrlich zu sein.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!)

Beim Bildungsministerium liest sich das anders, ist ja auch vollständig klar: „Intensiv, praxisorientiert, zukunftsweisend: Der Vorbereitungsdienst ist eine gute Gelegenheit, den Schuldienst von Mecklenburg-Vorpommern kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen.“ Ende des Zitats.

Diesen leichten Widerspruch können wir auflösen, indem wir wirklich mal über die Überarbeitung des Referendariats, über die Vorbereitungsdienstverordnung reden, denn – und das fehlte mir eben bei den Referenten – wir haben heute in Mecklenburg-Vorpommern schon die Möglichkeit, 12 Monate Referendariat zu machen. Das steht in unserer Vorbereitungsdienstverordnung. Ich habe es für meine letzten Referendare beantragt. Das ist doch also nichts Neues! Wir drehen es nur um. Die, die besonders gut sind, die dürfen verkürzen, so steht es da, fasse ich mal zusammen. Und die, die einfach länger brauchen, die brauchen 18 Monate. Warum gehen wir nicht davon aus, dass alle Referendare oder viele gut sind und diese 12-Monatsregelung – die wir schon haben, die steht in der Lehrervorbereitungsdienstverordnung –, das wird die Regel?! Und wenn einer meint, er braucht länger, oder die Mentoren meinen, er braucht länger, dann sind es die 18 Monate. Nichts weiter, nur die 12 und die 18 Monate umdrehen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Und das kann man nicht beschließen heute?)

Und damit widersprechen wir auch. Hier, KMK-Beschluss einhalten: Wir haben jetzt die Möglichkeiten.

(Andreas Butzki, SPD: Das war die Ausnahme, das weißt du auch.)

Diese Vorbereitungsdienstverordnung,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

die Vorbereitungsdienstverordnung entspricht, davon gehe ich jetzt mal aus, den Grundlagen der Kultusministerkonferenz, und deswegen können wir das einfach nur umdrehen. Wir können ja auch sagen, wir evaluieren das nach drei Jahren, oder wir machen Modellschulen, wo wir das so machen. Das ist ja auch eine Möglichkeit. Aber zu sagen, die anderen Länder sind jetzt erst mal dran – der Lehrermangel macht auch vor uns keinen Halt und ich denke, es steht uns gut zu Gesicht, wenn wir hier mal der Vorreiter sind und wenn wir etwas ausprobieren, um dann zu sagen, das ist gut oder es hat sich nicht bewährt. Aber irgendetwas Gutes wird dabei herauskommen, wenn man etwas anderes ausprobiert.

Frau Hesse, wenn Sie eine hohe Qualität des Referendariats wollen – selbstverständlich, das will ich auch. Ich will auch nicht, dass sie überhaupt eine Stunde weniger unterrichten, die Referendare. Aber sie hospitieren, monatelang laufen sie nur in der Schule mit. Da können sie unterrichten. Wenn denn ein Seiteneinsteiger ohne pädagogische Vorbildung sofort unterrichten kann, warum kann dann einer mit einem fünfjährigen Studium und schulpraktischen Übungen nicht wenigstens nach drei/vier Wochen beginnen zu unterrichten?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Hohe Qualität heißt für mich, dass ich die Referendare nicht weiter als billige Lehrkräfte nutze, sondern dass sie

mindestens die Hälfte ihrer Stunden begleitet werden durch den Mentor. Das ist hohe Qualität, wenn die der Mentor mit ihnen vorbereiten kann, die zehn Stunden in der Woche, wenn er auch zum Teil dabei sitzt, wenn er sagt, hier haben Sie jetzt etwas falsch gemacht, das haben Sie besonders gut gemacht. Ich brauche sofort die Rückkopplung zu dem, was ein Referendar macht, um eben auch Fehler zu vermeiden, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Schüler nichts Falsches lernen. Das passiert, die sind ja noch in der Ausbildung.

Und wofür eben noch die Verkürzung ist, wenn wir die Hausarbeit weglassen, darauf ist keiner von Ihnen eingegangen. Die Hausarbeit haben sieben Bundesländer nicht. Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Saarland, Sachsen – da kommen sie überall ohne Hausarbeit aus, und das sind auch ausgebildete Lehrer. Da müssten wir einfach drüber diskutieren, nachdenken, was kann man anders machen.

Jetzt komme ich noch mal zu den Seiteneinsteigern. Die brauchen wir, das ist richtig, weil wir eben einen Lehrermangel schon haben. In den letzten Jahren haben wir 785 eingestellt, Altbestand haben wir noch 1.100/1.200, die wir vor Beginn des Lehrerbildungsgesetzes eingestellt haben. Wir haben also circa 2.000 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, das sind 18 Prozent. Damit liegen wir mit 8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt, was die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger betrifft.

Und wie gehen andere Bundesländer mit den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern um?

- Baden-Württemberg: Seiteneinsteiger nur unter bestimmten Bedingungen für Gymnasien und Berufsschulen in den Vorbereitungsdienst.
- Berlin: nur, wenn Studienabschlüsse für Unterrichtsfächer vorliegen, bei denen ein Bedarf besteht, und dann in den 18-monatigen Vorbereitungsdienst
- Brandenburg stellt nur befristet ein und nur im geringen Stundenumfang.
- Bremen und Hamburg: Vorbereitungsdienst
- Hessen und Schleswig-Holstein: Vorbereitungsdienst
- Niedersachsen: Vorbereitungsdienst
- nur Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern: sofortiger Einstieg
- Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland: Da ist ein Seiteneinstieg überhaupt nicht möglich.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich bin dagegen, dass das nicht möglich ist. Also ich bin schon dafür, gerade an beruflichen Schulen kann der Kfz-Mechatroniker-Meister den Berufsschülerinnen und Berufsschülern sehr wohl sehr viel erklären und sie auch unterrichten.

(Torsten Renz, CDU: Biologen im Biologieunterricht aber auch. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Aber jetzt komme ich auch noch mal zu dem Argument, Frau Hesse, dass Sie gesagt haben, sie müssen bestimmte Qualifizierungen machen.

(Torsten Renz, CDU:
Oder Mathematiker!)

Das ist nicht so!

(Torsten Renz, CDU:
Politiker Sozialkunde.)

Normalerweise ist nach dem Lehrerbildungsgesetz mit der neuen Verordnung für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger geregelt, dass sie zuerst die grundlegende pädagogische Qualifizierung haben müssen und dann darauf aufbauend die modularisierte Qualifizierung. Nun komme ich aber dazu, dass die modularisierte Qualifizierung das erste Mal im November 2017 jetzt überhaupt gestartet ist. Das kann man nicht mehr schaffen. Man kann nicht schaffen, dass man alle Seiteneinsteiger so qualifiziert, dass sie tatsächlich diese Voraussetzung haben.

Daraufhin stellte ich dann auch eine Anfrage und fragte: „Wie verfährt die Landesregierung bei den Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern, die keine lehrbefähigungsbezogene Qualifizierung“, also modularisierte Qualifizierung, „absolvierten bzw. absolvieren, die aber die Voraussetzung aufgrund der Dauer ihrer Beschäftigung im Schuldienst gemäß § 2, Absätze 5, 6 und 7 des Lehrerbildungsgesetzes ... erfüllen?“. Das sind also fünf Jahre, sieben Jahre und zehn Jahre Unterrichtstätigkeit. Das Bildungsministerium antwortet mir: „Wenn Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, die nach dem 31. Dezember 2013 eingestellt wurden, den maßgeblichen Mindestbeschäftigungszeitraum“ – also fünf, sieben, zehn Jahre – „erfüllen und noch nicht oder nur teilweise Gelegenheit hatten, an der modularisierten Qualifizierungsreihe teilzunehmen, verzögert sich die Zuerkennung der Lehrbefähigung dadurch nicht.“ Ende des Zitats. Sie bekommen also die Lehrbefähigung, ohne diese Qualifizierung zu haben.

Und bei den Altbeständen, die vor 2013 eingestellt worden sind, ist es so, wenn sie nach fünf Jahren, sieben Jahren oder zehn Jahren Lehrertätigkeit, wo sie also vor der Klasse gestanden haben, den Antrag stellen auf Zuerkennung der Lehrbefähigung, um dann auch das entsprechende Gehalt zu bekommen, sagt der Paragraph 5 der Lehrbefähigungsanerkennungsverordnung: „Geht die Schulleitung nach Antragstellung durch die Lehrkraft“, also nach fünf, sieben oder zehn Jahren der Lehrertätigkeit des Seiteneinsteigers, „davon aus, dass eine pädagogische Eignung zum Zeitpunkt der Erfüllung des Mindestbeschäftigungszeitraumes“ – also eine pädagogische Eignung, nachdem man fünf, sieben und zehn Jahre gearbeitet hat – „nicht festzustellen sein wird, werden durch das Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern pädagogische Qualifizierungsmaßnahmen angeboten.“ Ende des Zitats. Also erst, nachdem die Seiteneinsteiger fünf, sieben und zehn Jahre gearbeitet haben, bietet man ihnen dann, wenn man sagt, ach, pädagogische Qualifizierung ist nicht so, du kriegst von uns die Lehrbefähigungsanerkennung so, erst dann bietet man die Maßnahmen an.

Wir müssen hierüber dringend reden. Ich weiß, dass wir Seiteneinsteiger brauchen, aber die müssen wir qualifi-

zieren, und zwar von Anfang an und durchgehend. Sie müssen eigentlich vorher qualifiziert werden, dass man sagt, fünf Monate, vier Monate, meinetwegen wirklich mal acht Wochen müssen sie einen Durchgang haben, bevor sie überhaupt die Klasse betreten. Sie wissen tatsächlich nicht, wie man zensiert. Woher sollen sie das auch wissen? Sie wissen nicht, wie man eine Arbeit aufbaut. Woher sollen sie das auch wissen? Wenigstens das muss man ihnen doch mitgeben, damit man ihnen die Arbeit erleichtert und damit man bei den Kindern eben auch nicht das Unverständnis hat oder aber bei den Eltern.

Ich möchte Sie einfach noch mal darum bitten, dass Sie darüber nachdenken, dass Sie noch mal mitnehmen, dass auch jetzt zwölf Monate schon möglich sind, und dass wir dann im Bildungsausschuss darüber diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen ...

Ach so, Entschuldigung, Herr Renz für die Fraktion der CDU

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich hab mich schon gewundert. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

hat sich noch mal zu Wort gemeldet.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
Gibt es hier noch mehr Lehrer
im Parlament?)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zumindest auch noch mal feststellen, in Deutschland herrscht, was die Referendarzeit betrifft, einfach ein Flickenteppich von 24 über 21, 18 Monate, Sachsen-Anhalt 16, Sachsen zwischendurch 12, jetzt haben sie es wieder geändert. Also dass das nicht normal sein kann, glaube ich, ist eine Sache, die man diskutieren sollte. Unter diesem Gesichtspunkt sollen Sie auch meinen kurzen Redebeitrag hier vielleicht einfach nur mal zur Kenntnis nehmen.

(Tilo Gundlack, SPD: Kurz!)

Insbesondere mit Blick auf den geschätzten Kollegen Butzki will ich sagen, ich kenne ihn jetzt seit 2011 durch gemeinsame Tätigkeit im Bildungsausschuss und weiß, wie er sich hier einbringt. Daraus leite ich ab, dass er ein ziemlich guter, engagierter Lehrer war. Und warum sage ich das an dieser Stelle?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Weil Andreas Butzki, wann auch immer, in den 70er-Jahren,

(Andreas Butzki, SPD: 78.)

1978, im Jahre 1978 sein Studium

(Andreas Butzki, SPD: Angefangen.)

beendet hat,

(Andreas Butzki, SPD:
Angefangen. Nee, angefangen!)

oder 1982/1983 fertig geworden ist. Ob er nun viereinhalb Jahre studiert hat oder fünf, das weiß ich nicht genau,

(Andreas Butzki, SPD: Vier!)

Fakt ist,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Jedenfalls
hat er die Regelstudienzeit geschafft. –
Henning Foerster, DIE LINKE: Und
sogar einen Abschluss gemacht.)

dass zu DDR-Zeiten die Lehrer nach vier bis fünf Jahren mit ihrem Studium durch waren. Und ich habe noch nicht gehört, dass in diesen Jahren dort schlechter Unterricht vermittelt wurde.

(Dirk Lerche, AfD: Nee, besser!)

Wenn wir heute unsere zukünftigen Lehrer circa sieben Jahre durch das System schleppen und wir es damals geschafft haben – und Sie können davon ausgehen, ich war zehn Jahre an der Berufsschule, da habe ich keinen getroffen, der vorher ein Referendariat gemacht hat –,

(Beifall Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE)

können Sie davon ausgehen, dass auch diese Kollegen ihrer Aufgabe gewachsen waren.

Und dann diskutieren wir heute das, was wir hier schon die ganze Zeit diskutieren.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Die haben das fünfte Studienjahr gehabt,
das ist doch was ganz anderes.)

Manchmal ist auch so ein Punkt wieder gekommen, wo man vielleicht mal die Dinge auf die Füße stellen sollte und zumindest darüber nachdenken sollte,

(Andreas Butzki, SPD: Aber Torsten,
es gab zwei Jahre Absolventenzeit.)

ob der normale Menschenverstand ausreicht, um Dinge wieder zu verändern.

(Andreas Butzki, SPD:
Die müsstest du auch gehabt haben,
die zwei Jahre Absolventenzeit.)

Es ist natürlich so, wenn die Frau Ministerin sagt, wir haben ein Studium, das Studium ist gut und richtig, fachlich, und anschließend haben wir sozusagen die zweite Phase der Lehrerausbildung, wo das eigentliche Lernen oder Lehren vermittelt wird, dann stellt sich doch aber trotzdem die Frage: Wenn das, was ich vorher beschrieben habe, in vier bis fünf Jahren möglich war, ist es denn heute notwendig, diese beiden Phasen insgesamt sieben Jahre ablaufen zu lassen? Insofern, glaube ich, auch mit Blick auf die Zukunft, ist der Druck noch nicht groß genug, dass wir in dieser Art und Weise hier entspannt diskutieren.

Ich habe das selbst vor zwei/drei Jahren in Diskussionen mit dem Bildungsminister Brodkorb durchgehabt, wo ich

dann irgendwann mal sagen musste beim Thema Seiteneinsteiger, ich finde das nicht gut, aber ich musste die Waffen strecken, weil ich vor der Frage stand, fällt der Unterricht aus oder greife ich zu einem neuen Mittel, sprich Seiteneinsteiger. Da lautete bei mir die Antwort: Okay, dann müssen wir Seiteneinsteiger ins System lassen, natürlich mit entsprechender Ausbildung, auch wenn das nicht die Wunschvorstellung ist. Aber ich glaube, wie gesagt, der Druck ist noch nicht groß genug, dass wir diese Sachen diskutieren.

Insofern will ich sagen, das, was Kollege Reinhardt schon gesagt hat, vielleicht nicht mehr so starr zu betrachten: Studium erste Phase und reine Lehrerausbildung zweite Phase, sondern ähnlich, wie ich es in meiner Ausbildung erlebt habe, ab dem zweiten Semester waren wir mindestens einen Tag in der Woche in der Schule und haben unterrichtet,

(Beifall Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE)

haben dort viermonatige Praktika gehabt. Deswegen ist das vielleicht auch ein Weg für die Zukunft, neu darüber zu diskutieren, dass wir die Gesamtphase verkürzen können, anders verzahnen können. Und dann ist das vielleicht auch ein Beitrag bei zukünftigen Diskussionen.

Ich weiß, dass die Welt sich weitergedreht hat, dass nicht alles das, was vorher gut war, eins zu eins übernommen werden soll, aber diesen Diskussionsprozess unter diesem Gesichtspunkt, finde ich, sollte man schon führen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Martina Tegmeier, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt aber liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und ich schliesse die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589. Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Ziffer I sowie über die Ziffer II.1 und 2, 3 und 4 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BMV, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II den Nummern 1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Ziffer II die Nummern 1 und 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BMV, bei Gegenstimmen von SPD und CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II der Nummer 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache ...

(Schriftführer Stephan J. Reuken:
Erst Nummer 3.)

Erst Nummer 3, okay.

Wer in Ziffer II der Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU und BMV und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wer in Ziffer II der Nummer 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1589 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BMV, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß den **Zusatztagsordnungspunkt** auf: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Namensgebung der Universität Greifswald respektieren, auf Drucksache 7/1663.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Namensgebung der Universität
Greifswald respektieren
– Drucksache 7/1663 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Karsten Kolbe für die Fraktion DIE LINKE.

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich zur eigentlichen Antragssache komme, möchte ich zunächst einmal Danke sagen, dass Sie der Dringlichkeit am Mittwoch zugestimmt haben und wir den Antrag hier heute behandeln können. Das zeigt mir doch, wie ernst das Thema auch von allen anderen Fraktionen genommen wird,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

wollte ich eigentlich sagen, aber, Herr Renz, wenn ich so in Ihre Fraktion gucke, dann fehlen mir zwei Ihrer Wortführer, die maßgeblich bei dem Thema mitmachen. Ich weiß ja nicht, ob die beiden Liskows schon auf dem Weg,

(Torsten Renz, CDU:
Steht das da bei Ihnen?)

die beiden Kollegen Liskow schon auf dem Weg zum Neujahrsempfang mit der Kanzlerin sind oder vielleicht noch auftauchen. Das weiß ich nicht.

(Marc Reinhardt, CDU:
Da fährt Herr Dahlemann hin,
zum Neujahrsempfang.)

Aber es wäre schön, wenn sie noch dazukämen.

Doch nun zur Sache: Am 17. März stimmte der Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald mit der laut Grundordnung der Universität erforderlichen Zweidrittelmehrheit dafür, zukünftig den Namen Ernst Moritz Arndt

nicht mehr grundsätzlich dem Namen der Universität Greifswald voranzustellen, sondern nach Maßgabe des Senats. Ich zitiere aus dem Beschluss: „Die Universität in Greifswald trägt den Namen Universität Greifswald; diesem kann nach Maßgabe einer vom engeren Senat nach Anhörung des erweiterten Senats zu beschließenden Ordnung der Namenszusatz Ernst Moritz Arndt vorangestellt werden. Dabei ist das einheitliche Auftreten der Universität im Rechtsverkehr sicherzustellen.“ So der Beschluss.

Ich halte also fest, dass es sich bei dieser Lösung um den Versuch einer Kompromissformel handelt. Das Begehren, den Namen Ernst Moritz Arndt zukünftig grundsätzlich nicht mehr zu führen und lediglich Universität Greifswald zu heißen, wurde vom Senat bekannterweise abgelehnt.

Der Weg hin zur Entscheidung des Senats wird vom Landeshochschulgesetz und von der Grundordnung klar definiert. Der Entscheidung vorausgegangen sind Befragungen der Beschäftigten und Studierenden der Universität. Zusätzlich wurde eine Urabstimmung unter den Studierenden durchgeführt. Die Beteiligungsquoten, das muss man zugeben, waren überwiegend eher mäßig und die Ergebnisse im Detail dann doch differenzierter, als es in Teilen immer wieder dargestellt wird.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Sachlage, wie sie seit wenigen Tagen vorliegt. Was dann im Nachgang folgte, war eine stellenweise doch sehr unsachlich geführte Debatte, die von den Gegnern der Umbenennung forciert wurde. Besonders prominent in der Reihe der Kritiker hervorgetan hat sich dabei unser Herr Innenminister Caffier,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

der noch am gleichen Abend in den sozialen Netzwerken von, ich zitiere, „links-grüner Meinungsmache“ und einer „vollkommen undifferenzierten Diskussion“ sowie von einer Gefahr einer „groß angelegten Namensbereinigungswelle“ oder gar „Kulturrevolution“ fabulierte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Horst Förster, AfD: Richtig!)

Angesichts einer solchen Äußerung von einem Mitglied der Landesregierung, aber auch weiterer Äußerungen von Mitgliedern des Landtages ist es aus unserer Sicht daher geboten, sich mit dem Thema hier im Landtag zu beschäftigen, da unserer Auffassung nach eine rote Linie überschritten wurde. Dass die Herren der AfD das anders sehen, wundert mich nicht.

(Beate Schlupp, CDU:
Ich sehe das auch anders.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ein ebenfalls recht angespanntes Verhältnis zu der Entscheidung,

(Glocke der Vizepräsidentin)

die dem Senat der Universität Greifswald obliegt, offenbarte auch der Kollege Egbert Liskow, der von einem faulen Kompromiss sprach und den Mitgliedern des Akademischen Senats ein merkwürdiges Demokratieverständnis vorwarf.

(Beifall Horst Förster, AfD –
Marc Reinhardt, CDU:
Sehr richtig, sehr richtig!)

Weiter heißt es in der dortigen Pressemitteilung, auch hier zitiere ich: „So kurz nach der Umfrage mit merkwürdigen Wahlgängen den Namen abzulegen, zeugt von einem gestörten Verhältnis zur Demokratie sowie zur Basisdemokratie innerhalb des Gremiums.“

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

„Mit dieser Art der Abstimmung erzwingt man eine erneute Überprüfung des Wahlergebnisses durch die Rechtsaufsicht des Landes“, so Kollege Liskow.

Dazu sei zweierlei gesagt:

Erstens. Ich bin mir sicher, das wissen Sie ganz bestimmt, dass eine Überprüfung der Wahl nicht aufgrund irgendwelcher „merkwürdiger Wahlgänge“ durch die Rechtsaufsicht zu prüfen ist, sondern dies laut Landeshochschulgesetz einfach ganz klar geregelt ist, dass die Genehmigung der Grundordnung natürlich zu versagen ist, wenn die Ordnung gegen Rechtsvorschriften verstößt. Eine Prüfung erfolgt also in jedem Fall, und das ist ja auch gut und richtig so.

Zweitens. Das Verständnis von Basisdemokratie der CDU-Fraktion hat sich in der Vergangenheit bei Volksbegehren und Volksinitiativen ja immer wieder gezeigt. Da, meine Damen und Herren, war Ihnen die Meinung der Bürgerinnen und Bürger nämlich herzlich egal.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Henning Foerster, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Doch zurück zum Thema und den Äußerungen einiger Abgeordneter. Wie zu erwarten, reihte sich natürlich auch der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer von der AfD ein, der mit Sprüchen wie „grün-linke volksfremde Ideologie“, ja,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

mit Begriffen wie „volksfremde Ideologie“ ganz deutlich bewies, dass er auch als beurlaubter Beamter, der eigentlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen sollte, zumindest rhetorisch,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Wie im
Grundgesetz: „dem deutschen Volke“.)

zumindest rhetorisch keine Kontaktschwierigkeiten mit der Zeit vor 1945 hat. Dass es jedoch auch anders geht, bewies jetzt im konkreten Fall der andere Kollege Liskow, nämlich Franz-Robert, der auch eine deutlich sachlich vorgetragene Kritik hatte zur Namensumbenennung, allerdings zu dem Fazit kam, dass die Entscheidung des Senates auch zu akzeptieren sei – ich sage mal in Klammern, wenn denn das Bildungsministerium der Prüfung stattgibt.

Um es noch einmal ganz klar zu sagen, nein, man muss die Entscheidung nicht gutheißen. Und ja, natürlich kann man diese auch kritisieren. Das ist doch gar keine Frage. Was jedoch gar nicht geht, ist, sich einer Sprache zu bedienen, die sonst eher dem rechten Rand zuzuordnen ist. Und wenn ich mir Ihre Rede zur negativen Wohn-

sitzauflage von heute Vormittag in Erinnerung rufe, Herr Minister Caffier, dann muss ich schon sagen, dass ich doch umso verwunderter bin, was Sie dort so vom sprichwörtlichen Stapel gelassen haben. Denn Mitglieder eines Hochschulgremiums, die auf der Grundlage von Landesrecht ehrenamtlich in ihrer Freizeit Entscheidungen treffen, in dieser Art und Weise anzugehen und sich dann auch noch dahinter zu verstecken, dass man dies auf seinem offiziellen Facebook-Profil als Privatperson getan habe, das ist für ein Mitglied der Landesregierung – und dabei bleibe ich – einfach nicht angemessen.

(Marc Reinhardt, CDU:
Da haben wir unterschiedliche
Meinungen, Herr Kollege!)

Hier hätte ich mir im Nachgang wirklich eine Entschuldigung oder wenigstens einen Funken Einsicht gewünscht.

(Marc Reinhardt, CDU: Auch das nicht. –
Zurufe von Beate Schlupp, CDU, und
Jens-Holger Schneider, AfD)

Aber gut, auch in der Vergangenheit war der Innenminister ja nicht um markige Worte und Zuschreibungen verlegen. Ich erinnere da noch an die sexistische Diffamierung unserer heutigen Ministerpräsidentin als „Küstenbarbie“. So viel zu den rhetorischen Perlen des Innenministers!

(Beate Schlupp, CDU: Das ist aber
nicht Gegenstand der Verhandlungen.)

Zwei Dinge sind mir abschließend wichtig, deshalb will ich sie hier auch noch einmal ganz deutlich betonen:

(Marc Reinhardt, CDU: Der geht
zum Lachen bestimmt in den Keller.
Der versteht die Pointe nicht.)

Zum Ersten. Es geht uns mit diesem Antrag ausdrücklich nicht darum, sich hier in der Sache zu positionieren. Auf beiden Seiten wurden zahlreiche Argumente ausgetauscht, und die Mitglieder des Senats in Greifswald haben es sich gewiss nicht leicht gemacht, auch in der hitzig geführten Debatte einen kühlen Kopf zu bewahren und abzuwägen. Für uns ist und bleibt das eine Frage der Hochschulautonomie, und die gilt es zu akzeptieren.

Zweitens. Anders, als es in Teilen behauptet wurde und auch in den sozialen Medien die Runde macht, geht es uns natürlich nicht darum, eine Prüfung des Bildungsministeriums zu beeinflussen oder gar zu verhindern. Das ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Und wenn ich zu Frau Hesse gucke, ich glaube, das würde auch gar nichts bringen.

(Ministerin Birgit Hesse: Nein.)

Das ist auch richtig so. Nein, worum es uns hier heute geht, ist, über die Art und Weise der Debatte zu diskutieren, die unserer Meinung nach leider deutlich aus dem Ruder gelaufen ist. Natürlich, das wissen wir alle, gehört manchmal auch Emotionalität in eine Debatte. Aber bei allen Kontroversen sollte man sich am Ende des Tages immer seiner Sprache bewusst sein und deutlich machen,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das genau ist es.)

ob man damit auch etwas auslösen kann,

(Jens-Holger Schneider, AfD: So ist es.)

was man vielleicht gar nicht wollte. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste! Der Senat der Universität Greifswald hat nach mehreren erfolglosen Anläufen in den Jahren 2010, 2016 und nunmehr möglicherweise erfolgreich am 17.01.2018 die Umbenennung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in das schlichte „Universität Greifswald“ beschlossen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Sie werden sich vielleicht erinnern, 2016 hatte Frau Ministerin Hesse als zuständige Aufsichtsbehörde die Genehmigung zur Umbenennung zurückweisen müssen, und zwar wegen fehlender Rechtskonformität des Senatsbeschlusses. Zwischenzeitlich meinen die zuständigen Universitätsgremien, die Rechtskonformität hergestellt zu haben.

Nach Landeshochschulgesetz Paragraf 1 Absatz 3 und Universitätssatzung hat die Universität das Recht, den Namen der Universität in ihrer Grundordnung zu benennen. Das ist Teil der universitären Autonomierechte und daran sollte man tunlichst auch festhalten. Trotzdem reibt man sich verwundert die Augen, wenn man sich den Senatsbeschluss anschaut, denn der Beschluss ist ein ziemlich fauler Kompromiss.

Warum? Der Name Ernst Moritz Arndt soll zwar offiziell abgelegt werden, doch dann auch wieder nicht uneingeschränkt. Ich zitiere aus dem Senatsbeschluss, das heißt, ich spare mir jetzt das Zitat, weil das der Herr Kolbe schon gebracht hat, aber worauf ich Werte lege, ist, dass dort gesagt wird, nach Anhörung des erweiterten Senats wird also der innere Senat die zu beschließende Ordnung für den Namenszusatz Ernst Moritz Arndt noch mal festlegen. Was als große Kompromissbereitschaft verkauft werden soll, ist eigentlich eine große Feigheit der 27 Senatsmitglieder, ist eine Feigheit vor der Verantwortung. Diese Entscheidung ist in mehrfacher Hinsicht unvernünftig:

Erstens. Welcher auf einem Markt agierende Betrieb wird seinen Namen oder sein Logo ändern und dann dauerhaft beide Namen oder Logos je nach Vorliebe seiner Angestellten im öffentlichen Verkehr verwenden? Oder stellen Sie sich vor, die ehemaligen DDR-Bürger hätten nach Belieben ihren Pass behalten und sich weiterhin als Staatsbürger der DDR benennen dürfen, je nach Vorliebe! Ich bin sicher, da hätten wir hier im Parlament noch etliche davon sitzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Was soll man sagen? Eine solche Situation ist eine marketingtechnische Katastrophe.

Zweitens. Die Entscheidung, unter welchen Bedingungen der Name Ernst Moritz Arndt vorangestellt werden darf, ist weiterhin auf die Zukunft verschoben und wird weiteren Streit darüber erzeugen, wer diese Entscheidung fällen darf. Der jeweilige Professor oder gar der einzelne Student oder die Studentin? Jede potenzielle Variante wäre ein Bürokratiemonster.

Drittens. Mit dem potenziell möglichen Angebot einer aktiven individuellen Entscheidung für den Namen Ernst Moritz Arndt auf Papieren und Urkunden der Universität machen die Senatoren aus einer Verbundenheit zwischen Region und Universität, die sich im Namen manifestiert, eine persönliche Gesinnungsentscheidung der Universitätsangehörigen und Absolventen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Christoph Grimm, AfD: Genau.)

Das ist eine Perfidie, die kaum zu überbieten ist, denn, meine Damen und Herren Abgeordnete, bedenken Sie die Argumente, die zur Ablehnung des Namens herangezogen wurden! Das waren Arndts franzosenfeindlichen Aussagen in den Befreiungskriegen und seine antisemitischen Äußerungen. Läuft da nicht jeder, der sich bewusst und individuell für den Namen Ernst Moritz Arndt entscheidet, Gefahr, von den politischen Moralaposteln, die man auch als Extremisten bezeichnen könnte, als Rassist gebrandmarkt zu werden?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Viertens. Man fragt sich, welche Studenten bewegt eigentlich der Name ihrer Universität, die sie in der Regel nach wenigen Jahren wieder verlassen? Sind es nicht eher jene Politikstudenten, die sich an einem solchen Thema politisch profilieren wollen? Die Teilnehmerzahlen der studentischen Umfragen zum Namen der Universität lagen zuletzt bei 15 Prozent und bestätigen die Fragwürdigkeit der demokratischen Legitimation dieser Umfrageergebnisse unter den Studenten.

Fünftens. Ganz anders ist das Engagement bei den Mitarbeitern, ehemaligen Mitarbeitern und Universitätsangehörigen. Sie stehen mit deutlicher Mehrheit zum Namen Ernst Moritz Arndt und treten engagiert für die Beibehaltung des Namens ein. Noch am 13. Januar 2018 dokumentierten sie dies mit einer Menschenkette und Demonstration durch die Altstadt von Greifswald.

Mein Fazit: Der Senat der Universität hat sich über die regionale Verbundenheit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität hinweggesetzt und damit dokumentiert, dass er eine solche nicht wertschätzt. Ernst Moritz Arndt gehört zweifellos zu den mit Abstand bedeutendsten Persönlichkeiten, die Vorpommern hervorgebracht hat. Da er Professor an der Greifswalder Universität war, lässt sich kaum ein passenderer Namenspatron für diese Universität finden. Darüber war man sich selbst zu DDR-Zeiten einig, und noch heute steht die Mehrheit der Greifswalder Bevölkerung zu diesem Namen und wünscht, ihn beizubehalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Bevölkerung in Vorpommern hat sich interessanterweise ein pommersches Identitätsbewusstsein bewahrt,

vielleicht gerade, weil dieser Landstrich im und nach dem Dreißigjährigen Krieg Spielball der damaligen Großmächte Schweden, Dänemark und Brandenburg geworden war und nach dem Zweiten Weltkrieg von der DDR-Regierung aus der politischen Landkarte entfernt wurde. Nach dem Untergang der DDR war die Wiederbelebung von Vorpommern als Teil eines gemeinsamen Landes Mecklenburg-Vorpommern für alle, die sich der Region verbunden fühlten, ein politischer Erfolg.

Die Ablegung des Namens der Ernst-Moritz-Arndt-Universität auf wiederholte Initiative regional nicht verwurzelter Studenten und Senatsangehöriger wird – da bin ich sicher – von der Mehrheit der Bevölkerung in Vorpommern als Affront verstanden. Damit ist diese Entscheidung auch eine politische Dummheit. Es ist ein Tiefpunkt für die akademische Kultur in Universität und Stadt, es ist auch ein Symptom für die Entfremdung von der Region, wenn kulturelle Bande zerrissen werden, wenn die Universität ihren identitätsstiftenden pommerschen Patron verliert.

Natürlich ist nicht zu leugnen, dass von Ernst Moritz Arndt Aussagen stammen, die heute kein Demokrat mehr in den Mund nehmen würde, Aussagen, von denen sich auch Ernst Moritz Arndt distanzieren würde, wenn er im heutigen Zeitkontext leben würde. Das ergibt sich aus der Grundtendenz seiner Werke und seines Wirkens, ja, ich würde sagen, seines humanistischen Verständnisses vom einzelnen Menschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Christel Weißig, BMV)

Ernst Moritz Arndt ist wie kaum ein anderer aus der Region Vorpommern geeignet, jungen Menschen Vorbild zu sein. So trug er mit seinen Schriften über die Leibeigenschaft von 1803 und 1813 maßgeblich zu deren Abschaffung in Schwedisch-Vorpommern bei. Als Napoleon Europa mit Krieg überzog, wurde Arndt zum Dichter der Befreiungskriege. Von ihm stammt der Satz: „Denn der Krieg ist ein Übel und die Gewalt ist das größte Übel.“ Seine Kirchenlieder und die Märchensammlungen sind Meisterwerke der Poesie und Prosa und belegen seine tiefe Religiosität und Moralität. Es ist unmöglich, sein vielgestaltiges Gesamtwerk mit wenigen Worten zu würdigen. Erwähnt seien nur noch sein Einsatz für Meinungs- und Pressefreiheit und seine Forderung, das Volk muss wieder mitraten und mitregieren.

Es zeugt von Kleingeisterei, wenn nun wegen einiger Arndt-Zitate, die aus dem damaligen Zeitgeist heraus zu verstehen sind, dieser geniale Denker unserer Heimatregion von einem seiner Sockel gestürzt werden soll.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich würde mich freuen, wenn die Ministerin all diese verschiedenen Punkte hinreichend gründlich bewerten und beurteilen lässt, denn eines dürfte sicher sein, dass das letzte Wort der Arndt-Befürworter noch nicht gesprochen sein dürfte. Es bleibt also die Frage offen, ob die Genehmigungsfähigkeit des erneuten Beschlusses nicht wieder infrage zu stellen ist.

Ich möchte mich jetzt vom eigentlichen konkreten Fall der Universität in Greifswald lösen und einige grundsätzliche Überlegungen vortragen. Ich frage mich, welches Geschichtsbild und welches Menschenbild verbirgt sich

hinter einer derartig ideologisierten Namensdiskussion, die wir dort erlebt haben. Wollen wir die Geschichte unserer europäischen Völker gänzlich aus dem Bewusstsein unserer Kinder streichen? Wollen wir eine geschichtslose Zeit anstreben? Ich denke, es geht eigentlich gar nicht um und gegen Arndt, es geht eigentlich gegen das, wofür Arndt gestritten und gekämpft hat, für den einheitlichen deutschen Nationalstaat und für positiven Patriotismus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn Ernst Moritz Arndt als Patron der Universität nicht tragbar ist, was ist dann mit Martin Luther, dem Namenspatron der Universität Halle-Wittenberg? Was machen wir mit Richard Wagner, Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Nietzsche, selbst Thomas Mann und vielen anderen großen Namen der deutschen Kulturgeschichte? Auch die Universität Frankfurt am Main müsste um ihren Namenspatron Johann Wolfgang von Goethe bangen. Shakespeare wäre erst recht zur Persona ingrata zu erklären, ja selbst die Schrift des Johannesevangeliums müsste aus dem Neuen Testament der Bibel entfernt werden, weil der Text politisch inkorrekt ist. Überhaupt wäre zu fragen, ob nicht die Bibel insgesamt auf den Index zu setzen wäre, weil sie in den Augen extremistischer Ideologen puren Rassismus verbreitet.

Geht uns nicht langsam ein Licht auf, wohin eine solche Bilderstürmerei führen wird?! Zugrunde liegt ein geschichtsvergessenes Denken. Natürlich, wer wollte in seiner Jugend nicht das Paradies auf Erden haben? Wer wollte nicht eine konfliktlose Gesellschaft? Dieser Traum ist so alt wie die Menschheit, aber man sollte irgendwann auch einmal einen persönlichen Reifegrad erreichen, der akzeptiert, dass das gesellschaftliche Leben nicht auf Wunschdenken, sondern klugem und menschlichem Miteinander basiert. Dazu gehören auch Konflikte und Auseinandersetzungen. Und, wie könnte es anders sein, natürlich spiegeln diese sich auch in unseren Denkmälern und Ehrenmalen wider, zum Beispiel im Namen Arndt als Universitätspatron. Das hilft unserem gesellschaftlichen historischen Verantwortungsbewusstsein auf die Sprünge. Geschichtslosigkeit und historische Verengung behindern genau das.

Mich stört auch die Doppelmoral, die wir in dieser Frage erleben. Gerade hat mir ein Bürger zwei Fotos gemailt. In dem ersten ist auf einer Wand in Greifswald, auf einer Häuserwand großartig gesprüht: „Deutsche Polizisten Mörder und Rassisten“, beim zweiten ein Transparent an einem Jugendhaus in der Bleichstraße in Greifswald, worauf steht oder mehrere Monate 2017 zu lesen war „Geflüchtete aller Länder, lasst uns nicht allein mit diesen Deutschen“. Die Frage ist: Wer sind diese Deutschen? Sind wir das nicht alle, und was will man uns damit sagen?

Ein weiteres Beispiel: Der „Wut“-Song der Band aus M-V „Feine Sahne Fischfilet“, in dem vom Hass auf Polizisten gesungen wird. Ich zitiere:

„Und der Hass – Der steigt!
Und unsere Wut – Sie treibt!
Unsere Herzen brennen ...“

Zitatende. Abgesehen von der Holprigkeit des Reimes, aber was mich besonders irritiert, ist, dass diese Band mit real gewalttätigen Mitgliedern, was 2011 zur Be-

obachtung durch den Verfassungsschutz führte, von der Ministerpräsidentin in der Vergangenheit durch Besuche von Veranstaltungen mit dieser Band gewürdigt wird und diese fragwürdigen Vorbilder in der OZ ganzseitig als Kämpfer gegen rechts hofiert werden. Das mag deutlich machen, wo kulturelle Probleme in unserer Gesellschaft zu verorten sind. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Stamer.

Dirk Stamer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir schon gehört haben, hat die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald sich entschieden, ihren Namen zu ändern. Eine entsprechende Änderung der Grundordnung der Universität fand im erweiterten Senat eine deutliche Mehrheit von 27 : 8 Stimmen.

Nur kurz zum Hintergrund: Eine Änderung der Grundordnung der Universität erfordert eine Genehmigung seitens des Bildungsministeriums. Diese ist noch ausstehend. Das Landeshochschulgesetz steckt hierfür den Rahmen ab. Es steht einer Hochschule frei, über ihren Namen zu entscheiden, wenn der Name der Stadt als einzige Bedingung im Namen der Hochschule enthalten ist.

Vor knapp einem Jahr haben wir hier im Landtag dieses Thema bereits behandelt. In der Sitzung vom 08.03.2017 haben wir einen Antrag abgelehnt, der eine Beibehaltung des Namenszusatzes Ernst Moritz Arndt forderte. Den damaligen Antrag habe ich mit Verweis auf das Landeshochschulgesetz und die grundgesetzlich geschützte Hochschulautonomie abgelehnt, da dies eine unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten der Universität darstellt.

Dieser Antrag befürwortet im ersten Teil nun eine Namensänderung. Konsequenterweise müssen und werden wir diesen aktuellen Antrag aus derselben Argumentation heraus ablehnen. Es ist immer noch der Fall, dass das zuständige gewählte Gremium der Universität eine demokratische Entscheidung getroffen hat, zu der sie auch berechtigt ist. Solange die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Namensänderung eingehalten werden, ist es Sache der Universität Greifswald, über ihren Namen selbst zu entscheiden.

Im zweiten Teil beinhaltet dieser Antrag von Ihnen die Aufforderung, dass sich die Mitglieder des Landtages und der Landesregierung in einer bestimmten Art und Weise verhalten sollen. Dies halte ich bei frei gewählten Abgeordneten ebenfalls für fragwürdig.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Mag man die angesprochenen Aussagen auch für falsch und völlig unangemessen, gefährlich für den Frieden der Region und gegebenenfalls hetzerisch halten, darf jeder Abgeordneter noch frei seine Meinung äußern.

Zu Ihnen, Herr Jess.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD)

Ja, das ist richtig.

Ziehen Sie aus Ihren Vorschlägen doch die Konsequenz und fordern Sie eine Änderung des Landeshochschulgesetzes und damit dann auch gleichzeitig eine Änderung des Artikels 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, der die Forschung, Lehre und Wissenschaft als frei bezeichnet!

(Dr. Gunter Jess, AfD: Wir wollen darauf bestehen, dass es so bleibt.)

Dann tun Sie das, das wäre auf jeden Fall konsequent. Ich finde es nicht sehr konsequent, jetzt über diese Entscheidung der Universität zu debattieren, weil es Sache der Universität ist.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Die SPD-Fraktion wird den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der BMV hat jetzt das Wort Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die BMV-Fraktion wird den Antrag ablehnen. Die Umbenennung war ein Fehler, sicherlich formal korrekt, wie Kollege Kolbe ausgeführt hat. Das heißt aber trotzdem noch nicht, dass man die Entscheidung richtig fand, das heißt nur, dass hier ein struktureller Fehler im Hochschulrecht vorliegt. Die Frage ist also, welche Schlussfolgerung zieht man. Sagt man einfach, okay, es ist formal so passiert und damit ist das sozusagen das Ende der Fahnenstange, oder überlegt man, ob sich daraus Handlungsbedarf ergibt?

Wir sind der Meinung, dass nur das Land selbst über den Namen seiner Universität entscheiden soll. So, wie es sich für eine gute Universität gehört, zieht sie Studenten und Professoren aus aller Herren Länder an. Studenten und Professoren kommen und gehen, die Universität bleibt in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist eine Universität des Landes Mecklenburg-Vorpommern, deshalb sollte das Land den Namen bestimmen. Es geht eben nicht – um auf meinen Vorredner einzugehen – um Fragen der inneren Selbstverwaltung oder der Freiheit von Forschung und Lehre. Ich finde das fraglich. Man müsste zumindest mal gründlich prüfen, ob es tatsächlich so ist, dass es grundgesetzlich untersagt ist, die Namensregelung anders zu machen.

(Dirk Stamer, SPD:
Das habe ich nicht gesagt.)

Das würde ich jetzt jedenfalls noch nicht so fest behaupten, dass das ein Problem ist.

Ich will dazu einmal ein Bild bemühen, zur Namensgebung. Das ist eine Universität des Landes Mecklenburg-Vorpommern und so sind es auch die Eltern, die ihren Kindern den Namen geben und nicht die Erzieher, die sich tagsüber um die Kinder kümmern und selbst die inneren Abläufe der Kindertagesstätte organisieren. Wenn Eltern ihren Max morgens in die Kita bringen, wollen sie ihn auch nicht nachmittags als Moritz wieder abholen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Überhaupt ist die Namensgebung stets mehr als ein Verwaltungsakt. Namen sind Ausdruck von Identität und sie stiften Identität. Die Universität befindet sich doch nicht im luftleeren Raum, sie lebt in einer Stadt, in einer Region, in einem Land. Es gibt starke Wechselwirkungen in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht. Der Antrag greift also zu kurz. Es ist nicht nur die Entscheidung des Senats der Universität zu respektieren, es ist auch der Wille der betroffenen Bevölkerung, insbesondere in Vorpommern, zu respektieren. Um diesen hat sich der Senat der Universität nicht geschert.

Auf der anderen Seite – und das möchte ich zum Schluss noch mal sagen – sollte man die Kirche auch im Dorf lassen. Das Renommee einer Universität hängt nicht in erster Linie von ihrem Namen ab. Das ist für mich auch ein entscheidender Punkt. Viel wichtiger sind die Qualität von Forschung und Lehre: Wird die Universität international in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen als ebenbürtiger Partner anerkannt? Leuchten die Augen in den Personalabteilungen der Unternehmen und Behörden, wenn sich jemand als Absolvent der Universität Greifswald vorstellt? Ist es für Lehrende und für die Studenten attraktiv, in Greifswald zu lehren oder zu studieren?

Hierzu zählt ein vielfältiges Studienangebot. Eine reine Fachhochschule, etwa für Medizin, ist für eine Universitätsstadt unattraktiv. Fatal ist nach wie vor etwa die Schließung des Sportinstituts der Universität – eine verhängnisvolle Fehlentscheidung, die sich insgesamt auf alle Fachbereiche der Universität auswirkt. Oder: Um im eigentlichen Antragsthema der Identität zu bleiben, ist nach wie vor die Abschaffung des Lehrstuhls für Pommersche Geschichte im Jahr 2013 zu kritisieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Gerade dieser Lehrstuhl wäre ja nun prädestiniert dafür, die Arndt-Debatte wissenschaftlich zu begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV –
Bernhard Wildt, BMV: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Schlupp.

(Tilo Gundlack, SPD: Nicht so doll!)

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Äußerungen von Herrn Kolbe in der vergangenen Woche zum Abstimmungsergebnis des Senats der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald war dieser Dringlichkeitsantrag wenig überraschend. Sie springen hier unter dem Deckmantel der hochschulautonomen Demokratie auf eine Debatte auf, deren Tragweite Sie mit diesem Antrag offensichtlich nicht durchdrungen haben. Und Sie machen es sich ganz entschieden zu einfach: Wenn Sie von einer demokratischen Entscheidung des Universitätssenats sprechen, ist dies nur auf den ersten Blick richtig. Wenn 27 von 35 Senatoren sich für die Ablegung des Namens am letzten Mittwoch aussprechen, dann ist das zunächst ein hochschulinterner Vorgang, den ich zwar akzeptiere, aber dennoch für grundfalsch halte.

Und wir dürfen die Abstimmung auch gerne unter Demokratiegesichtspunkten bewerten. Nach meiner Einschätzung

zung wurde der weitestgehende Antrag zur Umbenennung abgelehnt, und nachdem die Ablegung des Namens abgelehnt wurde, wurde darüber abgestimmt, wie der Namen denn nun abgelegt werden soll. Aus meiner Sicht ein bizarres Vorgehen. Ob dies so zulässig ist, das stelle ich zumindest infrage,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

zumindest, wenn man sich die praktischen Umsetzungsprobleme anguckt. Als ehemalige Studentin dieser stolzen Universität sage ich Ihnen, Ernst Moritz Arndt und die Universität Greifswald gehören für meine Fraktion und für mich zusammen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Ganz persönlich sage ich Ihnen, als ehemalige Studentin habe ich ein sehr enges Verhältnis zur Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Mit der Universität Greifswald verbindet mich so viel wie mit jeder anderen Universität in Deutschland.

Wenn Sie mit demokratischen Verfahren argumentieren, dann, denke ich, nehmen Sie bitte auch das Ergebnis der Urabstimmung aller Universitätsangehörigen vom Dezember 2017 zur Kenntnis. Mehrheitlich, und zwar mit knapp 49 Prozent der teilnahmeberechtigten Mitglieder, sprachen sich diese für die Beibehaltung des Namens Ernst Moritz Arndt aus. Diese Tatsache ignorieren Sie in Ihrem Antrag.

Sie ignorieren ebenfalls, dass die Mehrheit der Greifswalder Bevölkerung und der Region den Namen Ernst Moritz Arndt behalten möchte. Für mich und viele andere der Region gehört er einfach zu uns. Arndt ist ein Kind der Region und hat selbst an der Universität Greifswald gelehrt. Sicher ist Arndt in seiner historischen Würdigung streitbar. Dennoch ist Geschichte – und das haben wir hier schon mehrfach gehört – immer im zeithistorischen Kontext zu betrachten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Insofern ist diese Diskussion aus meiner Sicht müßig, da Arndt als Schriftsteller, freiheitlicher Denker seiner Zeit und als Kind Vorpommerns von großer regionalhistorischer Bedeutung ist.

Die Entscheidung des Senats steht jedenfalls isoliert für sich und leider nicht für einen Annäherungsprozess zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Namensänderung. Im Gegenteil, die jetzige Entscheidung ist in der praktischen Umsetzung vollkommen untauglich, da nicht klar ist, wann der Namenszusatz Ernst Moritz Arndt geführt werden darf und wann nicht. Die daraus resultierenden Rechtsfolgen, zum Beispiel die Benennung auf Studienabschlüssen, sind völlig unklar.

Ohne Zweifel haben diese Debatte und die Entscheidung des Senats zu einer Beschädigung des hochschulakademischen Standorts Greifswald geführt.

(Beifall Bernhard Wildt, BMV)

Bekanntlich hat das Land Mecklenburg-Vorpommern die Rechtsaufsicht. Formale Mängel haben ja bereits in der

ersten Abstimmung zu Beginn des letzten Jahres zu einer Unwirksamkeit der schon einmal beschlossenen Namensablegung geführt. Auch bei dem nun vorliegenden Antrag wird die formale Rechtmäßigkeit durch das hierfür zuständige Bildungsministerium erst geprüft. Erst wenn das Bildungsministerium der Änderung der Grundordnung zustimmt, kann der Name geändert werden.

Im Übrigen zeugt es von einem irritierenden Demokratieverständnis, wenn so lange Abstimmungen wiederholt werden, bis sich endlich eine Mehrheit für die Namensänderung ergibt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und Tilo Gundlack, SPD)

Es ist schon erwähnt worden, bereits im Frühjahr 2010 – damals kam die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zustande – wurde im Senat über die Änderung des Universitätsnamens abgestimmt.

(Marc Reinhardt, CDU: So lange
abgestimmt, bis es passt.)

Und dann Ziffer 2 Ihres Antrages, auf unsachliche Äußerungen im Zuge dieser Debatte zu verzichten.

(Tilo Gundlack, SPD:
Das geht ja gar nicht!)

Ich glaube, da müssten wir erst mal eine andere Debatte führen. Ich stelle mir nämlich die Frage, ob wir uns hier schon einvernehmlich darauf verständigt haben, dass man mit Annahme des Landtagsmandats oder mit Ernennung zum Minister das Recht auf eine persönliche Meinung verwirkt hat oder das Recht darauf, diese Meinung in der Öffentlichkeit äußern zu dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU, AfD und Tilo Gundlack, SPD –
Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

Ich glaube, das ist noch nicht ausdiskutiert, denn ich kann mich nicht erinnern, dass die von Ihnen angesprochenen Äußerungen, die Sie offensichtlich auch kritisieren, in diesem Raum getätigt wurden oder dass der Minister eine Pressemitteilung aus dem Innenministerium herausgegeben hat. Also ich nehme für mich in Anspruch, als Abgeordnete dieses Landtages und auch als Vizepräsidentin trotzdem eine private Meinung haben zu dürfen, die ich durchaus öffentlich äußern möchte.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

Und mal ganz praktisch gefragt: Wer bewertet im Übrigen, was sachlich ist und was unsachlich?

(Torsten Renz, CDU: Herr Kolbe.)

Die Befürworter des Abstimmungsergebnisses des Senats? Die Fraktion DIE LINKE?

Herr Kolbe, gut. Vielleicht sollten wir das im Antrag dann noch ergänzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und hier im Landtag die Präsidentin.)

Da es sich aber um Äußerungen handelt – das hatte ich ja schon ausgeführt – die nicht hier im Landtag getätigt wurden,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, ich wollte es nur erwähnen.)

fühle ich mich dazu nicht bevollmächtigt.

Ich möchte es aber trotzdem auf den Punkt bringen: Für meine Fraktion war die Senatsentscheidung falsch, sie ist falsch, und das wird meine Fraktion auch immer ganz klar so sagen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig!)

Mit unsachlichen Bemerkungen hat das überhaupt nichts zu tun. Von daher werden wir Ihren Antrag aus wirklich tiefer Überzeugung ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Kolbe.

(Andreas Butzki, SPD:
Aber jetzt die Kurzfassung! –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nein, nein! –
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD)

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Bringt nichts? Na, das hat ja Ihre Ministerpräsidentin auch schon festgestellt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gern möchte ich zum Abschluss der Plenardebatte noch die Gelegenheit nutzen, kurz auf das eine oder andere Argument einzugehen, was hier in der Debatte vorgetragen wurde.

Ich beginne mal ganz kurz mit Herrn Stamer: Uns geht es gar nicht darum, die Änderung zu befürworten. Das steht auch nicht im Antrag, das nehmen wir zur Kenntnis. Das ist eigentlich eine Gepflogenheit, dass man im Punkt 1 erst mal einen Zustand zur Kenntnis nimmt. Darum geht es uns und um nichts Weiteres.

Bereits in der letzten Debatte zu diesem Thema – die hat hier auch kurz eine Rolle gespielt – hatten wir ange mahnt, dass bei einer möglichen Novellierung des Landeshochschulgesetzes eventuell eine verbindliche Urabstimmung aller Statusgruppen ernsthaft diskutiert werden sollte, denn Befragungen können Orientierung bei einer Entscheidungsfindung sein, bindend sind sie jedoch nicht.

Und was Frau Schlupp gesagt hat, dass es eine Urabstimmung unter allen Beteiligten gab, stimmt einfach nicht, weil es handelt sich um die Ergebnisse eines Meinungsbildes zum Universitätsnamen, mitnichten eine verbindliche Abstimmung, weil die sieht das Landeshochschulgesetz bis jetzt – und ich sage, leider – leider nicht vor. Aus diesem Grund spricht sich meine Fraktion, wie auch schon in der Vergangenheit, immer klipp und klar für eine Form der Mitbestimmung aus, die am Ende des Tages verbindlich ist.

(Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Hier verstehe ich dann die CDU ehrlich gesagt auch nicht. Sie wollen zusammen mit Ihrem Koalitionspartner die Landesverfassung ändern, um unverbindliche Volksbefragungen zu ermöglichen, sozusagen direkte Demokratie light. Auf die Frage, ob Sie bei dem erst angekündigten Projekt, dem Wahlalter 16, ob Sie das bei einer knappen Mehrheit akzeptieren würden, umsetzen würden, habe ich zumindest bis heute noch kein klares Ja aus Ihrer Fraktion gehört,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das wissen sie noch nicht so richtig.)

sondern eher die Aussage, na ja, das muss man dann mal sehen, könnte eine Option sein oder auch nicht. Und da muss ich Ihnen schon sagen, sich selber die Option offenzuhalten bei unangenehmen Ergebnissen, diese lediglich als Beratungsgrundlage nehmen zu wollen, gleichzeitig jedoch dem ehrenamtlichen Gremium Senat abzuverlangen, eine Umfrage im Ergebnis zu akzeptieren, das, meine Damen und Herren von der CDU, ist wirklich ein bisschen doppelzünftig.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Beate Schlupp, CDU: Sie spekulieren.)

Wenn ich Sie dann beim Wort nehme und Ihrer Logik folgen würde, dass dieses Meinungsbild doch anzuerkennen sei –

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

weil der Auffassung kann man ja auch sein –, verstehe ich Ihr Handeln allerdings in der Vergangenheit schon gar nicht mehr so richtig. Ich erinnere an die Volksabstimmung zur Gerichtsstrukturreform, die wurde damals von über 83 Prozent der Teilnehmenden abgelehnt, sie waren ganz klar gegen die Schließung von Gerichten im Land. Allerdings – und das gehört ja auch zur Wahrheit – erreichte man damals nicht das benötigte Quorum von 33,3 Prozent.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist alles Demokratie.)

Damals war es für Sie selbstverständlich zu sagen, dass nicht genug Menschen abgestimmt hätten und Sie an das Votum nicht entsprechend gebunden seien. Das gilt es zu akzeptieren, und das hat ja meine Fraktion getan, auch wenn wir die Gerichtsstrukturreform für falsch hielten. Wenn Sie allerdings bei der Umfrage an der Universität nun auf die Umsetzung pochen, dann frage ich Sie: Wissen Sie eigentlich, dass auch hier nicht einmal jeder Dritte an dieser Abstimmung teilgenommen hat?

(Beate Schlupp, CDU: Das habe
ich doch gar nicht gesagt.)

Auf der einen Seite Akzeptanz von Ergebnissen einfordern,

(Beate Schlupp, CDU:
Das habe ich gar nicht gesagt.)

selber aber anders agieren,

(Beate Schlupp, CDU: Haben Sie mir
vorhin nicht zugehört, oder was?!)

das ist doch ein ziemlich durchsichtiges Manöver, Frau Schlupp. Direkte Demokratie kann man nicht nur dann zurate ziehen, wenn einem das Ergebnis gerade in den Kram passt. Aber wie hatte es am Mittwoch in der Debatte mit meiner Kollegin Jacqueline Bernhardt aus den Reihen der CDU-Fraktion, ich glaube, es war Herr Reinhardt, geheißen: Wir wollen gar keine direkte Demokratie.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, genau.)

Hier gilt es dann, sich ehrlich zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und noch ein letzter Punkt:

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist eine
Unterstellung, das werden wir prüfen. –
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Herr Dr. Jess und auch Herr Manthei hatten es angesprochen, dass man notfalls die gesetzlichen Bestimmungen ändern müsste, um die Umbenennung abzuwenden, zu verhindern, doch noch mal anders zu gestalten. Wenn dies tatsächlich das Begehren des einen oder anderen ist, dann frage ich mich, warum wir zu dem entsprechenden Sachverhalt immer noch keine Gesetzesinitiative,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

keinen Antrag bis heute vorliegen haben, weil die Debatte läuft ja nicht erst seit gestern,

(Stephan J. Reuken, AfD:
Das haben wir doch gar nicht
gesagt. Sie hören gar nicht richtig zu.)

die läuft doch schon ein bisschen länger, wie hier richtig festgestellt wurde.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Wenn man dies wirklich machen möchte, gehört aber zur Ehrlichkeit dazu, offen zu sagen, dass man die Hochschulautonomie der Universitäten an dieser Stelle einschränken will. Wir sehen das äußerst kritisch.

Herr Manthei, Sie sagten, es ist die Universität des Landes und das Land sollte entsprechend entscheiden. Ich muss Ihnen sagen, ja, das ist die Universität des Landes, da haben Sie recht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Eine Universität des Landes.)

Aber für uns ist es in erster Linie auch die Universität der Studierenden, die Universität der wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen, die Universität der Gruppe der weiteren Mitarbeiter und auch die Universität der Professorinnen und Professoren, die diese Universität täglich mit Leben erfüllen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Sehr geehrte Damen und ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment, Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jess? – Bitte eine Antwort.

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Nein.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Nein.

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Danke, nein.

Sehr geehrte Damen und Herren, die heutige Debatte hat, denke ich, gezeigt, dass es genau das Richtige war, sich auch im Landtag mit diesem Thema zu beschäftigen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ging, aber wenn ich insbesondere aus den Reihen der AfD, teilweise auch aus den Burschenschaften, das eine oder andere gehört habe, wenn davon gesprochen wird, dass Entscheidungen nicht akzeptiert werden sollen, wenn die Spaltung der Stadt hingenommen werden soll, dann muss ich mich doch ein bisschen an gestern Abend erinnern. Da war es unser Festredner, Jens-Jürgen Ventzki, der in einer sehr beeindruckenden und gleichsam bewegenden Rede anmahnte, dass es wichtig sei, ganz genau auf die Sprache und auch auf deren Bedeutung zu achten. Und er machte am Beispiel seiner Wahlheimat Österreich, glaube ich, deutlich, dass eine Veränderung zum Schlechten selten mit einem großen Knall dahergehe, sondern dass alles mit ganz einfachen, vermeintlich harmlosen Worten beginne.

Meine Damen und Herren, was wir uns wünschen, sind Diskussionen, die sicherlich in der Sache hart geführt werden können und die manchmal auch emotional sind. Das ist ja gar keine Frage. Am Ende des Tages aber müssen sie immer mit der gewohnten Fairness und dem nötigen Respekt des Gegenübers geführt werden. Und auch, wenn Sie unserem Antrag heute nicht zustimmen, so möchte ich Sie doch eindringlich darum bitten, hier in dieser Debatte nicht weiter zu polarisieren,

(Tilo Gundlack, SPD:
Was machen Sie denn?!)

sondern selbst bei unterschiedlichen Positionen einem Kompromiss offen gegenüberzustehen.

(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das, meine Damen und Herren, ist doch das Wesen von demokratischen Prozessen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat noch einmal Herr Dr. Jess für die Fraktion der AfD.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Kolbe, die Diskussion oder besser gesagt die Debatte mit Ihnen ist wirklich schwierig. Sie haben nämlich das Problem, dass Sie offensichtlich bei längeren Texten nicht zuhören können, oder haben den Anfang schon wieder vergessen, wenn Sie am Ende angekommen sind.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich habe leider nur eine Minute, deshalb kann ich im Detail nicht darauf eingehen. Bitte in Zukunft besser zuhören, dann wäre die Debatte leichter! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie
jetzt über sich gesprochen, oder wie?)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1663. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1663 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Caffier hat darum gebeten, eine persönliche Bemerkung nach Paragraf 88 der Geschäftsordnung des Landtages abzugeben. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe den Paragrafen 88a genutzt, um noch mal deutlich zu erklären, warum ich an der Abstimmung nicht teilgenommen habe. Ich halte den Antrag für ungeheuerlich, nicht wegen des Inhalts. Ich halte ihn für ungeheuerlich, weil ich mir nach 27 Jahren Parlamentszugehörigkeit nicht hätte träumen lassen, dass eine Fraktion/Partei den anderen Abgeordneten vorschreibt, was sie sagen und denken dürfen. Das finde ich ungeheuerlich!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und BMV)

Ich bin 1989 auch auf die Straße gegangen, um Meinungsfreiheit zu haben. Und egal, ob Sie Minister sind oder Abgeordneter, Sie müssen den Menschen auch eine persönliche Meinung zuordnen. Wie ich über das Thema denke, können Sie gerne auf meinem privaten Facebook-Account nach wie vor nachlesen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 14. März 2018, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.15 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Ann Christin von Allwörden, Holger Arppe, Sylvia Bretschneider, Manfred Dachner, Vincent Kokert, Torsten Koplín, Burkhard Lenz, Ralf Mucha, Nils Saemann, Dr. Ralph Weber und Susann Wippermann.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Schutzkonzept für gemeinschaftlich genutzte Unterkünfte ausländischer Flüchtlinge vorlegen

– Drucksache 7/1585 –

Jastimmen

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Foerster, Henning
Kolbe, Karsten
Larisch, Karen
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Dr. Backhaus, Till
Brade, Christian
Brodkorb, Mathias
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Friedriszik, Dirk
Gundlack, Tilo
Hesse, Birgit
Heydorn, Jörg
Julitz, Nadine
Krüger, Thomas
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Selling, Erwin
Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina

CDU

Berg, Christiane
Caffier, Lorenz

Eifler, Dietmar
Friemann-Jennert, Maika
Glawe, Harry
Kliewe, Holger
Liskow, Egbert
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Schlupp, Beate
Waldmüller, Wolfgang

AfD

Förster, Horst
Grimm, Christoph
Hersel, Sandro
Kramer, Nikolaus
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Obereiner, Bert
Reuken, Stephan J.
Schneider, Jens-Holger
Strohschein, Jürgen

BMV

Borschke, Ralf
Dr. Manthei, Matthias
Weißig, Christel
Wildt, Bernhard

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	52
Gültige Stimmen	52
Jastimmen	9
Neinstimmen	43
Enthaltungen	-